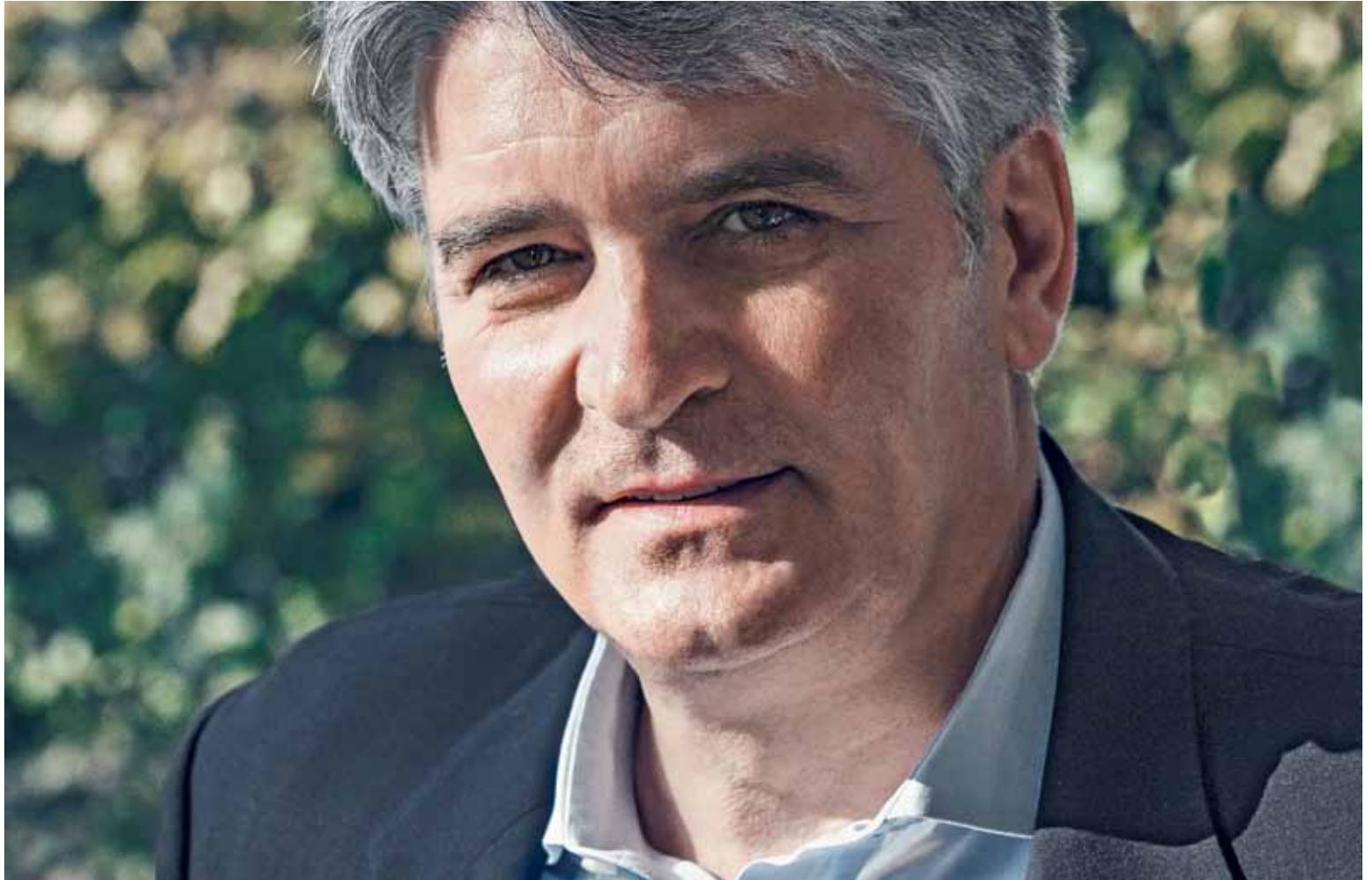


Bush-Clan, Inge Ginsberg, Christoph Franz, René Felber, Jassir Arafat

Nummer 46 – 13. November 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Raoul Weil besiegt die USA

Was der Freispruch für die UBS und für die Schweiz wirklich bedeutet.
Grosses Gespräch und Analysen von Roger Köppel und Florian Schwab

Oberle ganz unten

Böses Blut im Bundesamt für Umwelt: Die Liste der Verfehlungen unter
Amtschef Bruno Oberle wird immer länger. *Von Hubert Mooser*

F O L L O W Y O U R O W N S T A R

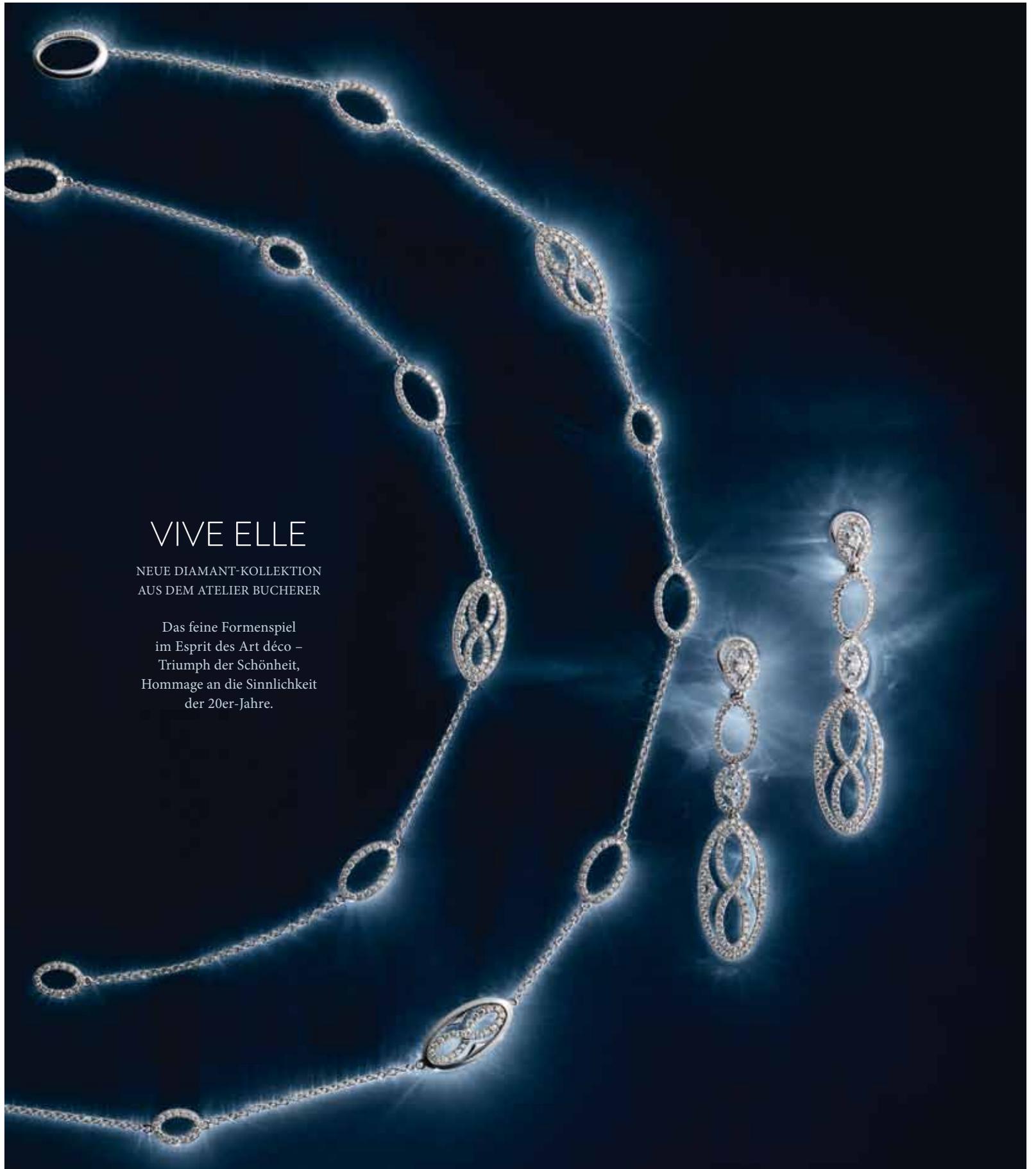


the Rolling Stones

EL PRIMERO CHRONOMASTER 1969
TRIBUTE TO THE ROLLING STONES



ZENITH
SWISS WATCH MANUFACTURE
SINCE 1865



VIVE ELLE

NEUE DIAMANT-KOLLEKTION
AUS DEM ATELIER BUCHERER

Das feine Formenspiel
im Esprit des Art déco –
Triumph der Schönheit,
Hommage an die Sinnlichkeit
der 20er-Jahre.

BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | Paris | bucherer.com

Eiger, Mönch, Jungfrau: Das eisige Dreigestirn im Berner Oberland ist ein Mythos, weltweit. Vor genau 120 Jahren bewilligte das Schweizer Parlament eines der gewagtesten Projekte der alpinen Ingenieurskunst: den Bau einer Zahnradbahn auf das Jungfraujoch. Die *Weltwoche* ist fasziniert von dieser Pionierleistung und vom Geist der Innovation, der bis heute die Region beflügelt. Unter der Leitung von Philipp Gut und in Zusammenarbeit mit der Jungfraubahn AG in In-

Sonderausgabe: Bergwinter

15. November 2014 – 84. Jahrgang

DIE WELTWOCH



Märchenstunden in der Jungfrauregion

Mit Bruno Kern, Melanie Oesch, Bernhard Russi, Eveline Bhend, Göllä u.a.

Geist der Innovation: Jungfrau-Sonderheft.

terlaken haben wir ein Sonderheft entworfen, das dieser Ausgabe beiliegt. Prominente Zeitgenossen wie Bernhard Russi, Melanie Oesch, Ski-legenden Karl Schranz und Jungfraubahn-CEO Urs Kessler berichten von ihrer persönlichen Beziehung zur Jungfrau-Region. Das Grusswort stammt exklusiv vom Berner SP-Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher.

Der bald 55-jährige Basler Raoul Weil war bis 2008 Chef der internationalen Vermögensverwaltung der UBS. Dann wurde er in den USA angeklagt und musste zurücktreten. Es kam zum Prozess. Letzte Woche wurde Weil spektakulär freigesprochen. Die *Weltwoche* hat sich immer gegen eine Kriminalisierung dieses besonnen wirkenden Bankers eingesetzt. Kurz nach seiner Rückkehr aus den USA trafen Roger Köppel und Florian Schwab den Freigesprochenen zum Interview. Weil wirkte müde, aber nicht verbittert. Die Tatsache, dass die US-Justiz trotz gewaltigen Aufwands dem Schweizer unterlag, wirft rückwirkend die Frage auf, ob die UBS damals nicht zu sehr ins Schussfeld von Kritik und Vorverurteilungen geriet. Die Vorwürfe der Staatsanwalt-

schaft sind im ersten Härtetest vor Gericht zerpfückt und als das entlarvt worden, was sie vermutlich immer waren: Drohungen, Nötigungen, Erpressungsversuche. **Seite 64**

Roger Keller war einst Journalist. Dann wurde ihm das ewige Hinterfragen zu mühsam. Er wechselte die Front und wurde Kommunikationsbeauftragter der Zürcher Finanzdirektion. Wie so viele PR-Leute sieht auch Keller seine Aufgabe vor allem darin, journalistische Anfragen abzuwimmeln. Als Redaktor Alex Baur letzte Woche im Hinblick auf die anstehende Volksabstimmung nach den Folgen der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich fragte, wollte ihn Keller zuerst mit veralteten und irreführenden Zahlen abspeisen. Baur insistierte. Plötzlich hiess es, die Sache sei «nicht von öffentlichem Interesse», es gelte das «Steuergeheimnis». Wir stützen unsere Recherchen deshalb wohl oder übel auf Informationen, die über inoffizielle Kanäle aus dem Amt sickerten. Sie zeigen: Entgegen der Darstellung von Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) hatte die Abschaffung der Pauschalsteuer in Zürich zu einem Rückgang von Steuereinnahmen geführt. **Seite 34**

In den 1970 und 1980er Jahren schrieb Inge Ginsberg regelmässig Reportagen für die *Weltwoche*, aus Quito, New York und anderen Schauplätzen der Welt. Jetzt möchte die mittlerweile 92-jährige Dame für die Schweiz an den Eurovision Song Contest – mit einem Heavy-Metal-Stück. So aussergewöhnlich wie ihr Ansinnen ist ihr Werdegang: Während des Zweiten Weltkriegs flüchtete die damals 20-jährige Wiener Jüdin in die Schweiz, arbeitete für den US-Geheimdienst, war Songschreiberin. Kulturredaktor Rico Bandle zeichnet die Lebensgeschichte der lebensfrohen Exzentrikerin nach. **Seite 58**

Ihre Weltwoche

Umfassende Beratung.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Alex Reichmuth, Markus Schär,
Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,
Deborah Neufeld, Daniela Niederberger,
Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Laura Kolodziej (*Leitung*),
Simon Keller, Martin Kappler (Assistent)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektur: Cornelia Bernegger und
Rita Kempter (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE

| DIE NEUE NAVITIMER 46 mm



LES AMBASSADEURS

THE LEADING HOUSE OF LEADING NAMES

BAHNHOFSTRASSE 64, 8001 ZÜRICH +41 44 227 17 17

Raoul Weil besiegt die USA

Der Freispruch des früheren Schweizer Bank-Managers Raoul Weil entkräftet rückwirkend auch die Verketzerung und Vorverurteilung der UBS. Teuflich: Die heilsame Ernüchterung verdankt die Schweiz den Amerikanern. Von Roger Köppel

Diese Woche publizieren wir das bisher umfangreichste und ausführlichste Interview mit dem von einem amerikanischen Geschworenengericht freigesprochenen ehemaligen UBS-Manager Raoul Weil. Nach einer insgesamt sechsjährigen Tortur wurde Weil in Rekordzeit von allen Vorwürfen entlastet. Das Urteil war eine vernichtende Schlappe für die amerikanischen Staatsanwälte, die Weil mit angeblichem Beweismaterial im Umfang von 4,5 Millionen Druckseiten zermalmten wollten.

Trotz allem Brimborium gelang es ihnen nicht, den Beweis zu erbringen, dass die ehemalige Nummer drei der Schweizer Grossbank kriminelle Machenschaften gegen die USA angezettelt, verordnet oder auch nur geduldet hatte. Im Gegenteil: Weil siegte, weil seine Anwälte darlegen konnten, dass die Vorwürfe der USA gegen die UBS jeglicher rechtlicher Grundlagen entbehrten. Es gab wohl Fehler und Rechtsverletzungen durch UBS-Angestellte, aber die Bank und ihr Topmanagement hielten sich ans Recht, vor allem ans amerikanische. Die Staatsanwälte kamen mit ihrem Pauschalangriff nicht durch: Weil ist kein Krimineller, die UBS war keine kriminelle Organisation.

Der Freispruch entkräftet die vor allem auch in der Schweiz betriebene Verketzerung der Grossbank als ein von gierigen Kriminellen geführtes Tollhaus der Steuerhinterziehung und der schummrigen Geschäfte. Unter dem konstanten Tröpfeln politischer Anschwärmungen und einem medialen Krawall an Vorverurteilungen hat sich in vielen Schweizer Köpfen das Zerrbild festgesetzt, laut dem die alte UBS-Riege unter Marcel Ospel, Peter Wuffli, Peter Kurer, Marcel Rohner und Raoul Weil in erfolgstrunkener Blindheit oder schlimmer noch: in planvoll-verbrecherischer Absicht Befehle ausgegeben hätte, die von den Untergebenen nur als Auftrag und Lizenz zum Steuerbetrug verstanden werden konnten. Diese Fata Morgana wurde zeitweise mit einer solchen öffentlichen Vehemenz bewirtschaftet, dass sich landesweit bald ein Gefühl moralischer Übelkeit ausbreitete, sobald die Rede auf die UBS und ihre USA-Geschäfte kam.

Das neue Urteil macht deutlich: Diese Hysterie ist und war, wenn nicht völlig gegenstandslos, so doch zumindest masslos übertrieben. Die UBS und ihre Chefs haben im grenzübergreifenden Geschäft mit den USA Fehler gemacht. Aber der Vorwurf, den tonangebende

Schweizer Wirtschaftspublizisten und Zeitungen schürten, hier habe eine Schweizer Grossbank bandenmässig gegen den US-Fiskus konspiriert, ist Lichtjahre von der Wirklichkeit entfernt. Oder anders ausgedrückt: Wenn es der amerikanischen Staatsanwaltschaft trotz jahrelangen, millionenteuren Ermittlungen und einem Anklagedossier von den Ausmassen einer mittelgrossen Stadtbibliothek nicht gelingt, einer ehemaligen UBS-Führungskraft auch nur eine einzige illegale Handlung nachzuweisen, dann ist der Freispruch für diesen Manager auch ein rückwirkender Freispruch für die von der US-Justiz arg angerempelte UBS.

Um den Vorgang und die Proportionen in Zahlen zurechtzurücken: Raoul Weil war als Chef der weltweiten Vermögensverwaltung für 63 000 Mitarbeiter verantwortlich. Unter diesen 63 000 Mitarbeitern haben nachweislich deren zwölf grenzwertige bis eindeutig illegale Geschäfte zur Steueroptimierung mit amerikanischen Kunden betrieben. Gegen die Weisungen ihrer Vorgesetzten und betriebsinternen Aufseher, vor denen sie ihr Treiben versteckten, stellten diese Kundenberater wissentlich Konstrukte und Scheinfirmen zur Umgehung der Steuerpflicht auf. Diese aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung war sowohl nach amerikanischem wie nach schweizerischem Recht straf-

bar. Ebenfalls strafbar war es in der Schweiz wie in den USA, wenn diese Kundenberater, wieder ohne das Wissen ihrer Chefs, gezielt un versteuerte Neugelder in den USA anwarben.

Nicht verboten, ja von den US-Steuerbehörden ausdrücklich erlaubt freilich war das Führen undeklarerer Konti, sofern sich keine amerikanischen Wertschriften darauf befanden. Die Steuerdeklarationspflicht lag gemäss dem damals gültigen Steuerabkommen nicht bei der Bank, sondern bei den Kunden. Faktisch konnte der Berater gar nicht wissen, ob der Kunde seinen Pflichten nachgekommen war. Bei klaren Hinweisen jedoch musste er es der Bank melden. Dann kam der Verrechnungssteueransatz von 31 Prozent zum Tragen. Was wiederum dem Steuerabkommen entsprach.

Am Weil-Prozess nun taten die US-Anwälte und die von ihnen durch «Deals» gekauften Schweizer Zeugen so, als ob die blossе Existenz undeklarerer US-Gelder auf UBS-Konten einen kriminellen Tatbestand bedeutete hätte. Daraus wollten sie Weil einen Strick drehen. Aber es funktionierte nicht, weil die Rechtslage damals eben eine andere war, wie der US-Richter in Fort Lauderdale schon ganz zu Beginn seinen Geschworenen korrekt erläuterte.

Kein Missverständnis: Die UBS hätte es nie zulassen dürfen, dass diese Straftaten so leicht hin möglich wurden. Das dreckige Dutzend krimineller UBS-Mitarbeiter soll hier nicht entschuldigt werden. Raoul Weil und sein Untergebener Martin Liechti unterschätzten die Sprengkraft des grenzübergreifenden US-Geschäfts massiv. Das war ihr Fehler. Liechti muss sich ausserdem vorhalten lassen, dass der von ihm eingesetzte USA-Regionalmanager Michel Guignard seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Guignard gab später gegenüber der schweizerischen Bankenaufsicht EBK, dann Finma, unumwunden zu, dass er es versäumt hatte, die von der UBS-Spitze verfügbaren Legalitätsrichtlinien entschlossen genug durchzusetzen.

Der oft verbreitete Vorwurf, Vermögensverwaltungschef Weil habe höchstpersönlich die Mitarbeiter durch überehrgeizige Ziele in die Illegalität getrieben, ist falsch. Die UBS war vielmehr die erste Schweizer Bank, die sich aus dem grenzübergreifenden US-Geschäft zurückzog. Weil drückte zur Neugeldgewinnung nicht aufs Gaspedal, sondern auf die Bremse, indem er die Kundenberater Länderpapiere unterschreiben liess, in denen sie sich verpflichteten, die Gesetze strengstens einzuhalten. Man mag das rückblickend als ungenügende Massnahme einstufen, aber im damaligen Umfeld steuerte Weil in die richtige Richtung. Auf keinen Fall, das zeigte schon der kritische Bericht der Schweizer Bankenaufsicht, deckte oder forderte Weil illegale Machenschaften.

Ganz im Unterschied zu anderen bekannten Schweizer Banken, die aus der Notlage der UBS sogar noch Profit schlagen wollten. Um nur zwei Beispiele zu erwähnen: Nach dem Aus-





Sechs Jahre im Schwitzkasten der US-Justiz: ehemaliger Vermögensverwaltungschef der UBS, Raoul Weil, mit Ehefrau Susan Lerch Weil.

stieg der UBS aus der grenzüberschreitenden US-Vermögensverwaltung zahlte die Zürcher Kantonalbank ihren externen Vermögensverwaltern noch Neugeldprämien (*finder fees*) für die Anwerbung undeckelter US-Kunden aus den Beständen der UBS. Die Bank Wegelin wiederum heuerte einen von der UBS entlassenen externen Vermögensverwalter an, der mit seinem dreistelligen Millionenportfolio an US-Kunden der altherwürdigen Privatbank schliesslich das Genick brach.

Gipfel der schwarzen Ironie: Die UBS verhielt sich unter den grossen Schweizer Vermögensverwaltungsbanken noch am vorbildlichsten und kam punkto öffentlicher Anprangerung trotzdem am brutalsten unter die Räder. Das lag vor allem daran, dass der amerikanische UBS-Kundenberater Bradley Birkenfeld in einem politisch heiklen Moment der Finanzkrise den US-Steuerbehörden Räubergeschichten- und Unwahrheiten erzählte und sich dafür auch noch fürstlich bezahlen liess.

Der halbseidene Birkenfeld gehörte selber zum dreckigen Dutzend illegal geschäftender UBS-Mitarbeiter. Sein Spezialkunde war der milliarden schwere verurteilte amerikanische Steuerkriminelle Igor Olenicoff, dem er unter anderem dabei half, Gelder vor dem US-Fiskus zu verstecken. Um ihre eigene Haut zu retten,

weinten sich Olenicoff und Birkenfeld später als vermeintliche UBS-Opfer vor den Behörden und den Medien aus. Das Schweizer Fernsehen machte sogar eine Olenicoff-Homestory, und leider gab auch die *Weltwoche* dem Steuerbetrüger eine Plattform, um seine Fehlansuldigungen abzufeuern. Die aufgrund der Finanzkrise bereits angeschlagene UBS passte perfekt ins damalige Beuteschema der amerikanischen Justiz. Sie nahm Birkenfelds Anwürfe zum willkommenen Anlass, um ein Exempel gegen den Schweizer Finanzplatz zu statuieren.

Nach dem aktuellen Freispruch in Fort Lauderdale darf nun gefahrlos festgehalten werden: Die Vorwürfe der US-Justiz lösten sich im ersten und bisher einzigen gerichtlichen Härte-test vor dem prüfenden Auge der Geschworenen in Luft auf. Es kann keine Rede davon sein, dass die UBS eine organisiert kriminelle Verschwörung («conspiracy») gegen den amerikanischen Staat aufzog. Man muss sich endgültig von der Vorstellung verabschieden, dass die UBS systematisch amerikanisches Recht verletzte, um US-Kunden zur Steuerhinterziehung anzustacheln. Das amerikanische Gericht entlarvte die juristisch verkleideten Anschuldigungen der Staatsanwälte als das, was sie im Grunde immer waren: Drohungen, Nötigungen, Erpressungsversuche.

Raoul Weil zahlte einen herben Preis für seine Unachtsamkeit bei zwölf von 63 000 Mitarbeitern. Er verlor seinen Job. Er war sechs Jahre im Schwitzkasten der US-Justiz. Er schmorte zwei Monate unter Schwerstkriminellen in einem italienischen Mafia-Gefängnis, und er verbrachte ein Jahr mit einer GPS-Fessel am Fuss faktisch unter Hausarrest, um die babylonischen Prozessakten zu studieren. Es ist nachgerade frivol bis frech, wenn Zeitungskommentatoren Weil heute mahnfingernd vorhalten, er sei zwar strafrechtlich unschuldig, aber unternehmerisch verantwortlich. Wenn hier einer seine Verantwortung schmerzlich wahrgenommen hat, dann ist es Weil.

Umgekehrt muss man sich in der Schweiz den Vorwurf gefallen lassen: Wieder einmal haben wir uns unter ausländischem Druck mit einknickenden Politikern und einer moralisierenden Publizistik zu einer Vorverurteilungs- und Selbstzerfleischungsorgie hinreissen lassen, deren Gegenstand – die UBS – am Ende für ihre Dauerkritiker beschämend unschuldig dasteht. Die Gerichtshöfe der Moral kennen eben keine Prozessordnung. Es ist eine fast schon teuflische Pointe, dass uns heute ausgerechnet die vielgescholtenen Amerikaner auf den Boden rechtsstaatlicher Sorgfalt und Nüchternheit zurückholen.



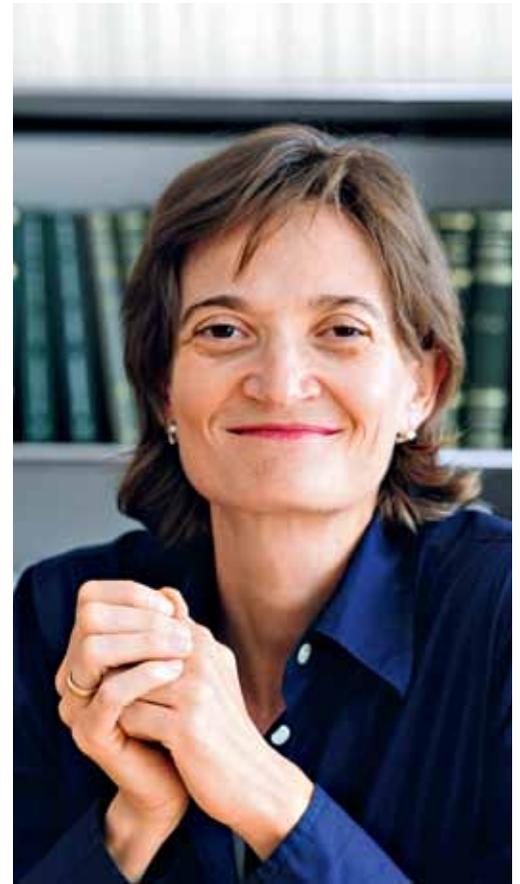
Terroristen-Jäger: Gary Osen. Seite 52



Wahrzeichen: Jassir Arafat. Seite 56



Clan: Vater Bush (l.) mit Nachfahren: Seite 44



Keine Zweifel: Helen Keller. Seite 28

Kommentare & Analysen

- 6 Editorial
- 13 Kommentar Wahrheit oder Lüge?
- 11 Im Auge Dooley Wilson, «Casablanca»-Pianist
- 14 Politik Ecopapst
- 14 Steuerrecht Vernunft wird kriminalisiert
- 15 Fall Kiener Nellen Neue Schlupflöcher
- 15 Nachruf Nikolaus Senn, Bankmanager
- 16 Die Deutschen 42 Tage
- 16 Wirtschaft Nur die halbe Wahrheit
- 17 Ausland Pilgerreise nach Peking
- 18 Mörgeli Obama kann's nicht
- 18 Bodenmann Juncker des Kapitals
- 19 Medien Klick im Kopf
- 19 Gesellschaft Speed
- 20 Leserbrief/Darf man das?

Hintergrund

22 Bundesrat: Irrweg nach links

Zwischenbilanz der laufenden Legislatur 2011–2015

26 Böses Blut im Umweltamt

Kritik an Bruno Oberle, Direktor des Bundesamtes für Umwelt

28 Im Zweifel gegen die Schweiz

Helen Keller, die Schweizer Richter in Strassburg

30 Diplomatie Mauerfall: Schweizer Fauxpas

32 Tanz ums Goldene Kalb

Die Goldinitiative gefährdet die Geldpolitik der Nationalbank

34 Pauschalbesteuerung Zürich verheimlicht aktuelle Zahlen

36 Interview Christoph Franz, Roche-Präsident

42 Armee Chantal Galladé über Sicherheitspolitik

44 Das Blut des Patriarchen

Der Bush-Clan bringt sich wieder ins Spiel

48 Anti-Terror-Krieg Obamas Schleuderfahrt

50 Ein reservierter Europäer

Die Karriere des tschechischen Präsidenten Milos Zeman

52 Terrors Geldader

Der Kampf von Rechtsanwalt Gary Osen für die Hamas-Opfer

56 Arafats Handkuss

Begegnungen mit dem Palästinenserführer

58 «Lach über den Tod!»

Die verrückte Lebensgeschichte der 92-jährigen Inge Ginsberg

62 Der Architekt des Papstes

Der Tessiner Domenico Fontana (1543–1607) in Rom

64 Raoul Weil besiegt die USA

Der Ex-UBS-Topkader über seine Haft und den Prozess



Wenn Sie hier geschäften,
sollten Sie einen unserer
6 Standorte in der Schweiz besuchen.

Mittelstandsbank. Die Bank für KMUs.

Ganz gleich, ob Sie mit Asien, Europa oder Amerika geschäften – als exportorientiertes Unternehmen haben Sie spezielle Anforderungen an Ihre Bank. Verlassen Sie sich auf das umfassende Know-how einer starken, weltweit vertretenen Bank mit 140 Jahren Expertise und 100 000 betreuten Firmenkunden. Neu bieten wir Ihnen auch in der Schweiz über Ihre gesamte Wertschöpfungskette konkrete Optimierungsmöglichkeiten in allen Phasen der Zusammenarbeit: von den ersten Verkaufsverhandlungen bis zum Zahlungseingang.

Lernen Sie uns kennen. Weitere Informationen, auch zu unseren 6 Standorten in der Schweiz:
www.commerzbank.ch

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite



«Das ist Standortwettbewerb»: Roche-Chef Franz. Seite 36

Interview

36 «Reduit-Denken führt ins Fiasko»

Christoph Franz, Präsident des Pharmakonzerns Roche, sagt, warum die Schweiz ihre Steuerprivilegien für Firmen und die Pauschalsteuer nicht aufgeben sollte

Stil & Kultur

72 **Stil & Kultur** Beckhams Bubi

74 **Bestseller**

74 **Licht ins dubiose Milieu**

Zwei neue Romane des französischen Nobelpreisträgers Patrick Modiano

76 **Top 10**

76 **Kino** «Pride»

77 **Jazz** Mark Turner Quartet

78 **Namen** Eine gesunde Dosis Narzissmus

79 **Hochzeit** Alisa Brooks und Alina Davis

79 **Thiel** Mauerfall

80 **Wein** Azienda Montepeloso: Gabbro 2010; Eneo 2010; A Quo 2011

80 **Zu Tisch** «Equi-Table im Sankt Meinrad», Zürich

81 **Auto** Mercedes V250 BlueTEC Edition 1 lang

82 **MvH** trifft Gilbert Gress, Fussballexperte

Autoren in dieser Ausgabe

Chantal Galladé



Die SP-Nationalrätin ist seit 2010 Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission. In ihrem Essay fordert sie eine sachliche Diskussion über die zukünftigen Aufgaben der Schweizer Armee. Zurzeit sei die Debatte stark ideologisch geprägt und die Armee zu einer Glaubensfrage geworden. Seite 42

Hubert Mooser



Der Bundeshausredaktor der *Basler Zeitung* ist einer der profiliertesten Politjournalisten der Schweiz. In dieser Ausgabe befasst sich der gebürtige Walliser mit den Missständen im Bundesamt für Umwelt und dessen Direktor Bruno Oberle. Seite 26



MEHRWERT FÜR IHR GELD

Aktuelle Anlagetrends und Investmentideen finden Sie in dieser Ausgabe der Weltwoche.



Saubere Reinigungen

Wir putzen auch
in Ihrem Büro,
Herr Widmer

Die Wirkung macht den Unterschied.

Mit dem Werbebrief überzeugen Sie Ihre Zielgruppe persönlich und direkt. Ihrer Kreativität sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Ihrem Erfolg auch nicht.

Fakten, Erfolgsgeschichten und Inspiration: post.ch/wirkung

DIE POST 
Gelb bewegt.

Der erste Plug-in-Hybrid SUV der Welt.

All-New Outlander PHEV 4x4

44 g
CO₂ pro km

A

Steuervorteile
(je nach Kanton)

Nr. 1 in der Schweiz



- » **Elektro-Auto:** bis 52 km rein elektrisch fahren. Null CO₂-Emissionen im Fahrbetrieb.
- » **Familien-Kombi:** Platz für 5 Personen plus Gepäck, flacher Laderaum bis 1'740 Liter.
- » **SUV 4x4:** elektrischer Super All-Wheel Control 4x4, Anhängelast 1'500 kg.
- » **3 Motoren:** Benzinmotor (121 PS) plus 2 Elektromotoren (2 x 60 kW), Systemleistung 203 PS.
- » **Laden:** während der Fahrt, an jeder 230 V-Steckdose, an der Schnelllade-Station.
- » **5 Jahre Vollgarantie:** auf Batterien/ EV-Komponenten.
- » **5*-Sicherheit und Komfort:** 5* Euro NCAP Test, 9 Airbags, 2-Zonen-Klima, Xenonlicht.
- » **Outlander Intense PHEV 4x4:** schon für nur CHF 49'999.-*



Ultimativer Ladekomfort:
Heim-Ladestation
Green Motion Private One
Nur CHF 699.-** statt 1'399.-



OFFICIAL CAR PARTNER

Genial bis ins Detail.



Jetzt Probe fahren!

www.mitsubishi-motors.ch

*Unverbindliche Preisempfehlung netto inkl. MWST. Normverbrauch gewichtet (67% elektrisch/33% Benzin): 1.9 l/100 km, CO₂ 44 g/km, Strom 13.4 kWh/100 km (Benzinäquivalent 1.5 l/100 km), Effizienz-Kategorie A, Normverbrauch Hybridbetrieb (Batterie leer) 5.8 l/100 km, CO₂-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 148 g/km. **Promotion Heim-Ladestation, gültig bei Kauf/Immatrikulation eines Outlander PHEV vom 1.8.-31.12.2014. Promotionspreis CHF 699.- inkl. MWST., exkl. Montage. www.greenmotion.ch

Wahrheit oder Lüge?

Von Peter Keller — Mehr Sicherheit durch Schengen, weniger Asylgesuche durch das Dublin-Abkommen. Was der Bundesrat 2005 versprach, ist längst durch die Ergebnisse widerlegt worden.



Ziel verfehlt: Grenzübergang Chiasso.

Es gibt das nette Gesellschaftsspiel Wahrheit oder Lüge. Eine Behauptung, zwei Möglichkeiten: Elefanten sind die grössten und schwersten Landtiere auf der Erde! Wahr oder falsch? Raclette wurde in der Schweiz erfunden! Wahrheit oder Lüge? Dieses Spiel liesse sich auch bestens auf die Politik anwenden. Zum Beispiel auf das Schengen/Dublin-Abkommen, wie die folgenden Aussagen des Bundesrates im Abstimmungsbüchlein von 2005 zeigen:

«Personen, die bereits anderswo ein Asylgesuch gestellt haben, werden mit der Fingerabdruckdatenbank Eurodac identifiziert und in das zuständige Land zurückgeführt.» Die Wahrheit hat einen Haken: Gerade haben die Richter in Strassburg entschieden, dass die Schweiz eine afghanische Familie nicht nach Italien zurückschaffen darf, obschon sie dort ihr Erst-Asylgesuch gestellt hat. Eine Flut weiterer Beschwerden ist zu erwarten.

«Dank der Fingerabdruck-Datenbank Eurodac können Personen, die bereits ein Asylgesuch gestellt haben, identifiziert und zurückgewiesen werden.» Die Wahrheit hat einen zweiten Haken: Italien registriert anlandende Flüchtlinge schon länger nicht mehr korrekt, sondern lässt sie – absichtlich – weiterziehen. Darum hat Italien, trotz exponierter Mittelmeerlage, 2013 so wenige Asylbewerber aufgenommen: In der EU sind es durchschnittlich pro Million Ein-

wohner 860 Gesuche, in Italien 470. Die Schweiz kam auf 2600 Gesuche pro Million Einwohner.

«Die Kosten von Schengen und Dublin belaufen sich in den nächsten Jahren für den Bund auf durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr.» Tatsächlich sind es über 100 Millionen Franken. Hier hat der Bundesrat die Wahrheit um den Faktor 14 verfehlt.

«Das Dubliner Abkommen sieht vor, dass ein Asylverfahren nur noch in einem der beteiligten Staaten durchgeführt werden muss.» Samir B. machte die Probe aufs Exempel: Der Marokkaner kommt als Asylbewerber nach Italien. Aufgrund von Raub und Sexualstraftaten wird er 2011 inhaftiert, jedoch vorzeitig entlassen. Samir reist in die Schweiz und stellt ein zweites Asylgesuch. Er kommt in Untersuchungshaft (Raub, Gewalt, Drohung gegen Beamten). Da die Richter nichts wissen von seiner Haftstrafe in Italien, kann er abtauchen und landet schliesslich in Deutschland: als Asylbewerber. Niemand wusste von seinen bisherigen Gesuchen. Samir wird verhaftet, nachdem er bereits fünfzehn Frauen angefallen und sieben davon vergewaltigt hat.

«Mit der Teilnahme am Schengen-Abkommen wird das Reisen durch den Verzicht auf systematische Passkontrollen erleichtert.» Stimmt. Gilt allerdings auch für Kriminaltouristen, wie die nächste Behauptung von 2005 zeigt.

«Mehr Sicherheit für die Schweiz»

«Die Fahndungsdatenbank SIS vernetzt die Polizei-, Visa- und Grenzschutzbehörden der Schengen-Staaten miteinander. Das bringt der mitten in Europa gelegenen Schweiz mehr Sicherheit – nicht weniger, wie die Gegner behaupten.» Wahr oder falsch? 2009 wurden schweizweit 51758 Einbruchdiebstähle angezeigt. Im letzten Jahr waren es 65593. Eine Zunahme um 27 Prozent.

«Sie [Bundesrat und Parlament] erwarten trotz grösserer Mobilität mehr Sicherheit und weniger Zweitasyllgesuche.» Zahlen lügen nicht: 2005 wurden in der Schweiz total 10 061 Asylgesuche gestellt. 2013 waren es 21 465. Dieses Jahr dürften mindestens 25 000 Gesuche eingehen. «In den Schengen-Verhandlungen konnte das Bankgeheimnis [...] vertraglich abgesichert werden. Die Schweiz wird somit Weiterentwicklungen des Schengen-Rechts, die das Bankgeheimnis bei den direkten Steuern gefährden, nicht übernehmen.»

Bei dieser Lüge wenden Sie sich bitte an die zuständige Fachfrau: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf.

Play it, Sam



Dooley Wilson, «Casablanca»-Pianist

Es ist das berühmteste Klavier der Weltgeschichte, Marke Kohler & Campbell, Herstellungsjahr 1927, Seriennummer 252 636, und hat eine überraschend hässliche senfgelbe Farbe, im Film nicht sichtbar, denn «Rick's Café» in «Casablanca» war in Schwarzweiss getaucht, wie der Film aus dem Jahre 1942. Auf dem Sessel mit Samtüberzug sass Sam, der Pianist, gespielt von Dooley Wilson (1886–1953), der das herzerreissende «As Time Goes By» klimperte, das musikalische Begleitmotiv der dramatischen Handlung. Alles Kino, nur das Piano ist echt. Es stand im Hollywood-Studio von Warner Bros., und Sam alias Arthur Dooley Wilson tat nur so, als könne er Klavier spielen. Er war zwar ursprünglich Musiker aus der Vaudeville-Szene, tatsächlich jedoch Schlagzeuger, und in Wirklichkeit klimperte für ihn ein Double namens Carpenter. Der Film hat geflügelte Worte hinterlassen wie: «... dies ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft» oder eben: «Play it again, Sam», welches im Originaltext jedoch lautete: «Play it once, Sam.» Einerlei, Dooley Wilson setzte sich sieben Wochen lang für 350 Dollar die Woche bei seinem Filmarbeitgeber Humphrey Bogart ans Instrument und mimte den Tastenzauberer. Das unsterbliche Melodram läuft demnächst wieder in allen Festtagsprogrammen. Doch die Musik ertönt diesmal etwas früher, am 24. November, wenn das Auktionshaus Bonhams das senffarbene Kultklavier in New York versteigert. Es dürfte weit mehr einspielen als die ursprünglichen Produktionskosten des Films (950 000 Dollar). Schon das Instrument, das Sam in einer Flashback-Einstellung in Paris benutzte, kam vor zwei Jahren für 600 000 Dollar unter den Hammer. Das Original erstand zuletzt vor 31 Jahren ein Zahnarzt für 2500 Dollar. Dooley Wilson, der Gute-Laune-Mann, der in seinem Kohler-&-Campbell-Piano die Geheimpapiere seines undurchschaubaren Chefs verwahrte, machte in Hollywood und am Broadway als einer der ersten farbigen Darsteller Karriere. Als Einziger von der Besetzungsliste des Films war er jemals in seinem Leben in Casablanca, als Tourist. Die Klavierfabrik ist heute koreanisch.

Peter Hartmann

Ecopapst

Von Philipp Gut — Zweierlei Hütchen: Die linke Doppelmoral in der Kondomfrage.

Der Kampf gegen die Ecopop-Initiative eint rechts und links. Auf beiden Seiten spart man nicht mit fulminanten Vorwürfen, hier wie dort kämpft man mit harten Bandagen gegen die Vorlage. Die Initianten, die meist aus der Umweltbewegung stammen, werden wahlweise als «Kolonialisten», «Rassisten» oder gar als «Faschisten» beschimpft.

Es ist besonders ein Anliegen, das solche rhetorischen Hitzewellen provoziert: Die Ecopopper wollen das Bevölkerungswachstum vor allem in der Dritten Welt stoppen. Gemäss ihrer simplen Rechnung, dass auch die schiere Zahl der Menschen die globale Umweltbilanz beeinflusst. Die Initiative sieht deshalb vor, einen gewissen Anteil der Entwicklungshilfe in Aufklärungsprojekte zu investieren und die bewusste, selbstbestimmte Familienplanung auch in den Armutsregionen der Welt zu verankern, wo traditionsgemäss sehr kinderreiche Familien leben.

Das Kondom ist aus diesem Grund zu einer Art Symbol für die Initiative geworden, über das man sich wunderbar lustig machen kann. Karikaturisten malen Flugzeuge, die Pariser über Afrika abwerfen. Während Kommentatoren darauf hinweisen, dass manche Initianten selber kinderreich in bodenextensiven Einfamilienhäusern leben.

Alles richtig, alles einleuchtend. Natürlich lässt sich die Initiative zerzausen.

Häme von links

Eine kohärente Kritik lässt sich aus liberaler oder konservativer Warte vorbringen – wenn man die Entwicklungshilfe generell als bevormundend, ineffizient und kontraproduktiv einschätzt. In dieser durchaus vernünftigen Sicht braucht es weder Schweizer Entwicklungshelfer noch Schweizer Pariser in Afrika oder sonstwo auf der Welt.

Weniger konsequent ist die über Ecopop ausgegossene Häme von links. Wie war das noch: Hat sich die Linke nicht regelmässig entsetzt gezeigt, wenn die Päpste in Rom sich getreu ihrer traditionellen Sexualmoral wieder einmal gegen den Gebrauch von Kondomen aussprachen? Wurde einem Johannes Paul II. oder einem Benedikt XVI. nicht wortreich eine menschenverachtende Politik attestiert, weil sie gegen Verhütungsmassnahmen waren?

Heute werden die Ecopop-Leute von denselben Kreisen verurteilt, weil sie für solche Massnahmen eintreten. Das ist nicht moralisch. Es ist doppelamoralisch.

Vernunft wird kriminalisiert

Von Florian Schwab — Die «Luxemburg-Leaks» werden zum grossen Skandal stilisiert. Statt sich über Luxemburg zu ereifern, sollte man die Gewinnsteuern abschaffen.

Unter dem Namen «Offshore Leaks» zerrte vor etwas mehr als einem Jahr ein internationales Journalistenkonsortium die Namen von vermögenden Privatpersonen ans Tageslicht, welche Trusts auf den britischen Jungferninseln eingerichtet hatten. Der insinuierte Vorwurf: Steuerhinterziehung.

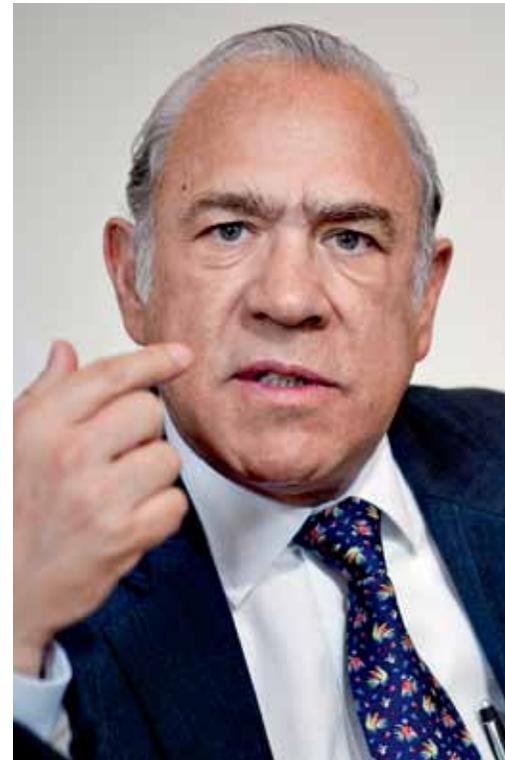
Was die Schweiz und Deutschland betrifft, so mussten die Trusts des verstorbenen Unternehmers und Fotografen Gunter Sachs als Objekt der Skandalisierung herhalten. Die Steuerverwaltung des Kantons Bern, wo Sachs gewohnt hatte, gab in einer nachträglichen Prüfung allerdings Entwarnung: Sachs hatte alles korrekt versteuert. Doch da war die Karawane der Hobbysteuerkommissäre längst weitergezogen.

«Bananenrepublik»

Dieselben Medien, die mit den Offshore Leaks auf die Nase gefallen waren, präsentierten letzte Woche ihren neuesten Skandal: «Luxemburg-Leaks!» Die Journalisten waren in Besitz der Verträge gelangt, welche das Luxemburger Finanzministerium mit internationalen Firmen abgeschlossen hatte. Über die «Bananenrepublik» Luxemburg ereiferte sich der *Tages-Anzeiger*, die *Süddeutsche Zeitung* freute sich: «Fragwürdige Steuerpraktiken enthüllt».

Auch hier ist die Empörung vorschnell. Sogar die Enthüller beeilen sich, zu versichern, dass weder die Luxemburger Behörden noch die Firmen etwas Illegales getan hätten. Jeder Versuch, sich internationale Unterschiede im Steuerrecht zunutze zu machen, scheint mittlerweile anrühlich zu sein. Die OECD-Länder tauschen sich in einer eigens eingerichteten, nicht öffentlichen Diskussionsplattform über das – aus ihrer Sicht – problematische *aggressive tax planning* (ATP), also über die «aggressive Steuerplanung» aus. Zu Deutsch: Massgeblich ist nicht mehr die juristische Bewertung von Steuerpraktiken, sondern die vernünftige Absicht, die Steuerbelastung zu reduzieren. In dieser Logik wird die Verlegung des Unternehmens- oder Wohnsitzes an einen steuergünstigeren Ort bereits zur kriminellen Tat. Fernziel ist ein orwellischer Albtraum, in dem NSA-artige Behörden jeden Finanzfluss überwachen und steuerlich anzapfen können.

Halten wir dagegen: Erstens ist es die Pflicht jeder Firma, die Steuerbelastung im legalen Rahmen so gering wie möglich zu halten. Schliesslich wirtschaften die Manager mit dem Geld fremder Leute, der Eigentümer. Sparsam-



Orwellischer Albtraum: OECD-Chef Gurría.

keit ist hier ein moralisches Gebot. Zweitens gibt es keinen ökonomisch einleuchtenden Grund, warum Unternehmensgewinne überhaupt besteuert werden sollten. Sie werden nämlich sowieso schon als Einkommen versteuert, sobald sie in Form von Dividenden bei den Aktionären landen. Eine vorgelagerte Gewinnsteuer führt somit zur doppelten Besteuerung und setzt das internationale Abgabenvermeidungskarussell überhaupt erst in Gang.

Würde man sich auf die Besteuerung der Dividenden beim Aktionär beschränken, gäbe

Es ist die Pflicht jeder Firma, die Steuerbelastung legal so gering wie möglich zu halten.

es keine Anreize mehr, Gewinne zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft hin- und herschieben, sie in einem «Dutch Sandwich» und ähnlich raffinierten Konstruktionen zu verstecken oder Firmen in Luxemburg zu eröffnen. Zudem: Im Gegensatz zu juristischen Personen (wie beispielsweise Unternehmen) nehmen natürliche Personen von sich aus nicht alle Schikanen auf sich, um Steuern zu sparen. Firmen hingegen sind geradezu zur «aggressiven Steuerplanung» verpflichtet.

Kiener Nellen: Neue Schlupflöcher

Von Roger Köppel — Die von der *Weltwoche* entlarvte Steuersparerin Margret Kiener Nellen (SP) ist optimierter als gedacht. Seit Jahren hält sie ihr Einkommen tief. Auch beim Vermögen wird gespart.

Letzte Woche berichteten wir, dass die scharfzüngige Kritikerin der Steueroptimierung, die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen, zusammen mit ihrem Ehegatten, dem Unternehmer Alfred Nellen, im Jahr 2011 bei 12,35 Millionen Franken Vermögen null Franken Einkommen versteuerte. Das ist zwar nicht illegal, aber es sieht für eine Politikerin, die gegen Steueroptimierung auf die Barrikaden steigt, natürlich nicht gut aus. Am Tag nach der Veröffentlichung trat die Entlarvte vor die Medien, entschuldigte sich für den «Fehler» und beteuerte, sie sei keine Steueroptimiererin.

Gerne hätten wir mit Frau Kiener Nellen die jüngsten Entwicklungen besprochen, aber die SP-Nationalrätin und Anwältin reagierte nicht mehr auf E-Mails der *Weltwoche*. So sind wir gezwungen, ihre Aussagen anhand der bekannten Zahlen zu überprüfen. Befund: Die Kiener Nellen sind nicht nur im brisanten Jahr 2011 mit dem Nulleinkommen optimiert, sondern mit grosser Wahrscheinlichkeit auch über die ganze bekannte Betrachtungsperiode seit 2004. Wesentlich sind folgende Beobachtungen.

Erstens: Im Jahr 2011 resultierte wegen eines Pensionskasseneinkaufs von Alfred Nellen in der Höhe von 400 000 Franken das pikante Nulleinkommen. Wie wir letzte Woche vorge-rechnet haben, sparen die Kiener Nellen durch dieses Manöver insgesamt 112 000 Franken an Einkommenssteuern, aber nicht nur dies. Die Kiener Nellen erzielen dank dem tiefen Einkommen höchstwahrscheinlich auch satte Vorteile bei der Vermögenssteuer.

Wer nämlich im Kanton Bern auf seinem Vermögen keine wesentlichen Erträge erzielt, kommt dank Art. 66 der kantonalen Steuergesetzgebung in den Genuss der Vermögenssteuerbremse. Er zahlt statt 6 bis 7 Promille auf dem steuerbaren Vermögen nur 2,4 Promille. Bei 12,35 Millionen Franken ergibt das eine stattliche Ersparnis von 56 810 Franken. Auf diesen in Bern beliebten Steuerspartrick lässt die Tatsache schliessen, dass Alfred Nellen die operativen Gewinne seiner Firma steuerneutral in seiner Holding speichert, ohne sie sich als Ertrag und damit als Einkommen auszahlend.

Zweitens: Die Kiener Nellen weisen seit 2004 ein erstaunlich geringes Haushaltseinkommen aus. Das Ehepaar verfügt über mindestens sechs bekannte sprudelnde Geldquellen. Es ist kaum vorstellbar, dass aus den kombinierten Einkünften nur die von den beiden jährlich seit 2004 versteuerten rund 200 000 Franken zusammenkommen sollen.

Zuerst der Mann: Alfred Nellen ist Eigentümer der hochprofitablen Amax AG, deren Aktien er indirekt über seine Holding Alfar hält. Spätestens seit 2007 generiert die hochprofitable Amax Jahresgewinne von rund 1,2 Millionen Franken. Diese Gewinne verschiebt Alfred Nellen steuerfrei in seine Alfar-Holding. Nellen ist einziges VR-Mitglied bei der Amax Automation AG, operativ tätig mit Einzelunterschrift gemäss Handelsregister. Zugleich ist er seit 2010 Geschäftsführer der Amax-Tochter Amax Füll- und Verschliesstechnik GmbH. Gehen wir konservativ davon aus, dass aus beiden Tätigkeiten ein steuerbares Einkommen von 200 000 Franken resultiert.

Jetzt die Frau: Margret Kiener Nellen ist Inhaberin der Anwaltskanzlei Kiener & Nellen. Hier arbeiten sie selber, ihr Sohn und weitere drei Angestellte mit entsprechendem Honorarvolumen. Eine Anwältin in Bern verrechnet schätzungsweise 300 Franken Stundenlohn. Man darf vermuten, dass sie aus ihrer Erwerbstätigkeit, vorsichtig geschätzt, ungefähr 150 000 steuerbare Franken jährlich erzielt. Hinzu kommt ihr steuerbares Einkommen als Nationalrätin: rund 70 000 bis 100 000 Franken. Schliesslich sitzt Margret Kiener Nellen im Stiftungsrat des Inselspitals mit 8000 Mitarbeitern. Bis 2012 war sie Vizepräsidentin. Im Rahmen dieser Tätigkeit versah sie zumindest zeitweise auch den Rechtsdienst. Nehmen wir an, dass ihr diese Arbeit jährlich 30 000 bis 50 000 Franken einbrachte.

Das ist noch nicht alles. Die Kiener Nellen verfügen neben der Firma und der Holding zusätzlich über unbewegliches Vermögen in Form von Immobilien, die Mieteinkünfte generieren. Auch hier müssen wir hochrechnen und setzen zurückhaltend geschätzte 100 000 steuerbare Franken ein. Alles zusammengerechnet, ergibt sich für die Eheleute Kiener Nellen somit ein mutmassliches jährliches Gesamteinkommen von 580 000 Franken, das wir der Einfachheit halber auf 500 000 Franken abrunden.

Die pikante Frage lautet: Wie kommt man von einem geschätzten steuerbaren Gesamtjahreseinkommen von abgerundet 500 000 Franken auf die von den Kiener Nellen bisher jährlich versteuerten 122 000 Franken (2007) bis 241 100 Franken (2010) herunter? Eine derart tiefe Veranlagung ist nur durch eine intelligente Steuerplanung, sprich: Steueroptimierung zu erklären. Die virtuose Steuersparerin Kiener Nellen versteht das Geschäft, das sie als Politikerin so leidenschaftlich kritisiert.

Nachruf



Besonnener Haudegen: Banker Senn.

Nikolaus Senn (1926–2014) — Er war noch einer jener Schweizer Bankiers, die man heute so schmerzlich vermisst: ein besonnener Haudegen, der stets viel Gespür bewies im Umgang mit Menschen sowie im Finanzgeschäft. Nikolaus Senn, ein St. Galler, der im Appenzellerland aufwuchs, stiess 25-jährig nach einem Rechtsstudium als Praktikant zur Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG). Generaldirektor Alfred Schaefer, Vordenker der späteren UBS, erkannte das Potenzial in dem jungen Mann. Senn bewährte sich im juristischen wie auch im finanztechnischen Bereich: 1965 wurde er Direktor, drei Jahre später Generaldirektor. Gemeinsam mit Robert Holzach prägte er die grösste Bank der Schweiz. 1980 stieg er an die operative Spitze auf; acht Jahre später löste er Holzach als Verwaltungsratspräsidenten ab. Erfolgreich führte er die Bank durch die 1980er Jahre, als die Finanzwelt liberalisiert wurde. Anfang der 1990er Jahre wandelte sich die einstmals kräftige SBG jedoch zum trägen Koloss, was den Financier Martin Ebner zum Sturm auf die Bank verleitete. Senn wehrte die Übernahmeveruche erfolgreich ab. 1996 trat er zurück. 1998 fusionierte die SBG mit dem Schweizerischen Bankverein zur «neuen» UBS. Der Rest ist Geschichte. Senn, als junger Mann ein passionierter Eishockeyspieler, der später zum Curling und zum Golf wechselte, aber bis zuletzt auch ein starker Raucher war und mehrere Herzinfarkte überlebte, verstarb am 2. November. Er hinterlässt seine Frau Charlotte, mit der er 62 Jahre verheiratet war, zwei erwachsene Töchter und einen erwachsenen Sohn. *Claude Baumann*

42 Tage

Von Henryk M. Broder — Zur Planungssicherheit eines Hotels in Westfalen.



Letzte Woche habe ich Ihnen an dieser Stelle die Begriffe «Gerechtigkeit» und «Gerechtigkeitslücke» erklärt. Es ging um die Maut. Heute möchte ich mit einem Begriff fortfahren,

der für junge Ehepaare, die sich ein Kind wünschen, ebenso wichtig ist wie für Unternehmer, die *just in time* liefern müssen: «Planungssicherheit». Ich persönlich halte wenig von Planungssicherheit, ich setze eher auf den Genossen Zufall, wie schon Christoph Kolumbus, der einen neuen Seeweg nach Indien entdecken wollte und am Ende in Amerika landete.

Deswegen wohl habe ich es versäumt, ein Hotelzimmer in Soest zu buchen, wo ich letzte Woche zu tun hatte. Als ich es dann doch versuchte, stellte ich fest, dass Soest bis auf das letzte Feldbett ausgebucht war. In der ehemaligen Hansestadt in Westfalen, zwischen Bielefeld und Dortmund gelegen, wurde nicht nur der Pumpernickel erfunden, dort wird auch zu Allerheiligen die älteste und grösste Altstadtkirchweih des Landes gefeiert. Zugleich findet ein Pferdemarkt statt. Und da geht es in Soest zu wie in Pamplona beim Stierlauf.

Schliesslich fand ich doch eine Unterkunft, in einem Hotel, fünfzehn Autominuten von Soest entfernt, am Ufer des Möhnesees. Die reine Idylle. Und relativ preiswert. Zwei Nächte für 174 Euro. Ich buchte. Dann aber traten die Lokführer in den Streik. Ich wäre noch bis nach Soest gekommen, aber die Aussicht, mehr als die geplanten zwei Tage in Soest bleiben zu müssen, fand ich so abtörnend, dass ich die Reise absagte und die Hotelbestellung stornierte. Worauf ich vom Hotel aufgefordert wurde, 139 Euro beziehungsweise «80% des Preises der gesamten Buchung» zu überweisen. Denn nur «Stornierungen und Änderungen, die bis zu 42 Tage vor Anreisedatum erfolgen», seien «kostenfrei».

Gott schuf die Welt in sechs Tagen. Der erste bemannte Flug zum Mond dauerte hin und zurück neun Tage. Wenn man aber in einem Hotel am Möhnesee eine Bestellung stornieren will, muss man das spätestens 42 Tage vor der geplanten Anreise tun. So hat das Hotel genug Zeit, das Zimmer noch einmal zu vermieten und doppelt zu kassieren. Das nenne ich optimale Planungssicherheit. – Und nächste Woche machen wir mit dem Begriff «Gewinnoptimierung in Westfalen» weiter.

Nur die halbe Wahrheit

Von Kurt Schiltknecht — Die Tatsache, dass die meisten wirtschaftsfeindlichen Initiativen an der Urne abgelehnt werden, bedeutet nicht, dass sie keine schädlichen Wirkungen haben.

Nur Juso und andere ideologisch Verblendete glauben, dass die Menschen wie Marionetten auf wirtschaftspolitische Massnahmen reagieren. Alle anderen wissen, dass die Reaktionen schwierig vorauszusagen sind. Vor allem die langfristigen Wirkungen können oft anders als die kurzfristigen aussehen. Deshalb dürfen wirtschaftspolitische Massnahmen nicht nur an ihren rhetorischen Zielsetzungen oder anhand von kurzfristigen Reaktionen beurteilt werden, so wie dies vor kurzem in einem Zeitungsartikel gemacht wurde. Der Autor behauptet, dass die Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich keine negativen Folgen gehabt hätte. Zwar sei erwartungsgemäss die Hälfte der Pauschalbesteuerten abgewandert, doch der dadurch verursachte Steuerausfall sei durch die höheren Steuerzahlungen der nicht abgewanderten Besteuernten kompensiert worden. Diese Feststellung ist nur die halbe Wahrheit. Sie vernachlässigt, dass künftig keine zahlungskräftigen Leute mehr wegen der Pauschalbesteuerung in den Kanton Zürich ziehen werden und dass das Steuersubstrat deshalb abnehmen wird.

Ein standortstarker Kanton kann dies verkraften. Anders sieht es in schwachen Kantonen aus. Für diese ist die Pauschalbesteuerung ein wichtiges Instrument zur Kompensation der Standortnachteile. Deshalb wäre es ungerecht, wenn das schweizerische Stimmvolk einem generellen Verbot der Pauschalbesteuerung zustimmen würde. Im Hinblick auf eine regional ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung muss den immer zahlreicheren Versuchen, die Steuern, die Planung oder die Löhne schweizweit zu harmonisieren, entschieden entgegengetreten werden.

Das Ende der Berechenbarkeit

Von der Gerechtigkeitsidee geblendet, werden die negativen langfristigen Folgen der Initiative zur Einführung einer schweizerischen Erbschafts- und Schenkungssteuer unterschätzt. Von einer solchen Steuer wären nicht zuletzt die Familienunternehmen, auf die die Schweiz so stolz ist, betroffen. Erbschaftssteuern hätten längerfristig einen nachhaltigen Einfluss auf die finanzielle Struktur der Privatunternehmen. Wenn die Eigentümer die zur Bezahlung der Steuern notwendigen Mittel dem Unternehmen entziehen müssen, wird

dieses geschwächt. Es wird für Konjunkturschwankungen anfälliger, und die Mittel zur Finanzierung zukunftssträchtiger Investitionen werden knapper. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt ab, und einige Familienunternehmen werden ihre Tore schliessen müssen. Die Tendenz zur Anonymisierung des Wirtschaftsgeschehens verstärkt sich.

Ähnliche Folgen hätte eine Finanzierung der Steuern durch Kreditaufnahme. Auch die dritte Variante, einen Teil der Aktien oder des Unternehmens zu verkaufen, ist problematisch. Als Käufer kämen in erster Linie Private-Equity-Gesellschaften oder Hedge-Funds in Frage. Diese haben oft andere Zielsetzungen als die langfristige Maximierung des Unternehmenswertes im Auge. Ob solche durch eine Erbschaftssteuer ausgelösten Umschichtungen in der Eigentümerstruktur sich langfristig positiv auf die gesellschaftspolitische Entwicklung der Schweiz auswirken werden, sei dahingestellt.



Hohe Erbschafts- und Schenkungssteuern machen das Sparen weniger attraktiv. Sie führen auch dazu, dass die Besitzer von hohem Vermögen und Unternehmen ihren Wohnsitz und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in steuergünstigere Länder verlegen. Es werden aber auch weniger Ausländer und Unternehmer die Schweiz als ihr Steuerdomizil auswählen. Der

negative Einfluss auf das Sparen und die Kapitalbildung wird zusätzlich durch die Tatsache verstärkt, dass der Staat die mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer anfallenden Gelder vornehmlich für den Konsum oder für die Umverteilung, aber nicht zur Verbesserung der Infrastruktur verwenden würde.

Generell kann gesagt werden, dass eine hohe Erbschaftssteuer das Wachstum des Kapitalstocks behindert. Dadurch verringert sich die Wettbewerbsfähigkeit, und der Wohlstand nimmt weniger zu. Die Tatsache, dass die meisten wirtschaftsfeindlichen Initiativen abgelehnt werden, bedeutet nicht, dass sie keine schädlichen Wirkungen haben. Denn zusammen mit dem wirtschaftspolitischen Aktivismus, den insbesondere unsere Bundesrätinnen an den Tag legen, erwecken sie den Eindruck, dass die Berechenbarkeit der Wirtschaftspolitik und der Rechtssicherheit, die für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz von zentraler Bedeutung sind, nur noch eine historische Reminiszenz sind.

Pilgerreise nach Peking

Von Hansrudolf Kamer — China bringt sich in Stellung als neue Führungsmacht Asiens. Eine Reihe von Gipfeltreffen im Fernen Osten dient als Schaubühne. Doch Amerika bleibt die Messlatte.



Auf das europäische folgte das amerikanische Jahrhundert. Nun steht das asiatische vor der Tür. China sieht sich als Vormacht Asiens, und der chinesische Führer Xi Jinping hat in Peking die wichtig-

sten Staatenlenker in Ost und West zum Apec-Gipfel (Asia-Pacific Economic Cooperation) mit grossem Gepränge empfangen.

Den Kotau übten die Gäste zwar nicht, aber in modische Outfits des Designers Shanghai Tang mussten sie sich einkleiden. Die versammelten Weltgrössen erinnerten zwar mehr an die Besatzung des Raumschiffs «Enterprise» aus der amerikanischen TV-Serie «Star Trek», leicht veraltet, leicht komisch.

Der Gipfelreigen gibt immer Anlass für solche wesentliche Betrachtungen. Einen Faux-pas leistete sich der russische Macho-Präsident Putin. In einer Anwandlung ritterlicher Besorgnis legte er der chinesischen First Lady Peng Liyuan eine wärmende Decke über die Schultern. Sie war nicht begeistert und übergab sie sogleich einem Assistenten.

Die Szene wurde vom chinesischen Staatsfernsehen live übertragen, und das Video fand den Weg ins Netz. Die Social Media spielten verrückt. Die Zensoren schritten ein. Bald war nichts mehr da. Einer «Fremden» so nah zu kommen, gilt als Verstoss gegen die Höflichkeit, und irgendwelche Andeutungen bezüglich Führungspersonen sind des Teufels.

All dessen ungeachtet folgte auf das Treffen in Peking der südostasiatische Gipfel (Asean) im spärlich bevölkerten Naypyidaw (Myanmar/Burma), und wenig später kommen noch die G-20-Staaten in Brisbane zusammen. Dort werden neben Xi, den Präsidenten Obama und Putin auch Europäer dazu stossen, um den alten Kontinent in Erinnerung zu rufen.

Die weltpolitischen Verschiebungen, die sich aus diesen Momentaufnahmen ablesen oder vermuten lassen, sind seit einiger Zeit in Gang. Chinas rasantes Wachstum der letzten Jahrzehnte und der spürbar breitere Wohlstand haben den geopolitischen Einfluss verstärkt. Asien ist das Testlabor, wieweit chinesische Ansprüche durchgesetzt werden können.

Rivale und Referenzpunkt bleibt Amerika. Von Russland ist selten die Rede; man betrach-

tet den Nachbarn im Norden inzwischen als Juniorpartner. Xi spricht oft von seinem «chinesischen Traum», gewissermassen eine Kopie des amerikanischen, korrigierte sich aber am Gipfel mit der Aussage, eigentlich gehe es um den asiatisch-pazifischen Traum.

Dafür hat China Gegenprojekte entwickelt, die in der Weltwirtschaft Kontrapunkte setzen: die Entwicklungsbank AIIB (Asian Infrastructure Investment Bank) und der «Seidenstrasse-Fonds» für den Ausbau der Transportwege via Zentralasien bis nach Europa. Rivalisierende Projekte für Freihandelszonen stehen sich gegenüber.

Obamas Banalität

Im vergangenen Jahr hatte Präsident Obama bei den asiatischen Gipfeltreffen gefehlt. Seine Absage begründete er mit der Haushaltskrise in Washington, die damals hohe Wellen warf. Dies wurde von den übrigen Gipfelteilnehmern als Zeichen von Obamas Schwäche ausgelegt. Wer die Politik zu Hause nicht im Griff hat – ob in einer Demokratie oder Diktatur –, kann aussenpolitisch nicht mit Respekt rechnen.

Auch diesmal konnte der Amerikaner nicht als starker Mann auftreten. Die eklatante Niederlage seiner Partei bei den Kongresswahlen entlockte der halboffiziellen chinesischen

Global Times den schnöden Kommentar, die amerikanische Gesellschaft habe genug von Obamas Banalität.

Auch hat der Präsident seit seinem Amtsantritt mit China praktisch nichts erreicht. Zuerst hatte er Peking ein Duopol, eine G-2-Partnerschaft, angeboten, um die Weltgeschichte in richtige Bahnen zu lenken. Allein der Vorschlag war bedenklich. Dass Peking nicht darauf einging, war zu erwarten. Dann folgte die berühmte «Schwenkung» nach Asien, eine neue strategische Ausrichtung von Europa weg.

Die Chinesen bewerteten das als Versuch zum Containment, wie es einst gegenüber der Sowjetunion praktiziert worden war. Ihre aggressiv vertretenen Gebietsansprüche nahmen zu. Das chinesische Verteidigungsbudget soll heute doppelt so gross sein wie bei Obamas Amtsantritt. Allerdings hätte China auch ohne Obamas *pivot* die Rüstungsausgaben gesteigert.

Vieles ist Spiegelfechtere. Obamas Hinwendung zu Asien ist nicht viel mehr als Papier geblieben. In Peking versuchte er, die chinesischen Bedenken zu zerstreuen. Und Xi sieht die Realitäten, zumal die eigenen Schwierigkeiten zunehmen. Amerika ist immer noch die Gegenmacht, die den chinesischen Traum verwirklichen helfen, ihn aber auch zerstören könnte.

Das Wirtschaftswachstum verflacht sich, und die mit Schulden finanzierten Investitionen bringen nicht mehr den gleichen Ertrag wie früher. China könnte an die gleiche Grenze stossen, die anderen Schwellenländern den Durchstoss zur Spitze versperrt hat. Reformen müssten her, und die grosse Frage ist, ob sich diese mit der absoluten Führungsrolle der Partei vereinbaren lassen.



Spiegelfechtere: Putin, Xi Jinping mit Gattin, Obama (v. l.).

Obama kann's nicht

Von Christoph Mörgeli

Die spinnen, die Amis. So lauten die hiesigen Medienkommentare zum Wahlsieg der US-Republikaner. Demnach werfen fortan finstere, hinterwäldlerische, frömmelerische Erzreaktionäre dem «Erlöser» (*Sonntagsblick*) Obama auf seinem Weg ins sozialdemokratische Paradies Knüppel zwischen die Beine. Das Flaggschiff der hiesigen linken Publizistik namens *Tages-Anzeiger* titelte: «Ein Sieg der Saboteure» – «Die Niederlage des Versöhners» – «Rechtsrutsch blockiert die USA». Für den differenzierten intellektuellen Überbau sorgte die Zürcher Anglistikprofessorin Elisabeth Bronfen: Die liberalkonservative Tea-Party-Bewegung sei «völlig durchgeknallt».

Statt Motzen, Maulen und Meckern wäre eine Analyse der sechsjährigen Misserfolgsbilanz Obamas angebracht. Dass die Weissen einen Schwarzen abgestraft hätten, gehört zu den dümmsten Ausreden. Warum hätten sie ihn denn 2008 wählen sollen? In Wahrheit haben die Amis die Nase voll von der illegalen Massenzuwanderung aus dem Süden. Darum sind die Demokraten speziell in den südlichen Bundesstaaten eingebrochen. Obamas Masseneinbürgerung von elf Millionen Illegalen hätte weitere Millionen Hispanics angezogen.

Nach Obamas Niederlage jubelt die Börse. «It's the economy, stupid» – das wusste der erfolgreichere Bill Clinton. Es war keine gute Idee der Demokraten, mit Obama den am weitesten links stehenden aller US-Parlamentarier zum Präsidenten zu machen. «Yes, we can», war sein Motto. Aber der abgehobene Verfassungsrechtler kann's nicht. Alle Blasen seiner Wahlversprechen sind geplatzt. Ob Staatsausgaben, Staatsverschuldung, Arbeitslosenzahlen – überall steht Obama schlechter da als selbst sein vielgeschmähter Vorgänger George W. Bush. Obamas Gesundheitsreform ist Vampirismus am Mittelstand.

Beim Thema Guantánamo gilt der Präsident als oberster Wortbrecher. Beim Lauschangriff der NSA als oberster Verantwortlicher. Beim Rückzug aus dem Irak inklusive IS-Debakel als oberster Versager. Der chinesische wie der russische Staatschef kennen die fehlenden Führungsqualitäten des US-Präsidenten. Sie nutzen das Vakuum brutal aus und stellen mit Obama den gesamten Westen ins Offside. Selbst am Wochenende kommt der überforderte Präsident nicht zu Ruhe. Dann sagt Michelle wohl zu ihrem geplagten Mann: «Hilfst du mir beim Abwaschen, oder kannst du das auch nicht?»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Juncker des Kapitals

Von Peter Bodenmann — Warum machen es die Luxemburger bisher so viel cleverer als die Schweizer?



Vom Wilderer zum Wildhüter? EU-Kommissions-Präsident Juncker.

Wer die Geschichte der Steinböcke und von deren Steingeissen kennt, weiss: Die besten Wildhüter im Dienste des italienischen Königs Vittorio Emanuele III waren Wilderer. Statt die seltenen Steinböcke zu schützen, fingen sie ein paar Exemplare heimlich ein und verkauften diese in die Schweiz, wo das Steinwild ausgestorben war. Die Schweiz war in den letzten Jahren im Kampf gegen die Steuerhinterziehung Zielscheibe der USA und der EU. Fast niemand griff je Luxemburg, die Niederlande oder Irland an, obwohl hier nicht weniger emsig die Reichen und Superreichen mittels abenteuerlicher Bypass-Operationen finanziell entlastet wurden.

Im Bereich der Steuerberatung und der Treuhanddienstleistungen sind in Luxemburg seit Jahren die Big Four mehr als gut vertreten. KPMG mit 1200 Angestellten. 1700 Zahlenbeiger sind bei Deloitte beschäftigt. Und in den Büros von PwC 2500. Nur Ernst & Young will mit den Zahlen nicht herausrücken. Die dicksten Fliegen sind immer dort, wo der Mist dampft.

Unendlich viel menschlicher Erfindungsgeist wurde und wird auch in Luxemburg darauf verwendet, Steuern zu vermeiden und zu umgehen. Am liebsten diesseits und nicht jenseits der Legalität. Deshalb arbeiten die grossen Beratungsfirmen – wo immer möglich – Hand in Hand mit den staatlichen Apparaten.

Das hat in Luxemburg ausgezeichnet geklappt. Dank und mit Jean-Claude Juncker, der als Ministerpräsident während achtzehn Jahren auch für die Finanzen und somit für die Steuern zuständig war. Und erst noch das nahe Brüssel – auch als Leiter der Euro-Gruppe von 2005 bis 2013 – wie seinen Hosensack kannte und kennt. Neu ist der nachweislich höchst erfolgreiche Wilderer zum Wildhüter, zum EU-Kommissionspräsidenten gewählt worden. Seine selbstdefinierte Aufgabe ist es, die Grosskonzerne zu zwingen, endlich mehr zum Auf- und Umbau der EU beizutragen. Da sonst die notwendigen Ausgaben finanziell nicht mehr zu stemmen sind. Die detaillierten Enthüllungen der «Luxemburg-Leaks»-Journalisten erhöhen den Druck auf den bisherigen Hofjunker des internationalen Kapitals. Viele Medien halten seine Glaubwürdigkeit für schwer beschädigt. Marine Le Pen und Co. werden den verhassten Luxemburger unter Beschuss nehmen.

Der Ausgang der Geschichte ist offen. Bekannt sind nur die ersten Zwischenresultate: Wer Mitglied der EU ist, kann sich einiges mehr erlauben. Selbst wendige Wilderer bekommen ihre Chance. Und der Schweizer Finanzplatz muss verdammt viel Dreck am Stecken haben, wenn er Skandale wie «Luxemburg-Leaks» nicht für sich nutzen kann.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Klick im Kopf

Von Kurt W. Zimmermann — Eines haben die Online-Sites mit den Zeitungen gemeinsam. Zum Erfolg braucht es Seriosität.

Ich weiss noch, wie es zu meiner Zeit war. Wir kamen morgens um elf verkatert auf die Redaktion. Von unseren Lesern wussten wir nichts.

Heute kommen sie morgens um neun hellwach auf die Redaktion. Und sie wissen alles über ihre Leser.

Seit fünfzehn Jahren sind die Leser messbar geworden. Man kann sie im Tages- wie im Sekundenrhythmus erfassen. Man kann jederzeit sehen, wie viele Nutzer eine Website besuchen und was sie dort treiben.

Schauen wir also mal, wie sich die grössten News-Angebote im Internet schlagen. Wir betrachten dazu die neuesten Zahlen ihrer Visits pro Monat. Ein Visit ist der Besuch eines Nutzers auf einer Website. Wenn er nach einer Pause von mehr als dreissig Minuten auf die Seite zurückkehrt, wird dies als neuer Visit gezählt.

Website	Visits (in Mio.)	Nutzerzeit (Ø in min/s)
zomin.ch	68,7	7:29
Blick.ch	67,4	6:52
Srf.ch	26,9	6:19
Tagesanzeiger.ch	14,9	6:39
Nzz.ch	10,6	5:07
Bazonline.ch	4,3	7:12
Watson.ch	4,2	5:16
Blickamabend.ch	4,0	3:03

Wir sehen, dass die führenden Sites alle mit traditionellen Medienmarken verbunden sind. Die Schweiz macht hier keine Ausnahme. Auch die weltweit populärsten Online-Nachrichten kommen von alten Brands wie BBC, CNN und *New York Times*. Nur eine Ausnahme, die *Huffington Post*, hat es als News-Newcomerin in die Garde der arrivierten Medienhäuser geschafft.

Gute News-Sites leben von ihrer Kreditibilität beim Publikum. Um diese Glaubwürdigkeit zu bekommen, sind sie konservativ gemacht und zurückhaltend im Stil. Sie orientieren sich an klassischen Einordnungskriterien wie Politik, Ausland, Wirtschaft und Sport. Thematisch sind sie allesamt aktualitätsfixiert, in der Schweiz etwa mit Ecopop, Ukraine, Asylfragen und Federer.

Vor allem bei Tagesanzeiger.ch und Nzz.ch ist die Tradition der Tageszeitung gut zu spüren. Ihre Auftritte unterliegen stärker den Kriterien der Relevanz als jenen der Resonanz. Die Themenwahl ist nicht allein durch die Klickraten der Nutzer getrieben, also durch deren Vorliebe für Sex und Crime. Ebenso



Verulung der Glaubwürdigkeit: Watson.ch.

wichtig sind die Kopfraten der Redaktion, also deren Skepsis gegen Sex und Crime.

Marktleader zomin.ch, wiewohl auf ein junges Publikum fokussiert, hat eine vergleichbar kühle Strategie. Er bietet zwar mehr Themen aus dem People- und Party-Journalismus, liefert auch mehr unterhaltende Videos und Spiele, hält sich aber sonst ans Prinzip der nüchternen Newsvermittlung. Der selbsternannte Konkurrent von zomin.ch, das neue Watson.ch aus dem Haus der *Aargauer Zeitung*, betreibt das Gegenteil, nämlich die Verulung der eigenen Glaubwürdigkeit. Zehn Tipps, damit die Katze den Goldfisch nicht frisst, stehen hier als News gleichberechtigt neben zehn Dschihad-Opfern. Dass das Publikum dies als unseriös empfindet, erklärt vermutlich den unerwarteten Misserfolg des Portals.

Je mehr eine Informations-Site bietet, umso länger bleiben die User auf ihr hängen. Neben 20 Minuten erreichen hier auch führende Regionaltitel wie *Tages-Anzeiger* und die redaktionell verbundene *Basler Zeitung* gute Werte. Bei Infotainment-Sites wie jener des *Blicks am Abend* und bei Watson.ch hingegen schaut man nur kurz rein, was denen wieder an Jux eingefallen ist. Auch der Inhalt von Nzz.ch, so zeigt die Verweildauer, ist zu dünn.

Der Online-Markt der News und der traditionellen Markt der News sind keine zwei Welten. Die Besten sind dieselben.

Speed

Von Beatrice Schlag — Wann ist schnell genug schnell?

Kürzlich kaufte ich in einem grossen Schweizer Möbelhaus einen Schrank. Er werde in zehn Tagen geliefert, sagte die Verkäuferin, früher sei leider unmöglich. War er denn nicht an Lager? «Nein», und sie versicherte, er sei vorrätig, aber der Spediteur habe keine früheren Termine. Ist die Firma noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen? Lange Wartezeiten nimmt der Kunde heute nur noch beim neusten iPhone oder bei einem Tesla in Kauf. Alles andere will er sofort. Das Mooresche Gesetz, benannt nach dem Intel-Mitbegründer Gordon Moore, besagt, dass sich die Geschwindigkeit von Computerchips alle zwei Jahre verdoppelt. Man wird das Gefühl nicht los, dass dies inzwischen auch für Menschen gilt. Und dass diese immer verzweifelter damit ringen, dem Tempo folgen zu können.



Absurd daran ist, dass Menschen mit der Beschleunigung der digitalen Technik zwar auch selber schneller wurden, aber dabei keine Minute Freizeit gewannen. Im Gegenteil, sie arbeiten und hetzen viel mehr. Das war ursprünglich ganz und gar nicht die Idee. Als Personal Computer und Handys erschwinglich wurden, glaubten nicht nur Träumer, sondern auch Politiker und Wissenschaftler, dass Berufstätige in zahlreichen Sektoren dank der Digitalisierung viel Arbeitslast abwerfen könnten und in den Genuss von reichlich Freizeit kämen. In den sechziger Jahren prophezeite eine Expertenrunde dem US-Senat, dass Amerikaner im Jahr 2000 nur noch vierzehn Stunden pro Woche arbeiten würden. Wie die Reichen! Denn das war damals das Kriterium für sozialen Status: das Mass an Freizeit, das sich einer herausnehmen könne, ohne Geld verdienen zu müssen. Auch dieses Privileg ist der Beschleunigung zum Opfer gefallen. Die Geissens und die Bellers sind nicht mehr die typischen Reichen, sondern Workaholics wie Mark Zuckerberg oder Marissa Mayer, die nicht daran denken, ihr Handy ein paar Stunden auszuschalten, um sich zu amüsieren. Die Konkurrenz schläft ja nicht. «Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf», predigte Autohersteller Henry Ford seinen Angestellten. Unsinn – oder schon wieder Utopie? Je nachdem, wie lange Sie Zeit zum Nachdenken haben.

Leserbriefe

«Es sind auch die Eltern, die immer mehr versuchen, dreinzureden.»

Thomas Etter



«Panikattacken und Depressionen»: aktueller Schulbetrieb.

Angriffe, Anwälte

Nr. 45 – «Gängelung von oben»; Philipp Gut und Peter Keller über das Schulwesen

Ich bin seit 35 Jahren Lehrer, und ja, ich liebe diesen Beruf. Müsste ich jemandem erklären, warum ich seit Juni 2014 krankgeschrieben bin und mich mit Panikattacken und Depressionen herumschlagen muss, dann würde ich ihm diesen Artikel zum Lesen geben. Ohne weiteren Kommentar. Darum: herzlichen Dank. *Freddy Michel, Wiesendangen*

Danke. Da gibt es nicht viel zu ergänzen – nur zu bestätigen: Die Autoren haben die Problematik auf den Punkt gebracht. Im aktuellen Schulbetrieb würde dieser Punkt allerdings nicht so schnell gesetzt: Ob überhaupt ein Punkt gesetzt werden soll – und wo, wann, von wem (wohl von einem Team), weshalb und so weiter –, wäre zumindest einmal längere Zeit Inhalt einer Arbeits- oder Projektgruppe, inklusive allen Zubehörs.

Hannes Bucher, Ruswil

Ich habe mit 62,5 Jahren meinen Job als Sekundarlehrer gekündigt. Ich hatte genug von der fast wöchentlichen Auseinandersetzung mit Eltern, die ihre Kinder vorbehaltlos unterstützten, auch wenn das Unrecht noch so offen-

sichtlich auf Seiten ihrer Kinder war. Dazu ein paar Beispiele: A. versucht mit seinem Handy zu spicken. Ich ertappe ihn dabei. Er erzählt zu Hause eine völlig andere Version, und ich erhalte von seinen Eltern einen unverschämten Protestbrief. B. gibt mir ein Plagiat als Schlussarbeit ab. Auf meinen Brief reagiert die Mutter nicht. C. ist am Sporttag angeblich krank. Am Nachholtermin erscheint sie ebenfalls nicht. Der Schulleiter hat ein längeres Telefongespräch mit der Mutter, die das Verhalten ihrer Tochter vorbehaltlos deckt.

Die Schüler vergessen die Hausaufgaben, weigern sich zu arbeiten, stören den Unterricht. Das Killerargument der Eltern ist immer das gleiche: Der Lehrer kann die Schüler nicht motivieren, sie lernen nichts bei ihm, das Kind stört, weil es ihm langweilig ist.

Markus Visneider, Winterthur

Einen entscheidenden Grund für die vielen Burnouts bei uns Lehrpersonen erwähnt der Artikel nur am Rande: Es sind die Eltern, die immer mehr versuchen, auch in pädagogischen Bereichen dreinzureden, die persönliche Angriffe starten und mit Anwälten antraben, um ihr «Recht» einzuklagen. Leider vergessen die meisten, dass sich zum einen die Schul- und Gesellschaftssituation in den letzten Jahrzehnten massiv verändert hat (Stich-

worte: Internet, Globalisierung). Und noch eine Bemerkung zum Artikel: Es gibt keinen Lehrplan, auch nicht der Lehrplan 21, der dem Lehrer die Methode vorschreibt, wie er die Lernziele erfüllen soll. Leider gibt es immer wieder sogenannte Experten, die das behaupten. Diese Methodenfreiheit übrigens ist etwas, was ich persönlich an meinem Beruf sehr schätze. *Thomas Etter, Trubschachen*

Rein politisch-ideologisch motiviert

Nr. 45 – «Steuern sparen mit Margret Kiener Nellen»; Roger Köppel über die Doppelmoral der SP-Nationalrätin

Vor ein paar Wochen bin ich eher zufällig Abonnent der *Weltwoche* geworden. Was diese Zeitung in dieser kurzen Zeit an Fehlritten und Scheinheiligkeit von linken und rechten Politikerinnen und Politikern aufgedeckt hat, ist schon beeindruckend.

Den Vogel abgeschossen in Sachen Scheinheiligkeit und Unglaubwürdigkeit hat Margret Kiener Nellen mit ihrer Steueroptimierung.

Nicht Christoph Blocher, der immerhin mit offenem Visier – von rechts – politisiert, ist eine Gefahr für die Schweiz, sondern solche scheinheiligen linken Politiker wie Margret Kiener Nellen. Wer dieser Frau bei den nächsten Wahlen trotzdem wieder die Stimme gibt, ist nicht nur auf einem Auge blind!

Imre Varkonyi, Basel

Ich gratuliere Ihnen dazu, dass Sie diesen Faden aufgenommen haben. Es ist wahrlich ein Trauerspiel, das von dieser Dame unter dem Titel der «Steuergerechtigkeit» aufgeführt wird. Ich als Steuerzahler ärgere mich – im Zusammenhang mit ihrem Kreuzzug gegen die Aufwandbesteuerung – masslos über die rein politisch-ideologisch motivierte Inanspruchnahme der Steuer- und Finanzbehörden des Kantons Bern und in Bälde auch der Justiz. *Mathias Josi, Gümligen*

Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen! Einmal mehr hat sich Frau Kiener Nellen auf unrühmliche Weise in die Medien katapultiert. Woher diese Frau sich die Legitimation holen will, weiterhin für die SP, die Sozialdemokratische Partei, im Bundeshaus zu politisieren, ist rätselhaft. Wenn es ums eigene Geld geht, ist doch ihr persönliches Verhalten eher asozial als sozial.

Heinrich Fitze, Herzogenbuchsee

Frau Kiener Nellen macht es wie weltweit viele Politiker: Sobald sie gewählt sind, geben sie die Moral, das Gewissen, die Ehrlichkeit am Tor ab und leben fortan in den *clouds*. Werden sie, wie jetzt die gnädige SP-Nationalrätin, erwischt, dann sind ihre geläufigen Ausreden immer: «Ich habe es nicht gewusst» oder: «Ich

erinnere mich nicht» oder: «Der Ehemann ist schuld». Aber der Oberhammer ist schon, dass Frau Kiener genau das macht, was sie anprangert. Ihre Gier ist einzigartig.

Glückwunsch und besten Dank für Ihre Recherchen zu den Steueroptimierungspraktiken der SP-Nationalrätin Kiener Nellen. Es sind Recherchen wie diese, welche die *Weltwoche* immer wieder zu einer spannenden und informativen Lektüre machen.

Vasco Zlatareff, Interlaken

Wunschdenken

Nr. 45 – «Weil»; Editorial von Roger Köppel

Ich muss dem geschätzten Autor widersprechen. Seine Meinung über den Freispruch von Raoul Weil kann ich nicht teilen. Die Feststellung, Amerika sei ein Rechtsstaat und die Prozesse seien fair, ist reines Wunschdenken. Geschworenenprozesse in Amerika verlaufen nach einem ganz anderen Muster. Wer genügend Geld hat, um sich Top-Anwälte zu leisten, hat auch super Chancen. Ein armer Schlucker mit einem Pflichtverteidiger hat keine. Gerichtsverhandlungen sind ein Ringkampf zwischen Ankläger und Verteidiger. Es geht dabei nicht um Recht, es geht nur um Sieg oder Niederlage. Wer die Geschworenen besser einseifen kann, gewinnt. Was Amerika unter Recht und Gesetz versteht, zeigt sich deutlich daran, wie es die Schweiz behandelt respektive erpresst.

Marcel Ursprung, Basel

Spitäler würden beeinträchtigt

Nr. 45 – «Warum ich Ecopop unterstütze»; Andreas Honegger über die Initiative

Wer gezwungen ist, ins Spital zu gehen, dem wird auffallen, dass sehr viele der Spezialisten und der guten Geister, die hier aktiv sind, aus aller Welt stammen. Die Annahme der Ecopop-Initiative würde die ausgezeichnete Leistung unserer Spitäler beträchtlich mindern. Wollen wir das wirklich?

Martin A. Liechti, Maur

Ich finde es grossartig, dass auch Befürworter der Initiative derart prominent zu Wort kommen und noch publiziert werden. Es spricht für die breite Meinungsbildung in dieser Zeitung. *Andreas Schmied, Fraeschels*

Bloss im Konjunktiv

Nr. 45 – «Menschenrechte, absurd»; Markus Schär über den Gerichtshof für Menschenrechte

Das Asylurteil lässt Überstellungen nach Italien weiterhin zu. Im Gegensatz zu den Beteuerungen im Kommentar hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz gar nicht bestraft. Der Aufruhr über die «frem-

den Richter», die das Dublin-System «zerfetzen» würden, ist fehl am Platz. Der Gerichtshof hat am 4. November bloss gesagt, dass die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention verletzen würde (Konjunktiv!), wenn vor einer Überstellung keine Garantien vorliegen, dass die minderjährigen Kinder nicht von ihren Eltern getrennt werden und die Familie so untergebracht wird, dass der Schutz der Familie und des Kindeswohls gewährleistet ist. Das Urteil ist weder überraschend noch weltfremd. In diesem Urteil geht es um den Schutz minderjähriger Kinder, die wahrlich nicht darum zu beneiden sind, dass sie sich auf der Flucht befinden. *Evelyne Schmid, Bern*

Puristischer Gerätekult

Nr. 45 – «Schönheit aus Aluminium»; David Schnapp über das Fahrrad «Ludwig VIII»

Ein aussergewöhnlich schönes Velo propagiert uns da der Autor und berichtet von einer «nahezu transzendentalen Erfahrung» auf einem Trip durch die Stadt. Der geräuschlose Carbon-Antrieb, so ästhetisch wie robust, anstelle eines schmierigen Kettenantriebs – zu hören ist nur der eigene Atem sowie der kühl ins Gesicht blasende Herbstwind – lässt offensichtlich fehlende Schutzbleche und Beleuchtung vergessen. Puristischer Gerätekult, einsetzbar nur bei Tageslicht und schönem Wetter, fordert eben seinen Tribut, sofern man nicht akzeptiert, mit Taschenlampe und von aufspritzenden Gummireifen verdreckt in der Nacht umherzuirren.

Für solche Situationen stehen dann ja immer noch das praktische «Occasionsvelo der Auktionsplattform Ricardo» oder gar der PW vor der Tür. Nichts gegen puristischen Kult. Das Aufzeigen mangelhafter Grundfunktionen wäre aber manchmal auch der Qualität der Testberichte in der *Weltwoche* nicht abträglich – dies gar auf die Gefahr hin, sich gegen den aktuellen Trend der «puristisch coolen Bikes» zu utoen.

Manfred Amann, Eschen

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man die im nahen EU-Ausland angesammelten kleinen und kleinsten Münzen einem Bettler in den Hut oder in seine Sammelbüchse legen, oder kommt dies einer Beleidigung gleich? *Hans Mathys, Bern*

Gerade letzte Woche hat mir ein privater Paketverteiler ein paar Weinflaschen ins Büro gebracht. Normalerweise gebe ich einen Fünfliber als Trinkgeld. Weil ich gerade aus Frankreich kam, hatte ich nur Euro dabei und habe dem Kurier zweimal zwei Euro in die Hand gedrückt. Weder für mich noch für ihn war das ein Problem; denn vier Euro sind besser als null Franken. Genauso ist es beim Bettler. Entweder gebe ich nichts – wie bei Alkis oder Junkies – oder dann in der Regel nur Münzen. Ob ich einen einzigen Einräppler oder einen einzigen Eurocent in den Hut lege, ist gleichermaßen entwürdigend. Also: Nur rote Münzen gehen nicht. Aber wenn ich meinen Münzennotvorrat im Portemonnaie loswerden will, können auch rote die gelben begleiten. Wenn in Basel selbst Parkingmeter Euro-Münzen schlucken, sollte dies auch für arme Schlucker zu verdauen sein. *Silvio Borner*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Bundesrat: Irrweg nach links

Die Schweiz wird von einer angeblich bürgerlichen, tatsächlich aber linken Regierung geführt. Eine Bilanz der Legislatur aus freiheitlich-liberaler Sicht macht leider keine Freude. Der Bundesrat baut den Staat aus, treibt die Kosten in die Höhe, schraubt Freiheit und Eigenverantwortung zurück. *Von Roger Köppel*

Im Wochentakt vernehmen wir Entscheide des Bundesrates, die unliberal, staatsinterventionistisch, regulatorisch und sozialistisch sind, dass den Leuten Hören und Sehen vergeht. Da werden von den Unternehmen Lohnanalysen betreffend Geschlechter und deren externe Kontrolle gefordert («Lohnpolizei»). Da wird ein Formularzwang bei Mieten verlangt: Der frühere Mietzins soll dem Neumieter via «Formular» bekanntgegeben werden, wobei eine Erhöhung begründet und der Mieter im ersten Jahr im Voraus darüber informiert werden muss. Da verlangt der Bundesrat die Ausdehnung der Ungültigkeitsgründe von Volksinitiativen. Und da verbietet der Bundesrat Nicht-EU-Tänzerinnen den Auftritt in Schweizer Nachtclubs. Hätte diese Bestimmung schon in der letzten Legislatur gegolten, hätte Nationalrat Martin Bäumle keine Chance gehabt, seine ukrainische Gattin kennenzulernen.

Die neusten Schlagzeilen aus dem Bundesrat sind besonders schrill, bilden aber nur ein Spiegelbild einer konsequenten Linkspolitik des obersten Gremiums. Während die Schweizer Bevölkerung nach wie vor Mitte-rechts steht, herrscht erstmals in der Geschichte des Bundesstaates seit 1848 eine Linkregierung.

Man muss leider von Linkregierung, nicht von Mitte-links-Regierung reden, denn einzig die Mehrheit entscheidet. Das sind die zwei SP-Vertreter, Bundesrätin Widmer-Schlumpf, betreffend Wiederwahl in Geiselhaft von SP, Grünen und CVP, sowie in den meisten Fragen Doris Leuthard («grüne Wirtschaft», Energie-wende, Gesellschaftspolitik). Die FDP hat das Pech, zwei wenig dominante, zum Teil unglückliche Figuren zu stellen. Die Mitteparteien CVP, BDP und Grünliberale unterstützen meistens die Linke und können nicht mehr als bürgerlich bezeichnet werden, selbst wenn sie das Wort im Namen tragen.

Was die Schweiz stark macht

Weil diese Regierung nicht mehr gemäss dem parteipolitischen Willen des Souveräns zusammengesetzt ist, leidet die Stabilität. Genau dieses Missverhältnis führt zu immer mehr Volksinitiativen – klassisches Mittel der Opposition. Und diese Initiativen werden vom Stimmvolk immer öfter angenommen. Weil aber die Regierenden mit dem Inhalt dieser Volksinitiativen nicht einverstanden sind, werden diese unter Verweis aufs «Völkerrecht» einfach nicht durchgesetzt.

Ausgehend von ungünstigen Voraussetzungen – Topografie, Verkehrswege, Armut, «Stammeskämpfe» (Friedrich Engels) –, wurde die Schweiz zu einem der wohlhabendsten, freiheitlichsten, sichersten, stabilsten und friedlichsten Länder der Welt. Sie ist ein Anziehungspunkt für die Zuwanderung aus aller Welt. Warum? Einzig wegen einer besseren Staatsordnung mit den Säulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität, schlanker Staat, Marktwirtschaft. Heute ist jede einzelne dieser Erfolgssäulen bedroht und schwer erschüttert. Die Folgen einer falschen Politik der politischen Linksmehrheit in Regierung und Parlament – wobei der Ständerat oft noch eine schwierigere Rolle spielt als der Nationalrat – sind nicht sofort spürbar, werden aber den Vorsprung der Schweiz gegenüber anderen Ländern in den nächsten Jahren dramatisch schwinden lassen.

Die Unterscheidung zwischen rechts und links ist weder veraltet noch unerheblich. Es geht nämlich dabei um nicht weniger als um das jeweilige Staatsverständnis. Die Rechten glauben an Selbstverantwortung, persönliche

Bundesangestellte verdienen im Durchschnitt mehr als Bankangestellte.

Freiheit und möchten vom Staat möglichst wenig eingeschränkt und behelligt werden. Die Linken meinen, der Staat müsse den unmündigen Menschen beistehen, und zwar möglichst vom ersten Säuglingsschrei bis zum Zuklappen des Sargdeckels. Das Problem der Linken ist allerdings, dass die Linken genau jene Leistungsträger systematisch behindern und ausnehmen, von denen sie gleichzeitig erwarten, dass sie ihren Wunschzettel finanzieren.

Woher kommt der Unterschied zwischen dem politischen Willen der Wähler und deren Vertreter in Parlament und Bundesrat? Er rührt daher, dass sich die Wähler der sogenannten bürgerlichen Mitteparteien möglicherweise nicht bewusst sind, dass diese Parteien ganz einfach nicht mehr bürgerlich abstimmen. BDP, CVP und Grünliberale marschieren zu klar über 50 Prozent bei den Abstimmungen im Parlament gemeinsam mit Rot-Grün. Oft geht es um ganz wenige Stimmen. Um diesen Zustand zu ändern, gibt es nur zwei Wege: Entweder bekennen sich die genannten Mitteparteien durch ihr Abstimmungsverhalten wieder zu bürgerli-

chen Inhalten. Oder es gelingt SVP und FDP, die Wähler 2015 zu überzeugen, dass Stimmen an BDP, CVP und Grünliberale in Wirklichkeit Stimmen für SP und Grüne sind.

In der bisherigen Legislatur hat der Bundesrat unter anderem folgende Entscheide getroffen, die unbürgerlich, unliberal und freiheitsfeindlich sind.

Aussenpolitik

Der Bundesrat will mit der EU einen «Rahmenvertrag» beziehungsweise die «institutionelle Bindung» anstreben. Das heisst, er wird eher früher als später fremdes Recht und fremde Richter akzeptieren. Vor den Wahlen 2015 wird es indessen wohlweislich keine EU-Abstimmung geben.

Der angestrebte Sitz der Schweiz im Unosicherheitsrat schwächt die Glaubwürdigkeit der Neutralität, denn der Sicherheitsrat entscheidet über Krieg, Frieden und Sanktionen.

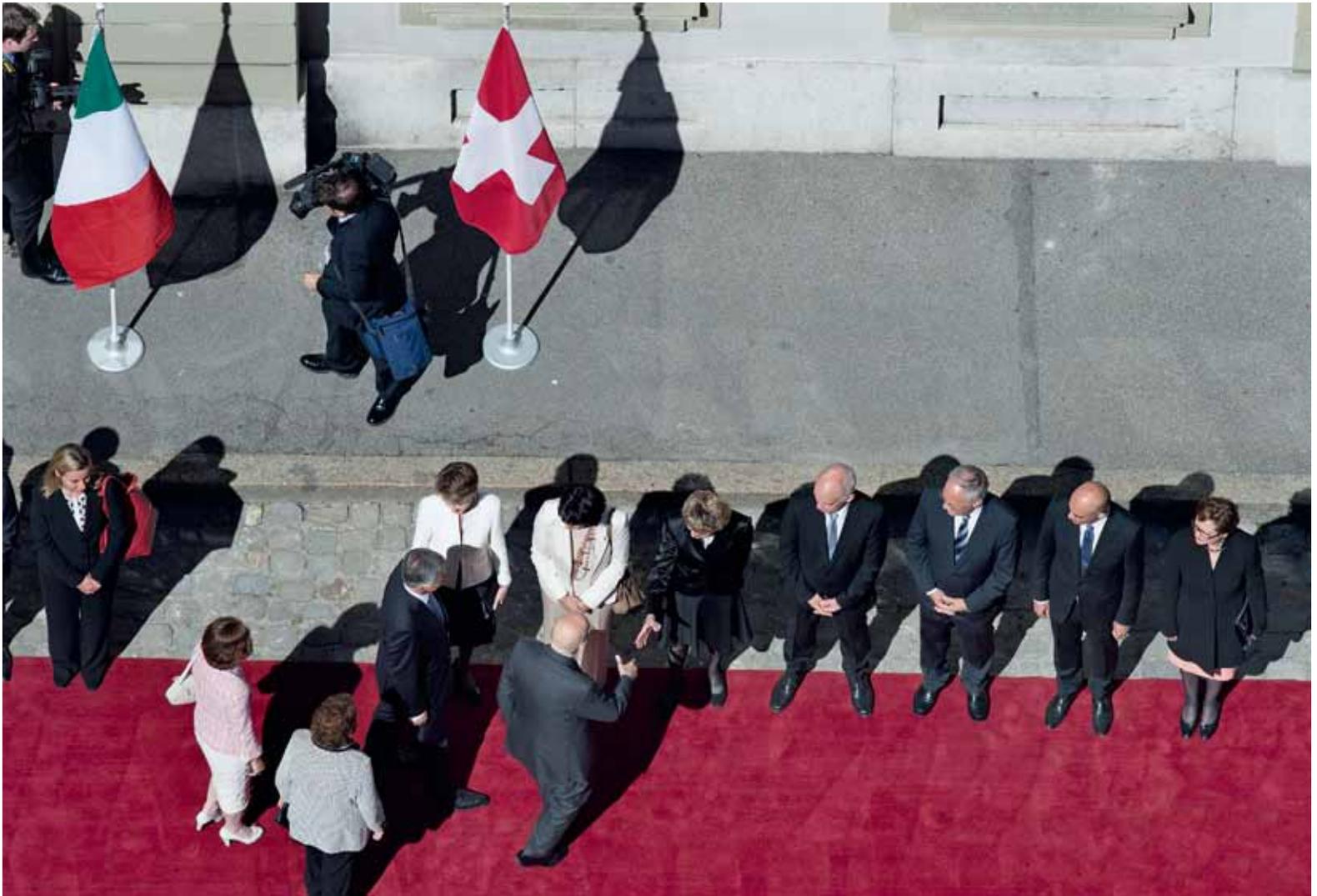
Zum Schaden der Schweizer Neutralität trägt die Schweiz die Sanktionspolitik von internationalen Organisationen und sogar von «wichtigen Handelspartnern» mit.

Das internationale Recht steht über dem Landesrecht, obwohl dieses «Völkerrecht» meist nicht demokratisch legitimiert ist. Die Charta der Menschenrechte wird vom ursprünglichen Kerngehalt losgelöst und entwickelt sich zu dirigistisch-sozialistischen Massnahmen beziehungsweise Ansprüchen.

Die Aufwendungen für Entwicklungszusammenarbeit werden periodisch aufgestockt, obwohl die Wirkung und die Nachhaltigkeit der Transferzahlungen alles andere als erwiesen sind und sie die Empfänger in Nehmerhaltung verharren lassen. Die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 sieht Ausgaben von 11,35 Milliarden Franken vor. Selbstverständlich werden auch die Kohäsionszahlungen und die «Osthilfe» brav und pünktlich geleistet.

Finanzen

Unter Bundesrätin Widmer-Schlumpf wird das Bankkundengeheimnis konsequent liquidiert, und zwar zunehmend auch für Inländer. Ihre Vorlagen sprechen ununterbrochen von «internationalen Standards». Sie verweist auf den OECD-Druck, obwohl das Gründungsmitglied Schweiz ein Vetorecht hätte. Die lebenslange Magistratin denkt strikt fiskalistisch und ersetzt das bisherige Vertrauen in die Bürger durch konsequentes Misstrauen.



Erstmals in der Geschichte des Bundesstaates seit 1848 eine Linksregierung: Schweizer Bundesrat, 2014.

Die Vernehmlassung der Steuerstrafrechtsrevision ist abgeschlossen, doch die Botschaft wurde per Dezember 2015 angekündigt – also erst nach den Wahlen ... Die Steuerbehörden sollen Instrumente wie Strafverfolgungsbehörden erhalten (Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Einvernahmen). Neu ist auch die «schwere Steuerhinterziehung» ein Strafdelikt; es muss also keine Urkundenfälschung mehr vorliegen.

Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III projiziert die Finanzministerin eine Kapitalgewinnsteuer als Ladenhüter der Linken und mit verheerenden Folgen für den Wirtschafts- und Finanzplatz. Selbst eine Wegzugsteuer für In- und Ausländer, die das Land im Zusammenhang mit Kapitalgewinn verlassen wollen, fehlt nicht, was an unselige totalitäre Staaten erinnert. Und selbstverständlich sind zahlreiche neue Beamte für die möglichst lückenlose Steuerabschöpfung vorgesehen. Betreffend Unternehmensbesteuerung wird mit der EU ein «Dialog» geführt, was gewöhnlich heisst, dass man sich dem Druck aus Brüssel beugt.

Der Bundesrat will eine steuerliche Spezialregelung (Bonussteuer), wonach Jahresvergütungen von über drei Millionen Franken in Aktiengesellschaften nicht mehr abzugsfähig

sein sollen. Zwecks Vermeidung von Rechtsungleichheiten sollen die Sonderregeln für hohe Bezüge laut Bundesrat für kotierte und nichtkotierte Aktiengesellschaften gelten.

Das Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) und das Finanzinstitutsgesetz (Finig) verschärfen gemäss EU-Regulierung die Aufsicht, bevormunden die Konsumenten, schaffen kollektiven Rechtsschutz, kehren die Beweislast zuungunsten der Banken um und unterstellen die mehr als 6500 Vermögensverwaltungsgesellschaften der Finma.

Die Gafi (Groupe d'action financière) qualifiziert Steuerdelikte als Vortat zur Geldwäscherei und bestimmt, dass die wirtschaftlich Berechtigten bei juristischen Personen ermittelt werden müssen. Die Banken werden zur Steuerpolizei des Bundes.

In der vom Bundesrat eingesetzten interdepartementalen Expertenkommission zur Finanzmarktstrategie sitzen vornehmlich Bundesbeamte, Experten und Funktionäre, aber kaum wirtschaftliche Praktiker von der Front.

Die Bundesausgaben haben sich seit 1990 verdoppelt. Der budgetierte Aufwand des Bundes übertrifft mit mehr als 3 Prozent Jahr für Jahr das Wirtschaftswachstum der Schweizer Volkswirtschaft (rund 2 Prozent). 2017 will der Bund

gemäss Finanzplan 72 Milliarden Franken ausgeben.

Die Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) steigt ständig.

Der Personalaufwand des Bundes hat sich seit 2007 um 1,1 Milliarden vergrössert. Die 36 700 Bundesangestellten (inklusive Chauffeurs und Kasernengärtner) verdienten im Jahr 2013 im Durchschnitt 120 075 Franken, also mehr als der durchschnittliche Schweizer Bankangestellte.

Das von allen Departementen angerichtete IT-Debakel kostet die Steuerzahler eine Milliarde Franken. Dies trotz schön tönender «Bundesinformatikverordnung».

Selbstverständlich ist der Bundesrat auch in vorauseilendem Gehorsam für die vorsorgliche Sperrung von Vermögenswerten von «politisch exponierten Personen» – auch wenn etwa die Linken mit den vertriebenen Diktatoren über Jahrzehnte einträchtig in der Sozialistischen Internationalen gegessen sind.

Das Steuersystem wird auf «ökologisch schädliche Fehlanreize» überprüft.

Abgaben, Gebühren und Steuern sind durch Mehrwertsteuererhöhungen, CO₂-Abgaben, das Solidaritätsprozent für die Arbeitslosenversicherung und so fort weiter angestiegen. >>>

Werkplatz Schweiz

Trotz Massenzuwanderung stagniert die Produktivität, und bezüglich Pro-Kopf-Einkommen ist die Schweiz im Vergleich zu andern Ländern zurückgefallen.

Es ist vor allem die «öffentliche Hand» – ein besserer Ausdruck wäre «all das, was die Steuerzahler aufbringen müssen» –, die in den letzten Jahren gewachsen ist, nämlich Verwaltung, Gesundheitswesen, Sozialbereich, Bildung. Mehr Beamte bedeuten in der Summe leider oft mehr Kosten, mehr Betriebsamkeit, mehr Bürokratie, mehr Leerlauf.

Der Finanzplatz ist unter Druck und wird massiv Bankinstitute und Stellen verlieren. Diese Preisgabe der Standortvorteile ist die Folge des ständigen Nachgebens auf internationalen Druck bei Regulierung, Kriminalisierung und bevormundendem Konsumentenschutz.

Der flexible Arbeitsmarkt – ein wesentlicher Standortvorteil der Schweiz – wankt unter den Dauerregulierungen durch «flankierende Massnahmen» mit Druck zu Gesamtarbeitsverträgen, paritätischen Kommissionen, Strafmassnahmen, Kontrollorganen, Bürokratie, Papierkram. Bevorzugt werden die Gewerkschaften, Leidtragender ist der Werkplatz Schweiz.

Eigentum

Die Schweizer mussten 2012 durchschnittlich 41,7 Prozent ihres Einkommens allein für Steuern und Abgaben aufwenden – das sind pro Jahr fünf Monate Arbeit für den Staat.

Der Bundesrat erliess Massnahmen im Mietrecht, die das Spiel des freien Marktes einschränken (Formularzwang, siehe Einleitung). Dass diese Regulierung eine Folge der Massenzuwanderung ist, verschwieg er aber wohlweislich.

Die Abschaffung beziehungsweise Einschränkung des Bankkundengeheimnisses, der automatische Informationsaustausch und die von der Finanzministerin vorgesehene Einschränkung des Bargeldverkehrs mindern die Eigentumsrechte der Bürger zunehmend und verhindern das Recht des freien Zugriffs aufs private Eigentum.

Geplant ist nicht weniger als eine Enteignung, wenn das persönlich angesparte Alterskapital der zweiten Säule nicht mehr zur Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum oder zur Unternehmensgründung verwendet werden darf. Dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf die private Wirtschaft.

Sicherheit

Der Bundesrat will die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative nicht umsetzen, wobei er sich auf fragwürdiges Völkerrecht beruft.

Dafür liegt ihm die Hooligan-Gesetzgebung am Herzen, die ausser Freiheitsbeschränkungen, Kosten und Bürokratie kaum etwas bringt.



Fremdes Recht: Bundespräsident Burkhalter.

Armee

Der Bundesrat tut sich schwer damit, die vom Parlament bewilligten fünf Milliarden Franken für die Armee wirklich zu akzeptieren. Dabei sollten völlig unerwartete kriegerische Auseinandersetzungen wie in der östlichen Ukraine aufzeigen, dass es eine total friedliche Welt selbst in relativer Nähe zur Schweiz nicht gibt. Die verlorene Gripen-Abstimmung war für den VBS-Chef Ueli Maurer ein persönliches Debakel, doch wusste man nie so recht, ob er den schwedischen Kampfjet überhaupt wollte.

Die Kandidatur für die Olympischen Winter Spiele im Jahr 2022 in Graubünden – vom Bundesrat und vom VBS kampagnenartig unterstützt – scheiterte an der Urne im zukünftigen Gastgeberkanton.

Ein Bestand von gerade noch 100 000 Mann ritzt den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht und das Milizsystem. Wir haben künftig einen Armeebestand, der zahlenmässig ziemlich genau der jährlichen Nettozuwanderung von Ausländern entspricht...

Ausländer

Statt die Ausschaffungsinitiative von 2010 endlich umzusetzen, legte der Bundesrat einhalb Jahre danach dem Parlament eine Umsetzungsvariante vor, die sich am abgelehnten, untauglichen Gegenentwurf orientiert.



«Gibts eigentlich eine App, mit der man alle zwei Minuten eine SMS kriegt?»

Tausende von ausländischen Straftätern konnten deshalb nicht ausgeschafft werden.

Statt zu versichern, dass der Bundesrat die Massenzuwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ohne Wenn und Aber umsetzen wolle, beschimpfen Bundesräte die Anhänger der Ecopop-Initiative als rassistisch, fremdenfeindlich und moralisch minderwertig. Sie haben die Demokratie als Staatsform der Alternativen nicht begriffen. Es muss immer ein Ja oder ein Nein möglich sein – sonst müssen wir gar nicht mehr an die Urne.

Asyl

Unter dem gegenwärtigen Bundesrat hat sich die Zahl der Asylgesuche von 10 000 unter dem ehemaligen EJPD-Chef Christoph Blocher weit mehr als verdoppelt. Die derzeitige Departementsführung will daran auch politisch nichts ändern. Der Rechtsschutz für Asylbewerber wurde verstärkt, insbesondere für Minderjährige. Da deren faktische Rückführung nicht möglich ist, werden künftig vermehrt Kinder und Jugendliche ins Asyl vorausgeschickt. Die ausgebauten Rekursmöglichkeiten öffnen dem Missbrauch Tür und Tor.

Der Bundesrat will die Rückübernahme von Asylbewerbern nicht an Zahlungen der Entwicklungshilfe an die jeweiligen Staaten knüpfen.

Statt den Vertrag von Dublin konsequent einzufordern und auf keine Asylgesuche aus sicheren Drittstaaten mehr einzutreten, werden weitere technische Abkommen geschlossen, die mehr kosten, aber so gut wie nichts bringen.

Bildung

Der Bund missachtet im Bildungswesen zunehmend den Bildungsföderalismus und mischt sich dauernd in den Verantwortungsbereich der Kantone ein – mit entsprechenden Kostenfolgen.

Der Lehrplan 21 ist Ausfluss einer Zentralisierung und Ideologisierung und führt zur heillosen Überforderung von Lehrern, Schülern und Eltern.

Die Akademisierung auf Kosten der erfolgreichen Berufsausbildung im dualen System ist unbezahlbar und unsinnig.

Die EU-Forschungsprogramme wie Erasmus+ und Horizon 2020 sind politisch motivierte, bürokratische Prestigeprojekte, die der EU-Integration dienen. Unter Erasmus wurden unzählige peinliche Projekte im Inland unterstützt.

Die Hochschulen ächzen unter der Last des Zustroms von Ausländern und wollen Massnahmen treffen, während sie sich gleichzeitig via bundesfinanzierte Agenturen weltoffen geben und jede «Abschottung» beklagen.

Das Stipendienwesen soll vermehrt durch den Bund koordiniert, also zentralisiert und aufgebläht werden.

Der Bundesrat unterstützt das Projekt Innovationspark Schweiz, bei dem Staat und Private ein undurchsichtiges Interessengewirr eingehen, wo es doch bezüglich Staat und Wirtschaft heissen müsste: «Mitenand gat's schlächter.»

Soziale Wohlfahrt

Jeder dritte Bundesfranken fliesst in die soziale Wohlfahrt. Seit dem Jahr 2000 sind die Kosten für die soziale Wohlfahrt von 14 Milliarden auf 21 Milliarden (2013) angewachsen. Die soziale Wohlfahrt kostet mehr als Bildung, Verkehr und Landesverteidigung zusammen.

AHV, Arbeitslosenversicherung, berufliche Vorsorge, Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung, Familienzulagen, Krankenversicherung, IV, Mutterschaftsversicherung, Unfallversicherung, Sozialhilfe – keines unserer Sozialwerke ist gesund finanziert. Insbesondere steht eine AHV-Revision an, wobei zur Deckung der zunehmenden Kosten eine Mehrwertsteuer vorgesehen wird. Der Bundesrat will weitere 1,5 Prozent für die AHV. Schon 1999 wurde die Mehrwertsteuer für die AHV um 1 Prozent und für die IV um 0,4 Prozent angehoben. Ist das Ziel, die von der EU geforderten mindestens 15 Prozent Mehrwertsteuer zu erreichen, um nicht mehr besser dazustehen?

Für die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) wird ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen gerechnet. Statt dass wie früher das Milizprinzip gilt, wird das Sozialwesen immer mehr professionalisiert, was entsprechend spezialisierte, kostenintensive «Unternehmen» fördert.

Der Bundesrat hält ausdrücklich fest, dass er sich nicht weiter gegen die Übernahme der von den Linken seit Jahren geforderten Sozialstandards der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wendet.

Aus der «Anschubfinanzierung» durch den Bund für Krippenplätze wurde eine weiterführende und bald wohl ständige Subventionsaufgabe.

Gesundheit

Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens wird immer teurer. Wie eine fünfte Jahreszeit werden jährlich die Prämienanstiege der Krankenversicherung bekanntgegeben. Statt wie früher Krankheit, führt heute das Bezahlen der Prämien zu sozialer Not.

Der Bundesrat bewilligte ebenso aufwendige wie fragwürdige Präventionskampagnen zu Alkohol, Tabak, Aids, Bewegung, Essen und so weiter. In diesen ideologisch aufgeladenen Präventionswahn fliesst immer mehr Geld.

Verkehr

Der Bundesrat verfolgt eine einseitige Verkehrspolitik zugunsten des öffentlichen Verkehrs und zu Lasten des Individualverkehrs. Die Strasse erhält gerade einmal ein Drittel des über Abgaben und Steuern abgelieferten Geldes zurück.

Der Individualverkehr wird bestraft mit Bussenterror und geplanten Tunnelgebühren, Mobility-Pricing, höheren Treibstoffgebühren auf 5 Franken pro Liter Benzin und so weiter. Der Bundesrat wollte den Vignettenpreis auf 100 Franken erhöhen, was vor dem Volk scheiterte.

Fabi (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) ist enorm teuer; niemand traut sich, unrentable Schienenwege stillzulegen und billigere Busbetriebe einzuführen.

Energie

Im Rahmen der nebulösen Vision der Energiestrategie 2050 sollen Massnahmen zum Ausstieg aus der Kernenergie getroffen werden. Die Wirtschaft hat den unrealistischen Ausstieg zu finanzieren. Die erneuerbaren Energien sind nie in der Lage, den Kernenergieanteil zu decken.

Der Bundesrat missbraucht die Energieträger als willkommene Steuerquelle, etwa

Die Schweizer mussten 2012 41,7 Prozent ihres Einkommens für Steuern und Abgaben aufwenden.

durch die umverteilende Energielenkungssteuer. Er setzt die Hauptpfeiler unserer Stromversorgung stark unter Druck: Mit dem Wegfall der Kernenergie würden 40 Prozent unserer Stromproduktion wegfallen; auch der 55-Prozent-Anteil der Wasserkraft ist wegen der hochsubventionierten Sonnenenergie im In- und Ausland in Gefahr. Heute tragen die erneuerbaren Energien Wind und Sonne ganze 0,6 Prozent zur Energiedeckung bei.

Der Energiebedarf wird weiter zunehmen, wenn die Wirtschaft brummt, der Wohlstand nicht einbricht und die Zuwanderung weitergeht.

Die Energiestrategie 2050 bringt die Versorgung unseres Landes mit sicherer, günstiger und verfügbarer Energie in Gefahr.

Der Bundesrat unterstützt alle internationalen Klimaprotokolle und deren Nachfolger und beteiligt sich begeistert am energieaufwendigen Klimatourismus.

Medien

Der Bundesrat bevorzugt die ihm politisch gewogene SRG gegenüber den privaten Anbietern in jeder Weise. Der Quasimonopolist soll auch künftig konkurrenzlos dastehen. Wir zahlen die weltweit höchsten Radio- und Fernsehgebühren. Unter dem Begriff Service public wurde jede erdenkliche Sparte ausgebaut – mittlerweile sind es achtzehn Radio- und acht Fernsehsender.

Der Bundesrat befürwortete die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) in dem Sinne, dass ein geräteunabhängiges Gebührensystem eingeführt wurde, was die SRG-Gebühren zu einer staatlichen Steuer macht, die

SRG-Konsumenten wie -Nichtkonsumenten bezahlen müssen. Trotzdem wurde die Billag nicht abgeschafft und auch die SRG-Spitze nicht nach Parteienproporz zusammengesetzt, wie es sonst bei staatlichen Gremien üblich ist.

Während der Bund sonst überall Controlling und Governance einfordert, sind die SRG-Rechnungen ein Buch mit sieben Siegeln. Kaum jemand weiss, dass die SRG- und SRF-Kadermitarbeiter Boni beziehen.

Der Bundesrat legt ein «Förderkonzept zur Stützung der staats- und demokratiepolitischen Bedeutung der Medien» vor. Staatsgeld für die Medienfreiheit – ein eigenartiges, in sich selber widersprüchliches Konzept.

Kultur

Die Kulturbotschaft des Bundesrates 2016 bis 2019 strotzt vor Staatsgläubigkeit und Zentralismus. Die Bundesausgaben sollen auf knapp eine Milliarde wachsen. Inspiriert vom französischen Kulturdirigismus, plant Kulturminister Alain Berset eine «nationale Kulturpolitik» an und will die föderalen Projekte aufeinander abstimmen.

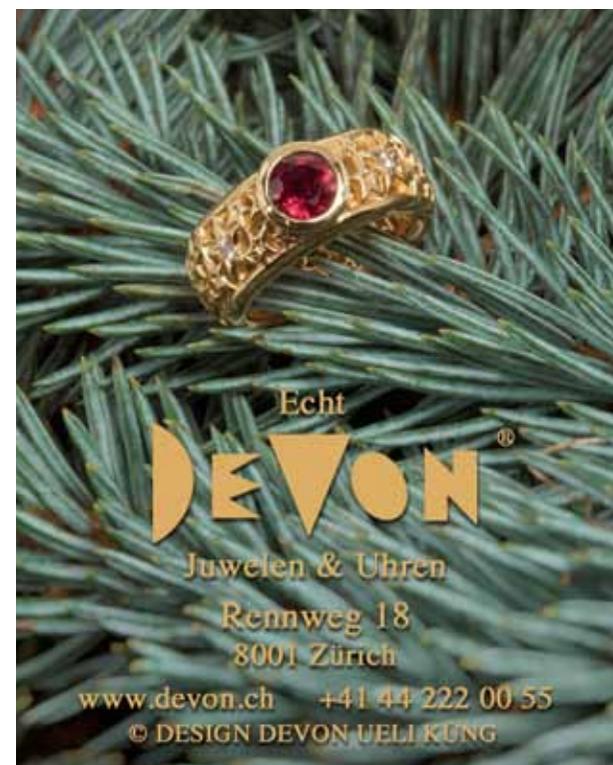
Geplant ist auch der Anschluss ans EU-Bürokratiemonster «Kreatives Europa» – ein Gipfel der von oben verordneten Staatskultur.

Während der Denkmalschutz und die Erhaltung des Patrimoniums knapp gehalten werden, schwimmen Film, Jazz, Tanz et cetera im Geld.

Das Media-Abkommen unterstützt den Kampf der EU-Filmindustrie gegenüber dem erfolgreicherem Hollywood.

Schluss

Es gibt einen einzigen Bereich, in dem die Jahresziele 2014 des Bundesrates ausdrücklich «keine Massnahme» vorsehen, nämlich bei der Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverwaltung und bei der Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten. ○



Böses Blut im Umweltamt

Auf internationalen Konferenzen spielt Bruno Oberle den charmanten Türöffner und Eisbrecher. Zu Hause, im Büro in Ittigen, steht der Direktor des Bundesamtes für Umwelt in der Dauerkritik.
Von Hubert Mooser



Zunächst einmal Regulierungen: Amtsdirektor Oberle, Umweltministerin Leuthard.

CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hatte bei ihrem Besuch in Norwegen im Oktober Glück: Um diese Jahreszeit kann es im hohen Norden ganz schön frostig werden. Die Vorsteherin des Departements für Umwelt, Energie und Kommunikation (Uvek) wurde aber von der norwegischen Umweltministerin Tine Sundtoft warmherzig empfangen. Zu verdanken hatte sie das Bruno Oberle. Leuthards oberster Umweltschützer hatte Sundtoft schon an früheren internationalen Anlässen getroffen und seiner Chefin dabei den Weg geebnet. Das kann er gut, der Charmeur und Direktor des Bundesamtes für Umwelt (Bafu): auf internationalen Klima- und Umweltkonferenzen bei Cüpli und Häppchen den Türöffner und Eisbrecher spielen. Aber im politischen Alltag bereitet er Uvek-Chefin Leuthard weniger Freude.

Misstimmungen im Bafu lähmten wiederholt das Tagesgeschäft, Fehlbesetzungen an der

Spitze von Bafu-Abteilungen sorgen für böses Blut, millionenteure Informatikflops und Probleme mit der vorgezogenen Entsorgungsgeld tragen der Umweltbehörde eine schlechte Presse ein. Mit dem übereifrigen Nachvollzug von neuen EU-Vorschriften und

Die Liste der Verfehlungen unter dem Regime Oberle wird länger und länger.

dem ungelösten Dauerproblem Wolf macht sich der Bafu-Direktor auch im Parlament immer unbeliebter. Kurz, die Liste der Verfehlungen unter dem Regime Oberle im Bafu wird länger und länger. Der Bafu-Direktor musste sich von Leuthard in der Vergangenheit auch schon den Vorwurf gefallen lassen, er führe das Amt nicht. Viel lieber jettet er in der Businessklasse

um den Erdball. 2014 verbrachte er 39 Tage auf Dienstreisen im Ausland, wie sein Amt auf Anfrage bekanntgibt. Zur Kritik an seinen Führungsqualitäten sagt Oberle: «Ich habe andere Rückmeldungen von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.» Manchmal höre er auch, er führe das Amt zu eng.

Der Dottore sei «vor allem Tessiner»

Der Direktor der Umweltbehörde geht stürmischen Zeiten entgegen. CVP-Parteichef Christophe Darbellay (VS) und Nationalrat Yannick Buttet (CVP, ebenfalls VS) zum Beispiel wundern sich schon lange, dass Leuthard über die bisherige Pleiten-, Pech- und Pannenserie des Bafu dermassen grosszügig hinwegschaute. Im kleinen CVP-Kreis soll die Uvek-Chefin zwar zuweilen Andeutungen gemacht haben, sie wolle den Bafu-Direktor loswerden. Nur gehandelt hat sie nicht.

Andere Departementsvorsteher haben weniger Skrupel: Der Direktor des Bundesamtes für Statistik im Departement von SP-Bundesrat Alain Berset musste im Februar 2013 wegen viel weniger den Hut nehmen. Bei Leuthard läuft das anders: Sie tut sich seit je schwer damit, missliebige Chefbeamte auszutauschen. Dabei bereitet ihr kein anderes Bundesamt mehr Kopfzerbrechen als die Umweltbehörde in Ittigen.

Der 59-jährige Doktor der Naturwissenschaften und frühere ETH-Professor Bruno Oberle rückte am 1. Januar 2006 an die Spitze des Bafu auf. Der damalige Uvek-Chef Moritz Leuenberger (SP) wollte nach dem Rücktritt von Bafu-Direktor Philippe Roch einen Nachfolger, der nicht im Ruf eines Fundamentalisten stand – also keinen wie Roch. Der Genfer war für Bundesrat und Parlament ein rotes Tuch. Viele Geschäfte scheiterten nur schon wegen seiner Person. Roch hatte auch bizarre Angewohnheiten: Er umarmte gerne Bäume – auch während der Arbeit, sagen frühere Uvek-Mitarbeiter. Nachfolger Oberle ist anders, er umarmt lieber Frauen. Der *Tages-Anzeiger* titelte nach seiner Wahl: Der neue Chef im Bafu sei «vor allem Tessiner».

Klimaerwärmung, Arbeitsklima

Mit Bruno Oberle bekam das Bafu einen Chef, der auf dem Papier wenigstens mehr Verständnis für Wirtschaftsfragen aufbrachte. Grüne Politiker wie der Zürcher Nationalrat Bastien Girod sehen in ihm mehr den Umweltmanager und weniger den Umweltschützer. Bei bürgerlichen Politikern kam Oberle anfänglich gut an, weil er nicht ideologisch auftrat. Als er anfing, die Ressourcenpolitik seines Bafu mit der Geldpolitik der Nationalbank zu vergleichen, war diese Liebe am Ende. Marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaften brauchen zunächst einmal Regulation, sagt er. Die Geldmenge werde reguliert. Und so will Oberle auch den Verbrauch von natürlichen Ressourcen regulieren.

Im Amt ist er für alle der Bruno, zwischendurch will Oberle aber zeigen, dass er der Chef ist. Diese zwei Gesichter sorgen manchmal bei Mitarbeitern für Irritation. Sonst nehme man den Bafu-Direktor in der Zentrale aber kaum wahr. Und das ist das andere Problem von Bruno Oberle. Vorgänger Roch kannten alle, bei Bruno Oberle wissen in Bern viele auch nach acht Jahren noch nicht, wer er ist und was er tut.

Das liege wohl auch daran, dass Oberle die Empfänge der globalen Umweltschickeria mehr lägen als das Lobbyieren in den politischen Fachkommissionen, monieren Kritiker. Seit er das Bafu leite, seien die Flugbewegungen der Umweltbehörde um vierzig Prozent hochgeschneit, meldeten schon 2012 die Medien. Und das will etwas heissen, denn Oberles Vorgänger flog auch schon gerne in der Weltgeschichte herum. Damit heizt Oberle nicht nur die Klimaerwärmung an, die sein Amt be-

kämpfen will, seine Absenzen haben auch Auswirkungen auf das Betriebsklima.

Die *Handelszeitung* berichtete 2012 über unzufriedene Mitarbeiter, Führungsmängel und Geldsorgen, die das Tagesgeschäft im Bafu lähmten. Die Zeitung stützte sich dabei auf eine Mitarbeiterbefragung des Personalverbandes Transfair. Ein Drittel der Mitarbeiter der Abteilung Hydrologie forderte die Auswechslung der Führungscrew. Dass der Konflikt bis heute auf kleiner Flamme weiter schmort, zeigt ein Rundschreiben von Bafu-Vizedirektorin Karine Siegwart vom 1. November. Sie kündigt darin an, dass der intern umstrittene Chef der Abteilung Hydrologie im Januar die Leitung abgeben werde. Böses Blut gab es aber auch, weil einem Ehepaar der Bereich Boden überantwortet wurde. Laut Transfair verbietet das Bundespersonalrecht eine solche Konstellation. Bei diesen Konflikten musste sogar Bundesrätin Leuthard persönlich eingreifen.

Fast zeitgleich kritisierte die Finanzdelegation des Parlaments in ihrem Bericht die Führungsstruktur des Amtes, die mit 144 000 Franken hohen Durchschnittslöhnen im Bafu und die Beschäftigung von vielen teuren externen Mitarbeitern. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates hat diese auch im Bafu gängige Praxis kürzlich noch einmal scharf kritisiert – weil Externe um vierzig bis fünfzig

Oberles Amt kommt seiner Chefin, Doris Leuthard, vermehrt auch politisch in die Quere.

Prozent mehr kosten als festangestellte Mitarbeiter. 2013 ging es im gleichen Stil weiter. Diesmal handelt es sich um ein missratenes Informatikprojekt, bei dem das Bafu fast acht Millionen Franken verbrannte. Im Untersuchungsbericht dazu hiess es, Oberle habe sich zu wenig um das Projekt gekümmert.

Auf EU-Kurs

Kein Mensch hätte es Leuthard übelgenommen, hätte sie sich damals von ihrem Bafu-Direktor getrennt. Stattdessen ging alles weiter wie bisher. 2014 tingelte Oberle zur Ressourcenkommission des deutschen Umweltbundesamtes, an eine Konferenz zum Uno-Umweltprogramm nach Nairobi, zur globalen Umweltkonferenz nach Guiyang (China), zum Forum zur Finanzierung von Umweltprojekten nach Cancún, zur Konferenz über Biodiversität nach Pyeongyang (Südkorea) und so weiter.

Der Bafu-Direktor bewegt sich auf dünnem Eis, denn sein Amt kommt der Uvek-Chefin vermehrt auch politisch in die Quere. Ob beim Umbau der Energieversorgung oder beim Ausbau neuer Telekommunikationsnetze, Oberles Behörde nervt mit ihren Hinweisen auf Umweltsetze, Strahlenbelastung, Gewässerschutz oder Naturschutzgebiete. Das ist zwar Oberles

Job, das macht ihn aber bei Leuthard und den anderen Amtsdirektoren nicht beliebter. Bei Projekten, bei denen er selber ein deklariertes Interesse hat, zum Beispiel bei der Annäherung von Wirtschaft und Umweltschutz, tue er aber nicht sehr viel, um diese politisch ins Trockene zu bringen. Oberle hält gerne gescheite Reden über den Ressourcenverbrauch. Aber die Bafu-Vorlage gegen den Ressourcenverschleiss ging fast bachab. Für diesen Beinahe-Absturz soll Leuthard auch den Bafu-Chef verantwortlich gemacht haben – weil er bei den Ständeräten zu wenig dafür gewiebelt habe.

Geht es darum, neue Regelungen aus Brüssel zu übernehmen, lässt *dottore* Oberle dagegen nichts anbrennen. Jedenfalls schickte sein Bafu am 1. Oktober eine Verordnung in die Konsultation, die den etwas sperrigen Namen «Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung» trug. Es handelte sich um den Nachvollzug einer neuen EU-Vorgabe. Die Verordnung sah unter anderem ein Verbot von Sprühflügen vor. Als die Pläne durchsickerten, gingen Darbellay und Buttet auf Leuthard los, befürchteten sie doch neue bürokratische Hürden für ihre Walliser Winzer. Leuthard veranlasste amtsintern eine juristische Abklärung. Diese zeigte, dass die Schweiz die EU-Richtlinie nicht zwingend übernehmen muss. Und Leuthard würgte das Vorhaben ab.

Beliebt bei Apéros

Und dann ist da noch der Dauerbrenner Wolf: Auch hier sitzen der Uvek-Chefin vor allem ihre Parteileute aus dem Berggebiet im Nacken. Leuthard ist es auch selber leid, dass sie alle paar Monate im Parlament die Wolfskonzepte ihres Bafu verteidigen muss. Die CVP-Bundesrätin macht hier schon lange Druck auf Oberle für eine Lösung, die alle zufriedenstellt. Am Montag fand eine Aussprache mit allen interessierten Kreisen bei Leuthard statt. Daran nahm auch der CVP-Ständerat Isidor Baumann teil. Das Bafu müsse endlich die Ängste vor Wölfen in der Bevölkerung in ihr Konzept einbeziehen, sagt der Urner. Ob diese Botschaft bei Oberle angekommen ist, muss sich erst noch zeigen.

Eine CVP-Bundesrätin, die wegen ihrer Umweltbehörde von den eigenen Leuten ständig Prügel einstecken muss, ein Amtsdirektor, der nicht das tut, was er eigentlich tun sollte, und der überall auf der Welt anzutreffen ist, nur nicht da, wo man ihn eigentlich erwarten würde, wie im vergangenen Herbst, als in Bern Wankdorf eine Tagung zur Biodiversität stattfand. Ein grosses Thema von Bruno Oberle auf internationalen Konferenzen. Es kamen die Vertreter der Kantone, der Wirtschaft, der Umweltschutzorganisationen. Nur einer fehlte, Bruno Oberle. «Ja, ja, der Bruno», erinnert sich ein Teilnehmer. Mit dem könne man gut Apéro trinken. Aber sonst ist er schon vor allem Tessiner. ○

Im Zweifel gegen die Schweiz

Die 47 Richter am Strassburger Gerichtshof bringen durch krause Entscheide sogar Wohlgesinnte gegen sich auf. Mittendrin: Die Schweizer Richterin Helen Keller. Sie steht voll hinter der entfesselten Maschine, die ohne demokratische Legitimation die nationalen Verfassungen verdreht. Von Markus Schär

Sie sehe sich als Teil des «Motors für die Menschenrechte», als Rad zwar nur, aber doch als wichtiges: «Das hat mich gereizt», sagte Helen Keller dem *Uni-Magazin*. Seit drei Jahren richtet die Zürcher Professorin für die Schweiz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Mit ihren Kollegen aus den anderen 46 Staaten im Europarat schreibt sie also fort, was zwischen Irland und Aserbaidschan als Menschenrecht gelten soll, von der Zeugung über das Familienleben bis hin zur Sterbehilfe. Das Gericht treibe die Entwicklung wie ein Motor voran, meinte die Menschenrechtsexpertin im Interview, «weil das Recht mit einer gewissen Verzögerung auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert».

Das bedeutet allerdings: Das höchste Gericht in Strassburg bestimmt, was für mehr als 800 Millionen Europäer als Recht gilt, selbst wenn in den Staaten dazu noch demokratische Auseinandersetzungen toben. Sieben oder – in Grundsatzfragen – siebzehn Richter entscheiden also auch, und sei es mit einem Zufallsmehr, dass nicht als Recht gilt, wofür sich eine Million Schweizer Bürger an der Urne ausspricht. Damit sorgt der Menschenrechtsgeschichtshof immer öfter für Schlagzeilen, letzte Woche für fette.

Eine Frage der Wertung

Eine achtköpfige afghanische Familie, die seit zwei Jahren in Lausanne lebt, wehrte sich in Strassburg dagegen, dass die Schweiz sie nach Italien zurückschicken wollte, wo sie zuerst ein Asylgesuch gestellt hatte, wie dies das Dublin-Abkommen vorsieht. Das Gericht gab ihr recht, weil die Schweiz – obwohl der Vertrag dies gar nicht verlangt – zu wenig gründlich abgeklärt habe, ob die Familie in Italien eine menschenwürdige Betreuung bekomme. Drei Richter sprachen sich gegen das zweifelhafte Urteil aus, vierzehn stimmten dafür, auch Helen Keller im Namen der Schweiz. Was treibt diese Frau an?

«Das Recht auf Familie ist ein sehr fundamentales Recht», erklärte Helen Keller dem *St. Galler Tagblatt*, als der EGMR letztes Jahr in der Schweiz mehrmals Schlagzeilen machte: Die Schweizer Behörden dürfen Kriminelle, die sich seit Jahren illegal im Land aufhalten, nicht ausweisen, weil sie in der Zwischenzeit mit Schweizer Frauen Kinder gezeugt haben und ihre Familien angeblich ab und zu sehen möchten. Die Strassburger Richter werten also das Recht auf Familienleben selbst von gefährlichen Straftätern höher als das Recht von Staaten

auf öffentliche Sicherheit, das die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ebenfalls festschreibt. «Das Zusammenleben mit den engsten Familienangehörigen ist ganz wesentlich», meinte die Schweizer Richterin dazu im Interview. Ohne Eltern aufwachsen zu müssen, sei «ein hartes Schicksal für ein Kind».

Helen Keller weiss, wovon sie spricht. 1964 geboren, wuchs sie in Winterthur als Pflegekind in der Familie eines polnischen Flüchtlings auf; der Pflegevater starb aber schon, als sie sechzehn war. Danach forschte sie nach seinen Wurzeln, suchte Kontakt zu Verwandten und reiste mit siebzehn erstmals nach Polen, wo Kriegsrecht herrschte. «Ich sah in Warschau so viele Panzer und Soldaten wie noch nie in meinem Leben zuvor», erzählte sie der *Berner Zeitung*. «Die Angst der Menschen ging mir damals durch Mark und Bein.»

Die vaterlose junge Frau genoss Förderung durch Lehrerinnen und Pfadi-Leiterinnen, später als strebsame Studentin an der Uni Zürich durch die Staatsrechtsprofessoren Alfred Kölz und Heribert Rausch, denen sie als Assistentin diente. Bei Rausch, einem Pionier des Umweltrechts, schrieb sie 1993 ihre Dissertation («Umwelt und Verfassung: eine Darstellung des kantonalen Umweltverfassungsrechts»); danach arbeitete sie am Kommentar zum Umweltschutzgesetz mit.

Auf das Doktorat folgte die Ausbildung zur diplomierten Europäerin: am College of Europe in Brügge, wo die europäische Elite sich zusammenfindet, darauf am European Law

Das Familienleben von Straftätern ist für Strassburg wichtiger als die öffentliche Sicherheit.

Research Center von Harvard und am European University Institute in Florenz. Als Oberassistentin an der Uni Zürich erarbeitete Helen Keller ihre Habilitationsschrift, «Rezeption des Völkerrechts», danach bekam sie 2002 einen Ruf an die Uni Luzern und 2004 als ordentliche Professorin an die Uni Zürich.

Ein Jahr später wählte sie die Uno-Generalversammlung in den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, als würdige Nachfolgerin von Walter Kälin. Jeweils einen Monat brütete sie in New York im «Uno-Bunker», wie sie spottete, den ganzen Tag in einem klimatisierten Raum ohne Tageslicht über Berichten von Menschenrechtsverletzungen;

am Abend schnappte sie relativ frische Luft, indem sie mit dem Trottinett durch die Strassen von Manhattan fuhr.

Auch als 2011 der Genfer Völkerrechtler Giorgio Malinverni altershalber als Schweizer Richter in Strassburg zurücktreten musste, setzte sich Helen Keller als Nachfolgerin durch, gegen eine Berner Verwaltungsrichterin und einen Waadtländer Kantonsrichter. Sie fühle sich nicht als «geborene Richterin», gestand die Professorin, und sie sehe als Mutter von zwei schulpflichtigen Söhnen gewisse Dinge wohl anders als die Kollegen, die das hohe Amt in Strassburg als Krönung ihrer Karriere ausübten. Sie müsse auch über Urteile befinden, «die möglicherweise von älteren, ergrauten Männern in nationalen Gerichten gefällt worden sind»: Da könne der Gerichtshof ein Akzeptanzproblem bekommen.

«Öl für unseren Motor»

Mit ihrer Karriere im akademischen Elfenbeinturm passt allerdings auch die locker auftretende Professorin perfekt ins Bild des Gerichtshofs, wie es Martin Schubarth kritisch zeichnet: «Was diesen Leuten fehlt, ist eine längere praktische Erfahrung an der Front des Rechtslebens», schrieb der Alt-Bundesrichter in der *Weltwoche*. «Und ohne diese Erfahrung besteht die Gefahr einer einseitig theoretischen Betrachtung eines Rechtsproblems. Wer einseitig in Menschenrechten sozialisiert ist, verliert die Sensibilität für die Bedeutung des nationalen Gesetzgebers.»

Was Martin Schubarth beanstandet, bestätigte Helen Keller im Gespräch mit dem *Uni-Magazin* nach ihrer Wahl. Aus der Schweiz gebe es «sehr wenige, aber oft ganz heikle Fälle, die noch nie behandelt wurden», sagte sie über ihre Arbeit in Strassburg, wo sie jetzt fern von ihrer Familie mit dem St. Galler Slawistik-Professor Ulrich Schmid lebt. «Die Schweiz sollte stolz darauf sein, denn Fragen, die noch nie behandelt wurden, sind Öl für unseren Motor. Das Bundesgericht sieht das nicht immer so.»

Helen Keller zählt also nicht zu den konservativen Richtern, die die EMRK auslegen, wie sie seit 1950 festgeschrieben steht, sondern zu den aktivistischen, die nach eigenem Gutdünken die Rechtsentwicklung in Europa vorantreiben und dabei die Legislativen sowie die Judikativen in den Mitgliedsländern des Europarats massregeln. Die Zürcher Professorin zeigt sich zwar stolz, dass sie als Schweizerin aktiv die Verfassung mitgestalten könne, und spricht

sich dafür aus, dieses Recht nur einzuschränken, wenn es «Sinn ergibt». Sie räumt ein, dass sie den Kollegen oft die Schweizer Eigenheiten erklären müsse, so die von Kanton zu Kanton verschiedenen Regeln beim Schwimmunterricht oder bei Demonstrationsbewilligungen. Aber sie lehnt sich kaum einmal dagegen auf, dass der Strassburger Gerichtshof das Leben der Europäer gleichmachen will. Im Gegenteil: Helen Keller trägt auch umstrittene Urteile mit.

Nur in den absurdesten Fällen meldete die Repräsentantin der Schweiz Widerspruch an. So, als die Hüter der Menschenrechte letztes Jahr die Schweiz erstmals wegen eines Verstosses gegen das Folterverbot gemäss Artikel 3 der EMRK verurteilten. Im Frühling 2005 führ-

«Was diesen Leuten fehlt, ist eine längere praktische Erfahrung an der Front des Rechtslebens.»

ten zwei Genfer Polizisten an einem Drogenhandelsplatz eine Kontrolle durch. Ein Mann aus Burkina Faso wehrte sich dagegen und biss einen der Polizisten in den Arm. Im Gerangel erlitt der Mann einen Schlüsselbeinbruch, gemäss seiner Darstellung wegen Stockschlägen, gemäss jener der Polizisten aufgrund eines Sturzes. Gegen die Einstellung der Untersuchung klagte der Mann beim Bundesgericht; aber auch ein korrektes Verfahren, wie es die Bundesrichter verlangten, führte nicht zu einem klaren Ergebnis.

Doppelte Verurteilung

Der Strassburger Gerichtshof verurteilte die Schweiz dennoch gleich doppelt, einerseits wegen der Mängel beim Verfahren, andererseits wegen der «extremen Brutalität» der Polizei. Helen Keller sprach sich als Einzige gegen das Urteil aus. Sie wies ihre Kollegen aus Italien, Litauen, Serbien, Ungarn, Portugal und der Türkei darauf hin, dass es keine Zeugen gab und dass der Kläger nicht nur passiven Widerstand geleistet hatte: «Nach meiner Meinung war die eingesetzte Gewalt absolut unumgänglich und angemessen.»

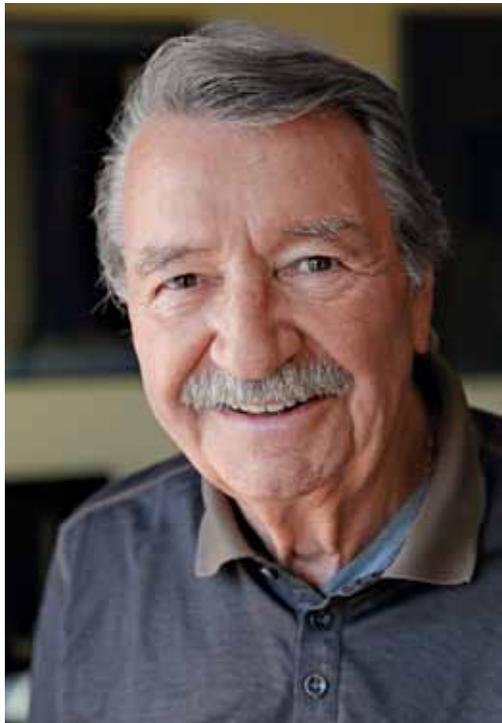
Grundsätzliche Zweifel aber wecken solche Erfahrungen bei der Schweizer Richterin offenbar nicht. Das Urteil gegen die Schweiz von letzter Woche bekräftigte auch sie, ja sie bereitete es sogar wissenschaftlich vor. In diesem Semester führte sie ein Blockseminar zum Thema «Besonders verletzte Personen» durch, unter den Themen für Seminararbeiten findet sich auch: «Dublin-II-Verordnung und Art. 3 EMRK: Mindestanforderungen an ein Erstasyland». Nach ihrer neunjährigen Amtszeit in Strassburg kehre sie nach Zürich zurück, sagte Helen Keller nach ihrer Wahl im Gespräch mit dem *Uni-Magazin*: «Ich glaube, ich werde der Wissenschaft durch meine Erfahrung als Richterin sehr viel bringen können.» ○



«Das Bundesgericht sieht das nicht immer so»: Richterin Keller.

Mauerfall: Schweizer Fauxpas

Am Sonntag feierten Deutschland und die Welt 25 Jahre Mauerfall. Jetzt tauchen diplomatische Akten über die erste offizielle Reaktion der Schweiz auf die sich abzeichnende Wiedervereinigung auf. Pikant: Der Bundesrat verkannte die Zeichen der Zeit und verprellte Kohl und Genscher. *Von Philipp Gut*



Tiefgekühlte Zeilen: Ex-Aussenminister Felber.

Das Ereignis war epochal, die Reaktion der Schweiz war es weniger. Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, hüllte sich Bern in lang anhaltendes Schweigen. Schockstarre im Bundeshaus. Es verstrichen drei Monate, bis die offizielle Schweiz zumindest hinter den Kulissen ein paar dürre Worte fand. Allerdings waren diese so unglücklich gewählt, dass sie für einen diplomatischen Eklat sorgten, der die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland um einige Grade abkühlte.

Was war geschehen? Am 8. März 1990 schrieb der damalige sozialdemokratische Aussenminister René Felber einen persönlichen Brief an seinen Amtskollegen in Bonn, Hans-Dietrich Genscher («Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Kollege»). Die Mauer, die mitten durch Deutschland verlief und den Kontinent spaltete, war zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem Vierteljahr gefallen. Freiheit für die osteuropäischen Staaten, die im Würgegriff der Sowjetunion bleigraue Jahrzehnte des Sozialismus erduldet hatten.

Die «unnatürliche» Teilung, wie sie der deutsche Literaturnobelpreisträger und Schweiz-Emigrant Thomas Mann nannte, war überwunden. Die Horizonte öffneten sich. In den sogenannten Zwei-plus-vier-Gesprächen verständigten sich die beiden Deutschland, die Supermächte Amerika und Sowjetunion



Keine Antwort: deutscher Amtskollege Genscher.

sowie Frankreich und Grossbritannien auf die Neuordnung Europas, die am 3. Oktober 1990 in die deutsche Wiedervereinigung mündete.

Diese «deutsche Frage», die seit dem Fall der Berliner Mauer ins Zentrum der europäischen Politik gerückt sei, lasse «auch die Schweiz nicht unberührt», schrieb Bundesrat Felber im erwähnten Brief an Genscher. Und weiter: «Die Schweiz, Sie wissen es wohl, kann nicht in vorderster Linie Lösungen anbieten. Persönlich habe ich mich daher bemüht, bei der Beurteilung der Ereignisse grosse Vorsicht walten zu lassen.»

«Nicht mehr wichtig»

Schon hier fällt der nüchterne, ja unterkühlte Ton auf, mit dem Bundesrat Felber auf das historische und emotionale Grossereignis des Mauerfalls reagiert. Höhe- oder Tiefpunkt des Schreibens ist indes, je nach Standpunkt, folgende Bitte, für die der Schweizer Aussenminister um «Verständnis» wirbt: Genscher solle ihn über die Absichten und Pläne der Bundesregierung «vertraulich» informieren.

Wörtlich schreibt Felber: «Umso wertvoller wäre es nun für mich, Ihre Meinung als Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland über die möglichen und vorgegebenen Wege, die sich Ihrem Land eröffnen, zu erfahren. Ihre Erläuterungen scheinen mir besonders wert-

voll in Anbetracht der gewichtigen Nuancierungen zu diesen Fragen, die sowohl in politischen Kreisen als auch in der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik festgestellt werden können.» Das klingt zwar alles höflich im Ton, war aber im Kontext der Zeit ein diplomatischer Affront. Zunächst fällt auf, was fehlt: Kein Wort des Glückwunsches, dass die menschenverachtende Mauer samt Stacheldraht und Selbstschussanlagen überwunden war, kein Wort der Freude auch, dass achtzehn Millionen DDR-Bürger aus ihrem Kommunistenkäfig entlassen worden waren. Stattdessen ein misstrauisches, mürrisches Sicheinmischen.

Dass die Deutschen Felbers tiefgekühlte Zeilen in der Tat so auffassten, geht aus den Ereignissen zweifelsfrei hervor. Erstens: Sie antworteten nicht auf das Schreiben, gaben nicht einmal eine Empfangsbestätigung ab – was im diplomatischen Verkehr unüblich ist und als Indiz für die Verstimmung auf deutscher Seite gewertet werden muss.

Zweitens merkte man in Bonn sehr wohl, worauf die verklausulierten Andeutungen Felbers abzielten: Der Bundesrat war beunruhigt über die damals noch offene Frage der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie. Wie aus einem Protokoll des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten vom 31. Mai 1990 hervorgeht, das eine mündliche Aussprache im deutschen Auswärtigen Amt zusammenfasst, wollten die Deutschen ihre dortigen Ausführungen zur polnischen Westgrenze «ausdrücklich» als indirekte Antwort auf Felbers Vorstoss verstanden wissen.

Auch in der Schweizer Niederlassung in Bonn respektive Köln realisierte man sofort, dass Felbers verunglückte Depesche die Deutschen irritieren musste. Botschafter Alfred Hohl sei bleich geworden, als er Felbers Brief gesehen habe, berichten Augenzeugen.

Der bundesrätliche Fauxpas beschleunigte einen Bedeutungsverlust der Schweizer Diplomatie im neuen Deutschland. In Bonn konnte das Land auf besondere Sympathien zählen, auch Kanzler Helmut Kohl war ein Freund der Eidgenossenschaft und fuhr übers Wochenende häufig inkognito zu Freunden in die Schweiz. Nach dem Mauerfall sei plötzlich alles anders gewesen, erinnert sich ein beteiligter Diplomat: «Wir waren nicht mehr wichtig, von einem Tag auf den andern.»

Das Dokument im Wortlaut finden Sie auf unserer Website: www.weltwoche.ch

Ja zu schuppenfreiem Haar.
Ja zu mehr Natur.
Ja zu RAUSCH.



Erleben Sie die befreiende Kraft der Kräuter mit dem RAUSCH Hufplattich ANTI-SCHUPPEN SHAMPOO und der RAUSCH Hufplattich ANTI-SCHUPPEN LOTION. Die ANTI-SCHUPPEN LINIE befreit nachhaltig und mild von Schuppen und reguliert die Kopfhaut. Juckreiz und Entzündungen werden spürbar gemildert. In Apotheken/Drogerien/Coop City Warenhäusern.

www.rausch.ch

Hufplattich
(Tussilago farfara L.)



Noemi D./Gewinnerin
RAUSCH-Modelwettbewerb



Die Goldeuphorie ist trügerisch: Damien Hirsts «False Idol».

Tanz ums Goldene Kalb

Die Zukunft des Schweizer Frankens hängt nicht von werthaltigen Reserven ab, sondern von der Geldpolitik und der Wirtschaftskraft eines Landes. Die Goldinitiative ist gefährlich, weil sie die geldpolitische Flexibilität der Nationalbank aushebelt. *Von Kurt Schiltknecht*

Kein anderes Edelmetall hat in der Geschichte der Menschheit eine so wichtige Rolle gespielt wie das Gold. Seit Tausenden von Jahren dient es überall auf der Welt als Tauschmittel, als Schmuck und zu kultischen Zwecken. Wie sehr sich der Mensch zum Gold hingezogen fühlt, illustriert nicht zuletzt der Tanz um das Goldene Kalb im Alten Testament. Mit der Goldinitiative soll nun die Geschichte des Goldes um ein weiteres Kapitel verlängert werden.

Angesichts der langen Geschichte wäre es erstaunlich, wenn das Gold in der modernen Gesellschaft keine Rolle mehr spielen würde. Als die amerikanische Notenbank vor etwas mehr als vierzig Jahren die Konvertibilität des Dollars in Gold aufhob und damit dem Gold-Dollar-Standard in der Geldpolitik den Todesstoss versetzte, glaubten zwar viele, dass das Ende der Goldeuphorie nahe sei. Doch das Gegenteil

traf ein. Die Nachfrage nach Gold stieg, und der Goldpreis explodierte. Innerhalb von weniger als zehn Jahren verzwanzigfachte sich der Goldpreis in Dollars. Auch die Wertvermehrung in Franken, die mit einer Verneunfachung zwar geringer ausfiel, liess sich sehen. Angesichts dieser Preiserhöhungen, die oft Hand in Hand mit einer inflationären Geldpolitik oder einer Bankenkrise gingen, rückte das Gold wieder in den Fokus der Anleger.

Frühere Verluste sind kein Gegenbeweis

Das Phänomen wiederholte sich beim spektakulären Goldpreisanstieg im Anschluss an die jüngste Schulden-, Euro- und Bankenkrise. Nicht zuletzt diese Preisentwicklung und die Furcht vor einem Zusammenbruch des internationalen Währungssystems standen bei der Goldinitiative Pate. Gemäss dieser sollen die Goldreserven der Schweizerischen National-

bank (SNB) unverkäuflich sein und in der Schweiz gelagert werden. Ausserdem soll der Nationalbank vorgeschrieben werden, dass sie mindestens zwanzig Prozent ihrer Aktiven in Gold hält.

Nach Meinung der Initianten sind werthaltige Reserven das Fundament einer stabilen Währung und für die Zukunft des Schweizer Frankens von entscheidender Bedeutung. Das ist falsch. Für die Stärke einer Währung sind die Geldpolitik und die Wirtschaftskraft eines Landes verantwortlich. Bei einer schlechten Geld- und Wirtschaftspolitik sind die Reserven einer Notenbank schnell aufgebraucht. Wer sich für eine starke Währung einsetzen will, muss dafür sorgen, dass die schweizerische Wirtschaft nicht von Regulierungen und hohen Steuern drangsalieren wird. Zudem muss er sich dafür einsetzen, dass die Nationalbank nicht durch schädliche Fesseln in

ihrer bisherigen, auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik behindert wird.

Diese Feststellungen bedeuten nicht, dass die Nationalbank der Anlage ihrer Reserven keine Beachtung schenken muss. Im Gegenteil, die Nationalbank muss dafür sorgen, dass die Reserven möglichst sicher und ertragreich angelegt und im Interesse der Geldpolitik eingesetzt werden können. Dies wäre nach der Annahme der Goldinitiative nicht mehr möglich.

In der Vergangenheit hat die Nationalbank grosses Gewicht darauf gelegt, ihre Aktiven in werthaltige Reserven anzulegen. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass die Nationalbank künftig von dieser Anlagepolitik abweichen wird. Die Feststellung, dass die Nationalbank wegen ihren früheren Goldverkäufen einen riesigen Verlust erlitten hätte, taugt als Gegenbeweis nicht. Im Nachhinein und in Kenntnis des effektiven Kursverlaufes ist es immer einfach, vorhergegangene Anlageentscheidungen zu kritisieren. Die Banken und Vermögensverwalter können davon ein Lied singen.

Die Initianten suggerieren, dass eine Anlage in Gold wertbeständig sei. Das lässt sich aber nicht mit Sicherheit sagen. Ob der Wert des gekauften Goldes erhalten bleibt, hängt einerseits vom Zeitpunkt des Kaufs und andererseits vom späteren Preisverlauf ab. Wer beispielsweise im Jahr 2011 Gold zu den Höchstpreisen von rund 1900 Dollar pro Unze gekauft hat, sieht sich im Moment mit einem Verlust von rund 700 Dollar oder knapp vierzig Prozent konfrontiert. Niemand würde es einem solchen Goldkäufer verargen, wenn er an der Wertbeständigkeit des Goldes zu zweifeln begännen.

Etwas andere, nicht immer so dramatische Ergebnisse zeigen langfristige Betrachtungen. Solange der Goldpreis von den Regierungen festgelegt wurde, hat er sich kaum verändert. Hätte eine Notenbank zum Zeitpunkt, als die amerikanische Regierung im Jahr 1792 den Preis für eine Unze Gold bei zwanzig Dollar festsetzte, Gold gekauft, so hätte sie bis heute einen Ertrag von rund einem Prozent pro Jahr erzielt. Diese bescheidene Rendite erstaunt nicht, denn im Gegensatz zu einer Obligation oder einer Aktie besteht bei Anlagen in Gold keine Gefahr eines Totalverlustes. Zwischen 1792 und 1932 konnte mit Goldanlagen überhaupt keine Rendite erzielt werden. Unter Berücksichtigung der Inflation waren in dieser Periode die Goldanlagen nicht einmal werterhaltend. Anlagen in Staatspapieren wären viel ertragreicher gewesen.

Eine fundamentale Änderung trat nach der Freigabe des Goldpreises Anfang der 1970er Jahre ein. Zuerst stieg der Goldpreis stark an. Als dann die meisten Industrieländer die Inflation in den 1980er Jahren unter Kontrolle hatten, sank der Goldpreis wieder. Mit dem Ausbruch der Bankenkrise stürzten sich die Anleger wieder ins Gold, und der Goldpreis erreichte neue Höchststände. Inzwischen hat sich die Situation wieder etwas beruhigt, und der Goldpreis sinkt.

Aufgrund ihrer geldpolitischen Aufgaben dürfte es der Nationalbank schwerfallen, ihren Goldbestand bei niedrigen Preisen aufzustocken und einen zufriedenstellenden langfristigen Ertrag zu erwirtschaften. Eine Analyse der Geldpolitik zeigt, dass die Schaffung von Notenbankgeld selten gleichmässig ausgefallen ist. Immer wieder gab es Situationen, in denen die Nachfrage nach Schweizer Franken wegen Kapitalzuflüssen aus dem Ausland oder Krisen in der Weltwirtschaft sprunghaft anstieg. Wenn dann die Nationalbank nicht umgehend der zusätzlichen Nachfrage mit der Schaffung von Schweizer Franken Rechnung tragen würde, hätte dies katastrophale Folgen für Wechselkurs, Wirtschaft und Finanzplatz. Wenn nun in solchen Krisensituationen die Nationalbank, so

Man kann es drehen, wie man will, die Goldinitiative bringt der Schweiz nur Nachteile.

wie dies die Initiative vorsieht, gezwungen wäre, zwanzig Prozent des zusätzlichen Geldes durch den Kauf von Gold zu schaffen, so würde dies enorme Nachteile mit sich bringen.

Da in Krisensituationen der Goldpreis meistens stark steigt, würden die Goldkäufe der Nationalbank die Blasenbildung am Goldmarkt zusätzlich verstärken. Ausserdem würden die Goldspekulanten das Kaufverhalten der Nationalbank kennen und könnten sich im Markt entsprechend positionieren. Die Nationalbank müsste das Gold zu überhöhten Preisen kaufen. Deshalb würden die Erträge auf diesen Goldanlagen im Vergleich zum Ertrag auf alternativen Anlagen sehr bescheiden ausfallen. Es ist aber auch möglich, dass solche Goldkäufe langfristig nicht werterhaltend wären.

Zur Freude von Goldspekulanten

Die relativ schlechten Erträge können an einem Beispiel illustriert werden. Hätte man im Krisenjahr 1975 statt Gold zu rund 200 Dollar die Unze zehnjährige amerikanische Staatsanleihen gekauft und diese alle zehn Jahre durch weitere Anleihen ersetzt, so müsste der Goldpreis, damit er den gleichen Ertrag aufweisen würde, heute statt bei knapp 1200 Dollar bei rund 3000 bis 4000 Dollar liegen. Eine riesige Differenz! Ähnliche, teilweise noch dramatischere Ergebnisse erhält man bei Ertragsvergleichen, bei denen als Ausgangspunkt andere Krisensituationen genommen werden.

Ein weiteres gravierendes Problem ergibt sich aus dem Verbot von Goldverkäufen. Wenn die Notenbankgeldmenge, so wie dies zur Stabilisierung des Euro-Franken-Kurses notwendig war, um rund 400 Milliarden erhöht werden musste, müsste die Nationalbank nach Annahme der Initiative für rund siebzig Milliarden Franken Gold kaufen. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was dies

für den Goldpreis bedeuten würde. Die Goldspekulanten hätten ihre helle Freude.

Noch schlimmer wären die Folgen für die geldpolitische Flexibilität der Nationalbank. Bei einer Beruhigung der weltweiten Währungssituation muss die Nationalbank die Notenbankgeldmenge und damit ihre Bilanzsumme auf ein Niveau zurückführen, das Preisstabilität gewährt. Dieses dürfte bei rund hundert Milliarden Franken liegen. Das heisst, die Reserven der Nationalbank würden dann praktisch nur noch aus Gold bestehen. Dies würde die Flexibilität der Nationalbank bei der Steuerung der für die Geldpolitik entscheidenden Notenbankgeldmenge ungebührlich einschränken. Zudem müssten auf den nicht diversifizierten Reserven im Vergleich zu einem breiter gestreuten Portfolio gewaltige Ertragsbussen in Kauf genommen werden.

Man kann es drehen, wie man will, die Goldinitiative bringt der Schweiz nur Nachteile. Es ist zu hoffen, dass die Schweizer den Tanz ums Goldene Kalb nicht mitmachen und der Nationalbank durch Ablehnung der Initiative die Möglichkeit geben, auch weiterhin eine im Interesse der gesamten Volkswirtschaft stehende Geldpolitik zu verfolgen.

Kurt Schiltknecht ist Volkswirtschaftler und war von 1974 bis 1984 Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank und danach lange im Bankrat der SNB.



Universität
Zürich^{UZH}

Advanced Studies in Applied Ethics

Ethik – zentral zur Schärfung Ihres Profils!

Im Februar 2015 starten erneut unsere 1-3-jährigen berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengänge:

- Master of Advanced Studies in Applied Ethics
4 Semester (Februar 2015 bis Januar 2017)
- Diploma of Advanced Studies in Applied Ethics
3 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2016)
- Certificate of Advanced Studies in Biomedical Ethics
2 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2015)

Die Studiengänge vermitteln fundierte Kenntnisse in den Fragestellungen, Methoden und Positionen der Angewandten Ethik und vertiefen diese Kompetenzen zu einer eigenständigen Analyse und Beurteilung ethischer Herausforderungen.

Weitere Informationen und Anmeldung zum gesamten Angebot unter:

www.asae.uzh.ch

«Kein öffentliches Interesse»

Glaubt man der Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut, hat die Abschaffung der Pauschalbesteuerung dem Kanton keine Verluste gebracht. Gemäss Insidern ist die positive Bilanz falsch und längst überholt. Doch der Kanton Zürich weigert sich, die aktuellen Zahlen herauszurücken. *Von Alex Baur*



Taube Ohren: FDP-Politikerin Gut.

Wir haben es mit einem klassischen Fall von Whistleblowing zu tun: Ein Insider, der nur unter dem Schutz der Anonymität redet, erhebt schwere Vorwürfe gegenüber der Zürcher Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP). Diese soll wichtige Informationen im Hinblick auf die anstehende Volksabstimmung zur Pauschalbesteuerung bewusst unterdrücken. Der Kanton Zürich hatte das Steuerprivileg für Ausländer, die in der Schweiz keiner Arbeit nachgehen und deshalb nach dem Lebensaufwand besteuert werden, bereits 2010 abgeschafft. Gemäss Gut hat sich dies eher vorteilhaft auf die Steuererträge ausgewirkt. Glaubt man aber dem Insider, ist dies irreführend. Längerfristig sei es sehr wohl zu einem markanten Rückgang von Steuereinnahmen gekommen, und das wisse man genau bei Guts Finanzdirektion.

Unbestritten ist: Die Erfahrungen aus dem Kanton Zürich spielen eine entscheidende Rolle beim anstehenden Urnengang. Denn sie geben eine konkrete Antwort auf die entscheidenden Fragen. Werden die reichen und prominenten Ausländer nach einer allfälligen Abschaffung der Pauschalsteuer (technisch korrekt: «Aufwandbesteuerung») die Schweiz in Scharen verlassen? Wird der Staat Steuererträge verlieren – oder werden die verbleibenden reichen Ausländer den Verlust ausgleichen? Steigt der Ertrag vielleicht sogar?

Anlässlich einer Pressekonferenz zog Finanzdirektorin Gut am 16. März 2012, also zwei Jahre nach der Abschaffung der Aufwandbesteuerung im Kanton Zürich, ihre Bilanz. Rund die Hälfte der ehemals 201 pauschalbesteuerten Ausländer war bis Ende des Jahres 2010 weggezogen. Weil die Verbliebenen aber 2010, also im ersten Jahr unter dem neuen Regime, im Schnitt rund doppelt so viel Steuern an Gemeinden, Kanton und Bund ablieferten, resultiere beim Systemwechsel ein Nullsummenspiel. Konkret: 201 Pauschalbesteuerte lieferten 2008 im Kanton Zürich dem Staat 25,87 Millionen Franken ab, 2010 zahlten 102 verbliebene reiche Ausländer 27,41 Millionen Franken an regulären Steuern – insgesamt also sogar ein wenig mehr als vorher.

Ein Einziger zahlt die Hälfte aller Steuern

Diese Zahlen werden nun im nationalen Abstimmungskampf immer wieder bemüht. Gemäss dem Insider haben sie aber einen Nachteil: Die Momentaufnahme aus dem Jahr 2010 vermittelt ein völlig falsches Bild. Viele Ausländer, die geblieben sind, hätten den Wohnsitz so schnell nicht wechseln können, seien inzwischen aber weggezogen. Würde man die Rechnung heute machen, würde ein Verlust für die Staatskasse resultieren. Und vor allem: Fast die Hälfte der 2010 neugenerierten Ein-

nahmen sei einem einzigen Steuerzahler aus der Zürichseeregion zu verdanken. Dieser wolle den Kanton so bald als möglich verlassen, sei aber wegen eines Vertrages noch einige Zeit an seinen Wohnsitz gebunden. Das alles habe die Finanzdirektion schon damals gewusst, aber geflissentlich verschwiegen.

Schaut man sich die 2012 präsentierten Fakten genauer an, ist Misstrauen angezeigt. Gemäss Adrian Hug, dem damaligen Chef des Steueramtes, zahlten 47 Prozent der verbliebenen ehemaligen Pauschalbesteuerten unter dem neuen Regime weniger Steuern als vorher. Dafür gibt es zwei Erklärungen. Entweder gelang es den Betroffenen, über neue Kanäle, etwa Schenkungen an die Kinder, die Steuern zu optimieren. Oder sie hatten eine höhere Pauschalsteuer, die ihnen teure Berater und Finanzkonstrukte ersparte, in Kauf genommen.

Gerade bei international engagierten Ausländern, so der Insider, seien die finanziellen Verhältnisse oft so kompliziert, dass mit der Aufwandbesteuerung vor allem bürokratischer Leerlauf und Rechtsunsicherheit vermieden werde. Dass diese Leute mittelfristig abwandern würden, sei schnell klargeworden. Immerhin orakelte Gut schon 2012 anlässlich ihrer Pressekonferenz, dass die positive Bilanz schnell ins Minus kippen könnte, wenn nur «einer der Ex-Pauschalbesteuerten doch wegziehen» würde. Offenbar erkannte niemand die Brisanz der beiläufigen Bemerkung.

Für den Kanton Zürich, wo die Pauschalsteuer nie eine grosse Rolle spielte, mag der Ertragsausfall locker zu verkraften sein. Anders sieht es in betroffenen Bergkantonen aus. Wir möchten von der Zürcher Finanzdirektion deshalb wissen: Stimmen die Behauptungen des Insiders? Wie haben sich die Zahlen seit der Erhebung Ende 2010 entwickelt?

Doch unsere Anfrage stösst bei Roger Keller, dem Kommunikationsbeauftragten der Zürcher Finanzdirektion, auf taube Ohren. Statt die aktuellen Zahlen bekanntzugeben, versucht uns Keller noch einmal mit den längst überholten Daten aus dem Jahr 2010 abzuspiesen. «Seither verfolgen wir das Thema nicht mehr», lässt er schriftlich verlauten, «zu einzelnen Steuerpflichtigen können wir aufgrund des Steuergeheimnisses keine Angaben machen.» Und dabei bleibt es trotz mehrfachen Insistierens: Anders als vor zwei Jahren bestehe heute «kein öffentliches Interesse» mehr an der Frage, wie sich die Abschaffung der Pauschalsteuer auf den Steuerertrag ausgewirkt habe. ○

atmungsaktives Lammfellfutter

austauschbares Leichtkork-Fussbett

griffige Schuppen-Sohle

z.B. für SIE

LADYSKO

LORNA
schwarz (Nappa)
rot (Nappa)
Gr. 35-43
zum Kennenlernpreis
bis 26.11.14
199.-
statt 279.-

HELVESKO, LadySko und dansko-Bequemschuhe werden exklusiv für INTEGRA Nussdorf AG in der **SCHWEIZ** und in **EUROPA** produziert, mit viel Handarbeit für beste Qualität.

Bestellen Sie über den Versand

Gerne senden wir Ihnen **gratis** unseren 112-seitigen Herbst-/ Winter-Katalog 2014:
INTEGRA Nussdorf AG / Hauptstrasse 173 / 4422 Arisdorf BL
Tel. 061 816 98 88 / Fax 061 816 98 80
Das gesamte Sortiment finden Sie auch unter: www.integra-ag.ch

Besuchen Sie unsere Fachgeschäfte

Arisdorf (BL), Basel (BS), Chur (GR), Gossau (SG), Ittigen (BE), Luzern (LU), Schlatt/Neuparadies (TG), Urdorf (ZH), Möhlin (AG)

Weitere Fachgeschäfte in: Genf, La Chaux-de-Fonds, Lausanne, Losone, Sion, Yverdon

Entdecken Sie die bequemsten Schuhe Ihres Lebens!

HELVESKO 
SWISS MADE

LADYSKO

dansko

«Reduit-Denken führt ins Fiasko»

Christoph Franz, Präsident des Pharmakonzerns Roche, sagt, warum die Schweiz ihre Steuerprivilegien für Firmen und die Pauschalsteuer nicht aufgeben sollte, welche Folgen eine Annahme der Ecopop-Initiative hätte und wie es um die Heilbarkeit von Krebs steht. *Von Martin Spieler und Lucian Hunziker (Bild)*

Die Milliardeninvestitionen am Hauptsitz von Roche in Basel sind ein Bekenntnis zum Standort Schweiz. Gleichzeitig steht auf der politischen Agenda eine Reihe wirtschaftsfeindlicher Vorlagen. Mit der Unternehmenssteuerreform III sollen auch die Steuerprivilegien für Firmen wegfallen. Demontiert die Schweiz ihren Wirtschaftsstandort?

Als ich vor Jahren in die Schweiz zog, hat mich der selbstkorrigierende Effekt des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen stark beeindruckt. Steuerprivilegien sind Anreize, um Unternehmen für den Standort Schweiz zu gewinnen, und sorgen für einen Wettbewerb unter den Ländern. Das ist aus meiner Sicht legitim. Die Schweiz als kleines Land ist darauf angewiesen, im internationalen Steuerwettbewerb zu den Besten zu gehören.

Doch die Schweiz wird von der EU massiv unter Druck gesetzt, die Steuerprivilegien für ausländische Firmen aufzugeben.

Der Unternehmenssteuerreform stehen wir positiv gegenüber. Die Schweiz hat aber ein hohes Interesse, ihre Steuervorteile zu erhalten und so eine Basis für ihren Wohlstand zu verteidigen. Jene, welche die Schweiz heftig kritisieren und Änderungen am Steuersystem fordern, wollen nur ihren Heimmarkt schützen, weil ihre Rahmenbedingungen für Firmen schlechter sind.

Es geht also in der Steuerdebatte überhaupt nicht um moralische Werte, wie einige Politiker gerne vorgeben?

Das ist Standortwettbewerb. Grossbritannien würde nie Gesetze erlassen, welche den Finanzplatz London schwächen. Auch Deutschland und Frankreich kämpfen für ihre Interessen. Es wäre nicht klug, wenn die Schweiz dem politischen Druck von aussen nachgeben würde.

Bundesräte behaupten immer, der politische Druck aus dem Ausland sei zu gross. Deshalb könne die Schweiz nicht anders, als sich anzupassen und die Forderungen aus dem Ausland zu erfüllen.

Die Schweiz darf sich nicht zu stark anpassen. Sie hat sich für einen eigenständigen Weg ausserhalb der EU entschieden. Dieser Weg hat Vor- und Nachteile. Doch man muss den Mut haben, die Vorteile auszunutzen und attraktive Rahmenbedingungen zu verteidigen. Nicht nur für Firmen,

auch für Privatpersonen sollte die Schweiz attraktiv bleiben.

Auch da könnten sich die Rahmenbedingungen verschlechtern, wenn die Erbschaftsteuerinitiative angenommen oder die Pauschalbesteuerung abgeschafft würde.

Auch die Pauschalsteuer ist ein Standortvorteil für die Schweiz. Davon hat das Land profitiert. Generell sollte die Schweiz auch für Private die Steuern tief halten. Ebenso wichtig ist, dass die Schweiz gegenüber Ausländern offen bleibt.

Sie spielen auf die Ecopop-Initiative an.

Eine Annahme der Ecopop-Initiative wäre eine Katastrophe für die Schweiz. Das wäre gleichzusetzen mit einem Rückzug der Schweiz in die Alpen. Faktisch würden wir hinter uns die Türe schliessen.

Was wären die Folgen für Roche?

Die Ecopop-Initiative würde der Innovationskraft der Schweiz schwer schaden. Gerade im Bereich der Forschung sind wir darauf angewiesen, dass wir nicht nur die Besten der Schweiz oder von Europa hier haben, sondern die Besten der Welt.

«Jene, welche die Schweiz heftig kritisieren, wollen nur ihren Heimmarkt schützen.»

Mit den gleichen Argumenten hatte sich die Wirtschaft schon für die Ablehnung der Masseneinwanderungsinitiative engagiert.

Die Ecopop-Vorlage ist viel rigorosier. Bei der angenommenen Masseneinwanderungsinitiative haben wir pragmatischen Gestaltungsspielraum in der Umsetzung.

Viele Bürger machen sich Sorgen wegen des Ausmasses der Zuwanderung – nicht wegen weniger Spitzenforscher.

Wir müssen die Sorgen der Bürger wegen der stark gestiegenen Zuwanderung ernst nehmen, ohne dass die Schweiz gleich die Türen verschliesst, wie dies die Ecopop-Initiative will.

Wie soll die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden?

Für Roche ist es wichtig, dass wir ausreichend hoch qualifizierte ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz beschäftigen können.

Müsste man die Ausländerpolitik nicht weniger auf die freie Zuwanderung aus der EU, sondern stärker auf die ganze Welt und die Bedürfnisse der Wirtschaft ausrichten?

Wir brauchen die besten Leute, es spielt keine Rolle, woher sie kommen. Länder wie Kanada oder Australien richten ihre Ausländerpolitik nach den Bedürfnissen der Wirtschaft aus. Das müsste auch die Schweiz tun. Man sollte gezielt qualifizierte Leute anlocken. Innovationen werden von Spitzenleuten gemacht.

Die EU pocht aber auf den freien Personenverkehr mit der Schweiz.

Egal, welche Lösung man wählt, man darf die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährden. Das wäre ein grosser Nachteil für die hiesige Wirtschaft. Bei der Swissair hatten wir erlebt, dass ein Alleingang negative Folgen haben kann. Ein Reduit-Denken der Schweiz führt ins Fiasko wie bei der Swissair. Die Schweiz ist wirtschaftlich stark mit Europa verzahnt und auch bei der Währung von Europa abhängig.

Müsste man den Euro-Mindestkurs nicht aufgeben? Er war ja vor drei Jahren als Notmassnahme und nicht als Dauerzustand eingeführt worden.

Die Schweiz ist ein Produktionsland mit einer breitabgestützten mittelständischen Industrie. Diese Unternehmen sind mit ihren hochtechnologischen Produkten auf den Weltmarkt angewiesen. Wenn die Währung zum Euro-Raum stark aufgewertet wird, dann haben Schweizer Firmen gewaltige Preisnachteile. Insofern hat sich die Untergrenze gut bewährt.

Allerdings hatten die Unternehmen drei Jahre lang Zeit, um sich anzupassen. Es gehört doch auch zu den unternehmerischen Aufgaben, sich auf veränderte Währungsbedingungen einzustellen. Electrolux beendet die Produktion im Kanton Glarus trotz Euro-Mindestkurs.

Oft rückt die Frage, ob man in der Schweiz noch effizient produzieren kann, erst in den Fokus, wenn man an einem Standort neu investieren muss. Es stimmt aber, dass viele Firmen trotz starkem Wechselkurs auf dem Weltmarkt erfolgreich sind. Damit man teure Schweizer Preise im Ausland durchsetzen kann, muss man sich aber punkto Qualität und Innovation umso mehr differenzieren.

Wäre es für Roche ein Problem, wenn man den Mindestkurs aufgeben würde?

Ja, denn wir forschen und produzieren in der Schweiz weit mehr, als wir hier absetzen. Wir haben viermal mehr Forschungs- und Entwicklungsaufwand, als wir hier an Erlö-



«Volle Lohngleichheit ist ein Mythos»: Roche-Verwaltungsratspräsident Franz.

sen generieren. Für uns hat das signifikante Konsequenzen. Das zeigen beispielsweise unsere Zahlen für die letzten Quartale. Wenn wir in konstanten Währungen rechnen, ist Roche überdurchschnittlich gut unterwegs, aber der Währungseffekt frisst dieses Plus auf.

Neben Ecopop kommt die Goldinitiative zur Abstimmung. Was halten Sie davon?

Ich hoffe, dass auch diese Initiative abgelehnt wird. Die Schweizerische Nationalbank macht meines Erachtens eine sehr gute Arbeit und genießt weltweit hohes Ansehen. Eine Annahme der Goldinitiative wäre ein Misstrauensvotum gegen die Nationalbank und würde ihre Arbeit massiv erschweren. Das hat die SNB wirklich nicht verdient.

Sie sind nicht nur Roche-Präsident, sondern auch Verwaltungsrat bei der Zürich-Versicherung, Stadler Rail und der Swiss. Damit gehören Sie zu den einflussreichsten Managern des Landes. Was tun Sie gegen die wachsende Kluft zwischen der Wirtschaft und der Gesellschaft?

Es gab Auswüchse in der Wirtschaft, die zu Recht angeprangert wurden. Leider führt dies immer zu neuen Gesetzen.

Sie meinen die «Abzocker»-Initiative, die vom Volk angenommen wurde?

Man müsste mehr auf die Selbstkorrekturmechanismen der Unternehmen setzen, statt immer nur neue Gesetze einzuführen. Mit der angenommenen Minder-Initiative können wir bei Roche gut leben. Wir waren und sind bei Roche immer sehr transparent, was die Vergütungen angeht.

Ihr Konzernchef führt die Liste der höchst-bezahlten Manager in der Schweiz an. Die hohen Löhne sind für viele Bürger nicht nachvollziehbar.

In unserem Unternehmen wird sehr gut bezahlt, denn wir sind zurzeit wirtschaftlich sehr erfolgreich. Natürlich ist es uns wichtig, dass wir auch gesellschaftlich akzeptiert und eingebunden bleiben in dieses Land.

Wie rechtfertigen Sie Millionensaläre?

In unserer Industrie besteht ein echter, nicht ein behaupteter, globaler Wettbewerb um die Top-Kader, dafür gibt es genug Beispiele. Dennoch kann man eine solche Diskussion in der Öffentlichkeit kaum gewinnen. Manche Kritiker glauben, es werde alles ganz anders, wenn man die Löhne transparent macht. Das ist eine Illusion. Wir haben eine sehr hohe Transparenz. Doch deswegen sinken die Löhne nicht unbedingt.

Sind Sie gegen Transparenz?

Nein, ganz und gar nicht. Aber ich wehre mich gegen das Transparenz-Dogma mit moralischem Hintergrund. Transparenz per se ist nicht immer gut. Transparenz kann auch dazu führen, dass man falsche Entscheidungen trifft.

Zum Beispiel?

»»



«Innovation ist die grösste Herausforderung»: Kanzlerin Merkel bei Roche, Präsident Franz (z.v.r.).

Die Lohndifferenzierung innerhalb von Geschäftsleitungen ist schwieriger geworden. Wegen der völligen Transparenz sind die Saläre generell eher gestiegen. Man sollte jedoch auch bedenken, dass Leute mit hohem Salär viel Steuern zahlen. Davon profitieren der Staat und viele, die Lohngleichheit und mehr Umverteilung verlangen.

Der Bundesrat will die Lohngleichheit von Frau und Mann mit staatlicher Kontrolle durchsetzen. Was halten Sie davon?

Das ist absurd. Zu glauben, es gebe den gerechten Lohn und völlige Lohngleichheit, ist ein Ammenmärchen.

Aber es gibt real Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann.

Wenn man genau hinschaut, hat das vielfältige Gründe. Daran sollte man arbeiten. Zu glauben, man könne über staatliche Kontrollen volle Lohngleichheit erreichen, ist ein Mythos.

Sie könnten dies von Revisionsfirmen überwachen lassen.

Man muss den Markt spielen lassen. Wenn wir die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau kontrollieren lassen, wird als Nächstes eine staatlich geprüfte Lohngerechtigkeit in den Firmen gefordert. Wir brauchen keine Lohnpolizei. Da bin ich sehr skeptisch. Löhne und Lohngleichheit lassen sich nicht politisch und staatlich festlegen.

Zumal es auch beim Staat Lohnungleichheit gibt.

Wer immer mehr staatliche Kontrollen fordert, geht von der falschen Annahme aus, dass der Staat alles besser macht als die Privatwirtschaft. Der Glaube, der Staat

werde es schon richten, bringt uns nicht weiter. Im Gegenteil. Solche Forderungen nach einer Lohnpolizei führen zu höheren Kosten und deutlich mehr Bürokratie

Sie stehen seit gut einem halben Jahr an der Spitze von Roche: Was wollen Sie bewirken?

Ich will daran mitwirken, die Grundlagen zu schaffen, damit Roche auch in zehn Jahren zu den erfolgreichsten Pharmaunternehmen der Welt gehört. Wir sind sehr langfristig ausgerichtet. Das Familieneigentum hilft uns dabei.

Wo sehen Sie für Roche die grössten Herausforderungen?

Bei meinen früheren Tätigkeiten bei der Deutschen Bahn und später bei der Lufthansa musste ich in erster Linie Kosten senken und die Effizienz erhöhen.

«Der Glaube, der Staat werde es schon richten, bringt uns nicht weiter.»

Und bei Streiks schlichten ...

Ja, mein erster Streik war ein Lokführerstreik bei der Deutschen Bahn, und dann folgten weitere bei der Lufthansa. Darum verfolge ich die aktuellen Arbeitskonflikte in Deutschland mit Emotionen, zumal sie für alle Parteien schädlich sind. Ich bin glücklich, dass ich mich nicht mehr ums Streikmanagement kümmern muss. Bei Roche spielt die Innovation die wichtigste Rolle. Wir stützen unser Geschäft auf Innovation und hängen davon ab. Wenn uns Innovation gelingt, sind wir überdurchschnittlich erfolgreich, gleichzeitig ist Innovation die grösste Herausforderung.

Was kann Roche besser machen?

Zeiten mit wirtschaftlichem Erfolg sind gefährlich. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, bequem, übermütig oder sogar hochmütig werden.

Sind die Milliarden, die Sie in die neuen Gebäude in Basel investieren, nicht auch schon Ausdruck von Hochmut?

Das ist unser Arealentwicklungsplan gerade nicht. Wir bauen keine Architekturdenkmäler. Heute arbeiten wir mit Labors, die zum Teil aus den sechziger Jahren stammen, gleichzeitig wollen wir Spitzenwissenschaftler aus aller Welt überzeugen, hier brillante Ideen zu realisieren. Wir müssen ein modernes Arbeitsumfeld für sie schaffen.

Sehr viel investiert Roche in die US-Firma Intermune: Was gibt Ihnen die Gewissheit, dass sich der Kaufpreis von 8,3 Milliarden Dollar für die Aktionäre auszahlt?

Intermunes Medikament Esbriet für idiopathische Lungenfibrose ist bereits in Europa und den USA zugelassen. Damit haben wir kein Entwicklungsrisiko mehr. Intermune ist eine Investition mit kalkulierbarem Risiko und einem Milliardenpotenzial.

Wo wollen Sie mit Roche sonst wachsen?

Wir werden idealerweise dort wachsen, wo es noch gar keine Arznei für die Behandlung einer Krankheit gibt. Heute ist dies stark in der Onkologie der Fall. Aber wir sind kein reines Onkologieunternehmen. Roche hat immer die Fähigkeit bewiesen, sich neu zu erfinden und in neuen therapeutischen Gebieten Innovationen zu erreichen. Intermune zeigt, dass wir auch in anderen Bereichen wachsen wollen.

Planen Sie weitere Akquisitionen?

Wir werden sowohl organisch als auch über weitere Akquisitionen wachsen.

Das erfolgreichste Roche-Krebsmedikament, Mabthera, bringt rund sieben Milliarden Franken Umsatz. In welche neuen Produkte setzen Sie die grössten Hoffnungen?

Mit dem neuen Medikament Gazyvaro haben wir in der Behandlung von Leukämie eine noch wirksamere Weiterentwicklung für unser Medikament Mabthera, und wir entwickeln es weiter für andere Anwendungen. Im Bereich Brustkrebs haben wir unser Medikament Herceptin durch das neue Arzneimittel Perjeta ergänzt, welches in Kombination mit Herceptin die Überlebenszeit nochmals massiv verbessert. Darüber hinaus verfügen wir über eine gutgefüllte Entwicklungspipeline mit vielen Produkten in fortgeschrittenen klinischen Studien.

Ist Krebs dereinst heilbar?

Die Lebenserwartung bei vielen Krebsarten hat sich bereits dramatisch verbessert, auch dank neuen Medikamenten. Man darf eine Parallele zu Aids ziehen: Da ist es uns gelungen, eine Situation herzustellen, bei der die Krankheit zwar nicht verschwunden ist,

aber wir sie dauerhaft davon abhalten können, auszurechnen. Damit ist die Lebenserwartung von HIV-Patienten faktisch identisch wie die von gesunden Menschen. Ich bin optimistisch, dass wir dies bei vielen Krebsarten auch erreichen können. Dass gewisse Krebsarten heilbar werden, ist ein realistischer Traum.

Warum engagiert sich Roche nicht stärker in der Bekämpfung von Ebola? Roche hat zwar einen Test entwickelt, aber kein Medikament, das die Krankheit heilt.

Jedes Jahr sterben mehr Menschen an einer Grippeepidemie als jetzt an Ebola. Zudem gibt es noch 25 andere Virus-erkrankungen mit tödlichem Ausgang. Darum geht unser Forschungsansatz über Ebola hinaus.

Stufen Sie denn Ebola als gar nicht so gefährlich ein?

Für die Menschen in Afrika ist es eine schlimme Krankheit, für die Welt aber nicht. Allein durch hygienische Massnahmen kann man die Mortalitätsrate bei Ebola deutlich verringern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Ebola überall auf der Welt ausbreitet.

Die Gesellschaft leidet unter steigenden Gesundheitskosten, die Pharmakonzerne profitieren davon. Wie gehen Sie mit diesem Dilemma um?

Die Gesundheitskosten steigen, nicht aber die Kosten für Arzneimittel. Das Gesundheitssystem könnte man viel effizienter betreiben. Es ist zu stark reguliert und ein Beleg dafür, dass Staatseingriffe weder zu besserer Qualität noch zu tieferen Kosten führen. Weniger Regulierung würde das Gesundheitswesen günstiger machen.

Das sieht Bundesrat Alain Berset anders: Er will die Medikamentenpreise gesetzlich senken.

Wenn ein Pharmaunternehmen zu Hause nicht in der Lage ist, einen angemessenen Preis für ein Medikament mit hohem Patientennutzen zu erzielen, ist dies ein gefährliches Signal für andere Länder. Daher sehe ich

«Jedes Jahr sterben mehr Menschen an einer Grippeepidemie als jetzt an Ebola.»

zumindest wenig Spielraum für Preissenkungen bei innovativen, patentgeschützten Arzneien. Bundesrat Berset hat uns aber versprochen, dass die Zulassungsgeschwindigkeit für neue Medikamente erhöht werden könnte.

Ist das die Basis für einen Kompromiss bei den Medikamentenpreisen?

Wenn wir unsere Medikamente früher zu den Patienten bringen können, hilft das den

Patienten und uns. Das könnte eine Grundlage für einen Kompromiss sein. Auch beim Auslandspreisvergleich. Allerdings muss man bei der Preisfestsetzung den starken Franken mitberücksichtigen. Innovation bei Medikamenten muss auch künftig belohnt werden, sonst fehlt der Anreiz zu forschen.

Das Verhältnis zum Konkurrenten Novartis, der immerhin 33 Prozent an Roche hält, gestaltet sich schwierig. Wie wollen Sie dieses verbessern?

Unser Verhältnis zu Novartis ist gut und professionell. Da bin ich ganz entspannt. Wir dürfen stolz sein, dass zwei führende Unternehmen der Gesundheitsbranche in Basel beheimatet sind. Die Nachbarschaft ist stimulierend und treibt uns an.

Fürchten Sie nicht, dass Novartis über kurz oder lang eine Fusion oder eine Übernahme von Roche anstrebt?

Eine Fusion oder eine Übernahme ergibt überhaupt keinen Sinn. Dank unserer Familienaktionäre haben wir eine solide Basis, um langfristig unabhängig zu bleiben. Und so wird es auch bleiben. Was mit dem Aktienpaket passieren soll, muss Novartis entscheiden. Welche Pläne Novartis hat, müssen Sie Novartis-Präsident Jörg Reinhardt fragen. Ich habe ihn mehrmals getroffen und schätze ihn. Bei uns ist kein Handlungsbedarf. ○

MOZZARELLA

Empfohlen durch
Recommandé par
Raccomandato da
Service Allergie

aha

So gut schmeckt laktosefrei.



Besser lassen sich
Genuss und Wohlbefinden nicht
Kombinieren:
der laktosefreie
aha! Mozzarella.
migros.ch/aha

MIGROS
Ein **M** besser.

Ziemlich schamlos

Die Wegweisung eines notorisch kriminellen Paares aus Italien war vom Bundesgericht abgesegnet. Doch eine Seilschaft von Genossen verhinderte die Umsetzung des Urteils im Kanton St. Gallen. Der rote Filz wirkte effizient und reibungslos. *Von Alex Baur*



Die Konstellation lässt aufhorchen: Hanselmann, Fässler, Rechsteiner, alle SP.

«Aktion Zunder», ein Grüppchen linker Aktivistinnen in St. Gallen, feierte den Erfolg auf seine Weise: «Der Entscheid ist ein wuchtiger Schlag in die fremdenfeindliche Fresse der ausschaffungsgeilen SVP und ihrer Gesinnungskumpane.» Der Anlass: Eine seit Monaten andauernde Kampagne gegen die vom Bundesgericht bestätigte Ausschaffung eines italienischen Paares hatte zum Ziel geführt. Die beiden Italiener dürfen nun doch bleiben, wie Ständerat Paul Rechsteiner (SP) via *Tages-Anzeiger* bekanntgab. Rechsteiner vertritt das Paar auch als Anwalt und hatte schon den Gang nach Strassburg angekündigt.

Glaukt man Rudolf Arta, dem Generalsekretär des St. Galler Justizdepartements, hat sich inzwischen eine «positive Entwicklung» ergeben. Das Paar soll «nochmals eine letzte Chance» erhalten. Hält man sich an die Darstellung der Aktivistinnen, die von *Tages-Anzeiger*, *St. Galler Tagblatt*, *20 Minuten* und *WoZ* querfeld-ein wohlwollend kolportiert wurde, handelt es sich beim Paar eher um Opfer denn um Täter.

Beide sind sie in der Schweiz geboren, mittlerweile um die fünfzig Jahre alt, seit ihrer Jugend drogensüchtig und heute HIV-positiv. Das Paar, so ist zu lesen, habe ein gemeinsames Kind. «Was würde aus den beiden in Italien, wo sie niemanden kennen», beklagte sich die Paul-Grüninger-Tochter Ruth Roduner. Die Secon-

dos hätten nur delinquent, um ihre Sucht zu finanzieren, klagte *WoZ*-Redaktorin Bettina Dyttrich, wäre Heroin zu erschwinglichen Preisen erhältlich, wäre nichts geschehen.

Ein Unmensch, wer angesichts solchen Elends nicht Gnade vor Recht walten lässt. Nur hat das kitschige Junkie-Epos wenig gemein mit der Realität, wie sie in zwei Urteilen des Bundesgerichtes beschrieben wird (2C_407/2013 und 2C_408/2013). Von Beschaffungskriminalität kann hier kaum die Rede sein. Beide wurden von der Sozialhilfe und später von der Invalidenversicherung aufgefangen, beide erhielten medizinische Betreuung und den Ersatzstoff Methadon. Und was die gemeinsame Tochter anbelangt, die 1992 geboren wurde: Sie wuchs bei Pflegeeltern auf und ist längst erwachsen. Von einer engen familiären Bindung kann keine Rede sein. Und wenn sie die Tochter besuchen wollen, ist das von Italien aus nun wahrlich keine Weltreise, wie das Bundesgericht bemerkte.

Erschreckend ist vor allem das Vorstrafenregister der beiden: Unzucht mit Kindern, Raub, Diebstahl, Hehlerei, Körperverletzung, Vergehen gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbruch, Heroinschiebereien im Kilobereich. Der heute 47-jährige Mann wurde sage und schreibe 28-mal zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, insgesamt zu über sieben Jahren Gefäng-

nis; seine 52-jährige Partnerin wurde 24-mal verurteilt, letztmals zu 32 Monaten Gefängnis. Die letzte Verurteilung resultierte aus dem Verkauf von 5,5 Kilogramm Heroin, wobei ein Erlös von mindestens 250 000 Franken erzielt wurde. Am 10. Oktober 2011 verfügte das St. Galler Migrationsamt deshalb nach mehreren folgenlosen Verwarnungen den Landesverweis.

IV-Rente auch in Italien

Das Bundesgericht befasste sich differenziert mit der Frage, unter welchen Umständen die Ausweisung von Secondos verhältnismässig und zumutbar ist. Im konkreten Fall kamen die Richter zum Schluss, dass die beiden durchaus noch Kontakte zu Italien pflegten, wo die Eltern der Frau leben. Es wurde sodann festgestellt, dass die HIV-Behandlung auch in Italien gewährleistet sei. Am Hungertuch müssen die beiden Sozialrentner, die in ihrem Leben nie einer geregelten Arbeit nachgingen, auch im Belpaese nicht nagen. Denn die Invalidenrente würde ins Ausland überwiesen. Zu guter Letzt gibt es auch noch einen in der Verfassung verankerten Volksentscheid, den die Politiker in Bern zwar nicht umsetzen mögen, der aber trotzdem festhält, dass kriminelle Ausländer ausgeschafft werden müssen.

Diesen Verfassungsartikel hat das St. Galler Aktionsgrüppchen denn auch im Visier, das seit letztem Frühling mit Petitionen und Pamphleten gegen die Ausschaffung des Paares agitiert: Es soll ein Zeichen gesetzt werden gegen die Umsetzung der Ausschaffungsvorlage. Mit Erfolg. Das St. Galler Sicherheits- und Justizdepartement, das unter der Leitung des Sozialdemokraten Fredy Fässler steht, will nun definitiv auf die Abschiebung des italienischen Delinquenten-Duos verzichten.

Die personelle Konstellation im Justizdepartement lässt aufhorchen: Regierungsrat Fredy Fässler war nämlich früher Anwalt des italienischen Paares, bevor Genosse Rechsteiner das Mandat übernahm. Fässler soll beim Entscheid um das italienische Paar zwar in den Ausstand getreten sein. Doch er übertrug das Geschäft nicht etwa einem bürgerlichen Regierungskollegen, nein, er betraute damit ausgerechnet die Gesundheitsvorsteherin Heidi Hanselmann – eine Sozialdemokratin. Der rote Filz, so scheint es, spielte in St. Gallen effizient und reibungslos, man könnte auch sagen: ziemlich schamlos. Der mühselige, mehrjährige Ausschaffungsprozess wurde mit einem Federstrich zur Makulatur. ○



Requiem in d-Moll in der Tonhalle Zürich

Mythos Mozart

Erleben Sie die legendäre letzte Komposition von Wolfgang Amadeus Mozart sowie das Klarinettenkonzert in A-Dur, das letzte Instrumentalwerk, welches Mozart in seinem Todesjahr 1791 vollendet hat.

Nur von wenigen Werken der Klassik geht eine derartige Faszination aus wie von Mozarts Requiem (KV 626) aus dem Jahr 1791. Noch während der Komposition verstarb das musikalische Genie im Alter von nur gerade 35 Jahren. Die ungewöhnliche Entstehungsgeschichte der Totenmesse, die mit ihrer spirituellen Kraft die Menschen seit über zwei Jahrhunderten in den Bann zieht, wird unter Experten auch heute noch heftig diskutiert.

Erleben Sie Mozarts Vermächtnis, interpretiert von

den Stuttgarter Symphonikern und dem Classic Festival Chor unter der Leitung von Manfred Obrecht, am 21. Februar 2015 in der Tonhalle Zürich.

Konzertprogramm:

Ludwig van Beethoven

Ouvertüre zum Ballett

«Die Geschöpfe des Prometheus» op. 43

Wolfgang Amadeus Mozart

Konzert für Klarinette und Orchester in A-Dur KV 622

Solist: Dimitri Ashkenazy, Klarinette

Wolfgang Amadeus Mozart

Requiem in d-Moll KV 626

Solisten:

Anica Defuns, Sopran

Violetta Radomirska, Alt

Hans-Jürg Rickenbacher, Tenor

Marc-Olivier Oetterli, Bass

Platin-Club-Spezialangebot

Mozart-Requiem

Stuttgarter Symphoniker, Classic Festival Chor
Manfred Obrecht, Dirigent
Dimitri Ashkenazy, Klarinette

Datum:

Samstag, 21. Februar 2015, 19.30 Uhr

Veranstaltungsort:

Tonhalle Zürich, Tonhallsaal

Preise:

Kat. I Fr. 119.– (statt Fr. 140.–)

Kat. II Fr. 111.– (statt Fr. 130.–)

Kat. III Fr. 98.– (statt Fr. 115.–)

Buchung:

Das Spezialangebot ist buchbar mit dem Kennwort «Weltwoche» unter Tel. 041 361 62 62 (Ticket-hotline) oder online mit dem Promotions-Code «Platin-Club» unter www.obrassoconcerts.ch.

Bedingungen:

Gültiges Abonnement der Weltwoche.
Das Angebot ist nicht kumulierbar. Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80.

Veranstalter:

Obrasso Classic Events GmbH
www.obrassoconcerts.ch

www.weltwoche.ch/platinclub





Essay

Vernunft statt Ideologie

Wer sich für eine glaubwürdige und zeitgemässe Armee einsetzen will, muss seine Ideologien über Bord werfen und sich mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen auseinandersetzen.

Von Chantal Galladé

Die Armee ist zu einer Glaubensfrage geworden und wird in der momentanen politischen Debatte ideologisch diskutiert. Das schadet der Armee. Und das schadet der Sicherheit. Während die einen die Armee abschaffen wollen und jedes sicherheitspolitische Vorwärtkommen behindern, hält eine Mehrheit von Stahlhelm-Ideologen in Bundesrat und Parlament unbeirrbar an einer längst überholten Armeevorstellung fest, welche mit den Mitteln und Strategien des letzten Jahrhunderts die Gefahren von morgen bekämpfen soll.

Beides bringt der Sicherheit der Schweiz nichts. Was es dringend braucht, ist eine sachpolitische Erweiterung der gegenwärtig stark ideologisch geprägten Diskussion. Wir benötigen eine Loslösung von Ideologien hin zu einer nüchternen Orientierung an sicherheitspolitischen Fakten, welche als Grundlage für Armee-reformen dienen müssen.

Die Bevölkerung steht grossmehrheitlich hinter der Armee, wie entsprechende Studien und Umfragen immer wieder belegen und auch die Abstimmung zur Wehrpflicht-Initiative gezeigt hat. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen die Sache jedoch differenzierter als die gegenwärtige politische Mehrheit im Parlament. Sie winken nicht jede Beschaffung durch, wenn nicht plausibel erklärt werden kann, wozu diese für die Sicherheit notwendig ist. Dies hat das Grounding des schwedischen Kampffjets Gripen an der Urne unmissverständlich aufgezeigt. Was sollten wir daraus lernen?

Umweltrisiken und Cyberkriege

Es ist äusserst fragwürdig, wenn die Mehrheit des Parlaments wenige Monate nach dem Volks-Nein zur Kampfjetbeschaffung den Beschluss fasst, dass das Geld, welches für die Jets vorgesehen war, in die Armeekasse fliessen soll. Dies, obwohl keine konkreten Vorstellungen für eine zeitgemässe Armee vorhanden sind und das VBS die letzten Jahre mangels konkreter Projekte regelmässig überschüssige Kreditreste auswies. Die Fragen, die zuerst geklärt werden müssen, sind folgende: Welches sind die tatsächlichen Gefahren und militärpolitischen Herausforderungen in naher und ferner Zukunft für die Schweiz? Wie hoch ist deren Eintretenswahrscheinlichkeit? Und was braucht es, um ihnen erfolgreich zu begegnen? Erst wenn diese Fragen sorgfältig geklärt sind,

kann es um die Allokation der notwendigen Mittel gehen.

Ein Grossteil der heutigen Gefahren lässt sich weder mit schweren Panzern noch mit möglichst vielen Armeeingehörigen bekämpfen. Betrachten wir die Sicherheit umfassend, dann sind neue Risiken wie Cyberangriffe und Cyberkriege, Umweltrisiken oder AKW-Unfälle sehr ernstzunehmende Szenarien, die andere Massnahmen bedingen, bei denen die Armee jedoch ergänzend gebraucht wird.



Welches sind die Gefahren?

Tatsächlich aber benötigen wir die Armee dringlich für Friedenseinsätze und internationale Zusammenarbeit, denn Sicherheit kann nicht im Alleingang, sondern nur in Kooperation mit gleichgesinnten Partnern geschaffen werden. Die bundesrätliche Doktrin «Sicherheit durch Kooperation» wurde bis heute nur ungenügend umgesetzt. Ebenso brauchen wir die Armee für Katastrophenfälle, zur Sicherung des Luftraumes und zum Schutz unserer Bevölkerung und unserer Infrastruktur im Falle terroristischer Bedrohungen. Die Bewältigung dieser Aufgaben bedingt jedoch eine zeitgemässe Armee. Genau diese Einsicht fehlt aber dem Bundesrat, was unter anderem in zwei kürzlich

erschienenen Berichten erkennbar ist. Sowohl die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee wie auch der Bericht zu meinem Postulat «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraumes» orientieren sich bedauerlicherweise nicht an Bedrohungsszenarien, sondern an Fähigkeiten. Beide Berichte formulieren eine nur allgemein gehaltene sicherheitspolitische Lage und stellen keinen Bezug zur Ausgestaltung der Luftwaffe und der Armee her. So wird unbegründet die Wiedereinführung der Erdkampffähigkeit gefordert, ein Gefahrenszenario dafür fehlt jedoch. Warum also eine Fähigkeit fordern, wenn das Bedrohungsszenario fehlt? Beschaffungen in diesem Bereich sind Fehlkäufe und lassen sich nicht legitimieren.

Pawlowscher Reflex

Weil die Armeespitze entsprechende Antworten nicht geben kann und die bürgerlichen Sicherheitspolitiker und -politikerinnen dennoch an absurden Konstrukten festhalten, steckt die Armee in einer Krise.

Dabei zieht der Bundesrat im geforderten Luftkampfkonzept auch erfreuliche Schlüsse. So empfiehlt er etwa den Beitritt der Schweiz zum «Air Situation Data Exchange»-System, der führenden Plattform für den Austausch von Luftlagedaten in Europa. Obwohl keine Partei bestreitet, dass dieses Frühwarnsystem der Nato einen echten Sicherheitsgewinn für die Schweiz bedeuten würde, erscheint es unmöglich, in Diskussionen mit dieser Forderung auf Einsicht zu stossen. Reflexartig wird erklärt, warum die Neutralität gefährdet oder ein solcher Beitritt nicht notwendig sei. Dies, obwohl andere neutrale Länder wie Österreich dieser Plattform ebenfalls angeschlossen sind. Es ist wie ein pawlowscher Reflex – die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker, egal, welcher Couleur, hören im Zusammenhang mit Sicherheit das Wort Nato und sagen nein, ohne sich differenziert mit den Fakten auseinanderzusetzen. Wer sich jedoch für eine glaubwürdige, vernünftige und zeitgemässe Sicherheitspolitik und Armee einsetzen will, muss seine Ideologien über Bord werfen und sich mit den tatsächlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahren auseinandersetzen.

Chantal Galladé ist SP-Nationalrätin und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission.

TOP TALK Marathon

LIVE von der «Winti Mäss» vom 26.–30.11.2014

Halle 2
Stand 2.052



www.toonline.ch



DivertiMento, Bligg,
Stéphanie Berger,
Marco Rima,
Gotthard, Stress
und viele mehr.
Sie alle treffen sich
an der «Winti Mäss»
bei RADIO TOP und
TELE TOP zum Live
Talk Marathon.

Mit dem legendären RADIO TOP Spiel



Mit freundlicher Unterstützung von:



show-concept.ch
Event- & Mediacomm



FM 93.6
RADIO 1 DIE WELTWOCH

ROGER G E G E N ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM MASCOTTE, THEATERSTRASSE 10 IN ZÜRICH

1. DEZEMBER 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17:00 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER TICKETS@RADIO1.CH (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

mascotte
KULTUR · ZÜRICH





41, 43, ... 45 – die Familie hat schon bald alles gestellt, was wählbar ist: George Herbert Walker, George Walker, John Ellis «Jeb» Bush.

Das Blut des Patriarchen

Noch vor kurzem schien die Marke Bush abgebrannt. In einer wundersamen Wende bringt sich der Clan wieder ins Spiel. George W. Bush hat eine Hommage an seinen Vater verfasst. Mit dem Buch «41» entrollt er gleichzeitig den roten Teppich für den nächsten Bush im Weissen Haus. *Von Urs Gehrig*

Um Renaissance, Royals und Republikaner geht es in diesem Stück. Um die Wiedergeburt eines Clans, auf den Millionen Amerikaner hoffen und den ebenso viele verwünschen: die Rückkehr der Bushs, jener Familie, die wie keine zweite seit den Kennedys der amerikanischen Geschichte royalistische Züge verpasst.

Die Zeit scheint reif. Mit Blitz und Donner haben sich die Republikaner letzte Woche bei den Kongresswahlen zurückgemeldet. Nicht nur haben sie die Mehrheit im Senat zurück-

erobert. Im Repräsentantenhaus feierte die Grand Old Party einen Erdrutschsieg, den man nur mit dem Prädikat «historisch» umschreiben kann. Nie seit 1928 hatten die Republikaner in der grossen Kammer eine grössere Mehrheit. Veredelt wird der Triumphzug mit Siegen in zahlreichen Gliedstaaten.

Kurz: Die Reps haben (fast) überall das Sagen ausser im Weissen Haus. Nun nehmen sie auch dieses altherwürdige Gehäuse auf ein Neues ins Visier. Während bei den Demokraten Hillary

Clinton das Feld möglicher Kandidaten für die nächste Präsidentschaft dominiert, kursieren bei den Republikanern zwei Handvoll Namen. Keiner unter ihnen jedoch hat das Zeug zum Champ wie Jeb Bush, der Kronprinz des Bush-Clans.

Bush! Der Name elektrisiert noch immer. Die Familie hat vom Senator über den Gouverneur bis zum Präsidenten schon bald alles gestellt, was wählbar ist, und wie die Clintons sind die Bushs das, was das Volk immer schon fasziniert



Sinn für trockenen Humor – hier verbeugt sich ein Sohn vor seinem Vater. Doch das Buch ist mehr als das. Es setzt einer ganzen Dynastie ein Denkmal und stellt nebenbei noch ein paar Dinge «richtig», die George W. seit langem ärgern. Das Stigma des «Weichlings» (*wimp*) zum Beispiel, das Medien wie *Newsweek* in den Neunzigern Bush senior wie eine bleierne Halskrause umhängten. Die Bezeichnung habe ihn «sternhagelsauer» gemacht, so Bush jr. Sein Vater sei ein «Mann von enormem Mut». Er habe halt nicht so locker auf die Brust getrommelt wie andere. «Sein Leben ist», man erahnt es, «voller mutiger Entscheide.»

George Herbert Walker Bush wurde 1924 in Reichtum und Macht geboren. Sein Vater war Wall-Street-Banker und US-Senator für Connecticut. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, meldete er sich mit achtzehn Jahren freiwillig bei der US-Navy. Als Aufklärungspilot flog er 58 Missionen, bis er 1944 in seinem Torpedo-Bomber von einem japanischen Geschütz über dem Pazifik abgeschossen und aus hoher See gefischt wurde. Er heiratete seine Jugendliebe Barbara Pierce, und nach dem Krieg schien Bushs Weg bestimmt für Wall Street. Stattdessen packte er Frau und Sohn George W. ins Auto und fuhr nach Texas.

In der rauen und raufstügigen Ölstadt Odessa zeigte sich eine Eigenschaft der Bushs, die ihr bis heute eigen ist: Die Familie hat sich immer wieder neu erfunden: Von Haus aus Neuengland-Patrizier, schürfte Vater George als Pionier im Ölgeschäft ein Vermögen aus der Erde.

Nicht ohne Entbehrungen allerdings. «Die erste Wohnung hatte keine eigene Toilette», erinnert sich der Sohn. «Klein George W. teilte das Badzimmer mit zwei Huren.» Auch Scheitern war integraler Teil des Aufstiegs. Auf politischem Terrain bohrte der Connecticut-Yankee ein paar leere Löcher, bevor er 1966 endlich einen Sitz im Kongress gewann.

Die Republikaner sahen in Bush einen Mann mit Zukunft, Nixon machte ihn zum Uno-Botschafter, er wurde Vorsitzender der Partei, Emissär in China, Direktor der CIA. 1980 schien die Zeit für den grossen Sprung gekommen zu sein. George warf seinen Hut ins Rennen ums Weisse Haus – und verlor die parteiinterne Vorwahl gegen einen alten Hollywoodstar. Ronald Reagan ernannte ihm zum Vize, ein Amt, das Bush nie haben wollte. Doch zwei Legislaturen später war die Reihe endlich an ihm. Bush wurde US-Präsident Nummer 41.

Bushs Präsidentschaft fiel – wie die seines Sohnes später – in eine historisch turbulente Zeit. Innert eines Jahres fiel die Berliner Mauer. Kurz darauf kollabierte die Sowjetunion. Und Saddam überfiel Kuwait. Der Ölmann schmiedete eine 34-Staaten-Koalition zur Befreiung des Öl-Emirats. Der Siegesruhm war von kurzer Dauer. Die Wirtschaft sauste in den Keller, Bush Sen. brach sein Wahlkampfgelübde – «Read my lips, no new taxes». Es kostete ihn die Unter-

hat: Celebrities. Wenige Jahre bloss nachdem man sie nach der Wahl Obamas auf den Müll der Geschichte gekehrt hatte, sind sie jetzt wieder in aller Mund. Allen voran Vater George H. W. Bush. Kein lebender Ex-Präsident genießt höhere Zustimmungsraten als der Patriarch des Clans, höhere sogar als Bill Clinton.

Stigma des «Weichlings»

Da wirkt es wie ein von langer Hand geplanter Streich, dass dieser Tage ein neues Buch Schlagzeilen macht, das die Marke Bush neu aufleben lässt. Nicht irgendein Buch. «41: A Portrait of My Father» heisst das 300-Seiten-Werk, eine Ode an den Patriarchen des Clans, geschrieben von dessen Sohn George W. «Ein Tribut», sei es, sagt der Autor, ein «Bouquet für einen Typ, den ich liebe».

Schnörkellos gestrickt, hagiografisch im Ton, kandierte mit emotionalem Zucker, nicht ohne



90. Geburtstag: Huckepack mit Fallschirm.

stützung in der eigenen Partei – und schliesslich die Präsidentschaft. Bush kehrte zurück nach Texas, abgewählt nach nur einer Amtszeit.

«Meister in persönlicher Diplomatie»

Doch die Bush Saga sollte jetzt erst recht beginnen. Im *Lone Star State* war ein neuer Stern im Steigen. George W. wurde zum Gouverneur von Texas gewählt. Wenig später stieg auch in Florida ein Bush am politischen Firmament auf. Sohn Nummer 2. Jeb, sieben Jahre jünger als George W., übernahm die Regierung im *Sunshine State*. Schliesslich marschierte George W. 2001 in den Fussstapfen des Vaters als Präsident Nummer 43 ins Weisse Haus.

«41» offenbart wenig über George W.'s eigene Präsidentschaft, öffnet jedoch Einblicke in die Beziehung einer Familie, die wie keine zweite die jüngere Weltpolitik umpflügte. «Während meiner Präsidentschaft haben Dad und ich

nicht viel über Politik gesprochen», schreibt George W. «Als Vater eines Präsidenten konnte er mir etwas anderes bieten: die Liebe und die Unterstützung, die ich brauchte, um dem Druck des Jobs standzuhalten.»

George W. macht keinen Hehl daraus, dass die Regierungsgeschicke seines Vaters die eigenen überstiegen. «Seine ganze Karriere lang war er ein Meister in persönlicher Diplomatie – darin, Leute kennenzulernen und ihr Vertrauen zu gewinnen.» In seltenen Momenten wandte sich George W. an den Vater mit der Bitte, ihm eine Tür zu öffnen. 2007 zum Beispiel, als er versuchte, mit Russlands Präsident Putin anzubandeln. Amerikas Plan für eine Raketenabwehr in Europa, mit Basen in Polen und Tschechien, hatte Putin verstimmt. Er sah darin eine Gefahr für die Souveränität Russlands.

George W. rief seinen Vater an. «Ich fragte ihn, ob er Präsident Putin nach Walker's Point einladen könne.» Das Anwesen auf Walker's Point, auf einer Landzunge in den Atlantik im Süden des Bundesstaates Maine gelegen, ist seit über einem Jahrhundert Rückzugsort und Sommersitz der Bushs.

Im Speedboat mit Putin

«Dad war begeistert von der Idee. <Sag mir einfach, was ich tun soll.> Als Putin am 1. Juli 2007 in New Hampshire landete, holte ihn Dad ab und begleitete ihn im Helikopter nach Walker's Point. Dann nahm er uns beide mit auf eine Spritztour im Speedboat. Obwohl Putin anfänglich etwas verduzt schien über die Idee, dass ein 83-jähriger Ex-Präsident ein Rennboot mit Höchstgeschwindigkeit pilotieren würde, liebte er die Fahrt. Sein Übersetzer sah aus, als würde er jeden Moment rückwärts aus dem Boot fliegen. Am nächsten Morgen diskutierten wir die Raketenabwehr und fanden einige Gemeinsamkeiten. Dann gingen wir fischen. Natürlich war Putin der Einzige, der etwas fing.»

Es war das diplomatische Flair des Patriarchen, das nach dem Mauerfall im Umgang mit Gorbatschow das Eis brechen konnte. Und es war die kumpelhafte Lockerheit von Sohn George W., die Staatschefs wie Blair oder Putin auftauen liess. Fähigkeiten, die Obama bei all seinem rhetorischen Talent fehlen. Nie seit dem Kalten Krieg waren die Beziehungen zu Russland frostiger als jetzt. Selbst unter Bush junior, als die USA Paria waren, schienen vielen Amerikanern die Zeiten besser als heute. Das Land wurde zwar von manchen gehasst, aber immerhin war es gefürchtet oder respektiert.

«41» wird bereits als Buch des Jahres gehandelt. Es offenbart zweierlei. Erstens: Nicht nur Vater Bush ist Kult, auch Sohn W. ist wieder salonfähig. Vor wenigen Jahren war der Apple-Konzern noch besorgt, weil George W. ein iPad benutzte – das könne zum Imageproblem werden. Inzwischen hat sich das Verhältnis der Amerikaner zu ihrem letzten Ex-Präsidenten miraculös entkrampft. Einen eindrücklichen



«Natürlich war Putin der Einzige, der etwas fing»: Angelausflug, Juli 2007.

Beleg dafür lieferte das Edel-Magazin *Vanity Fair*. Es widmete dem Phänomen eine Hochglanz-Story: «Wie George W. Bush von der uncoolsten Person dieses Planeten zur echten Hipster-Ikone wurde.»

Zweitens: Mit dem Buch präsentiert W. mehr als eine Hommage an den Clan-Chef. Er reklamiert für seinen Clan einen Logenplatz in der amerikanischen Geschichte. Er tut dies, indem er wohllosiert Einblick ins Familienalbum gewährt und dabei auf schnörkellos emotionale Weise Sympathien erheischt, die ihre Wirkung beim Publikum nicht verfehlen werden.

In einer Schlüsselszene versammelte sich die Familie um das Krankenbett von Vater Bush,

der nach einer Lungenentzündung 2012 im Sterben zu liegen schien. «Behutsam legte er [Bush sen.] die Hand auf Jennas schwangeren Bauch. <Da ist der Tod>, sagte er, <und dort ist neues Leben.> Wir verliessen das Zimmer mit Tränen in den Augen.»

Senior ist inzwischen wieder auferstanden. Dieses Jahr stieg er sogar in den Himmel hoch, sprang aus einem Helikopter und glitt zur Feier seines 90. Geburtstags im Huckepack an einem Fallschirm sicher auf die Erde zurück. Nicht ausgeschlossen, dass er nun Zeuge wird, wie die Bush-Saga in den dritten Präsidentschaftsjahr geht.

Mit täglich wachsender Spannung erspüren die US-Medien jede Regung im Bush-Camp. Der 61-jährige John Ellis Bush, genannt Jeb, hatte angekündigt, nach den Kongresswahlen seinen Entscheid bekanntzugeben, ob er 2016 ins Rennen ums Weisse Haus steige.

Jeb war schon immer Vaters Favorit. In Jeps Adern, so heisst es, pulsiere das Blut des Patriarchen. Er gilt als der Intelligenteste des Clans. Zwar ist er nicht gesegnet mit Charisma, aber ist berechenbar, senkrecht und bodenständig. Jeb ist das neue Buch von George W. Bush in Wirklichkeit gewidmet. Mit seiner Hommage an den Vater legt er den Grundstein für das nächste Kapitel der grossen Familiensaga. Es ist der Versuch eines taktischen Meisterstreichs: Präsident Nummer 41 wird von Präsident Nummer 43 geehrt, und beide öffnen dabei die Tür für Nummer 45.

Der Auserwählte hält sich bis dato bedeckt. Jeb Bush legt Wert auf Eigenständigkeit. Früh ging er eigene Wege, setzte sich vom Familiensitz in Texas nach Florida ab, machte Millionen mit Immobilien statt mit Öl, heiratete eine Latina statt eine Weisse. Politik interessierte ihn wenig, behauptete er lange. Doch dann schien



ihn das Virus gepackt zu haben. Nach einer Niederlage wurde er zweimal zum Gouverneur von Florida gewählt. Dort erinnert man sich gerne an ihn. Während sein Bruder Amerika in zwei Kriegen führte, setzte sich Jeb zu Hause in Florida für Bildung und Einwanderer ein.

Seit er 2007 als Gouverneur abtrat, hat er sich aus der Politik zurückgezogen. Doch nun scheint er sich warmzulaufen. Im Wahlkampf der Midterms leistete er in mehr als 35 Orten im ganzen Land Schützenhilfe für republikanische Senats- oder Gouverneurskandidaten.

Lange galt Jeps Ehefrau Columba, gebürtige Mexikanerin und tiefgläubige Katholikin, als Bremsklotz für eine Kandidatur. Auch Barbara Bush, Mutter des Clans, ist nicht erfreut. Natürlich sei niemand so gut geeignet wie Jeb, trotzdem solle er es bleiben lassen. «Wir hatten schon genug Bushs.» George W. pariert den mütterlichen Vorbehalt mit einem Lächeln. «Manchmal ist ihre Prognostik nicht sehr genau», sagte er am Sonntag auf dem TV-Kanal CBS anlässlich der Buchpräsentation und blickte mit einem Augenzwinkern in die Kamera: «Sorry Mum!»

Seit letzter Woche ist neue Dynamik angekommen. Auch in Jeps eigener Familie. Sohn George Prescott hat soeben die politische Bühne betreten. Er wurde mit 61 Prozent der Stimmen in das einflussreiche Amt des Land Commissioner in Texas gewählt. Bei den Latinos erzielte

er 44 Stimmenprozent, was viel zu seinem Sieg beitrug.

In Bezug auf die Integration der Millionen von papierlosen Zuwanderern aus Lateinamerika verfolgt George Prescott die gleiche Politik wie sein Vater. Jeb, der fließend Spanisch spricht, plädiert für eine pragmatische Politik. Er nennt die illegale Immigration schlicht einen «Akt der Liebe» von Menschen, die für ihre Familien zu sorgen versuchten – und hat damit in der eigenen Partei gewaltigen Trubel ausgelöst.

Jeb nennt die illegale Immigration schlicht einen «Akt der Liebe».

Der glorreiche Sieg der Republikaner kann nicht über die tiefe Spaltung der Partei hinwegtäuschen. Sechs Jahre lang liefert sie sich schon einen Zermürbungskampf mit der Tea Party, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Macht des Establishments zu brechen, ohne allerdings selbst tragfähige Lösungen zu präsentieren. Am Mittwoch ergriff Jeb Bush das Wort in der Sache. Er riet der neuen Kongressmehrheit öffentlich, den Blockadekurs aufzugeben. Die Republikaner hätten «Gelegenheit und Verantwortung, den amerikanischen Wählern zu zeigen, dass die Partei effektiv regieren kann».

Mit Jeb Bush soll der Grand Old Party nun der Befreiungsschlag gelingen, der Ausweg aus einer Krise der Partei, die mit den Bushs begonnen hatte. Jeb hat zwei Trümpfe in der Hand. Erstens die Latinos. Ohne ihre Stimmen wird künftig kein Republikaner mehr im Weissen Haus einziehen. Zweitens seine Homebase Florida. Wer US-Präsident werden will, muss im bevölkerungsreichen *Sunshine State* gewinnen.

Das wissen auch die Parteistrategen. «Die Familie ist überzeugt, dass die Financiers der Partei auf Jeb warten und ihm einen Blankoscheck ausstellen werden, sobald er ins Rennen steigt», berichtet die *New York Times*. Im Bush-Clan sei das Wahlfieber bereits entfesselt, weiss das Blatt weiter. «Sie sind wie Rennpferde in der Box, ungeduldig darauf wartend, dass das Gitter endlich fällt.»

Und Jeb selbst, tritt er an? «Die Chancen stehen fünfzig zu fünfzig», sagte George W. am Sonntag. Klar ist: Wer *fifty-fifty* sagt, blufft. Jeb will – aber er schweigt strategisch. Der Clan will zuerst die Stimmung ausloten, bei den Republikanern und im Land. Denn in der Politik gilt Gleiches wie im Westernduell: Wer früher zieht, ist schneller tot. Niemand weiss dies besser als die Bushs.

George W. Bush, «41: A Portrait of My Father». Crown, 304 S.

BANG & OLUFSEN

DIE MAGIE VON BANG & OLUFSEN
– ZUM GREIFEN NAH



BeoVision Avant 55"
Fr. 8'295.-*

5 JAHRE
GARANTIE

KAUFEN SIE JETZT UND ERHALTEN SIE 5 JAHRE
GARANTIE AUF AUSGEWÄHLTE PRODUKTE*

bang-olufsen.com

*Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die Bang & Olufsen Standardgarantie umfasst 3 Jahre. Das auf 5 Jahre verlängerte Garantieangebot gilt in der Schweiz bis zum 31. Dezember 2014 beim Kauf eines neuen TV-Geräts BeoVision Avant. BeoVision Avant 55": Fr. 8'295.-, unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt. und vRG, Preis ohne Option für Platzierung auf dem Boden, auf dem Tisch oder an der Wand, erhältlich ab Fr. 995.-, Energieklasse C. BeoVision Avant 85": Energieklasse B. Das Angebot gilt in allen teilnehmenden Bang & Olufsen Fachgeschäften.

Obamas Schleuderfahrt

Die USA wollen den selbsternannten Islamischen Staat eindämmen und dann zerstören. Doch ihr unbedarftes Vorgehen droht die Extremisten zu stärken, statt zu schwächen. Die Gründe, warum der amerikanische Anti-Terror-Krieg scheitern wird. *Von Kurt Pelda*



Unterstützung der Amerikaner lässt nach: syrische Anti-Assad-Rebellen mit Tow-Panzerabwehrrakete.

Mit ausgeschalteten Scheinwerfern fährt der Konvoi durch die Nacht. Nur wenn die Fahrzeuge die am Strassenrand wartenden türkischen Schützenpanzer passieren, geraten sie für einen Augenblick in deren Lichtkegel. Dann sieht man schwerbeladene Lastwagen und deutsche Geländefahrzeuge mit aufmontierten rückstossfreien Kanonen sowie Pickups mit Stalinorgeln. Es ist die langersehnte Verstärkung für die weitgehend abgeschnittene syrische Kurden-Enklave Kobane an der Grenze zur Türkei. Eine Artillerieeinheit der kurdischen Peschmerga aus dem Irak soll den Verteidigern von Kobane helfen, die Terroristen des sogenannten Islamischen Staats (IS) aus der Stadt zu vertreiben. Am Nachthimmel kreisen amerikanische Kampfflugzeuge – dröhnend, aber dennoch unsichtbar.

Wie die Fahrzeuge im Dunkeln den türkischen Grenzposten erreichen, steigt zur Linken ein Feuerball in die Luft – ein Selbstmordattentat des IS, das den Konvoi kurz vor der Ankunft aufhalten sollte. Die Kolonne fährt einfach weiter. Nun nähert sich ein Jet, und plötzlich faucht eine Präzisionsbombe über unsere Köpfe hinweg und schlägt jenseits der Grenze ein. Die Kurden, die sich auf der türkischen Seite an Lagerfeuern wärmen, applaudieren.

Den Amerikanern war von Anfang an klar, dass ihre Intervention aus der Luft nur erfolg-

reich sein kann, wenn lokale Allianzpartner zugleich mit Bodentruppen gegen den IS vorgehen. Im Irak sind die Verbündeten die kurdischen Peschmerga und die weitgehend unfähige irakische Armee. In Syrien dagegen stützen sich die USA bisher nur auf die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), die mit der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK liiert sind.

Rekrutierungsbasis der Terroristen

Bisher agiert diese Allianz mit Erfolg. Kobane wird immer mehr zu einem Höllenfeuer, in dem der IS Unmengen von Dschihadisten verheizt. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Terroristen zugleich an anderen Fronten vorrücken, zum Beispiel in der westirakischen Provinz Anbar und in Zentral-syrien. Sowohl im Irak als auch in Syrien stellen Washingtons kurdische Allianzpartner nur eine kleine Minderheit. Alleine damit wird sich der IS niemals besiegen lassen. Entscheidend wäre es deshalb, die Sunniten in beiden Ländern auf die Seite der westlichen Koalition zu ziehen. Die Sunniten mit ihrem Groll gegen ihre jeweilige Zentralregierung bilden die Rekrutierungsbasis der Terroristen. Im Irak gibt es zwar Bemühungen, die Sunniten dem IS abspenstig zu machen, doch in Syrien tun die Amerikaner alles, um die gemässigte sunniti-

sche Opposition gegen die blutige Diktatur von Präsident Assad zu dezimieren.

Dabei gab es in den letzten drei Jahren immer wieder Versuche, die gemässigten Anti-Assad-Rebellen zu unterstützen. Statt sich aber auf eine Bewegung zu konzentrieren, gingen die Amerikaner wechselnde Allianzen ein, lieferten hier ein paar Funkgeräte und Espakete und dort ein paar leichte Waffen. Seit rund sieben Monaten hat eine Reihe von Rebellengruppen auch amerikanische Tow-Panzerabwehrraketen erhalten – ob von den USA oder Verbündeten wie Saudi-Arabien, ist nicht ganz klar.

Washingtons Geheimnis

Obamas zynisches Kalkül war es wohl immer gewesen, die syrische Opposition nur gerade so mit Nachschub zu versorgen, dass sie den Krieg gegen Assad weder gewinnen noch verlieren konnte. Mit dem Luftkrieg gegen den IS gerät der Kampf gegen Assad jedoch ganz aus dem amerikanischen Blickfeld. Vergessen geht dabei, dass der Aufstieg der Dschihadisten in Syrien untrennbar mit Assads Vernichtungskrieg gegen die sunnitische Bevölkerungsmehrheit einherging. Von den USA zuvor alimentierte Rebellengruppen wie die Syrian Revolutionaries Front (SRF) oder Harakat Hazm werden nun plötzlich auf dem Altar des Kampfes gegen den IS geopfert.

Doch den Amerikanern schwebt anderes vor. Sie wollen zusammen mit der Türkei eine syrische Anti-IS-Truppe von 5000 Mann ausbilden. Wie eine so kleine Streitmacht mit den schätzungsweise 30000 IS-Kämpfern fertig werden soll, bleibt das Geheimnis Washingtons. Die Inkonsistenz der amerikanischen Strategie hat nicht nur der IS, sondern auch dessen Widersacher, die syrische Al-Qaida-Filiale (Nusra-Front), bemerkt. Diese geht nun brutal gegen die von Washington fallengelassenen Gruppen SRF und Harakat Hazm vor, um in Nordwestsyrien ein «islamisches Emirat» zu gründen, ein Konkurrenzgebilde zum Kalifat des IS. Potenzielle Verbündete der Amerikaner unter den syrischen Sunniten werden es sich merken: Auf Washington ist kein Verlass. Da laufen die verbleibenden gemässigten Rebellen lieber zur Nusra-Front über oder flüchten in die Türkei. Die Extremisten erhalten Zulauf, die Gemässigten verschwinden, und am Ende bleiben in Syrien nur noch die drei Pole Assad, IS und al-Qaida übrig – ein Schreckensszenario. ○

Swiss Handicap '14

Für Menschen mit und ohne Behinderung

28. – 29. November 2014 | Messe Luzern | www.swiss-handicap.ch



Der Messe-Event für die ganze Familie

- 150 Aussteller aus dem In- & Ausland
- Spannende Vorträge
- Guetzlibacken mit Prominenten
- Sportaktivitäten & Events
- Spiel & Spass für Kinder
- Party-Nacht mit top DJ's und Artisten
- Weihnachtsmarkt & Samichlaus

Leben mit Einschränkungen

- Mobilität
- Rehabilitation & Therapien
- Invalidität
- Freizeit, Reisen, Wohnen
- Kommunikation
- Medizin & Forschung
- Prävention & Diagnostik
- Beruf & Bildung

Freitag: 09.00 – 18.00 Uhr | Samstag: 09.00 – 17.00 Uhr | Eintritt: CHF 15.00, Kinder bis 16 Jahre kostenlos!



Wanderungen durch das Unterholz der Rhetorik: Präsident Zeman.

Ein reservierter Europäer

Derbe Sprüche und politisch inkorrekte Äußerungen sind das Markenzeichen des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman. Mit seinem jüngsten Lob für den Kreml könnte er zum Vorboden einer neuen osteuropäischen Ostpolitik werden. *Von Josef Riedmiller*

Man erkennt ihn schon von weitem, der grosse schwere Mann ist meist mit einem Gehstock unterwegs. Seine Wanderungen durch das Unterholz der politischen Rhetorik hingegen bewältigt er ohne Hilfsmittel. Miloš Zeman gilt zwar als belesen, aber er macht sich einen Spass daraus, mit unflätigem Sprachgebrauch aufzufallen. Sagen die einen. Andere meinen, Zeman setze die Gossensprache als Waffe ein, irritiere so seine Gegner und verschleierte seine Strategien fürs politische Weiterkommen.

Solche Strategien sind ihm zur zweiten Natur geworden. Immer wenn Miloš Zeman glauben lassen wollte, sein Ehrgeiz sei gestillt und er ziehe sich nun ins Privatleben zurück, fiel sein Comeback umso heftiger aus. Das machte er so lange, bis er auf verwinkelten We-

gen mit Parteiein- und -austritten dort angelangt war, wohin er offenbar schon immer wollte: auf den Prager Hrad nach ins Palais des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik. Dort residiert er nun seit mehr als einem Jahr, die Welt mit wohlgezielten Provokationen, derben Sprüchen und taktlosen bis empörenden Ausfällen gegen Muslime, Schwule oder Sudetendeutsche unterhaltend. Sein Repertoire ist unerschöpflich.

«Nutzlose» Sanktionen

Doch in gewissen Hauptstädten weiss das Staatsoberhaupt ganz genau, was die Gastgeber hören oder auch nicht hören wollen. Zuletzt war dies der Fall mit seinen – für ein Staatsoberhaupt eines EU-Staates – erstaunlich verständnisvollen Bemerkungen zur russischen Politik.

Eine russische Invasion in der Ostukraine vermochte er nicht zu erkennen, die Sanktionen gegen Russland tat er als «nutzlos» ab. Deftig wurde er, als er den Sängerinnen der Rockband Pussy Riot den Status als politische Gefangene absprach und bei dieser Gelegenheit hilfreich das englische Wort *pussy* ins Tschechische übersetzte – wobei er freilich nicht Vagina sagte, sondern sich aus der untersten verbalen Schublade bediente.

Immerhin sprach nach diesem Radiointerview niemand mehr von seinem jüngsten Besuch in Peking, wo Zeman zum Entsetzen der heimischen Presse nicht mit Lob für Chinas Regierende und ihr Wirtschaftsmanagement geizte. Garniert wurde das Ganze mit ungefilterten und eher ungewöhnlichen Aussagen über den Status von Tibet und Taiwan. Kein

Wort verlor der Präsident jedoch über den Zustand der Menschenrechte in dem Land.

Zeman begann seine Karriere 1969 mit dem Abschluss eines Fernstudiums in Ökonomie. Ein Jahr zuvor, während des Prager Frühlings, zeigte er sich als politisch Suchender – oder auch als einer, der lediglich die beste Seite zu erwischen trachtete. Er trat der Kommunistischen Partei bei, musste diese aber bald wieder verlassen, offenbar wegen sogenannter ideologischer «Haltungsfehler». Er war wohl nicht stramm genug.

Fast zwanzig Jahre lang pendelte Zeman dann zwischen mittelmässigen Jobs und gelegentlicher Arbeitslosigkeit hin und her, bis er 1989 den Anschluss an die «samtene Revolution» und somit an Václav Havels Bürgerforum fand. Für dieses zog er 1990 als Abgeordneter ins Parlament der Tschechoslowakei ein. Auf seiner weiterhin unstillen Wanderung durch die Politik, aber in einer prinzipiell sozialistischen Orientierung, landete Zeman 1992 in den Armen der sozialdemokratischen CSSD.

Als Tschechen und Slowaken 1993 getrennte Wege gingen, öffnete sich Zeman das Tor zu einer Blitzkarriere: Noch im selben Jahr übernahm er den Vorsitz der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei, die 1996 bei der Wahl des Abgeordnetenhauses eine günstige Position eroberte. Ein früher Deal – es sollte nicht der letzte sein – mit dem amtierenden Regierungschef Václav Klaus von der konservativen Bürgerpartei ODS brachte diesem die eine fehlende Stimme zum Weiterregieren und Zeman das Amt des Parlamentspräsidenten.

Unterwerfungsgesten

Diese Konstellation hielt aber nicht lange. Schon 1997 musste Klaus als Folge einer Spendenaffäre die Segel streichen, und Zeman übernahm nach dem Sieg der CSSD bei einer vorgezogenen Parlamentswahl 1998 das Ruder in einer Minderheitsregierung. Jetzt musste Klaus «liefern»: Seine quasioppositionelle Bürgerunion verpflichtete sich vertraglich zur Unterstützung des Zeman-Kabinetts. Der solcherart abgesicherte Regierungschef hielt bis 2002

durch, gab aber noch vor dem Ende der Legislaturperiode den Parteivorsitz ab.

Was war geschehen? 2002 war in Prag der Kampf um die Zustimmung zum Lissabonner Reformvertrag der EU in vollem Gange. Klaus war ein furioser Gegner der europäischen Integration und gelegentlich auch ein Sprachrohr der britischen EU-Feinde. Die Anhänger der CSSD hingegen waren die eifrigsten Befürworter des Lissabonner Reformwerks. Zeman jedoch ist eher ein reservierter EU-Europäer. Seine Ansichten und die der Partei klappten offensichtlich auseinander. Zeman verliess das politische Terrain, doch niemand glaubte, dass es dabei bleiben würde.

Das Staatsoberhaupt weiss ganz genau, was die Gastgeber hören oder auch nicht hören wollen.

Es dauerte in der Tat nicht lange, bis er wieder auftauchte. Schon im kommenden Jahr liess er sich als Kandidat für die Präsidentenwahl aufstellen. Doch er scheiterte kläglich: Stattdessen zog Václav Klaus als Nachfolger von Václav Havel auf den Prager Burgberg – eine Blamage für Zeman. Nach einem Streit mit Parteichef Jiri Paroubek verliess er 2007 die Sozialdemokraten. Wieder eine Pause? Oder diesmal vielleicht doch das Ende?

Zwei Jahre später war Zeman wieder da und gründete eine neue Partei, mit der er 2010 bei der Parlamentswahl mit nur 4,3 Prozent Stimmenanteil durchfiel. War's das nun? Keineswegs. Der angekündigte Rückzug ins Privatleben entpuppte sich als Luftholen für neue Höhenflüge, und diesmal sollte es ganz nach oben gehen. Klaus musste 2013 nach zwei Amtsperioden abtreten. Der neue Präsident wurde erstmals in einer Direktwahl vom Volk gewählt – für Zeman eine perfekte Gelegenheit, es erneut zu versuchen. Im zweiten Wahlgang konnte er seinen schärfsten Rivalen, den von ihm übel beschimpften Aussenminister Karel Schwarzenberg, distanzieren. Grosszügig liess Zeman es zu, dass der Sozialdemokrat Bohuslav

Sobotka nach vielen Unterwerfungsgesten unter ihm Regierungschef werden durfte.

Seine verbalen Ausfälle und innenpolitischen Exzesse können allerdings nicht verdecken, dass sich Zeman Sorgen macht um Rang und Prestige seines Landes in Europa und in der Welt. So war beispielsweise der Staatsbesuch von Joachim Gauck in Prag einigen grossen deutschen Zeitungen nicht mehr als eine Pflichtmeldung wert. Was vor nicht allzu langer Zeit noch von politischer Brisanz war, ist zur ermüdenden Routine im Einerlei der EU geworden. Deren kleine Mitglieder geraten häufig in den Hintergrund, wenn nicht die USA gerade mal vorhaben, in Tschechien oder anderswo eine Radarstation für eine Raketenabwehr zu bauen. Deshalb reist Milos Zeman auf der Suche nach Anerkennung für sein Land in der Welt herum und lobt autoritäre Regime in Moskau und Peking. Viktor Orbán in Ungarn tut es ihm gleich und verkündet gleich eine «strategische Partnerschaft» mit China.

Angesichts der Aussicht, vom Rest Europas vergessen zu werden, besinnen sich die östlichen Mitglieder der EU auf alte Kontakte und Gewohnheiten. Da gibt es in Tschechien nicht nur die schlechte sowjetische Erfahrung des Einmarsches von 1968, sondern auch die gute russische Erfahrung. Sie geht auf den Ersten Weltkrieg zurück, als die aus Kriegsgefangenen gebildete Tschechische Legion auf Seiten der Weissgardisten gegen die Bolschewiken kämpften. Ihr stand die linke Brigade entgegen, der Jaroslav Hasek mit dem «Schwejk» ein Denkmal gesetzt hat.

Mit seinem Lob und dem Verständnis für Kremlchef Wladimir Putin steht Zeman daher in vielen Regionen Ost- und Mitteleuropas nicht allein. Im Verhältnis zu Russland überwiegt die Euphorie. Könnte daher ausgerechnet Milos Zeman der Herold einer neuen, prorussischen «Ostpolitik» der Osteuropäer sein? Nach einem Rückzug ins Privatleben sehen seine jüngsten Äusserungen jedenfalls nicht aus.

Josef Riedmiller war nach dem Krieg einer der ersten deutschen Moskau-Korrespondenten und später Leiter des aussenpolitischen Ressorts der *Süddeutschen Zeitung*.

Jubiläums-Geschenk!

ARVI feiert sein
10-jähriges Jubiläum!

Noch nicht Kunde bei ARVI?

Melden Sie sich hier an, um die zweite Ausgabe des 200-seitigen ARVI Katalogs kostenlos zu erhalten. Spannende Geschichten über die besten Hersteller und Winzer aus der ganzen Welt erwarten Sie!

www.arvi.ch/ww



THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVI SA
VIA PEDEMONTE 1
CH-6818 Melano

T 091 649 68 88
F 091 648 33 75

info@arvi.ch
www.arvi.ch

Terrors Geldader

Erstmals hat ein New Yorker Gericht eine Bank wegen Beihilfe zum Terror verurteilt. Für Rechtsanwalt Gary Osen, der mehr als 300 Hamas-Opfer vertreten hat, ist das ein entscheidender Schritt, um dem internationalen Terrorismus die Grundlage zu entziehen. *Von Pierre Heumann und Eric Nutt (Bild)*



«Es ist ein Marathon, kein Sprint»: Rechtsanwalt Osen.

Zehn Jahre lang hatte Gary Osen für dieses Urteil gekämpft. Jetzt hat er Grund zur Freude: Die Geschworenen folgten seiner Argumentation, nach der die Arab Bank Zahlungen an die radikalislamische Hamas abgewickelt hat, obwohl sie wusste, dass die Hamas eine Terrororganisation ist. Der amerikanische Anwalt hat damit einen wegweisenden Prozess gegen den Terror gewonnen.

Mit seiner Klage hat Osen juristisches Neuland betreten. Erstmals hat ein Gericht eine Bank für die Konsequenzen der Gewalt verantwortlich gemacht, die sie mit ihrem Service ermöglicht. Nie zuvor ist eine Bank angeklagt worden, mit Geldtransfers Terroranschläge ermöglicht zu haben. Osen ist überzeugt, dass das Urteil den Terrornetzwerken einen harten Schlag versetzen wird – nicht nur demjenigen der Hamas, sondern auch denjenigen von al-Qaida und des Islamischen Staates.

Wer einen blasiert bis aggressiv auftretenden Selbstdarsteller erwartet hätte, wie sie unter US-Starjuristen oft vorkommen, sieht sich getäuscht. Der 46-jährige Osen lebt bescheiden, und er nimmt den Zug, wenn er von seinem Wohnort Hackensack im Norden von New Jersey ins Büro in Manhattan fährt. Grosse Partys mit Prominenz, auf denen viele seiner Kollegen potente Kunden an Land ziehen, sind nicht sein Stil. Zu seinem bisher grössten Fall ist er denn auch nicht durch Beziehungen gekommen, sondern durch eine Begegnung in seinem gutbürgerlichen Wohnviertel vor elf Jahren.

Es geht um einen jungen Mann namens Steve Averbach, der als Sechzehnjähriger von Hackensack nach Israel ausgewandert war. Dieser sei bei einem Selbstmordanschlag der Hamas schwer verletzt worden, erzählte ein Bekannter Osen. Averbach hatte am 18. Mai 2003 den Bus der Linie 6 genommen. Es war halb sechs Uhr am Morgen, und er war unterwegs zur Arbeit im Zentrum von Jerusalem. Damals tobte die zweite Intifada, mit fast täglichen Terrorattacken auf Busse, Restaurants und Einkaufszentren. Auch an diesem Tag sollte es so sein.

Skelett aus verbogenem Metall

Dem 37-jährigen Averbach, der als Polizist ein Anti-Terror-Training absolviert hatte, fiel ein Mann auf, der den Bus an der Station «French Hill» bestieg. Der Passagier trug die Kleidung frommer Juden, doch er hatte keinen Vollbart, sondern war glattrasiert, hatte modische Budapester Schuhe an und einen auffälligen Davidstern-Anhänger am Hals – alles Zeichen, die nicht zum Outfit eines streng Religiösen passten. Als er unter dessen schwarzem Mantel eine Ausbuchtung erkannte, griff er nach seinem Revolver und wollte den Arm des Verdächtigen ergreifen – doch der palästinensische Attentäter hatte seine Finger bereits am Abzug und zündete die Bombe.

Die gewaltige Wucht der Explosion schleuderte Averbach durch den Bus. Überall im Buswrack, ein groteskes Skelett aus verbogenem Metall und Glasscherben, sah Averbach Eingeweide und blutverschmierte Körperteile. Er konnte mehrere Leichen ausmachen, bevor er ohnmächtig wurde.

Später stellte sich heraus: Averbach hatte mit seinem Eingreifen noch weitaus Schlimmeres verhindert. Der Terrorist wollte mit dem Zünden der Bombe zuwarten, bis der Bus vollbesetzt im Stadtzentrum angekommen wäre. Noch am selben Tag übernahm der militärische Flügel der radikalislamischen Hamas die Verantwortung für den Anschlag, bei dem acht Menschen getötet und zwanzig verwundet worden waren.

Die Tragik des Terrors war für den Rechtsanwalt nichts Neues. Bereits nach dem 11. September 2001 war Osen mit bedrückenden Einzelschicksalen konfrontiert worden. Er hatte Menschen aus der Nachbarschaft gekannt, die beim Al-Qaida-Angriff auf Amerika getötet wurden, und sich um deren Hinterbliebene gekümmert, indem er ihnen half, den Papierkram zu erledigen. Unermüdlich sammelte er Dokumente, Zeitungsausschnitte und Videoclips, um den Mechanismen auf die Spur zu kommen, die den Terror ermöglichen.

In den Jahren 1999 bis 2004 wurden mindestens 70 Millionen Dollar an die Hamas ausbezahlt.

Zuerst fielen ihm Berichte auf, nach dem saudi-arabische Wohlfahrtseinrichtungen mit dem Segen Riads und des damaligen irakischen Herrschers Saddam Hussein Familien von Selbstmordattentätern bis zu 25 000 US-Dollar überweisen. Das kam einer Lebensversicherung gleich, welche den Hinterbliebenen der Terroristen zugutekam. Später sah er bestätigt, dass diese Policen aus zusätzlichen Quellen finanziert worden waren – vom Iran oder von islamischen Wohltätigkeitsorganisationen wie der Holy Land Foundation.

Sechs Monate nachdem er vom Schicksal Averbachs gehört hatte, entschloss sich Osen zu einem Abstecher nach Tel Aviv. Er begegnete dem Ex-Polizisten, der vom Hals an gelähmt in seinem Spitalbett lag. «Steve war nicht einmal in der Lage, sich an der Nase zu kratzen», sagt Osen. Mit seinen muskulösen Oberarmen lag er hilflos da. Die Diskrepanz zwischen der körperlichen Verfassung des einstigen Experten für Terrorabwehr und derjenigen des vor ihm liegenden Pflegefalls erschütterte Osen zutiefst.

Nach seiner Rückkehr nach New Jersey drängten Averbachs Eltern den Rechtsanwalt, sich des Falls ihres Sohnes anzunehmen. Osen flog erneut nach Israel, um sich mit ihm abzusprechen. Averbachs Wille war ungebrochen. «Wir kämpfen gegen den Terror», sagte er und

verpflichtete Osen als Anwalt. «Ich werde die Banker des Terrorismus anklagen», versprach Osen, «vor allem diejenigen, die die Intifada mit Geldspenden ermöglichen.» Er werde sich deshalb nicht nur des tragischen Einzelfalls annehmen, sondern den ganzen Finanzapparat des Terrors verfolgen, um die Blutspur des Geldes aufzuzeigen. Die entsprechende Vereinbarung konnte Averbach nur mit fremder Hilfe unterzeichnen, da seine Finger den Dienst versagten.

Rente für Selbstmordattentäter

Bei seinen Nachforschungen über die Gewalt der Islamisten fand Osen heraus, dass ein grosser Teil der für die Terroristen bestimmten Gelder über eine in den USA ansässige Bank geschleust worden war: die New Yorker Filiale der Arab Bank. Das Institut mit Hauptsitz in Amman, Jordanien, gehört zu den bedeutendsten Geldhäusern des Mittleren Ostens.

Osen setzte alles daran, um die Anklage gegen die Arab Bank voranzutreiben. Er kam an belastende Dokumente, die von der israelischen Armee in Westjordanien sichergestellt worden waren, und aufgrund von Bankbelegen konnte er nachweisen, dass die Arab Bank Geldüberweisungen an Exponenten der Hamas und an deren Familien ausgeführt hatte. Gemäss Beweisen, die dem Gericht vorlagen, wurden in den Jahren 1999 bis 2004 mindestens sieben Millionen Dollar an die Hamas ausbezahlt. Mehrere Millionen waren über die ehemalige New Yorker Filiale der Bank abgewickelt worden. Kein Terrorist sollte leer ausgehen: In palästinensischen Zeitungen stiess Osen auf Inserate, in denen diejenigen, welche die ihnen zustehende Entschädigung noch nicht abgeholt hatten, aufgefordert wurden, das Geld persönlich abzuholen: an einem Schalter der Arab Bank.

Bereits als Osen nach den Al-Qaida-Attaken von 2001 in Amerika die Geldkanäle an die Terroristen recherchiert hatte, war er auf saudi-arabische Annoncen mit Spendenaufrufen zur Unterstützung der zweiten Intifada gestossen. «Offenbar machte man in Saudi-Arabien aus der Hilfe für die Terrorbanden der Hamas kein Geheimnis, sondern war sogar stolz darauf.» Nach und nach kam er dem weltweit agierenden Netzwerk auf die Spur, das Selbstmordattentäter, sogenannte Märtyrer, nicht nur anheuert und entlohnt, sondern nach dem Zünden der Bombe auch für deren Hinterbliebene sorgt, indem es ihnen eine Rente überweist.

Osen wusste jetzt also, wie das finanzielle Terrornetzwerk funktioniert. Um die Arab Bank vor Gericht zu ziehen, stützte er sich auf ein nach dem 11. September 2001 verschärftes Gesetz. Aufgrund des Anti-Terrorism Act (ATA) ist es illegal, Terroristen Finanztransaktionen wissentlich zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz gibt amerikanischen Staats-

bürgern dann das Recht, zu klagen, wenn sie durch internationalen Terrorismus zu Schaden gekommen sind.

Im Sommer 2004 reichte Osen im Namen der Amerikaner, die während der zweiten Intifada von 2000 bis 2004 Terroropfer der Hamas geworden waren, vor einem US-Gericht Zivilklage gegen die Arab Bank ein. Er vertrat 311 Betroffene von insgesamt 24 Selbstmordattentaten der Radikalislamisten. Osen setzte es sich zum Ziel, vor Gericht den Beweis anzutreten, dass die US-Filiale der Bank mit ihrem Verhalten gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz verstossen habe und deshalb laut Gesetz verpflichtet sei, für den materiellen Schaden geradzustehen.

Hauptzeuge Averbach erlebte den Prozess nicht mehr – er starb im Juni 2010 im Alter von 44 Jahren.

Steve Averbach, einer seiner Hauptzeugen, erlebte den Prozessbeginn nicht mehr – er war im Juni 2010 im Alter von nur 44 Jahren gestorben. Doch Osen konnte ihn trotzdem als Informanten auftreten lassen: Vier Jahre vor dessen Tod hatte er ein Video anfertigen lassen, auf dem dieser, in seinem Rollstuhl sitzend, den Geschworenen von seinen Erinnerungen an den tragischen Tag und von seinem leidvollen Leben als Invalider erzählte.

Ein Who is who der Hamas

Mit ihrer Verteidigungsstrategie scheiterte die Arab Bank auf der ganzen Linie. Unter dem Vorwand des Bankgeheimnisses in Jordanien und in Palästina verweigerte sie die Einsicht in belastende Dokumente. Das habe, so Osen, bei den Geschworenen den Verdacht erweckt, dass das jordanische Geldhaus einiges zu verbergen habe. Erfolglos sei auch der Versuch gewesen, den Geschworenen vorzumachen, die Bankbeamten hätten nicht gewusst, dass die begünstigten Personen zur Elite der Terrororganisation zählten.

Um uns seine stärksten Argumente zu zeigen, greift Osen auf einen Stapel Dokumente auf seinem Schreibtisch. «Hier», sagt er, «sehen Sie: Im Mai 2001 erhielt Hamas-Gründer Scheich Yassin, den jedes Kind kannte, über die Filiale der Arab Bank in Gaza 60 000 Dollar, Ismail Hanija, der später Premierminister in Gaza wurde, bekam in den Jahren 2000 und 2001 über die Arab Bank insgesamt 420 000 Dollar, und Salah Schehada – er war Mitbegründer der Hamas und Anführer der Kassam-Brigaden, des militärischen Flügels der Hamas – wurden in den Jahren 2000 und 2001 über die Arab Bank 109 500 Dollar gutgeschrieben.»

Die Arab Bank versuchte, die Aussagekraft dieser Belege zu entkräften. Den Bankbeamten sei nicht klar gewesen, wer die Begünstigten waren, der Name Yassin sei ihnen kein Begriff



Der Attentäter hatte die Finger bereits am Abzug: Bombenattentat in Jerusalem, 18. Mai 2003.

gewesen, und sie hätten nicht gewusst, wie Schehada aussehe, da er sich nie in der Öffentlichkeit gezeigt habe. Doch Osen zog auch in diesem entscheidenden Punkt die Geschworenen auf seine Seite. So zerpfückte er zum Beispiel das Zeugnis einer von der Arab Bank aus Grossbritannien eingeflogenen Islam-Expertin, die im Kreuzverhör zugeben musste, dass sie des Arabischen nicht mächtig sei. Die Geschworenen waren letztlich überzeugt: Die Arab Bank wusste, dass sie Geldzahlungen an die Hamas ausführte, und sie tat dies, obwohl die Hamas in den USA als Terrororganisation gelistet ist. Ein bloss versehentlich ausgeführter Zahlungsauftrag hätte zur Verurteilung nicht ausgereicht.

In Washington hatten nicht alle Freude an Osens Prozess gegen das jordanische Geldhaus. Das haschemitische Königreich gehört zu den engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten, und im Aussenministerium befürchtete man

eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen. Bis zum letzten Gerichtstag hielt die amerikanische Regierung wichtige Dokumente zurück, die die Arab Bank belastet hätten. Statt eines Prozesses wären der US-Regierung stille diplomatische Kanäle lieber gewesen. «Washington hatte tausend gute Gründe, den Prozess verhindern zu wollen», sagt Osen heute, «aber ich verfolgte als Anwalt andere Ziele. Ich wollte die Interessen meiner Klienten wahrnehmen und ihnen zu ihrem Recht verhelfen.»

«Washington hatte tausend gute Gründe, den Prozess verhindern zu wollen.»

Doch noch sei der Kampf nicht zu Ende: «Es ist ein Marathon, kein Sprint.» Die Arab Bank hat bereits angekündigt, das Urteil anfechten zu wollen. Osen geht davon aus, dass das Begehren vom Gericht abgelehnt wird. Dann will er das Institut mit einer Schadenersatzklage für Terroropfer konfrontieren. Mehrere Milliarden Dollar wird er namens seiner Klienten fordern. Der Prozess werde wohl im nächsten Jahr beginnen, erwartet Osen.

Doch schon jetzt hat das Urteil Folgen, ist Osen überzeugt. Banken würden es sich künftig gut überlegen, bevor sie Terrororganisationen als Kunden akzeptierten, weil sie jetzt wissen: Sie werden dafür zur Verantwortung gezogen. Dies sei nicht nur für das Vorgehen gegen die Hamas relevant, sondern auch für den Kampf gegen Organisationen wie die Hisbollah, al-Qaida oder gegen den Islamischen Staat. Das New Yorker Verdikt werde, so hofft Osen, mithelfen, den Terrorsumpf trocken-zulegen. ○



**WIR WERDEN
DURCH DIE MEDIEN
MANIPULIERT.**



Vladi P.

**UND WAS
HABEN SIE ZU
SAGEN?**



#SagesderSchweiz

Auf www.SagesderSchweiz.ch eine Aussage machen und in einem Inserat erscheinen.

JETZT MITMACHEN





Ungenutzte Chance: Friedensnobelpreisträger Arafat (r.) und Peres, am 10. Dezember 1994.

Arafats Handkuss

Mörder und Charmeur, Friedensnobelpreisträger und Erzterrorist: Erinnerungen an Begegnungen mit Palästinenserführer Jassir Arafat, der vor zehn Jahren in einem Militärkrankenhaus bei Paris starb.

Von Pierre Heumann

Jassir Arafat, eine der schillerndsten Figuren im Nahen Osten, traf ich erstmals im Jahr 1996 in seinem Büro in Gaza. Drei Jahre zuvor hatte er dem israelischen Premierminister Jitzhak Rabin die Hand zum Frieden gereicht. Dafür erhielt er den Nobelpreis für den Frieden – etwas verfrüht, wie sich bald schon herausstellen sollte. Denn als ihm Israels Premier Ehud Barak im Jahr 2000 einen Staat offerierte, lehnte Arafat das Angebot ab. Stattdessen lancierte er die zweite Intifada und

schickte Selbstmordattentäter nach Israel. Arafats Fluch lastet bis heute auf den Palästinensern.

Dass er die Chance zum Frieden nicht nutzen würde, liess sich bereits beim ersten Treffen mit dem Palästinenserführer erahnen. Es sei viel schwieriger, Frieden zu schliessen, als Krieg zu führen, sagte er uns 1996 – so, als sehe er das Scheitern des Friedensprozesses, der eben erst begonnen hatte, geradezu voraus. Man brauche «unendlich viel Geduld», meinte

er und wurde geschichtsphilosophisch: «Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Ende des Kalten Kriegs dauerte es 45 Jahre. Wir müssen deshalb mit Opfern rechnen, aber es lohnt sich, wenn wir an unsere Kinder denken», sagte er mit einer gespielt wirkenden Leidenschaft. Bald schon sollte sich zeigen, dass er die Geduld nicht aufbrachte, nicht aufbringen wollte.

Charmant und liebenswürdig begrüßte er jeden einzelnen Besucher persönlich. Mit

seinen etwas kurzsichtig blickenden Augen schaute er seine Gäste eindringlich an. Den Damen küsste er so anmutig und galant die Hand, als wäre er in Wien in eine Etikette-Schule gegangen. Männer umarmte er herzlich und drückte jedem einen feuchten Kuss auf die Wange – es gab kein Entkommen.

Der Palästinenserführer war von kleiner Statur, trug, obwohl er jetzt Politiker war, einen olivgrünen Militärkittel und natürlich sein Markenzeichen, die perfekt um sein Haupt geschlungene Kufija, das schwarzweissgewürfelte Kopftuch, das der Form von Palästina nachempfunden war. Es hing kontrolliert an Arafats Körper herunter. Unter der weltweit bekannten Kufija versteckte er eines seiner vielen Geheimnisse: seine Glatze. Sie hätte nicht zu seinem Image als wilder Revolutionär gepasst.

Papst-Bestseller auf dem Schreibtisch

Sein Büro in Gaza bot Sicht aufs Meer. Doch das schien ihn nicht zu interessieren. Eine Fotografie mit der goldenen Kuppel des Jerusalemer Heiligtums hatte er so aufhängen lassen, dass das Bild den Raum dominierte. Die Moschee, vis-à-vis seinem Schreibtisch angebracht, nahm fast die ganze Fläche der Wand ein. Die Fotografie wirkte wie ein theatralisch inszenierter Schrei nach Jerusalem.

Während Arafat seine Gäste willkommen hiess, blieb Zeit, seinen Schreibtisch zu studieren. Er sagte viel über Arafats Charakter und Führungsstil aus. Auf dem Schreibtisch des Terroristenfürsten hatte alles seinen Platz. Die Ordnung, die da herrschte, wies Arafat als Kontrollfreak aus. Das Pult diente ihm als PR-Instrument für seine Gäste aus dem Westen. Als ob er ihnen zeigen wollte, wie ernst es ihm jetzt mit dem Dialog und mit der Koexistenz sei, lag der damalige Bestseller «Crossing the Threshold of Hope» von Papst Johannes Paul II. gut sichtbar auf dem Tisch. Arafat wolle offensichtlich den Anschein erwecken, dass er dem Terror abgeschworen habe, ging es mir durch den Kopf.

Korruptes Regime statt gesunder Staat

Statt die Grundlagen für einen gesunden Staat zu legen, zog Arafat aber ein korruptes Regime auf. Sein zerstörerisches Machtkonglomerat bestand aus dreizehn Sicherheitsdiensten, die sich gegenseitig bekämpfen sollten – einer der zahlreichen Arafat-Tricks, seine Macht als Mr Palestine abzusichern, indem er seine Offiziere gegeneinander ausspielte.

Viele Jahre nach der ersten Begegnung in Gaza traf ich Arafat erneut: in Ramallah in seinem Hauptquartier, oder besser in dem, was davon nach den Attacken der israelischen Armee übriggeblieben war.

Arafat, der geborene Schauspieler, mimte Normalität im Ausnahmezustand. Vor seinem Hauptquartier in Ramallah standen zwar

israelische Panzer. Er war unter Hausarrest, weil er, so war Israels Regierung überzeugt, Mördern Unterschlupf gab. Doch der Palästinenserpräsident liess sich durch den Aufmarsch israelischer Truppen vor seinem Gebäude nicht beirren. Er empfing Besucher: palästinensische Politiker, die sich bei ihm Instruktionen zum Kampf gegen Israel holten, aber auch Gesandte der Uno, der EU und Russlands, die mit ihm über ein Ende der zweiten Intifada sprechen wollten, die er im Herbst 2000 lanciert hatte. Anfang 2002 sprach eine Solidaritätsdelegation israelischer Friedensaktivisten bei ihm vor, der ich mich als Reporter anschliessen konnte. An der Spitze der Abordnung war der unermüdliche Friedensaktivist Uri Avnery. Als Freund Arafats versprach er ihm, sich vor die israelischen

Als wollte er vergessen lassen, welchen verheerenden Einfluss er auf die globale Sicherheit hatte.

Panzer zu werfen, sollte Sharon seine Drohung wahr machen und Arafats Hauptquartier stürmen.

Im Saal, in dem er uns empfing, versperrten Plastikfolien und dicke Vorhänge den Blick nach aussen. Arafat war von der Realität wie abgeschnitten. Erneut erwies er sich als einnehmender Gastgeber: persönliche Begrüssung, Handkuss, Umarmung. Er hatte die Lacher auf seiner Seite, als er über israelische Behauptungen spottete, nach denen er, der Belagerte, Waffenladungen übers Meer nach Palästina habe bringen lassen. Mit dem Schiff, das die israelische Marine abgefangen hatte, habe er nichts zu tun, beteuerte er und sagte: «Wir haben keinen Plan, Israel den Krieg zu er-

klären.» Trotzdem könne er auf Waffen natürlich nicht verzichten. Er brauche sie als «Symbol der Souveränität und zur Demonstration der Staatsmacht».

Danach lud er zu Tisch – gesittet, höflich, gastfreundlich.

Als wollte er vergessen lassen, welchen verheerenden Einfluss er auf das Leben nicht nur von Palästinensern und Israelis, sondern auf die globale Sicherheit hatte. Arafat hat eine Lawine von Flugzeugentführungen in Gang gesetzt. 1972 war er zudem verantwortlich für das Abschlichten israelischer Athleten an den Olympischen Spielen von München, ein Jahr später für einen Anschlag auf die US-Botschaft im Sudan und 1985 für den Überfall auf das Kreuzfahrtschiff «Achille Lauro». Leon Klinghoffer, ein amerikanischer Senior, der seit einem Schlaganfall gelähmt war, wurde von Terroristen, die im Auftrag Arafats handelten, durch einen Kopfschuss getötet. Die Leiche warfen sie samt dem Rollstuhl über Bord ins Meer.

Spezialmenü mit Fisch und Mandeln

Jetzt brachten weisslivrierte Kellner Arafats Gästen Suppe, Fisch, Lamm, Hühnchen und Reis. Er selber erhielt wie üblich ein Spezialmenü, das sein persönlicher Vertrauenskoch zubereitet (und vorgekostet) hatte: Fisch ohne Gräten, zerschnitten in kleine Häppchen. Daneben Mandeln, die er mit seiner rechten Hand aus einer weissen Schale pickte. Plötzlich, wie bestellt, wurde er ans Telefon gerufen. «Ein Anruf aus Italien», sagte er später, als er wieder zurück in den Speisesaal kam, «die wollen meine Stimme hören.» Genüsslich zelebrierte er seine Symbolkraft, so, als wollte er uns mitteilen: «Ein Wahrzeichen wie mich kann man nicht stürzen.» ○



«Ein Wahrzeichen wie mich kann man nicht stürzen»: Arafat, Reporter Heumann, 1996 in Gaza-Stadt.

«Lach über den Tod!»

Die 92-jährige Inge Ginsberg möchte an den Eurovision Song Contest. So verrückt wie sie selbst ist auch ihre Lebensgeschichte: 1942 flüchtete die Wiener Jüdin in die Schweiz, sie war für den US-Geheimdienst tätig, schrieb Songtexte für Dean Martin und jahrelang Artikel für die *Weltwoche*. Von Rico Bandle

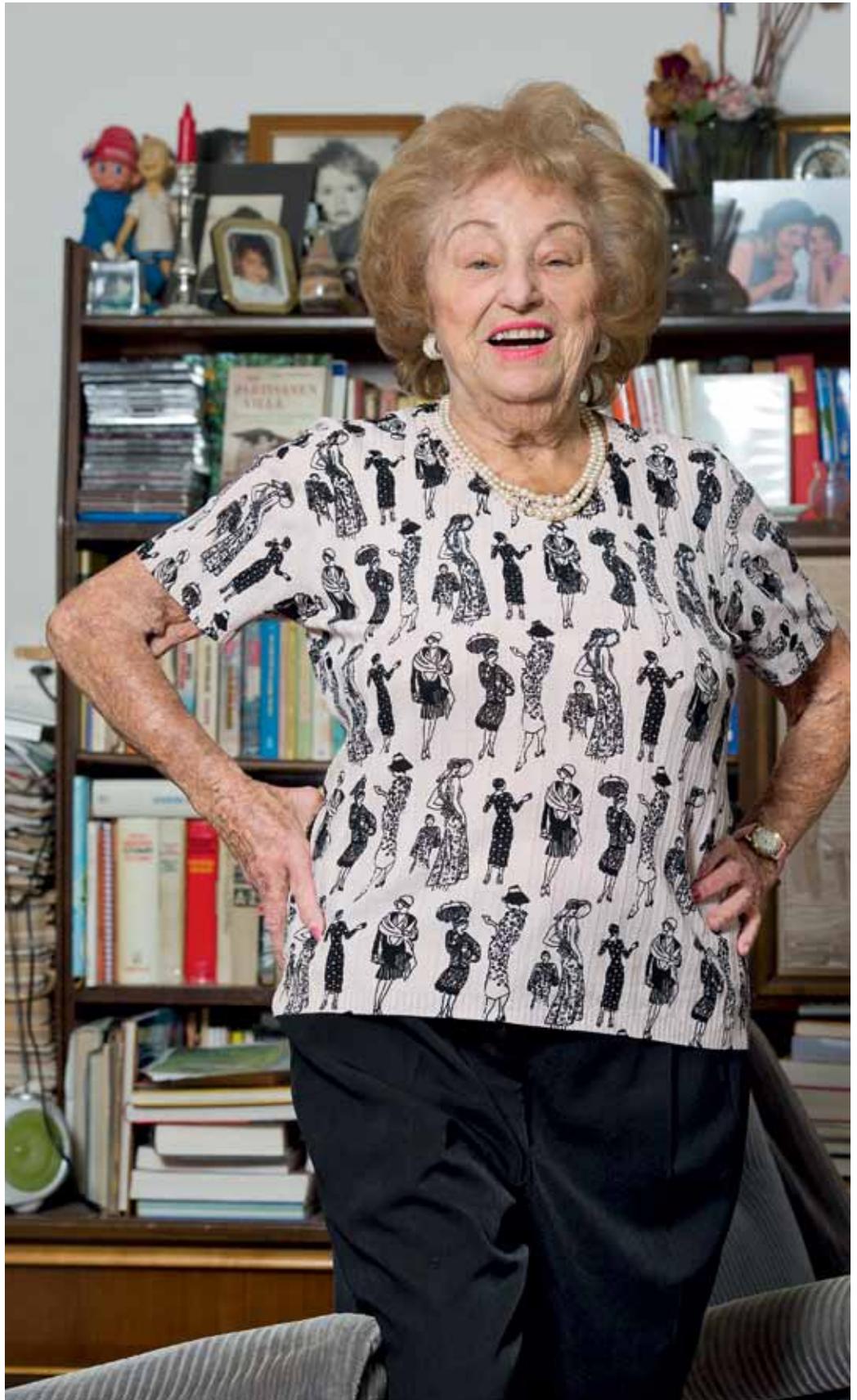
Ist das Scheinwerferlicht auf sie gerichtet, blüht sie auf. Selbstverständlich habe sie noch Sex, «meine Männer sind mindestens vierzig Jahre jünger», sagte die 92-Jährige kürzlich im Lokalsender Tele Züri. Die Boulevardzeitung *Blick* ernannte sie zur «Metal-Oma», schliesslich möchte sie mit ihrem selbstgeschriebenen Heavy-Metal-Song «Totenköpfchen» für die Schweiz an den Eurovision Song Contest. «Leute, die nicht mittanzen, sind schon halbtot», sagt sie, die in jungen Jahren dem Tod nur knapp entronnen ist.

Inge Ginsberg erwähnt bei jeder Gelegenheit, wem sie ihr Überleben zu verdanken hat: «Die Schweiz hat mein Leben gerettet.» Steht das Land wegen seiner Politik im Zweiten Weltkrieg unter Beschuss, so hält sie vehement dagegen. Inge Ginsberg flüchtete 1942 in die Schweiz, seit 1955 ist sie eingebürgert. Noch während des Kriegs war sie in Lugano für den US-Geheimdienst tätig, der die Partisanen in Norditalien unterstützte. Danach arbeitete sie als Journalistin, Songschreiberin und Buchautorin, mit grossem Erfolg. Die exzentrische Seniorin hat Wohnsitze in Zürich, New York, Quito und Tel Aviv, noch immer ist sie auf der ganzen Welt unterwegs. Und jetzt möchte sie die Schweiz am grössten Gesangswettbewerb der Welt vertreten.

Klo mit Staatsanleihen tapeziert

Ingeborg Neufeld kam 1922 in einer wohlhabenden jüdischen Familie in Wien auf die Welt. Inge war ein verwöhntes Mädchen, wurde stets von Hausangestellten bedient; jeder Wunsch wurde ihr umgehend erfüllt. Der Grossvater investierte bei der Geburt ein Vermögen für sein erstes Grosskind: «Es soll niemals arbeiten müssen», verkündete er. Doch bereits zwei Jahre später waren die sicher geglaubten Staatsanleihen wertlos, die Mutter tapezierte die Klos des Hauses mit den Dokumenten. In der bewegten Geschichte der Familie ist dieser Verlust jedoch bloss eine Randnotiz.

«Wir waren vollkommen assimiliert; ohne Hitler wären wir als Juden nicht mehr erkennbar gewesen», schreibt Ginsberg in ihren 2008 im Deutschen Taschenbuch-Verlag erschienenen Memoiren «Die Partisanenvilla». Der Vater, Leiter einer Speditionsfirma, suchte die Nähe zur guten Gesellschaft und hatte einen Hang zu Statussymbolen. Machte ein Verehrer der schönen Inge erfolgreich Avancen, steckte der Vater dem Jüngling heimlich eine ordent-



«Leben als U-Boot»: Songschreiberin und Buchautorin Ginsberg.

liche Summe Geld zu, auf dass er die Hände von seiner Tochter lasse.

Das Leben der Familie änderte sich schlagartig mit dem Anschluss Österreichs an Deutschland im März 1938. Bereits am Tag des Einmarschs trugen die österreichischen Polizisten Hakenkreuzbinden, und die Strassen waren voll mit Nazifahnen in allen Grössen. «Woher waren die nur so schnell gekommen? Hatten so viele Leute sehnsüchtig auf den Einmarsch gewartet?», fragte sich Ginsberg.

Jüdische und nichtjüdische Kinder wurden in den Schulen getrennt, Bankkonten gesperrt, Geschäfte arisiert, das heisst: enteignet. Kino- und Theaterbesuche, sogar das Sitzen auf Parkbänken war Juden fortan verboten. Am 10. November 1938 nach der Kristallnacht wurde Inges Vater plötzlich abgeführt, er war vom langjährigen Chauffeur der Familie verraten worden. «Darauf habe ich zehn Jahre gewartet», habe der zuvor treue und unauffällige Angestellte gesagt. Der Vater kam ins Konzentrationslager Dachau, wurde nach einigen Monaten allerdings wieder freigelassen unter der Bedingung, das Land sofort zu verlassen.

Schweizer Schutzengel

Er konnte eine Karte für das MS «St. Louis» auftreiben, jenes berühmt gewordene Schiff voller jüdischer Flüchtlinge, das 1939 weder in den USA noch in Kuba, noch in einem anderen Land anlegen durfte – niemand wollte die Hilfesuchenden aufnehmen. Die Schifffahrtsgesellschaft gab die Anweisung, unverrichteter Dinge zurück nach Hamburg zu fahren. Die tausend Juden an Bord überlebten nur, weil der Kapitän die Maschinen zerstörte – worauf Grossbritannien die Einreise doch noch zuliess. «Wir sahen meinen Vater 1947 wieder. Bis dahin hatten wir gedacht, er wäre in Holland umgekommen. Meinem Vater wiederum hatte man mitgeteilt, wir wären im September 1942 von Wien nach Auschwitz deportiert worden», schreibt Ginsberg in ihren Memoiren.

Die Situation für die Familie wurde immer prekärer. Viele vermeintliche Freunde boten ihre «guten Dienste» an, nahmen Wertsachen an sich, angeblich, um sie vor der Konfiszierung zu schützen, in Wirklichkeit aber, um sich daran zu bereichern. Niemandem konnten sie noch trauen, in den letzten Monaten lebten Inge, ihre Mutter und ihr Bruder getrennt, jede Nacht in einer anderen Unterkunft; ein «Leben als U-Boot», wie sie es nennt. Einmal wurde sie auf der Strasse erkannt, in Panik rannte sie der Polizei davon, mit einem Sprung auf ein fahrendes Tram kam sie gerade noch mit dem Leben davon.

Im Oktober 1942 machte sich Inge mit ihrem Verlobten – dem Musiker Otto Kollmann –, der Mutter und dem Bruder auf die präzise vorbereitete Flucht. Mit falschen Papieren fuhren sie mit dem Zug nach Bregenz, von dort weiter in den Alpenkurort St. Gallen-

kirch, wo ein Gastwirt Schlepperdienste in die Schweiz anbot. Stundenlang wanderten sie, versteckten sich vor Grenzwachen, rannten den Berg hinunter, bis plötzlich jemand freundlich «Grüezi» sagte. Sie hatten es geschafft. Der Grenzbeamte, «unser Schutzengel», zeigte den Flüchtlingen den Weg nach St. Antönien, ins nächste Dorf, bezahlte ihnen das Postauto nach Chur, erst dort verhaftete er die Familie. Ein gezieltes Vorgehen: Hätte er sie näher an der Grenze verhaftet, wären sie zurückgeschafft worden. «Ich habe den Namen unseres Retters nie erfahren», sagt Ginsberg.

Die Familie kam in ein Auffanglager in Adliswil. «Das Fabrikgebäude am Fuss des Üetliberges kommt mir vor wie das Paradies – nach allem, was wir erlebt hatten», heisst es in Ginsbergs Memoiren. Im unteren Stock hausten 300 Männer, im oberen ebenso viele Frauen inklusive Kindern. Geschlafen wurde auf Strohmatten, es war sehr kalt, das Essen eintönig, der Ausgang strikt geregelt. Ginsberg war das egal: «Was kümmert uns das? Wir leben!» Im Lager entwickelte sich eine betriebsame Gemeinschaft. Ein Akrobatenehepaar stellte jede Woche ein Programm zusammen, es wurde musiziert, gezaubert, gespielt – und natürlich entstanden Liebschaften. «Mit dem Verschwinden der Todesangst explodierte die Lebensfreude», so Ginsberg.

«Mit dem Verschwinden der Todesangst explodierte die Lebensfreude.»

Im Sommer 1943 kamen Ginsberg und ihre Mutter ins Hotel «Tivoli» nach Luzern, das zu einem Arbeitslager umfunktioniert worden war. Da es den Flüchtlingen nur erlaubt war, in Begleitung von Schweizer Verwandten in die Stadt oder an den See zu gehen, suchte Ginsberg, die damals noch Neufeld hiess, im Luzerner Telefonbuch nach diesem Namen. Sie fand eine Luzerner Familie Neufeld, die den gleichnamigen Flüchtlingen Ausgehkleider mitbrachte und mit ihnen am Quai spazieren ging. Sie waren zwar nicht verwandt, doch es entstand eine Freundschaft, die jahrzehntelang hielt.

Ein halbes Jahr später wurde Ginsberg in ein Hotel in Langenbruck BL verlegt, ihr Verlobter Otto war derweil in Lugano stationiert und arbeitete abends als Pianist im «Caffè Federale» an der Piazza della Riforma. Dort wurde er von einem Agenten des OSS (Office of Strategic Services, des US-Geheimdiensts im Zweiten Weltkrieg) angesprochen – und angeheuert. Otto sorgte dafür, dass auch Inge nach Lugano kommen konnte. Und so fand sich Ginsberg plötzlich in einer Tessiner Villa wieder, in der massgeblich Einfluss auf den Kriegsverlauf in Norditalien genommen wurde.



Jeden Tag Sex: Ginsberg, 1960.

Von der Villa Westphal aus wurde der Widerstand in Norditalien unter der Führung des OSS koordiniert, man schmuggelte Waffen über die Grenze, betreute Verwundete, hielt geheime Sitzungen ab. «Zu uns kamen Partisanen, die nur einen Tag blieben, um Geld abzuholen oder Befehle und Pläne. Wenn sie verletzt waren, pflegten wir sie, oder wenn sie etwas Tapferes geleistet hatten, durften sie ein paar Tage bei uns bleiben», erinnert sich Ginsberg. Die Schweiz habe dies geduldet. Den Erlebnissen in der Villa Westphal widmet sie in ihren Memoiren das mit Abstand grösste Kapitel (deshalb auch der Titel: «Die Partisanenvilla»). Ginsberg verbrachte dort nur ein Jahr – in ihrem Leben eine vergleichsweise kurze Zeitspanne, doch eine sehr bedeutende: Jene Phase war entscheidend für das Schicksal Europas.

«Operation Sunrise»

Gegen Ende des Kriegs wurde Ginsberg unbewusst Zeugin einer Geheimoperation, deren Bedeutung sie erst viel später begriff. Eines Abends verliessen einige Männer die Villa, ohne zu sagen, was los sei. Erst um vier Uhr morgens kamen sie ausgelassen zurück, erzählten, sie hätten in Cernobbio am Comersee einen Mann in Zivil befreit, der von anderen Partisanengruppen gefangen gehalten worden war. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei dem befreiten Mann um den SS-General Karl Wolff, der die deutschen Truppen in Norditalien führte. Die Befreiung beauftragt hatte der Chef des Militärischen Nachrichtendienstes im Generalstab der Schweizer Armee, Max Waibel. Das Ziel: die Bemühungen des in Bern ansässigen OSS-Europachefs Allen Dulles um eine vorzeitige Teilkapitulation Deutsch-



«Totenköpfchen»: Inge and the Tritone Kings.

lands in Norditalien zu unterstützen. Erst viel später wurde bekannt: Bei dieser Geheimaktion, die unter dem Namen «Operation Sunrise» in die Geschichtsbücher Einzug gehalten hat, ging es nicht nur darum, das Kriegsende rascher herbeizuführen, sondern vor allem um ein Bündnis zwischen den westlichen Alliierten und Deutschland zur Abwehr der kommunistischen Sowjetunion.

Songs für Nat King Cole

Ginsberg würde die Geschichte von Max Waibel gerne verfilmen, das Skript hat sie bereits geschrieben, sie wartet nur noch auf Geldgeber. «Die Schweiz und Max Waibel haben den USA massgeblich geholfen, den Krieg zu gewinnen. Ohne das Geheimbündnis wäre die Sowjetunion viel weiter in den Westen vorgeückt», ist Ginsberg überzeugt. Nicht alle Historiker werten die Operation dermassen positiv: Die Amerikaner hätten den damaligen Partner, die Sowjetunion, hintergangen, was direkt in den Kalten Krieg geführt habe. Zudem kamen Karl Wolff, der für den Tod von über 100 000 Juden verantwortlich war, und andere Nazikriegsverbrecher durch die Kollaboration straffrei davon.

Doch Ginsberg kämpft dafür, das negative Bild der Schweizer Politik im Zweiten Weltkrieg zu korrigieren. «Die Jungen schämen sich für die Schweiz, weil sie nichts wissen über jene Zeit und nur vom Hörensagen urteilen. Dabei hat die Schweiz viel getan, ich bin dem Land unendlich dankbar.»

1945 heirateten Inge Neufeld und Otto Kollmann. Er komponierte Schlager, sie schrieb dazu die Liedtexte – ein höchst erfolgreiches

Paar. Vico Torriani, Lys Assia und weitere Stars machten Songs wie «Der Cowboy hat immer ein Mädels» oder «Singe, singe, Gitano» zu Hits. 1955 zog das Paar nach Hollywood, mit beachtlichem Erfolg: Dean Martin nahm den Song «Try Again» auf, Nat King Cole «Merci, Merci», und auch Doris Day sang Lieder von den Kollmanns. Trotzdem war die Zeit in den USA ein Frust. Die beiden wurden von einem raffgierigen Manager gnadenlos ausgenommen. «Man verliert jede Würde», sagt Ginsberg.

In den sechziger Jahren lebte sie mit ihrem zweiten Ehemann Hans Kruger, einem Hotelmanager, in Tel Aviv. Im darauffolgenden Jahrzehnt zog sie weiter nach Südamerika, zu einem neuen Mann: 1972 heiratete sie den in Quito, Ecuador, tätigen Fabrikanten Kurt Ginsberg. Damals begann sie für die *Weltwoche* Reiseberichte zu schreiben, über zwanzig Jahre lang blieb sie regelmässige Autorin dieses Blattes. Und immer wieder sorgte sie selbst für Schlagzeilen: weil sie erzählte, dass sie täglich mit

ihren Körperzellen rede, um jung zu bleiben, weil sie sagte, sie werde 120 Jahre alt, oder weil sie verkündete, dass sie jeden Tag Sex habe.

Mit der Schweiz blieb Ginsberg immer eng verbunden. Ihre Wohnung im Zürcher Seefeldquartier hat sie immer behalten, und hier ist seit mehreren Jahren wieder ihr festes Zuhause.

«Die Jungen schämen sich für die Schweiz, dabei hat das Land viel für die Flüchtlinge getan.»

Ihr Lied, das sie am Eurovision Song Contest für die Schweiz zum Besten geben möchte, ist eine heitere Anleitung fürs Überleben: «Sing und iss und trink und lach, dann fährt der Teufel zur Hölle ab», heisst es darin. Oder: «Willst du lange leben, lach über den Tod!» Ginsberg, die nicht nur die Verfolgung durch die Nazis, sondern auch zwei schwere Krankheiten hinter sich hat, weiss, wovon sie spricht. Man kann «Totenköpfchen» aber auch als Protestlied deuten gegen das heute weitverbreitete Suhlen im Opferstatus.

Im Bewerbungsvideo zeigt sich Ginsberg in einem Glitzerkostüm, ihr Gesang ist ein rhythmisches Sprechen, hinter Ginsberg tanzen als Monster geschminkte Jünglinge. Wenn sich Ginsberg qualifiziert, dann in erster Linie wegen ihrer ausserordentlichen Lebensgeschichte. Mit einer Finalteilnahme in Wien würde sich für sie ein Kreis schliessen: «In der Stadt, wo man mich wie Freiwild gejagt hat, möchte ich für die Schweiz siegen. Das wäre eine grosse Genugtuung.»



«Entdecken Sie heute unser neustes Meisterwerk!»

Jakob Schuler

Der neue Spitzenjahrgang



IL GOVERNO NOBILE, SELEZIONE FELLINI 2013: Geschmeidig, fruchtig und aromatisch

Vinifikation: Governo, die Ursprungsmethode des Amarone und des Ripasso

Herkunft: Toscana, Chianti-Gebiet, **Traubensorte:** Sangiovese, Merlot, Colorino **Ausbau:** 3 Monate in Barriques, **Farbe:** Sehr dichtes Kirsch, violette Reflexe, **Bukett:** Intensiv, warm, Konfitüre, schwarze Beeren, Dörripflaume, reife Kirschen, süssliche Gewürze, Pfeffer, mediterrane Kräuter, **Geschmack:** Weicher Anrunk, dicht, schöne ausgewogene Struktur, gut eingebundene Gerbstoffe, aromatisch, reife Kirschen, Dörripflaume, Gewürze, langer Abgang, **Alkohol:** 13.5 Vol.%, **Idealalter:** 2014 – 2018, **Genuss zu:** Wildgerichte, Lamm, rotes Fleisch, Grilladen.

Degustations-
Rabatt
-43%

Nur gültig solange Vorrat oder bis 15. Dezember 2014

6 Flaschen IL GOVERNO NOBILE + 2 luxuriöse Weingläser für nur CHF **79.-** statt CHF 139.20



Gleich bestellen! Gratis SMS an 880

Senden Sie eine kostenlose SMS mit Kennwort **GENUSS 1** (für 1 Paket) oder **GENUSS 2** (für 2 Pakete) + Name, Adresse an die Zielnummer 880.

Beispiel: GENUSS 2, Hans Muster, Musterstrasse 9, 9999 Musterstadt.



www.schuler.ch



Tel.: 041 819 33 33

Geniessen ohne Risiko:

Sollte Ihnen wider Erwarten dieser Wein nicht munden, erhalten Sie **den vollen Kaufpreis zurückerstattet!**

Ja, bitte senden Sie mir _____ **Meisterwerk-Pakete** mit 6 Flaschen IL GOVERNO NOBILE 2013 und 2 exklusive Kristall-Weingläser zum Netto-Preis von nur **CHF 79.-** statt CHF 139.20. Wir schenken Ihnen die Versandkosten im Wert von CHF 9.50 bei einer Bestellung von 2 Meisterwerk-Paketen.

Streng limitierte Menge: Max. 2 Meisterwerk-Pakete pro Haushalt

Coupon in Kuvert einsenden an: SCHULER St. JakobsKellerei, Franzosenstrasse 14, 6423 Seewen-Schwyz.

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Tel.-Nr. (für Rückfragen) _____

E-Mail (für Rückfragen) _____

Geburtsdatum (wir liefern ausschliesslich an Erwachsene) _____

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich mit unseren Geschäftsbedingungen einverstanden. Diese finden Sie auf www.schuler.ch/agb. Die Besteller sind mit der Erfassung Ihrer Daten einverstanden, um auch in Zukunft Informationen der SCHULER St. JakobsKellerei zu erhalten. Wir liefern ausschliesslich an erwachsene Personen.

Über 300 Jahre Weinkultur

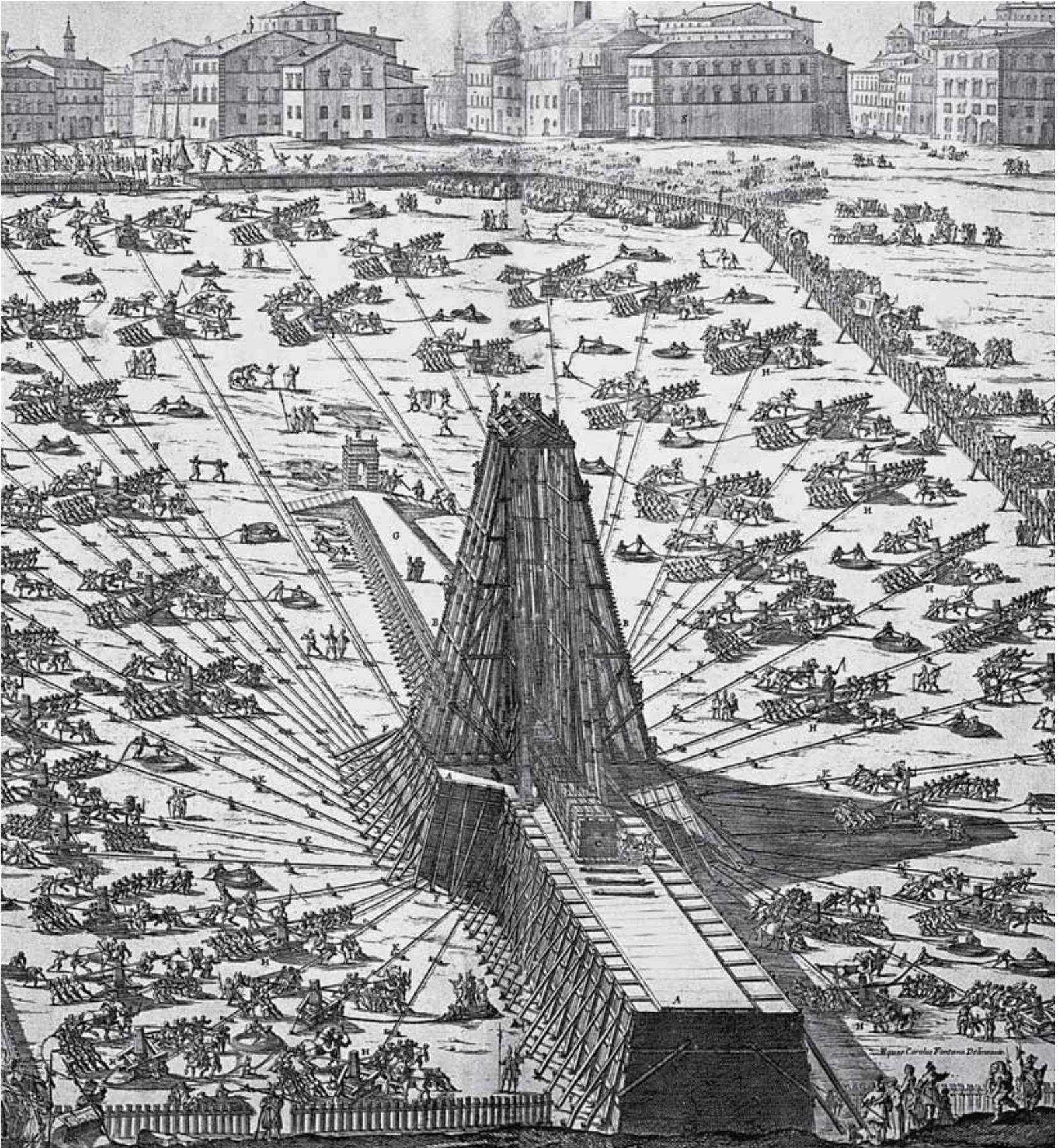
SCHULER 
ST. JAKOBSKELLEREI 1694

n1411b001.66



Der Architekt des Papstes

Wie der Tessiner Domenico Fontana (1543–1607) einen 300 Tonnen schweren Obelisk auf dem Petersplatz in Rom aufrichtete und zum berühmtesten Baumeister seiner Zeit avancierte. *Von Peter Keller*



Geniestreich: Vatikanischer Obelisk.

Wer die Schweiz im Kleinformat besichtigen will, reist am besten nach Melide. Der Ort am Luganersee beherbergt die Swissminiatur, einen Freiluftpark voller berühmter Sehenswürdigkeiten vom Matterhorn-Modell bis zum Mini-Bundeshaus. Ebenfalls aus Melide stammte Domenico Fontana (1543–1607), ein Baumeister, der freilich nach Grösse strebte. Als Architekt wirkte er an den wichtigsten Baustellen Roms. Heute besucht kaum ein Tourist die Stadt am Tiber, ohne mit Fotos mit Spuren Fontanas darauf nach Hause zu gehen.

Wie viele begabte Handwerker seiner Zeit zog der junge Domenico los, um an der italienischen Renaissance mit zu bauen. Ihm fiel der Entscheid, von seiner Heimat aufzubrechen, insofern leichter, da bereits sein Bruder Giovanni im Vatikan tätig war. Auch Domenico begann als Stuckateur oder, etwas weniger feierlich ausgedrückt, als Gipser zu arbeiten. Wobei die Architektur, besonders die des später aufkommenden Barocks, diesem Berufsstand höchste Leistungen abforderte. Unter Gregor XIII. trat Fontana in den päpstlichen Dienst ein. Eine Ehre, aber noch nicht der Durchbruch für den ambitionierten Tessiner.

Entscheidend für seine spätere Laufbahn war 1574 die Begegnung mit Felice Peretti. Dieser hatte eine ungewöhnliche Karriere hinter sich. Geboren wurde er als Kind armer Landpächter – in der mittelalterlichen Gesellschaft eigentlich eine soziale Sackgasse. Einzig die Kirche bot, wenn auch selten, Aufstiegschancen bis in ihre höchsten Ämter. Ein Onkel im benachbarten Franziskanerkloster holte den begabten Knaben früh in seinen Orden und ermöglichte ihm Unterricht und Studien. Peretti entwickelte sich zu einem gewieften Theologen und offenbarte bald ein aussergewöhnliches Predigertalent, wie Horst Fuhrmann in «Die Päpste» schreibt. Das rhetorische Geschick fiel auch dem römischen Grossinquisitor Michele Ghislieri auf, der 1566 als Pius V. den Stuhl Petri bestieg und den hoffnungsvollen Kleriker nach Kräften förderte und zum Kardinal ernannte.

Zwei wesensverwandte Aufsteiger

Mit Peretti und Fontana fanden sich nicht nur Bauherr und Baumeister, sondern auch zwei wesensverwandte Aufsteiger. Beide Macher, beide nicht begünstigt durch ihre Herkunft. So richtig durchstarten konnte das Duo, als Kardinal Peretti 1585 überraschend als Kompromisskandidat verkrachter Adelsparteien zum Papst gewählt wurde. Historiker Fuhrmann bezeichnet Sixtus V. als «Kraftgenie», dessen «kurzen Pontifikat von nur fünf Jahren man ungläubig mit seinen Taten vergleicht».

Tatsächlich legte er gleich los – auf allen Ebenen. Der in Armut aufgewachsene Franziskanermönch sanierte umgehend die Finanzen des Kirchenstaates, baute die Wasserversorgung aus, setzte eine Moraloffensive durch und ging rigoros gegen das grassierende Banditentum in



Sixtus' Liebling: Ingenieur Fontana.

der Stadt vor. Noch am Krönungstag liess er vier Männer, die unerlaubt Waffen getragen hatten, an der Engelsbrücke aufknüpfen. «Solange ich lebe, muss jeder Verbrecher sterben», lautete seine nicht gerade barmherzig anmutende Devise. Mit Kopfprämien, die von den Angehörigen aufzubringen waren, machte er Jagd auf Kriminelle. Innerhalb weniger Monate wurde Rom wieder sicher. Sixtus war sichtlich stolz auf diesen Erfolg. Sein Grabmal in der Kirche Santa Maria Maggiore stellt in grossen Reliefs dar, «wie Männer abgeschnittene Köpfe von Banditen einhertragen gleich triumphierenden Jägern» (Fuhrmann). Architekt dieser Seitenkapelle mit Sixtus-Monument: Domenico Fontana.

Im Windschatten des Turbo-Papstes erreicht auch Fontana den Gipfel seiner Schaffenskraft. Es sind nicht architektonische Würfe, die seinen Ruf begründen. Vor und nach ihm wirkten grössere Baumeister, wie Raffael oder Michelangelo, der die gigantische Kuppel des Petersdoms entwarf, aber nie in Angriff nehmen konnte. Während zwanzig Jahren klaffte ein riesiges Loch über dem Zentralbau. Mit Sixtus und Fontana kamen die Vollender zum Zug. Der päpstliche Architekt trieb den Ausbau voran, hunderte Arbeiter waren Tag und Nacht daran, die Kuppel nach Michelangelos Plänen und Fontanas Anleitungen zu vollenden.

Parallel dazu schuf der Tessiner die heutigen päpstlichen Wohngebäude rechter Hand der Basilika, die Bibliothek, den Lateranpalast, aber auch profane Bauten, die Sixtus in Auftrag gab. Fontanas Sternstunden sind in Stein gemeisselt. Seinen eigentlichen Ruhm begründete jedoch eine spektakuläre Ingenieursleistung. Mit dem Entscheid, eine neue Kirche auf dem St. Peter zu bauen, geriet ein Obelisk ins Visier, der den monumentalen Plänen schlicht im Wege stand. Verschrotten wollten die kunstsinnigen Renaissance-Menschen den Steinpfahl aus Ägypten nicht. Pläne, den Obelisk zu verschieben, bestanden schon länger, aber sie blieben Wünsche. Zu schwierig, zu risikoreich gestaltete sich der Transport, so dass sich niemand

wirklich an diese Arbeit wagte – weder als Auftraggeber noch als Architekt.

Mit Papst Sixtus V. trat nun Ende des 16. Jahrhunderts ein Mann auf die Bühne, der das Gegenteil eines Zauderers war. Erst ein paar Monate im Amt, stellte er im August 1585 eine Kommission zusammen. Sie sollte einen Wettbewerb organisieren und das überzeugendste Projekt küren. Aus ganz Italien nahmen Hunderte von Architekten und Ingenieuren teil, unter ihnen auch die Brüder Fontana. Den Sieg trug allerdings ein anderer davon: Bartolomeo Ammannati. Der auch als Bildhauer tätige Florentiner hatte eben das Collegio Romano fertig gebaut und war schon länger bekannt dafür, verschiedene Monumente und grosse Statuen verlegt zu haben. Die Sache schien bereits gelaufen, da stellte sich Ammannati selber ein Bein. Als ihn Sixtus zur Präsentation vorlud, erschien er ohne Zeichnung oder Modell und erbat sich eine Frist von einem Jahr, um vertiefter über das Projekt der Obelisk-Verschiebung brüten zu können. Unter Gespött liess ihn der Pontifex aus den Gemächern werfen.

Absolute Stille

Nun durfte Sixtus' Liebling ran. Der Mann aus Melide hüllte den Obelisk in ein riesiges Gerüst aus Eisen, Holz und Seilwinden. In seinem Buch «Della trasportazione...» beschreibt Fontana, mit welcher Präzision er, der Ingenieur unter den Architekten, vorgegangen ist. Am 10. September 1586 soll das 300 Tonnen schwere Objekt an seinem neuen Standort wieder aufgerichtet werden. Auf Holztribünen verfolgt alles, was Rang und Namen hat in Rom, das Schauspiel – ohne allerdings irgendeinen Laut von sich zu geben. Bei Todesstrafe (und die Römer wissen inzwischen, dass ihr oberster Hirte es ernst meint) hat Sixtus den Anwesenden absolute Stille verordnet. Nichts soll die Anweisungen des Architekten Domenico Fontana stören. Der Geniestreich gelingt. 150 Pferde und 900 Männer sind daran beteiligt. Noch heute ziert eine selbstbewusste Inschrift den Sockel des Obelisk: «Dominicus Fontana ex pago Mili [...]» – «Domenico Fontana aus dem Bezirk Melide im Gebiet von Neu-Como hat [diesen Obelisk] hierhin gebracht und aufgerichtet.»

Mit dem neuen Papst Urban VII. werden Vorwürfe laut, Fontana habe Gelder veruntreut. Er zieht weiter nach Neapel, wo er unter anderem den königlichen Palast baut. Die Werkstatt in Rom übergibt er seinem Neffen Carlo Maderno. Dieser wird dem zentralen Kuppelbau ein Langhaus und die barocke Aussenfassade hinzufügen. Dank der beiden energischen Tessiner mit Fontana-Blut kann die prachtvolle Peterskirche 1626, nach 120 Jahren Bauzeit, eingeweiht werden.

Nächste Folge: Wie Roger Federer 2004 am Australian Open den Russen Marat Safin bezwang und zum besten Tennisspieler aller Zeiten wurde.

«Ich bin religiöser geworden»

Fast ein Jahr lang verbrachte der ehemalige UBS-Topkader Raoul Weil in Italien in Haft und in den USA unter Arrest. Anfang November wurde er spektakulär freigesprochen. Hier erzählt er, wie er die Tortur erlebte, warum er den Prozess gewann und was sein Fall bedeutet. *Von Roger Köppel und Florian Schwab*

Herr Weil, um gleich mit dem Offensichtlichen einzusteigen: Was war Ihr erster Gedanke, als der Richter in Fort Lauderdale den Freispruch verkündete?

Es gibt doch noch eine Gerechtigkeit! In diesem Stosseufzer hat sich die Spannung eines sechsjährigen Kampfes gelöst. Insbesondere das letzte Jahr war sehr nervenaufreibend.

Was hat Sie am meisten belastet?

Die amerikanische Justiz kämpfte mit harten Bandagen. Nach der Auslieferung bekam ich Dokumente im Umfang von vier-einhalb Millionen Seiten. Selbst unter Zuhilfenahme spezialisierter Screening-Firmen kann man das nicht in weniger als zehn Monaten bewältigen. Das bedeutete für mich faktisch zehn Monate Hausarrest. Zusammen mit der Auslieferungshaft ergab dies ein ganzes Jahr. Man wollte mich zermürben.

Vor Ihrer Auslieferung waren Sie zwei Monate lang in einem italienischen Gefängnis für Schwereverbrecher in Bologna. Wie haben Sie das überstanden?

Dieses Gefängnis war ursprünglich für die Roten Brigaden gebaut worden und daher auf Einzelhaft ausgelegt. Das war einmal. Heute werden jeweils drei Leute in eine Zelle gepfercht.

Mit wem mussten Sie die Zelle teilen?

Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen, es ist noch etwas frisch. Sagen wir es so: Es hat mich nicht umgebracht. Wer in diesem Gefängnis keine Sozialkompetenz mitbringt, der hat ein ernstes Problem. Man muss sich mit den Häftlingen auseinandersetzen können. Es hat mir sicher geholfen, dass ich in der Schweiz Militär gemacht habe und somit wusste, wie es ist, sich einem sehr regelten Tagesablauf zu unterwerfen: Aufstehen, Freigang im Hof, Essen. Für jemanden, der noch nie so etwas erlebt hat und dann in eine solche Mühle kommt, wäre es ein grösserer Schock.

Lebt man in einem solchen Gefängnis unter ständiger Todesangst?

So schlimm ist es nicht. Aber wer sich falsch verhält, dem wird das Leben zur Hölle gemacht. Ich habe keinen Schaden davongetragen. Gelitten habe ich vor allem unter der Kälte im Oktober und November.

Als ehemalige Spitzenführungskraft einer Bank müssen Sie in diesem Gefängnis der totale Exot gewesen sein.

Das ist so. Ich war auch der einzige Schweizer. **Sprechen Sie Italienisch?**

Nein, nur radebrechend. Man schlägt sich mit Händen und Füßen durch. Aber die meisten Insassen sind ja auch Ausländer und können nicht recht Italienisch.

Sind Sie bedroht worden?

Ja, aber darüber will ich nicht sprechen. Es war eine sehr spezielle Erfahrung.

Kam Verzweiflung auf?

Nein.

Stimmt es, dass Sie in Handschellen von Italien in die USA geflogen wurden?

Tatsächlich haben mich zwei US-Marshalls in Handschellen durch den Flughafen Malpensa geführt. Ich musste mich in die hinterste Reihe des Flugzeugs setzen. Selbst der Gang auf die Toilette wurde zum hochkomplexen Vorgang, da sie mir die Handschellen nicht abnehmen wollten. Auf der anderen Seite wollten die Marshalls die anderen Passagiere nicht dadurch schockieren, dass ein Gefesselter durch den Korridor geführt wurde. Die anderen Passagiere wussten ja nicht, weswegen ich angeklagt war.

«Wer in diesem Gefängnis keine Sozialkompetenz mitbringt, der hat ein ernstes Problem.»

War das der finsterste Moment?

Nein, der Stress nahm gegen Ende zu, als das Verfahren vor Gericht kam.

Was dachten Sie?

Mir wurde klar, dass es nur mit einem Freispruch oder einer langen Gefängnisstrafe enden konnte. Aufgrund der hohen Summen – es ging um 200 Millionen US-Dollar an hinterzogenen Steuern – ist man automatisch am Maximum des Strafmasses. Man müsste da schon eine Mutter Teresa sein, um bei einer Verurteilung unter fünf Jahre Haft zu kommen. Das war ein ungeheurer Druck.

Warum blieben Sie zuversichtlich?

Weil ich schon damals sicher war, dass ich gewinnen würde, wenn alles mit rechten Dingen zugeht. Ich war von meiner Unschuld überzeugt. Ich musste die unternehmerische Verantwortung tragen und deshalb auch meinen Posten räumen, aber ich habe nichts Widerrechtliches getan. Das ist und war immer meine feste Überzeugung.

Haben Sie immer mit einem fairen Verfahren oder eher mit einem Schauprozess gerech-

net? Sie waren ja so etwas wie die Edeltrophäe der amerikanischen Justiz.

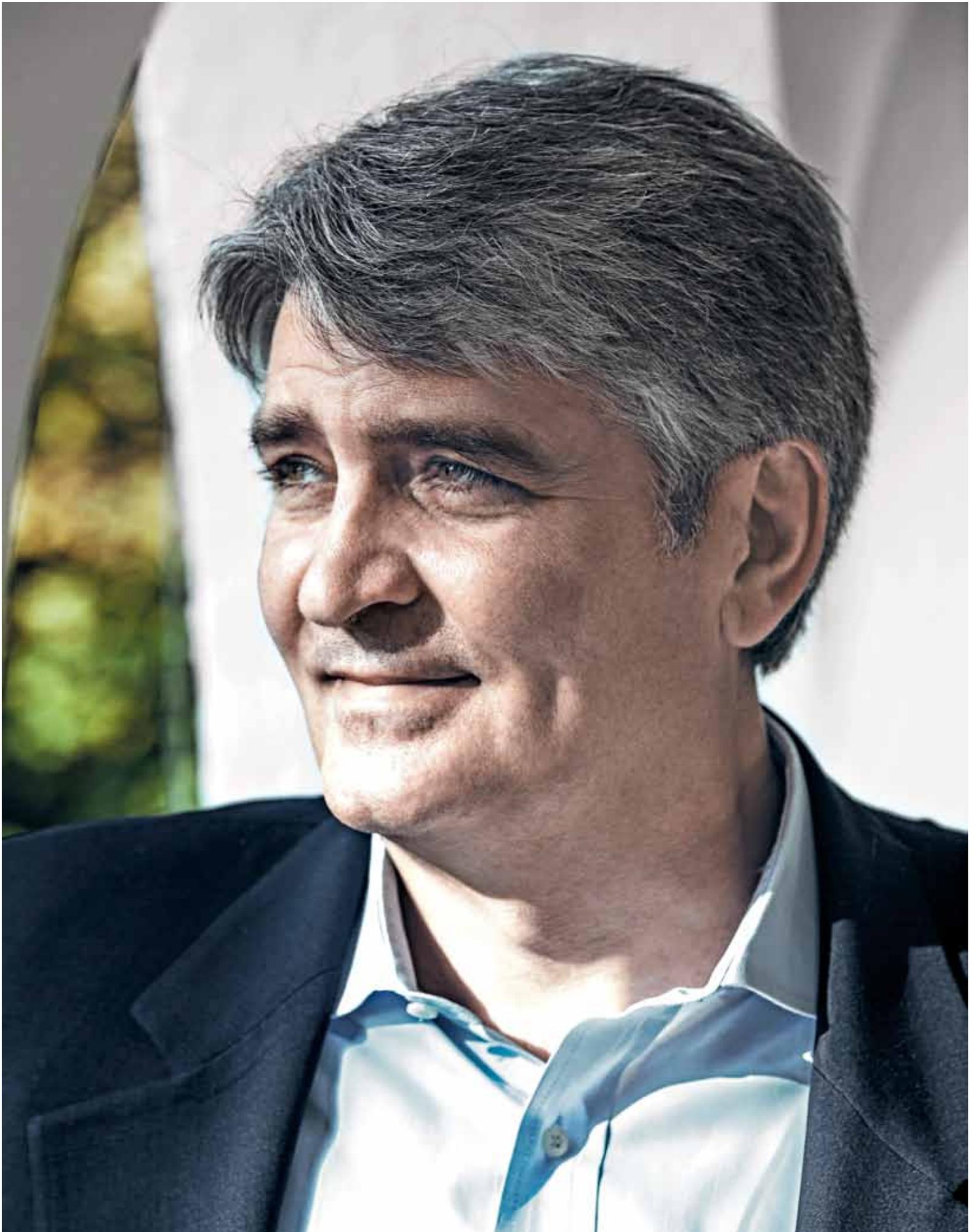
Ich hatte nie den Eindruck eines Schauprozesses. Das war übrigens von Anfang an so. So ein Verfahren beginnt ja nicht erst in dem Moment, da die Geschworenen den Saal betreten. Schon vorher hat der Richter immer nachvollziehbare Entscheidungen getroffen, wenn auch nicht alle in meinem Sinn waren. Bereits in den unmittelbaren Vorbereitungen zum Prozess zeichnete sich ab, dass die USA ein Rechtsstaat sind. Ich spreche hier vor allem davon, wie der Richter den ganzen Fall strukturierte, welche Berichte unter den 4,5 Millionen Seiten Material zum Gegenstand des Verfahrens zugelassen wurden, von der Abzirkelung der Kampfzone quasi.

Wenn Sie noch einmal die wichtigen Phasen des Prozesses überblicken: Was gab den Ausschlag?

Ein solcher Prozess hat mehrere Phasen. Bevor es losgeht, wird der Ablauf festgelegt. In sogenannten Motionen wird entschieden: Welche Problemfelder werden adressiert? Welcher Zeitraum wird erfasst? Man hat also, wenn die Geschworenen zusammentreten, nicht mehr die grosse Weite. Dann kamen die Vorentscheide zur generellen Rechtslage [siehe Kasten]. Wir haben schliesslich den Bericht der Eidgenössischen Bankenkommision (EBK), heute Finma, eingebracht. Dieses Gutachten war für mich bereits entlastend.

Speziell an amerikanischen Strafprozessen sind die Geschworenen. Wie wurden sie ausgewählt?

In einer ersten Phase werden rund achtzig mögliche Juroren zufällig ausgewählt. In mehreren Schritten schraubt man deren Zahl auf sechzehn herunter, zwölf permanente und vier Ersatzleute. Die erste Ausscheidung betrifft das Finanzielle: Alle Juroren, die sich eine Teilnahme an einem so langen Verfahren nicht leisten können, treten ab. Teilweise bezahlen ihre Arbeitgeber die Geschworenen nur für drei Tage, das Verfahren kann aber Wochen oder Monate dauern. Für eine alleinerziehende erwerbstätige Mutter ist das unzumutbar. Nach dieser Auslese ist man bei etwa fünfzig Personen. Dann dürfen die Parteien Einfluss nehmen. Ohne Angabe von Gründen kann die Verteidigung zehn, die Anklage sechs Geschworene entfernen. Wichtig ist, dass jede Seite die Geschworenen behält, die dem eigenen Fall dienen. Zu diesem Zweck haben wir wie in der Marketing-



«Eine Grenzerfahrung»: Raoul Weil, am 7. November in der Nähe von Zürich, fotografiert von Nathan Beck.

forschung Scheinverhandlungen durchgeführt mit Fokusgruppen. Wir haben einzelne Aspekte des Falls durchgespielt, um herauszufinden: Welche Juroren folgen unserer Argumentation, welche nicht? Dabei ergab sich, dass Leute mit guter Schuldbildung empfänglicher waren für sachliche Argumente. Wir versuchten also, die gutausgebildeten Geschworenen im Prozess zu halten. Die Anklage hat, durchaus hell-sichtig, genau das Gegenteil gemacht: Sie wusste, dass sie bei den empörungsbereiten, einfacheren Leuten mit ihrer emotionalen Prozessführung besser ankam.

Dann folgte die Prozessöffnung. Wie ist das genau vor sich gegangen?

Zuerst trug die Staatsanwaltschaft ihren *case* vor und liess die Zeugen antreten. Darauf stellten wir den Antrag, den Fall wegen rechtlicher Inkonsistenz abzuweisen. Die Regierung warf der Bank vor, also mir, eine «Verschwörung» (*conspiracy*) gegen die USA begangen zu haben. Die UBS und die Kunden hätten gemeinsame Sache gemacht, um den US-Fiskus zu schädigen. Wir argumentierten, dass dieser Vorwurf der *conspiracy* gar nicht zutrefte. Das klingt juristisch spitzfindig, ist aber wichtig. Für die amerikanische Definition der *conspiracy* muss eine einheitliche Zielsetzung unter den Verschwörern gegeben sein. Wir hielten dagegen, dass die Bank das Ziel der Profitmaximierung verfolge, während der Kunde Steuern hinterziehen möchte. Das seien unterschiedliche Zielsetzungen, also keine Verschwörung. Das Brisante: Der Richter vertagte ganz zu Beginn den Entscheid über diese Frage, ob die Anklage überhaupt zulässig sei, und zwar bis nach dem Urteilspruch der Jury. Mit anderen Worten: Wäre ich von den Geschworenen verurteilt worden, hätte der Richter den Schuldspruch noch aufheben können, indem er die Anklage als inkonsistent zurückgewiesen hätte. Zum Glück kam es darauf nicht mehr an.

War der Richter voreingenommen für oder gegen Sie?

Der Richter versuchte meines Erachtens, neutral zu bleiben. Er hat einmal für uns und einmal gegen uns entschieden. Insgesamt sind seine Entscheidungen für mich nachvollziehbar, obschon sie auch gegen mich ausfielen. Wir durften zum Beispiel keine Zeugeninterviews aus der Schweiz machen. Ich fand das falsch, aber der Richter begründete es damit, dass ein zentraler Aspekt des Geschworenengerichts das Kreuzverhör sei. Er hatte recht.

Weil erst im Kreuzverhör die Glaubwürdigkeit des Zeugen erkennbar wird.

Ja. Wer das Kreuzverhör einschränkt, indem er Zeugen von der Schweiz aus dazuschaltet, hat einen Vorteil. Diesen zentralen Aspekt des US-Rechtssystems kann man

Raoul Weil

Mit einem Uni-Basel-Lizenziat in Volkswirtschaftslehre trat Raoul Weil mit 25 Jahren in die UBS ein. Nachdem er anfänglich für Informatikaufgaben zuständig gewesen war, wechselte er nach zwei Jahren ins Private Banking. Zwischen 1994 und 1996 leitete er das US-Geschäft von New York aus. Ab 2002 stand er dem globalen Wealth Management der Bank vor. Aufgrund von Informationen des Whistleblowers Bradley Birkenfeld begann das US-Department of Justice im Jahr 2008 eine grosse Untersuchung zu den Steuerpraktiken von vermögenden US-Kunden der UBS im Offshore-Geschäft. Ins Fadenkreuz gerieten auch die Bank und ihr Management. Am 12. November 2008 wurde Weil in Florida wegen Verschwörung zum Steuerbetrug angeklagt, worauf er von seinen Ämtern bei der UBS zurücktrat. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls nahm die italienische Polizei Weil am 19. Oktober 2013 in Bologna fest und lieferte ihn im Dezember an die USA aus. Nach Bezahlung einer Kaution wurde seine Untersuchungshaft in Hausarrest umgewandelt. Anfang November, wenige Tage vor seinem 55. Geburtstag, sprach ein Geschworenengericht in Fort Lauderdale, Florida, Raoul Weil von sämtlichen Vorwürfen frei.

nicht abschwächen. Das Kreuzverhör ist übrigens eine hehre Kunst. Gegenüber einem guten Kreuzverhör-Anwalt kann man praktisch nicht lügen. Er setzt alle zwei Stunden eine Schlinge, lässt die liegen und fährt fort. Dann, abends um zehn vor fünf, zieht er die Schlingen zu. Und plötzlich steht der Zeuge mit abgesägten Hosen da. Ein Kreuzverhör-Anwalt ist wie ein Chirurg. Er hat eine Landkarte des ganzen Falles und etliche Anwälte, die ihm während der Verhandlung zuarbeiten. Sagt der Zeuge etwas, was im Widerspruch zu einer früherer Aussage steht, reicht ihm der Assistent ein gelbes Zettelchen: «Seite 1211, Zeile 15–20, widersprüchlich». Nach einer halben Stunde sagt der Verhör-Anwalt: «Gehen Sie auf Seite 1211, Zeile 15. Vor zwei Tagen haben Sie dies gesagt, jetzt haben Sie das gesagt.»

Warum haben Sie sich dem Kreuzverhör nicht gestellt?

Man kann, man muss aber nicht. Das ist das fünfte Amendment der amerikanischen Verfassung. Die Juroren dürfen einem daraus keinen Vorwurf machen.

Wurden Sie für Ihren Auftritt vor Gericht geschult? Nahmen Sie Schauspielunterricht? Gab es Coachings?

Nein. Meine Anwälte haben mir lediglich gesagt, dass ich cool bleiben solle, selbst wenn frühere Arbeitskollegen grobe Unwahrhei-

ten über mich erzählten. Bei den Zeugen der Anklage indes hatte man den Eindruck, dass die ganz gezielt ausgebildet worden waren. Es roch förmlich nach Schauspielunterricht.

Wie kommen Sie darauf?

Man merkte es an den immer gleichen monotonen Sätzen. «As I am sitting here today» – das hat der eine immer wieder gesagt. 150 Mal. Doch man muss wissen: Die Juroren haben eine natürliche Skepsis gegenüber – in Anführungszeichen – gekauften Zeugen, also gegenüber Zeugen, die mit den US-Behörden einen Deal abgeschlossen haben. Zweitens werden die Geschworenen skeptisch, wenn der Zeuge immer dann ein gutes Gedächtnis hat, wenn es ihm nützt, und ein schlechtes, wenn es ihm schaden könnte.

Was haben Sie empfunden, als Ihre beiden Ex-Kollegen und Ex-Untergebenen Hansruedi Schumacher und Martin Liechti plötzlich gegen Sie, den einstigen Chef, aussagten?

Es ist sehr schwierig, sich Lügen über die eigene Person anzuhören, ohne darauf reagieren zu können. Ich musste auf die Zähne beißen. Das Gericht hätte es gar nicht geschätzt, wenn ich emotional geworden wäre.

Hauptbelastungszeuge Martin Liechti war von der US-Justiz selber weichgekocht worden. Er musste eine Nacht mit Schwerverbrechern in einer Zelle verbringen.

Nur eine Nacht, dann residierte er im «Four Seasons Hotel». Der einzige Zeuge, der keine Abmachung mit der Regierung hatte, war die UBS-Revisorin, welche die Echtheit der vorliegenden UBS-Dokumente bestätigte. Alle anderen haben für ihre Aussage einen Deal bekommen. Teilweise war dieser umso besser, je mehr sie mich belasteten – ob wahr oder unwahr. Es ist aus darum in den USA Standard, dass der Richter die Jury instruiert, die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen mit Vorsicht zu geniessen, wenn sie einen Deal oder anderweitige eigene Interessen haben.

Was waren am Ende die ausschlaggebenden Argumente? Warum hat der amerikanische Staat den Prozess so deutlich verloren?

Grundsätzlich und wesentlich: Der Anklage hat die rechtliche Grundlage gefehlt. Das QI-Abkommen war in der fraglichen Zeit gültig und nicht das spätere Facta-Abkommen. Die Staatsanwaltschaft versuchte mein Verhalten rückwirkend und pauschal zu kriminalisieren, indem sie die Anklage faktisch auf das Facta- und nicht auf das damals gültige QI-Abkommen bezog. Es ist also nicht so, wie in einigen Medien geschrieben wurde, dass ich allein aufgrund meiner, wie es hiess, brillanten Anwälte oder wegen mangelhafter Beweise freigesprochen wurde. Das Problem der Anklage bestand darin, dass sie sich mit ihren Vorwürfen ausserhalb des damaligen amerikanischen Rechts bewegte.

Ihr Anwalt spricht von einer von Anfang an konstruierten Anklage.



Täter macht sich zum Opfer: Weil-Anschwärzer Bradley Birkenfeld.



Deal mit der Anklage: Zeuge Martin Liechti.

Stillschweigend haben das ja auch die US-Staatsanwälte selber eingestanden, indem sie auf die ursprünglich geplante Einvernahme eines Experten der amerikanischen Steuerbehörde IRS verzichtet haben. Dieser hätte den Geschworenen das QI-Abkommen und damit die gültige Rechtslage erläutern sollen. In einem Steuerfall wäre es logisch gewesen, den Geschworenen die Lage durch einen staatlichen Experten erklären zu lassen. Die Regierung verzichtete darauf, weil sie wusste, dass der Steuerexperte den Geschworenen erklärt hätte, dass das, was ich als Bankmanager angeordnet hatte, dem damaligen US-Steuerstrafrecht eben nicht widersprach, sondern entsprach. **Selbst in der Schweiz zeichnete sich bei vielen der Eindruck ab, dass die UBS, deren Nummer drei Sie damals waren, in den USA systematisch das Steuerrecht verletzte.**

Dieser Eindruck ist falsch. Man muss die damalige Rechtslage sehen [siehe Kasten]. Es gab das sogenannte Qualified Intermediary (QI) Agreement. Das haben die Amerikaner mit mehreren hundert ausländischen Banken abgeschlossen. Dieser Vertrag hatte damals Gültigkeit. Er regelte alle steuerrechtlichen Pflichten und Rechte der Banken. Erst viel später trat ein neuer Vertrag, das Fatca-Abkommen, in Kraft. Die Anklage machte nun einen folgenschweren Fehler: Sie tat vor den Geschworenen so, als ob das viel weiter gehende Fatca-Abkommen schon damals gültig gewesen wäre, als ich die Geschäfte führte. Das war aber nicht der Fall.

Es heisst, die UBS habe unter Ihrer Führung gezielt amerikanische Steuerhinter-

zieher angeworben, ihnen geholfen und damit gegen US-Recht verstossen.

Das ist falsch. Wir haben uns damals als Bank strikt an die Vorgaben des US-Rechts und des QI gehalten. Einige wenige Kundenberater haben dies nicht getan, darunter auch heutige Zeugen gegen mich. Der springende Punkt ist: Gemäss QI-Vertrag war es für eine Schweizer Bank legal, undeklarierte Konti zu führen. Die Annahme oder das Halten unversteuerter Kundengelder per se war nicht verboten. Verboten war die wissentliche Annahme unversteuerter Gelder. Verboten war auch – wie in der Schweiz – die Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Jetzt aber kamen die US-Staatsanwälte und behaupteten, die blosse Annahme oder das blosse Vorhandensein unversteuerter Gelder auf UBS-Konten sei illegal und Betrug gegenüber den US-Steuerbehörden gewesen. Meine Anwälte entgegneten, dass man die US-Steuerbehörde IRS

«Gegenüber einem guten Kreuzverhör-Anwalt kann man praktisch nicht lügen.»

doch nicht betrogen haben könne, wenn man sich an den QI-Vertrag gehalten habe, der vom IRS wissentlich und freiwillig unterschrieben worden sei. Das ist zentral. Wir beriefen uns immer auf US-Recht. Deshalb haben wir den Prozess gewonnen.

Was war der grösste Fehler der Anklage?

Es bestand schlicht keine Rechtsgrundlage. Die Anklage hat darum versucht, in Ermangelung rechtlich wasserdichter Anklagepunkte einen emotionalen *case* aufzubauen: Sie schür-

te eine Grundstimmung, wonach alle «es» gewusst hätten, dazu verbreitete sie Räubergeschichten. Nur die wenigsten Journalisten begriffen, dass die Anklage an ihrer eigenen Emotionalität scheiterte. Wo die Staatsanwaltschaft diffus und allgemein wurde, blieben meine Anwälte präzise und sachlich.

Gab es denn einen prägenden Satz Ihres Anwalts, der für die Geschworenen den Ausschlag gab?

Im Schlussplädoyer meines Anwalts fiel der entscheidende Satz: «The truth lies in the detail.» Die Wahrheit liegt im Detail: Was ist erlaubt, was nicht? Und: Wo endet die strafrechtliche Dimension, um die es ging, und wo beginnt die zivilrechtliche?

Es war zu lesen, der Richter habe festgehalten, dass die Geschworenen mit derselben Sorgfalt abwägen sollten, die sie auch «in ihren eigenen Angelegenheiten» anwenden würden. Wie war das gemeint?

Mein Anwalt drückte es mit Bezug auf die Belastungszeugen so aus: «Würden Sie jemandem, der eine solche Aussage macht, Ihre Kinder anvertrauen?»

Ziehen wir Bilanz: Es war ein für Sie erstaunlich faires Verfahren.

Das Verfahren an und für sich war fair und gerecht. Das Problem besteht darin, dass sich kaum jemand die hohen Kosten für eine Prozessführung leisten kann, die einem durch das Vorgehen der Anklage aufgezwungen wird.

Hat Sie der Prozess finanziell ruiniert?

Ich gehe davon aus, dass die Kosten über eine Rechtsschutzversicherung gedeckt sind. Aber das Verfahren kostet mehr als ein Einfamilienhaus am Zürichberg. >>>

Warum Weil freigesprochen wurde

Die Gründe aus juristischer Sicht.

Von Florian Schwab



Details statt Emotionen: Weil-Anwalt Marcu.

Gemäss Anklage des amerikanischen Justizdepartements (Department of Justice) hatte Raoul Weil sich mit 17 000 UBS-Kunden verschworen, um das US-Steueramt Internal Revenue Service (IRS) zu betrügen. Mit dieser Argumentation scheiterten die Staatsanwälte aus folgenden Gründen.

Vor 2001 bestand ein Schlupfloch, das Amerikanern ein *tax treaty shopping* erlaubte. Sie konnten das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit der Schweiz ausnützen und so die Besteuerung ihrer Erträge aus US-Wertschriften vermeiden. Um dieses Schlupfloch zu schliessen, schloss der IRS ab dem Jahr 2000 mit international tätigen Banken Qualified-Intermediary-(QI-)Verträge ab. Amerikanische UBS-Kunden hatten nun die Wahl zwischen drei Möglichkeiten: Erstens, sie verkauften ihre US-Wertschriften. Dann änderte sich für sie nichts. Zweitens, sie erklärten sich mit einem anonymen Quellensteuerabzug von 31 Prozent auf den Wert ihrer US-Wertschriften durch den IRS einverstanden. In diesen beiden Fällen konnten die Konten undeklariert bleiben – die Bank war auf jeden Fall aus dem Schneider. Die dritte Wahlmöglichkeit bestand aus dem sogenannten W-9-Formular, mit dem US-Kunden der Bank gestatteten, ihre Einkünfte direkt dem IRS zu melden. Das war ein Vorläufer des Informationsaustauschs.

Die Weil-Verteidiger forderten für ihre Argumentation die Vertragstreue des IRS. Der

Richter fällte auf Betreiben der Verteidigung zwei bedeutsame Vorentscheide grundsätzlicher Art: Erstens, es war für ausländische Qualified Intermediaries wie die UBS legal, unversteuerte Konten für US-Bürger zu führen, solange diese sich innerhalb des beschriebenen Rahmens bewegten, sprich keine US-Wertschriften besaßen oder den anonymen Steuerabzug in Kauf nahmen. Zweitens entschied der Richter, dass die sogenannte *deemed sales*-Regelung durch den QI-Vertrag ausgestochen wird. Diese besagt, dass auf dem US-Territorium entgegengenommene Börsenaufträge in den USA steuerpflichtig sind – also beispielsweise wenn ein UBS-Kunde während einer Geschäftsreise seines Kundenberaters in New York einen Verkaufsauftrag erteilt. Explizit instruierte der Richter die Geschworenen-Jury, bevor sie sich zur Beratung zurückzog: «Der IRS hatte anerkannt, dass es der UBS aufgrund von Schweizer Recht verboten war, US-Kundendaten ohne eine Einwilligung der betreffenden Kunden herauszugeben. Der IRS war damit einverstanden, dass die Bank ihre US-Kunden nicht identifizieren musste, solange diese auf US-Wertschriften verzichteten. Das QI-Agreement gestattete es der UBS somit, Konten mit [aus US-Sicht] ausländischen Wertpapieren zu eröffnen, ohne diese gegenüber dem IRS offenzulegen.»

Mit diesen beiden Vorentscheidungen brach der Grossteil des von der Anklage behaupteten Steuerbetrugs in 17 000 Fällen weg. Übrig blieb lediglich das Fehlverhalten einiger Kundenberater, welche in 250 Fällen aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet hatten. Aktive Beihilfe bedeutet, dass sie ihren Kunden illegale Praktiken zur Vermeidung der Besteuerung empfahlen, beispielsweise unter Zuhilfenahme von Tarnfirmen oder Stiftungen. In diesem Bereich konnte Raoul Weil allerdings keine Billigung und keine Mitwisserschaft nachgewiesen werden, wodurch er freizusprechen war.

Ab 2001 unterzeichneten weltweit einige hundert Banken einen QI-Vertrag mit dem IRS. Das QI-System wird jedoch seit Juli durch den Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca) abgelöst. Dieser sieht eine umfassende Verpflichtung für ausländische Banken vor, für die Einhaltung der US-Steueretze durch ihre Kunden zu sorgen. Bis jetzt haben sich mehr als 116 000 Finanzinstitute weltweit als FFI registriert.

In der Schweiz hat das US-Recht den Ruf einer Art Cowboy-Justiz. Dieser Eindruck wurde durch Ihren Fall widerlegt.

Sagen wir es so: Ich war schockiert, zu sehen, was die Staatsanwaltschaft mir gegenüber in Stellung bringen konnte. Selbst nach dem erfreulichen Ausgang muss man sehen: Ich war faktisch ein Jahr lang in Haft und unter Hausarrest.

Sie hatten eine GPS-Fussfessel wie ein Kinderschänder.

Ja. Und sie haben versucht, mich weichzuklopfen. Sie setzen einen unter Druck, damit man nachgibt und nicht weiterkämpft.

Was hat Sie motiviert, es durchzuziehen?

Ich war überzeugt, dass ich recht habe. Meine Haltung war: Ich lasse mich nicht kriminalisieren.

Gab es Momente, wo Ihre Frau auf Sie zukam und sagte: «Es ist besser, die Sache jetzt zu beenden, mach dem Albtraum ein Ende und bekenne dich schuldig»?

Nein, sie war fast noch strikter als ich und hat mich bestärkt: «Lass dich nicht kriminalisieren!» Es gab mehrere Angebote, aber ich habe mich nicht darauf eingelassen.

Für Sie persönlich ist der Freispruch ein grosser Erfolg. Bedeutet Ihr Freispruch auch, dass die UBS zu Unrecht kritisiert wurde?

Es gab Verfehlungen bei der UBS, aber falsch ist der Vorwurf, dass das Topmanagement von oben ein kriminelles Geschäftsmodell verordnet oder den Bruch von US-Recht wissentlich in Kauf genommen habe. Das Gegenteil war der Fall. Wir haben vielleicht zu spät erkannt, dass sich nicht alle Kundenberater an die Vorgaben der Unternehmensleitung, an den QI-Vertrag und ans US-Recht halten.

Ihnen wird trotzdem vorgeworfen, Sie hätten durch eine gierig-grössenwahnsinnige Neugeldstrategie die Kundenberater geradezu in die Illegalität getrieben.

Auch das ist falsch. Wir hatten ehrgeizige Ziele bei der Neukundengewinnung in den asiatischen Wachstumsmärkten, aber nicht für den reifen Markt in den USA. Da stand die Profitabilität im Vordergrund.

Was haben die Schweizer Banken falsch gemacht, was waren Ihre eigenen Fehler?

Im Nachhinein ist man immer schlauer. Im Audit meines ehemaligen Arbeitgebers ging bei den verschiedenen Regelverletzungen die rote Lampe nicht an. Als Autofahrer verlässt man sich darauf, dass eine Warnleuchte blinkt, wenn die Bremsen nicht mehr funktionieren. Als Manager verlässt man sich auf das Audit. Wenn jetzt kritisiert wird, dass die Verantwortung nach unten abgeschoben wird, dann muss ich sagen: Das stimmt nicht. Es waren ja nicht alle kriminell im Offshore-Geschäft, keineswegs. Mehr als 80 Prozent der Mitarbeiter haben das regelkonform abgewickelt und wurden auch entsprechend geschult. Der Bericht der EBK (heute Finma)

zeigt, dass es bei der UBS vielleicht ein Dutzend Leute gab, die aktiv halfen, Steuern zu hinterziehen. Das waren auch dieselben, die auf eigene Faust weitermachten, nachdem die UBS 2007 entschieden hatte, das Offshore-Geschäft mit Nordamerika-Kunden zuzumachen.

Die US-Staatsanwaltschaft kritisierte zudem, dass die UBS gegen die amerikanischen Börsenregeln versties durch aktive Kundenwerbung und Kundenpflege in den USA durch die Offshore-Abteilung.

Die Staatsanwälte skandalisierten, dass pro Jahr 3500 Kundenbesuche in den USA stattgefunden hätten. Die UBS hatte damals 70 000 amerikanische Offshore-Kunden. Natürlich haben wir die grösseren dieser Kunden besucht, aber auch das war weder illegal noch gegen die Börsenregeln. Problematisch wurde es erst, wenn man anfang, Anlageempfehlungen zu verteilen, Beratung anzubieten oder Aufträge auszulösen. Auch die aktive Werbung war verboten. Aber es war legal, den Kunden zu fragen: «Wie geht es im Geschäft, was macht die Familie? Wie gehen wir weiter vor?»

Was war Ihr eigener grösster Fehler?

In der Revision blieben die Missstände verdeckt. Da gab es Mängel, die auch ich nicht erkannte. Aber letztlich war es primär ein Führungsproblem desjenigen, der die Kundenberatung operativ geleitet hat.

Sie sprechen vom ehemaligen Amerika-Chef Martin Liechti?

Nein, noch eine Stufe darunter. Liechti hat in dem Prozess selber gesagt, er habe nicht gewusst, dass sich einzelne Kundenberater über das Recht hinwegsetzten. Unterhalb seiner Ebene wurde zu wenig auf die Einhaltung der Regeln geachtet.

Kritiker sagen, Sie seien nur deshalb freigekommen, weil Sie weitsichtig keine heiklen E-Mails schrieben.

Das ist Unsinn. Ich habe im betreffenden Zeitraum rund 100 E-Mails täglich erhalten. Das macht im Jahr zirka 20 000 E-Mails, in der fraglichen Zeit über 140 000 E-Mails. Die UBS war keine E-Mail-freie Bank, wie man jetzt argwöhnt. Man kann davon ausgehen, dass bei dieser hohen Anzahl irgendwann ein belastendes Mail zum Vorschein kommen müsste. Wenn jemand den Eindruck hat, es bestehe ein Problem, dann überlegt er sich, wie er sich absichern kann, *cover your ass*, und schickt üblicherweise ein Tarn-E-Mail, abgefasst im Tonfall «Ich fühle mich unwohl». Man kann in einem globalen Geschäft gar nicht ohne E-Mails arbeiten. Der eine ist in Südamerika, der andere in Japan. Beide haben während zwölf Stunden Sitzungen und sind telefonisch nicht zu erreichen. Da bleibt nur das E-Mail. Man konnte mir kein illegales Handeln nachweisen, weil ich nicht illegal gehandelt hatte.

«Das Verfahren kostet mehr als ein Einfamilienhaus am Zürichberg.»

Ist Ihr Freispruch auch ein Freispruch für die Schweizer Banken, die noch im Clinch mit den US-Steuerbehörden stecken?

Nein. Das sieht man ja auch an den bisherigen Vergleichen. Noch etwas ist ganz wichtig: Man kann sich als Bank nicht auf einen Krieg mit seinem Regulator einlassen. Das ist, als ob ein Ehepaar nach einer Kampfscheidung weiter unter einem Dach leben müsste – ein unhaltbarer Zustand. Jede Bank mit massgeblichen Operationen in den USA oder mit einer grossen Abhängigkeit vom US-Kapitalmarkt muss einen Vergleich anstreben. Das heisst: Die Schweizer Banken, die weiterhin in den USA tätig bleiben wollen, können nicht einfach wie ich auf unschuldig plädieren.

Reduziert das Urteil wenigstens den Druck?

Wer als Bank in den USA nicht besonders exponiert ist, der muss sich die effektiven Tatbestände genau ansehen. Das hat einen Einfluss auf die Bussenhöhe. Es gibt in der «Kategorie 2» sicher Banken, die sich aus Angst in diese Kategorie eingereiht haben, obwohl es nur ein paar wenige Verfehlungen gab. Da könnte vielleicht die Überlegung angezeigt sein: «Sind wir wirklich schuldig, oder hat in der Filiale Bümpliz einfach einmal ein US-Kunde ein Konto eröffnet?»

Was bedeutet das Wort «Bankkundengeheimnis» heute für Sie?

Da geht es fast nur noch um den bankinternen Schutz der Privatsphäre. Mit dem fortschreitenden Informationsaustausch wird das Bankkundengeheimnis ausgehöhlt. Was am Schluss übrigbleibt, ist, dass nicht einfach jeder Angestellte sehen kann, wie viel ich auf dem Konto habe.

Haben die Schweizer Banken das Bankkundengeheimnis zerstört, indem sie es missbraucht haben?

Nein. Dann würde es in Luxemburg oder Singapur ja munter weiterbestehen. Der Druck auf das Bankkundengeheimnis existiert seit dreissig Jahren. Seine Aushöhlung war ein schleicher Prozess. Begonnen hat es mit den QI-Vereinbarungen, dann mit den Geldwäscherei-Vorschriften, Fatca, am Schluss kommt der automatische Informationsaustausch.

Sollte man sich für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses noch einsetzen?

Ich habe den Verdacht, dass es dafür zu spät ist.

Wie düster sehen Sie die Zukunft des Schweizer Bankenplatzes für die Vermögensverwaltung?

Gar nicht düster. Die Schweiz hat nach wie vor die besten Voraussetzungen. Wer beispielsweise in den USA versucht, Geld zu

Ein Hoch auf die Schweiz.

Volg ist im Dorf daheim – auch in der Westschweiz. Seit Jahrzehnten kennen wir Berg und Tal und halten typisch schweizerische Werte hoch. Mit ein Grund, warum immer mehr Kunden mit Weitblick im nahen Volg einkaufen.

Volg. Im Dorf daheim.

Volg
frisch und fründlich



«Lass dich nicht kriminalisieren!»: mit Gattin Susan Lerch Weil.

wechseln, der sieht: Das ist ein grösseres Unterfangen. Für internationale Investitionen gibt es wenige Standorte, die so gut ausgerüstet sind wie die Schweiz. Dazu kommt die politische Stabilität: Wir sind ein grundsolides Land mit einer florierenden Wirtschaft. Das zählt. Problematisch wäre es für das Schweizer Bankgeschäft geworden, wenn Luxemburg oder Singapur das Bankgeheimnis ungehindert hätten weiterführen können. Ich bleibe optimistisch.

Wo endet eigentlich die Verantwortung des Managers für die Tätigkeit seiner Untergebenen? Japanische Generäle begingen Ehrenselbstmord, nachdem sie – aus was für Gründen auch immer – die Schlacht verloren hatten. Wo liegt Ihre Verantwortung?

Wenn ich noch immer Generaldirektor der UBS wäre, würde ich Ihre Frage verstehen. Wenn Sie als Generaldirektor einer Bank in den USA angeklagt werden, dann wissen Sie: Sie müssen einfach gehen. Es ist wie im Fussball. Wenn das Spitzenteam in einem Jahr weder den Cup- noch den Meister-Titel gewinnt, dann muss der Trainer weg. Es gibt die strafrechtliche und die unternehmerische Verantwortung. Die strafrechtliche ist geklärt, die unternehmerische habe ich wahrgenommen.

Was haben Sie während des Prozesses über das Wesen des Menschen gelernt?

Ich zitiere einen Freund von mir, der Ähnliches erlebt hat: «Die Qualität meiner menschlichen Beziehungen hat sich drastisch verbessert.»

Indem sich die Spreu vom Weizen trennt?

Genau. Das Hemd ist näher als der Rock. Es ist schon speziell, wenn plötzlich ehemalige Vertraute hervorkriechen, die Hand aufstrecken und sagen: «Ich habe da auch noch etwas gegen den Angeklagten vorzubringen», um sich selbst in eine bessere Verhandlungsposition zu bringen.

Was macht das Leben lebenswert?

Das Wichtigste ist, dass ich am Schluss nicht alleine dastand. Man hat Freunde und zählt als Mensch, nicht als ehemaliger Top-Mann der UBS. Ich habe das Glück, dass die meisten meiner Freunde aus Jugendzeiten stammen. Privat habe ich nicht viel mit anderen Bankern verkehrt. Das war sicher auch der Grund, warum ich nicht alleine dastand.

Was raten Sie Schweizer Kundenberatern, die heute von der US-Justiz verfolgt werden?

Da kann ich keine Empfehlung abgeben. Das muss jeder mit sich selber ausmachen. Ein Problem habe ich mit Leuten, die rechtliche Arbitrage betreiben.

Was meinen Sie?

Man befindet sich zwischen Hammer und Amboss. Wer mit den USA einen Deal machen will, muss ein Schuldeingeständnis ablegen und Kundennamen ausliefern. Damit verletzt man automatisch Schweizer Recht. Die meisten sind zum Schluss gekommen, sie würden in der Schweiz «weicher» verfolgt, die Gefahr in den USA sei grösser, also haben sie sich für die amerikanische Seite entschieden.

Die Liechti-Rechnung?

Ja. Das Strafmass in der Schweiz für Geldwäscherei und die Verletzung des Bankkundenheimnisses beträgt fünf Jahre. Gleich viel, wie es in den USA für «conspiracy and tax fraud» gibt. In der Schweiz ist die Einschätzung offenbar so, dass man hier einfacher durchschlüpft.

Haben Sie sich von der offiziellen Schweiz alleingelassen gefühlt?

Nein, das kann man so nicht sagen. Michael Leupold, Direktor des Bundesamts für Justiz, sowie sein Stellvertreter, Rudolf Wyss, haben beim Ankläger, Devin Downing, interveniert. Doch dieser liess sich nicht beeindrucken.

Sind Sie enttäuscht?

Nein. Natürlich war der Grund, warum ich 2008 überhaupt angeklagt wurde, hoch politisch. Bis dahin wehrten sich alle standhaft, inklusive UBS und Bundesrat. Die USA begannen dann, mit meiner Anklage den Druck zu erhöhen. Wie man heute weiss, auf dünner Beweislage. Es sollte ein Exempel statuiert werden: «Wenn das nicht hilft, kommt Nummer zwei und dann Nummer eins.» Erst dann fing die Schweiz an einzulenken. So ist das Ganze entstanden. Die Anklage wurde als politisches Druckmittel ausgesprochen. Ich geriet in einen Strudel.

Sind Sie 2008 bei der UBS freiwillig zurückgetreten?

Ich musste nach Erhebung der Anklage sofort in den Ausstand treten, das ist klar. Dann kam auch rasch die neue Führung. Und die wollte sich distanzieren. Das verstehe ich.

Was empfinden Sie heute beim Wort «UBS»?

Wenn es um Vermögensverwaltung geht, ist sie weiter die einzige echt globale Privatbank.

Würden Sie jungen Leuten noch empfehlen, ins Bankgeschäft zu gehen? Oder ist es mit der ganzen Überregulierung eine gar kafkaeske Angelegenheit geworden?

Ich würde es weiterhin empfehlen. Ich habe nach meinem Weggang von der UBS eine eigene Finanzfirma gegründet. Das Bankgeschäft habe ich immer mit Freude betrieben. Man lernt interessante Menschen aus aller Welt kennen.

Was war Ihr wichtigstes Führungsprinzip?

Ich hatte Vertrauen in die Leute und gab ihnen Spielraum. Das brachte mir zunächst den Erfolg, hat dann aber auch das bekannte Problem hervorgerufen.

Was werden Sie jetzt machen?

Als Allererstes muss ich verschlafen. Ich komme aus einer extremen Belastung und muss etwas Ruhe finden. Was ich dann mache, werde ich sehen.

Wie beschreiben Sie Ihr momentanes Lebensgefühl? Innere Euphorie über den grossen Triumph oder Verbitterung über die verlorenen Jahre?

Meine Frau hat gesagt: Das schlimmste Ergebnis wäre, jetzt verbittert durch die Welt zu gehen. Das will ich nicht. Es war, trotz aller Schwierigkeiten, eine Erfahrung, die nur wenige machen.

Sind das psychologische Selbstheilungssprüche, oder empfinden Sie das wirklich?

So sehe ich das. Es war eine schwierige Situation, vom Anfang in Bologna bis zum Ende im Gerichtssaal in Florida. Ich kenne persönlich niemanden, der so etwas durchgemacht hat.

Was haben Sie in dieser Zeit über sich selber gelernt? Der Millionenerbe Jan Philipp Reemtsma schrieb nach seiner Entführung, das eigene Ich sei kein stabiles Etwas, sondern das Produkt der Umstände und Einflüsse, eine «leere Turnhalle, die von Stimmungen durchweht wird». Haben Sie einen neuen Raoul Weil kennengelernt?

Es haben sich gewisse Eigenschaften meiner Persönlichkeit bestätigt: dass ich auch

mit den extremsten Leuten aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten zurechtkomme.

Blicken Sie mit einem gewissen Stolz auf den Albtraum zurück?

Es war eine Grenzerfahrung. Und ja, ich bin stolz, dass ich nicht durchgedreht bin und dass ich mich nicht habe kriminalisieren lassen.

Mehr noch: Sie haben juristisch den mächtigsten Staat der Welt besiegt: Schweiz–USA 1:0.

Das ist zu hoch gegriffen.

«Ich wusste, dass es auf einen Entscheid, auf einen Showdown zuläuft.»

Es war eine Kanterniederlage der amerikanischen Staatsanwälte.

Die statistische Wahrscheinlichkeit für einen Freispruch, wenn es denn erst zu einem Verfahren kommt, beträgt etwa fünf Prozent. In einem von zwanzig Fällen wird der Angeklagte freigesprochen. In meinem Fall war die Ausgangslage leicht besser, aber dennoch. An amerikanischen Geschworenengerichten gibt es ausserdem die Faustregel, dass die Jury pro Prozesswoche einen Tag lang tagt, um zu einem einstimmigen Ent-

scheid zu kommen. Das Geschworenengericht im Strafrecht entscheidet, anders als im Zivilrecht, immer einstimmig. Die Befürworter oder Gegner müssen die anderen überzeugen, am Schluss müssen alle zwölf auf schuldig oder nicht schuldig plädieren. Daher geht es meistens recht lange. In meinem Fall wurde erwartet, dass es drei Tage dauern würde bis zu einer Entscheid, doch der Entscheid kam nach einer Stunde. Ein erfreulich klarer Fall.

Sind Sie im letzten Jahr religiöser oder weniger religiös geworden?

Eher etwas religiöser.

Man ist von bestimmten Kräften beseelt, die einen in dunkelsten Tagen tragen?

Ja, es gibt irgendwo noch eine höhere Ordnung. Trotzdem bin ich nicht scharf darauf, dasselbe noch mal durchzumachen.

Was ist das rückblickend für ein Gefühl, als kleiner Schweizer vor einem amerikanischen Geschworenengericht zu stehen?

Als klar wurde, dass der juristische Kampf losgeht, hatte ich ein zwiespältiges Gefühl. Einerseits ergab sich eine beängstigende Situation, andererseits war auf einmal das Damoklesschwert weg. Ich wusste, dass es auf einen Showdown zuläuft. Es war auf eine Art erlösend, dass ich nicht für das restliche Leben im goldenen Käfig der Schweiz eingesperrt sein würde. ○

Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



RadioCentral

So empfangen Sie Radio Central: Oberer Zürichsee, Linthgebiet 91.3; 89.4 • Schwyz 102.6; 97.7; 93.2 • Glarus 92.1; 97.7; 89.3; 88.7 • Oberiberg, Hoch-Ybrig 107.1 • Unteriberg, Euthal, Studen 94.4 • Rothenthurm 106.9 • Ob- und Nidwalden 101.8; 103.0; 100.4; 99.0 • Uri 103.0; 101.8; 102.2; 97.7 • Luzern 100.1 • Willisau 94.8 • Wolhusen 88.6 • Sursee 93.0 • Region Triengen 97.5 • Engelberg 107.6 • Zug 99.2 MHz oder Kabelnetz • CentralWebplayer • Digitalradio DAB+ • Central-App • www.radiocentral.ch





Macht der Gene: Werbeaufnahme mit Promi-Kind Romeo Beckham.



Beckhams Bubi

Von Daniele Muscionico

Das ist ein Bild zum Thema Frühförderung. Oder doch eher zum Thema Chancengleichheit? Mit besonderem Schwerpunkt darauf: die Macht der Gene – oder wie ein Name ein schönes Gesicht macht. Und eine schöne Geschichte dazu.

Zunächst und zum Beginn. Kennen Sie den? Kennen Sie den Jungen, haben Sie dieses Gesicht schon einmal gesehen? Genau: So sieht ein Gesicht aus, das Fußballgeschichte geschrieben hat und Skandalgeschichte dazu. Wenn man es denn als einen Skandal begreift, dass sich das unternehmerische Genmaterial eines ehemaligen Wäsche-Modells (Armani) mit dem unternehmerischen Genmaterial eines aktuellen Dessous-Modells (H & M) zum erstrangigen Genpool Grossbritanniens verbunden hat – und der Geschäftsgang ein Kind wie dieses mendelt: Aus den Augen blitzt Posh Spice, in der Nase sitzt Victoria's Secret, und alles Übrige ist ganz der Vater – David Beckham.

Das alles wäre nicht der Rede wert oder lediglich für einen Zirkel von Genetikern bedeutsam, mischte in der Geschichte nicht eine andere Tatsache mit. Denn dieses Kind ist dieser Tage eines der bestbezahlten männlichen Fotomodelle weltweit. Romeo Beckham, zwölf Jahre alt.

Dieses Kind, das die Haare schön hat und die Augen so sanft, dass man den Hersteller des Fotofilters kennen möchte, dieses Kind posiert hier für den Weihnachtsclip eines britischen Luxusmode-Labels. Dafür bezahlte ihm das Unternehmen nach Recherchen von *Daily Mail* pro Drehtag 36 000 Euro. Nach Adam Riese sind das 75,14 Euro in der Minute. Ein Rekord.

Romeo Beckham als Videostar – und wie er seine Sache macht! Im Studio muss er den Amor geben, leistet ein paar Tanzschritte à la Michael Jackson, und zumeist strahlt er in die Kamera wie ein Spekula(n)tius. Zur Walzereligkeit drehen sich Paare im Trenchcoat, und karierte Regenschirme fliegen in den Festhimmel. Am Ende, *bend it like Beckham*, darf er in den Kunstschnee kicken: «Hallo, ich bin ein Kind und lebe noch».

Dass ihm die Modemarke für seinen Auftritt das Doppelte der Summe bezahlt hat, mit der man üblicherweise Testimonials entlohnt, werden die Geschäftseltern zu schätzen wissen. Dem unternehmerischen Laien wie uns gibt es eine Ahnung von Ökonomie und von der Wirkungsmacht des Glamours. Und es gibt uns Kunde von der Verführungsmacht eines Kindes – wenn es denn den richtigen Namen trägt. Was das mit Weihnachten zu tun hat? Nichts, natürlich. Oder doch?

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Paulo Coelho:** Untreue (*Diogenes*)
- 2 (6) **Ken Follett:** Kinder der Freiheit (*Bastei Lübbe*)
- 3 (3) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 4 (4) **Sebastian Fitzek:** Passagier 23 (*Droemer Knaur*)
- 5 (5) **Michael Hjorth, Hans Rosenfeldt:** Das Mädchen, das verstummte (*Wunderlich*)
- 6 (8) **Graeme Simsion:** Der Rosie-Effekt (*Fischer Krüger*)
- 7 (2) **Nele Neuhaus:** Die Lebenden und die Toten (*Ullstein*)
- 8 (7) **Jussi Adler-Olsen:** Erwartung – Der Marco-Effekt (*DTV*)
- 9 (10) **Guillaume Musso:** Vielleicht morgen (*Pendo*)
- 10 (–) **Kate Saunders:** Ein Jahr an deiner Seite (*Fischer Krüger*)

Sachbücher

- 1 (1) **Pascal Voggenhuber:** Zünde dein inneres Licht an (*Giger*)
- 2 (2) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 3 (3) **Hape Kerkeling:** Der Junge muss an die frische Luft (*Piper*)
- 4 (5) **Guinness World Records 2015** (*Hoffmann und Campe*)
- 5 (4) **Karoline Arn:** Elisabeth de Meuron von Tschärner (1882–1980) (*Zytglogge*)
- 6 (–) **Jacky Gehring:** Body Reset – Vegetarisch genießen (*Weltbild*)
- 7 (6) **Marlise Pfander:** Hinter Gittern (*Wörterseh*)
- 8 (7) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 9 (–) **Rolf Hiltl, Reto Frei:** Vegan Love Story (*AT*)
- 10 (–) **Carolin Wiedemeyer:** Nutella (*Heel*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Briefmarken

Meine zwanzigjährige Tochter ist mir stets eine wertvolle Hilfe in allen Fragen moderner Informationstechnologie und sozialer Netzwerke. Nur einmal konnte ich mich ihr in den letzten Jahren überlegen fühlen – als sie mich verduzt fragte, an welcher Stelle auf einem Umschlag die Briefmarke befestigt werden müsse: links oben, rechts unten oder doch eher mittig? Diese Vorrede ist wichtig, wenn man erlauben will, welcher kühnen Schritt PostNord, die schwedisch-dänische Post, gewagt hat. Sie ehrt die Superstars der modernen Jugendmusik mit Briefmarkenmotiven – international bekannte Größen wie Avicii, Robyn oder die Mädchengruppe First Aid Kit. Bleibt die Frage, was die Fans mit den Marken anfangen werden. Per Instagram senden? Die beste Möglichkeit ist, sie hinten aufs Mobiltelefon zu kleben – egal an welcher Stelle. (ky)

Literatur

Licht ins dubiose Milieu

Der französische Nobelpreisträger Patrick Modiano ist eine Art Schreibverrückter, beinahe jedes Jahr spuckt er einen Roman aus. Was hat er zu erzählen? *Von Pia Reinacher*

Fernsehen verschafft auf dem Gebiet der Kultur meistens wenig Erkenntnis. Es gibt Ausnahmen. Zu ihnen gehört der Interviewausschnitt, den der Sender France 5 am Tage der Bekanntgabe des Nobelpreises an den französischen Schriftsteller Patrick Modiano, am 9. Oktober, einspielte – in der in Frankreich hochangesehenen Literatursendung «La Grande Librairie». Moderator François Busnel hatte den Schriftsteller eine Woche zuvor in dessen geräumiger Wohnung besucht und ihn zu seinen Schreibritualen befragt – wohl in weiser Voraussicht. Auf dem Filmdokument, das man sich inzwischen auf Youtube ansehen kann, entdeckt man Modiano in einer mit Bücherregalen vollkommen zugestapelten Wohnung. So weit das Auge reicht Büchergestelle, bis an die Decken der hohen Räume – da und dort ein paar Schreiblampen und Tischleuchten, ein Arbeitsplatz, ein Stuhl, hohe Fenster.

Versagen von Stimme und Sprache

Der Schriftsteller, der seit beinahe 45 Jahren mit Dominique Zehrfuss verheiratet ist, der Tochter des Architekten Bernard Zehrfuss, lebt mit seinen beiden Töchtern in dieser stillen Wohnung nahe des Jardin du Luxembourg. Ob er hier auch schreibt, will Moderator Busnel wissen, und Modiano bejaht und verneint gleichzeitig. Man könne hier fast erschlagen werden durch die vielen Bücher, kommentiert er sein Interieur selber mit leisem Schmunzeln. Und spielt ironisch auf F. Scott Fitzgeralds Novelle «Afternoon of an Author» an, in der die Alchimie des Schreibens – die Gefahren, Leiden und Vergnügen des Schriftstellers auf der Suche nach Inspiration – auf ein paar wenigen Seiten exemplarisch auf den Punkt gebracht wird. Er, Modiano, schreibe hier oder irgendwo, auf seinen Spaziergängen durch die Stadt, in Kaffees, auf Parkbänken, überall, der Ort spiele gar keine Rolle.

Diese Botschaft könnte von vielen anderen Schriftstellern auch stammen – aber Bilder sagen in diesem Fall mehr als Worte: Wir sehen den grossen, dunklen, hageren 69-jährigen Intellektuellen im dunklen Pullover mit weit ausschweifenden Armbewegungen gestikulierend nach Worten ringen. Er stottert, stockt, stösst auf einmal wie unter grossem Druck Satzketten hervor, verliert wieder den Faden – abgehackte Satzpartikel enden in Sprechpausen, wobei er das Versagen von Stimme und

Sprache mit umso verzweifelterer Gestik und Mimik zu kompensieren versucht. Modiano meidet als Stotterer offenbar meistens öffentliche Auftritte. Die vielen harten Schnitte im Film, aber auch die beinahe therapeutisch beruhigende Stimme des Moderators aus dem Off verraten, dass der Zuschauer nicht Zeuge eines kohärenten Gesprächs, sondern eines Interviewpuzzles wird, das unter schwierigen Bedingungen zustande kam.

Diese Bilder lesen sich wie ein zentraler Schlüssel zu Leben und Werk des Autors. Sie selber sind Spiegel eines biografischen und

Die Eltern hatten sich während der Okkupation kennengelernt – ein Zufallspaar mit Zufallskindern.

stilistischen Grundmusters. Wie kaum ein anderer unterlag dieser Schriftsteller seit seinem Erstling, «La Place de l'Etoile» (1968), einem obsessiven Zwang, die zersplitterte Kindheit, die zerrüttete Biografie, die auseinanderbrechende Identität im Schreiben zu bannen und die Lebenspartikel literarisch zusammenzukleben. Patrick Modiano ist eine Art Schreibverrückter – seit dem Debüt spuckt er beinahe jedes Jahr einen Roman aus. Einmal verriet er, dass er als Jugendlicher erst mit dem Stehlen aufgehört hat, nachdem er das Schreiben entdeckt hatte. Der Schreibzwang hat also seinen Grund. Die Kindheit war traumatisch, das Elternhaus noch liebloser als jenes des Schriftstellerkollegen Michel Houellebecq.

Patrick Modiano wird 1945 geboren, als Sohn eines jüdischen Kaufmanns mit sephardischen Wurzeln. Dieser geht im Paris der Nachkriegszeit allerlei luschen Beschäftigungen nach. Die Mutter ist eine glücklose, zwielichtige flämische Schauspielerin und Tänzerin. Die Eltern hatten sich in Paris während der Okkupationszeit kennengelernt – ein Zufallspaar mit Zufallskindern. Patrick Modiano wird bald zu den Grosseltern abgeschoben. Bei seiner Taufe sind die Eltern abwesend. Der Bruder stirbt zehnjährig an Leukämie. Fortan verbringt der auf sich selbst zurückgeworfene Junge die Schulzeit in verschiedenen Internaten.

Kein Wunder, hat diese Kindheit traumatisierende Konsequenzen. Aber Patrick Modiano findet einen Mentor und ein Ventil. Das ist seine Rettung. Der Schriftsteller Raymond Queneau, Freund seiner Mutter, nimmt sich des Jungen an. Unter seinem Einfluss gibt er



Bis sie plötzlich verschwindet: Literaturnobelpreisträger Modiano.

das Studium am Pariser Lycée Henri IV nach kurzer Zeit auf. Queneau motiviert ihn zum Schreiben, lektoriert seinen Erstling und verschafft ihm den Zugang zum renommierten Verlag Gallimard. Von da an findet Modiano in der Schriftstellerei ein Mittel, das Elend in Kunst zu verwandeln, sich selbst zu stabilisieren und aus dem Debakel triumphal Literatur zu generieren.

Kein Wunder, gehört er zu jenen vielen Autoren, die im Grunde am immer gleichen Buch schreiben. Auf dem Lebensgrundriss entwickelt er Stil und Themen. Seine Bücher gehorchen dabei ein paar Regeln, die bis in die

neusten Publikationen form- und stilbildend sind. An zwei Neuerscheinungen lässt sich das exemplarisch zeigen: In diesen Tagen hat der Hanser-Verlag mit «Gräser der Nacht» vorzeitig die Übersetzung des vor zwei Jahren auf Französisch erschienenen Romans «L'herbe des nuits» publiziert. Und Gallimard veröffentlichte vor wenigen Wochen den Roman «Pour que tu ne te perdes pas dans le quartier».

Spielort der Romane sind die Quartiere von Paris, durch die der Held wie in somnambuler Benommenheit wandert. Erstens verleiht Modiano seinen Figuren fast manisch Namen, Adressen, Orte und damit Identitäten. In

beiden Romanen spielt dabei das persönliche Adressbüchlein des Erzählers eine wichtige Rolle, das sämtliche Freunde und Bekannte mit akribischer Angabe von Adressen und Telefonnummern verzeichnet. Diese Agenden gehen gerne verloren, werden von Unbekannten gefunden und als Erpressungsmaterial eingesetzt. Zweitens spiegelt sich die Topografie des Romans in der Topografie von Paris – Modiano ist selbst ein süchtiger Flaneur, der zwanghaft Karten von Paris zeichnet und studiert.

In gefährliche Affären verwickelt

In beiden Romanen kann man den künstlichen Zwang zum literarischen Vermessen des Geländes als Versuch lesen, Licht in das halbdüstere, dubios gefährliche, geheimnisvolle Milieu zu bringen, in dem seine Figuren unterzugehen drohen. Drittens bilden seine atemlosen, bruchstückhaften, zerstückelten Sätze den Lebensstil seiner Figuren ab. Es sind Menschen, die geheimnisumwittert durchs Leben gehen, ohne Ziel, ohne Sinn. Nichts ist wirklich fassbar – genauso, wie die Sprache Patrick Modianos weniger Realitäten wiedergibt als Suggestionen andeutet, Möglichkeiten evoziert, die sich seinen Figuren auf diesem halb realen, halb erträumten Terrain eröffnen.

In «Gräser der Nacht» wird Jean, der Erzähler (Jean ist der ursprüngliche Taufname von Modiano), in eine Liebesaffäre mit einer jungen Frau getrieben. Er trifft sie in Kneipen und ver-

Seine atemlosen, bruchstückhaften, zerstückelten Sätze bilden den Lebensstil seiner Figuren ab.

lassenen Häusern, nachts, im Schatten. Als er von der Polizei über seine Kontakte mit dieser Frau, die in gefährliche Affären verwickelt sei, befragt wird, dämmert ihm, dass sie ihm nicht die Wahrheit über sich sagte. Sie verkehrt mit zwielichtigen Männern und verdient auf eine rätselhafte Art viel Geld. Obwohl Jean allmählich begreift, dass ihre Freunde mit den Namen Chastagnier, Marciano, Duwelz und Aghamouri in kriminellen Milieus verkehren und seine Geliebte sogar eines Verbrechens schuldig sein könnte, erliegt er ihrem Zauber – bis sie plötzlich verschwindet.

«Gräser der Nacht» und «Pour que tu ne te perdes pas dans le quartier» sind weitere Versuche des französischen Nobelpreisträgers, sich eine zuverlässige Lebenskarte zu zeichnen und die fragile Identität mit einem künstlich konstruierten Lebensentwurf neu zu erfinden.

Patrick Modiano: Gräser der Nacht. Hanser.

176 S., Fr. 27.90

Pour que tu ne te perdes pas dans le quartier. Gallimard.

145 S., Fr. 29.90

Top 10

Knorr's Liste

1	Deux jours, une nuit	★★★★★
Regie: Jean-Pierre und Luc Dardenne		
2	Gone Girl	★★★★★
Regie: David Fincher		
3	Mr. Turner	★★★★☆
Regie: Mike Leigh		
4	Im Labyrinth des Schweigens	★★★★☆
Regie: Giulio Ricciarelli		
5	The Judge	★★★★☆
Regie: David Dobkin		
6	Monsieur Claude und seine...	★★★★☆
Regie: Philippe de Chauveron		
7	Interstellar	★★★★☆
Regie: Christopher Nolan		
8	Love, Rosie	★★★★☆
Regie: Christian Ditter		
9	Wish I Was Here	★★★★☆
Regie: Zach Braff		
10	Northmen – A Viking Saga	★★★☆☆
Regie: Claudio Fäh		

Kinozuschauer

1 (-)	Interstellar	32 135
Regie: Christopher Nolan		
2 (1)	Monsieur Claude und seine Töchter	13 419
Regie: Philippe de Chauveron		
3 (2)	The Maze Runner	8079
Regie: Wes Ball		
4 (4)	Gone Girl	5365
Regie: David Fincher		
5 (5)	The Equalizer	5211
Regie: Antoine Fuqua		
6 (-)	And So It Goes	5080
Regie: Rob Reiner		
7 (3)	Northmen – A Viking Saga	4580
Regie: Claudio Fäh		
8 (6)	Love, Rosie	3906
Regie: Christian Ditter		
9 (-)	Mr. Turner	3348
Regie: Mike Leigh		
10 (7)	Teenage Mutant ... (3-D)	3153
Regie: Jonathan Liebesman		

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Edge of Tomorrow (Warner)
2 (-)	Der Hobbit – Smaugs Einöde (Warner)
3 (-)	3 Days to Kill (Rainbow)
4 (2)	A Million Ways to Die in ... (Universal)
5 (4)	Urlaubsreif (Warner)
6 (3)	Maleficent – Die dunkle Fee (Disney)
7 (5)	Das Schicksal ist ein mieser ... (Fox)
8 (9)	Eiskönigin – Völlig unverfroren (Disney)
9 (6)	Need for Speed (Rainbow)
10 (10)	Tinkerbell und die Piratenfee (Disney)

Quelle: Media Control



Beschwingte Eleganz: «Pride».

Kino

Eine Gemeinde voller Narren

Schwule sammelten einst für streikende Bergarbeiter. Aus der irren Geschichte filterten Briten mit «Pride» eine herrliche Tragikomödie. Von Wolfram Knorr

Wer hasst die Streikenden am meisten?», fragt der junge Schwulenaktivist Mark (Ben Schnetzer) seine Kumpels: «Die Regierung, die Polizei und die Boulevardmedien. Kommt euch das nicht bekannt vor?» 1984 war das Jahr, in dem Margaret Thatcher durchsetzte, was sie versprochen hatte: «Ein starker Führer und kein Softie zu sein». Mit gnadenloser Härte entmachtete sie die Gewerkschaften, schloss Dutzende von Zechen oder liess sie privatisieren. Der Streik der Bergarbeiter dauerte ein Jahr, die «Eiserne Lady» gab nicht nach. Deshalb gilt der Streik als härtester in der Geschichte Grossbritanniens. Bald gingen den Arbeiterfamilien das Geld aus, ihnen wurden Gas und Strom gesperrt, die Solidarität geriet ans Limit. Und ausgerechnet ein Schwuler aus London kam auf die Idee, den Bergarbeitern mit Spendensammlungen zu helfen.

Im Freundeskreis kam das zunächst nicht gut an, denn Bergarbeiter galten nicht gerade als schwulenfreundlich. Doch Mark blieb hartnäckig, reihte eine kleine Schar von Homosexuellen, darunter eine Lesbe, um sich. Die Gruppe Lesbians and Gays Support the Miners (LGSM) ging, mit Büchsen klappernd, auf die Strasse, bat die Passanten um Spenden und liess sich als «widerwärtige Perverslinge» beschimpfen. Weil die Aktivisten das gewohnt waren, klapperten sie so lange, bis sie tatsächlich so viel

Geld beisammen hatten, um eine komplette Bergarbeiter-Gemeinde finanziell unterstützen zu können. Das Verrückte: Die Geschichte ist nicht das Hirngespinnst eines Drehbuchschreibers, sondern die pure Wahrheit.

Das eben kann britisches Entertainment: aus der Realität eine Komödie filtern, die mit beiden Beinen auf dem Boden bleibt und zugleich in charmante *feel-good*-Gefilde abhebt. Da kommen die Querelen der bunten Truppe, die Aversion zwischen Lesben und Gays, ebenso zum Zug wie das eingefleischte Macho-Gebaren der Zechenbrüder den Schrill-Heinis gegenüber, die wie ein Narrenhaufen im Städtchen Onllwyn in Wales aufkreuzen, um das gesammelte Geld den darbenenden Familien zu übergeben.

Eine Spende von Schwulen? Die Männer – in ihrer stieren Abneigung gegen die Paradiesvögel aus dem ohnehin dekadenten London – wollen das Geld zuerst auf keinen Fall annehmen. «Solidarität mit Schwulen? Wir machen uns lächerlich.» Es sind die Frauen, die das Eis brechen. Und als Jonathan (Dominic West) in Flatterklamotten ein Solo aufs Parkett legt, das John Travoltas Disco-Tanz in den Schatten stellt, fangen selbst die «harzigsten» Mannsbilder an zu staunen und sich zu lockern.

Matthew Warchus hat die ungewöhnliche Story, nach einem Drehbuch von Stephen Beresford, zu einer höchst mitreissenden Tragiko-

mödie gemacht, deren emotionale Momente immer das Gleichgewicht mit den sozialen halten. So wird die Problematik von Aids keineswegs ausgelassen. Die Mischung ist von solch beschwingter Eleganz, dass man auch Klischees wie das Sympathie-Paar Imelda Staunton und Bill Nighy leichten Herzens in Kauf nimmt. Ein wunderbarer Film über die Macht der Solidarität. Die Hilfe durch die LGSM blieb nicht folgenlos: Die Bergarbeiter revanchierten sich, indem sie bei Gay-Pride-Märschen Präsenz zeigten. Dieser Einfluss ging sogar so weit, dass die Labour Party die Rechte der Homosexuellen ins Parteiprogramm aufnahm. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Before I Go to Sleep — Nach einem Unfall hat Christine Lucas (Nicole Kidman) ihr Gedächtnis verloren und muss Tag für Tag von ihrem Ehemann (Colin Firth) behutsam verklickert bekommen, wer sie und wer er ist. Der Psychologe Dr. Nash (Mark Strong) drückt ihr eine Videokamera in die Hand und macht ihr den Vorschlag, ein Video-Tagebuch zu führen. Das soll sie aber ihrem Gatten gegenüber nicht erwähnen. Ähnlich wie Gillian Flynn («Gone Girl») hat auch S. J. Watson mit einem Beziehungsthiller einen Bestseller gelandet. Doch im Gegensatz zu «Gone Girl» ist «Before I Go to Sleep» so steril, dass man meinen könnte, Rowan Joffe hat seinen Gedächtnis-Reisser in



Steril: «Before I Go to Sleep».

Fragen Sie Knorr

In «The Judge» war endlich mal wieder der grosse Charakterschauspieler Robert Duvall zu sehen. Ich bin ein Fan von ihm und sammle die Filme, in denen er mitspielt. Es muss einen Film geben, in dem er auch Regie führte. R. B., D-Waldshut



Robert Duvall hat nicht nur einen, sondern vier Filme gedreht und auch die Bücher dazu geschrieben. Von den vier war seine erste Regiearbeit aus den siebziger Jahren ein Dok-Film. 1983 folgte «Angelo My Love», 1997

einem Neurologen-Forschungslabor gedreht. Und täglich grüsst die Amnesie. ★★☆☆☆

A Walk Among the Tombstones — Ein bisschen tragisch ist es schon, dass Liam Neeson, ein prima Mime mit Präsenz, in letzter Zeit nur bekloppte Rollen spielt. Leider gehört der *private eye*-Schlaffi Matthew Scudder, den Neeson in



Wüste Räuberpistole: Liam Neeson.

Scott Franks Thriller spielt, auch dazu. Die Gattin eines Drogendealers wurde entführt, für deren Rückkehr dieser 400 000 Dollar blechen soll. Scudder winkt erst mal ab. *Private eye*-Filme mit ihrem desolaten Charme können wunderschön sein, und dieser fängt auch so an. Dann aber entwickelt er sich zur wüsten Räuberpistole voller Ungereimtheiten. ★★☆☆☆

Schweizer Helden — Von Gottfried Benn ist das Bonmot, das Gegenteil von Kunst sei das Gutgemeinte – und Peter Luisis («Der Sandmann») neuer Film ist schrecklich gut gemeint. Sabine (Esther Gensch), über die Weihnachtszeit alleine, gerät, mehr durch Zufall, an Asylanten, mit denen sie «Wilhelm Tell» in deren Heim aufführen will. Kein schlechter Einfall. Leider bleibt der Film frei von Konflikten, dafür macht er ständig auf betroffen. Schade. Will sich Sabine nur profilieren auf Kosten der Asylanten oder nicht? Das Thema wird zwar gestreift, hätte aber das Potenzial zu einem handfesten schweizerischen Konflikt gehabt. ★★☆☆☆

«The Apostle» und 2002 «Assassination Tango». Thematisch ging es in allen Filmen um Grenzerfahrungen. Der interessanteste und wahrscheinlich auch erfolgreichste war «The Apostle», in dem er einen charismatischen Prediger mit nicht ganz einwandfreien Eigenschaften verkörperte und in Konflikt mit Glaube und Ehrlichkeit geriet. Da war er ein totaler, faszinierender Fanatiker. «The Apostle» und «Assassination Tango» gibt's auf DVD.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Grosse Erzählungen, open end

Von Peter Rüedi

Mark Turner, ein wunderbar nachdenklicher und respektvoll neugieriger Partner für Dutzende Kollegen (ihn in der Besetzung zu haben, ist allemal ein Indikator für Qualität), ist einer der geschätztesten Tenorsaxofonisten zurzeit. Seine Inspiration und Sorgfalt einerseits, seine intelligente Skepsis andererseits halten sich die Waage. Anders wäre schwer zu erklären, weshalb das neue Album «Lathe of Heaven» sein erstes unter eigenem Namen seit sage und schreibe 2001 ist. Turner meistert viele Aspekte seines Instruments, auch die höchsten Lagen sind leicht und luftig geblasen: Unüberhörbar, dass er nicht nur (wie alle seiner Generation) die Power-Lektionen von John Coltrane studiert hat, sondern die coolen Alternativen dazu, die weit weniger beachteten melodischen Erfindungen von Warne Marsh, von dem er weniger einzelne Stilmittel übernimmt als die Art, in langen Melodie-linien vom Hundertsten ins Tausendste zu gelangen, radikal offen einen Gedanken immer weiterzuspinnen, bis er sich gewissermassen selbst auflöst, scheinbar, sich aber dann aus dem Nichts neu kristallisiert und fortsetzt und verwandelt: in der Anlage ein endloses Verfahren, weshalb denn die Schlüsse dieser schön gewirkten polyfonen Stücke oft wie zufällig wirken. Turner ist ein souverän gelassener grosser Erzähler. Und ein behutsamer Musiker. Sein langjähriger Freund und Partner, der Bassist Larry Grenadier, mit dem er im Kollektiv Fly zusammen spielt, berichtet, Turner wolle, auch wenn er ein Solo spiele, «jeder-mann sonst in der Band gut klingen lassen. Als Bassist werde ich dafür ja bezahlt. Aber von einem Saxofonisten das zu hören, ist doch erstaunlich.» So ist auch dieses Quartett (am Bass Joe Martin, an den Drums Marcus Gilmore) ein hochdemokratisches Kollektiv. Vor allem der Trompeter Avishai Cohen, mit dem Turner die Fäden mal unisono, mal gegen- und ineinander wirkt, ist sein Wahlverwandter, sei es in dem schönen Stück «Year of the Rabbit», in «Sonnet for Stevie», einer behutsamen Annäherung an den Blues, oder im magisch-lyrischen Schlusstück «Brother Sister 2».



Mark Turner Quartet
(Avishai Cohen, Joe Martin,
Marcus Gilmore):
Lathe of Heaven.
Lathe of Heaven.
ECM 2357 378 0663

Eine gesunde Dosis Narzissmus

Buntes Völkergemisch an der Sixt World Conference in Davos; charismatische Gäste am «Salon d'Esprit». Von Hildegard Schwaninger



Weltmeisterin im Organisieren: Regine Sixt mit Gästen an der «White Night» in Davos.

Das verschneite Davos bot die perfekte Kulisse für die «White Night», den glamourösen Höhepunkt der Sixt World Conference, zu der «rent a car»-König Erich Sixt und seine Frau Regine Sixt jedes Jahr Mitarbeiter, Businesspartner und Lizenznehmer aus aller Welt einladen (nächstes Jahr geht es nach Rom).

Nach Vorträgen und Workshops im Kongresszentrum gab es in der Sporthalle eine Gala für 1500 Gäste und ein gesetztes Dinner mit Tischkarten. Regine Sixt ist Weltmeisterin im Organisieren bombastischer Anlässe. Ihr Oktoberfest für 1300 Frauen ist legendär. Dort sammelt die Münchner Charity-Lady auch für ihre Kinderstiftung Tränchen trocken. Erich Sixt ist ein charismatischer Vollblutunternehmer; in seiner Stegreiffrede faszinierte er mit Herz und Verstand. «Glamour pur», konstatierte der Zürcher Chirurg Christoph Wolfensberger, der mit der Thomas Biasotto Big Band für die Stimmung zuständig war.

Die Gäste kamen aus 105 Nationen: muskulöse Kenianer mit Turban, Glamour-Ladys aus Los Angeles, Latino-Beautys aus Brasilien, herausragende Unternehmer aus ganz Europa – ein buntes Völkergemisch. Eine Delegation aus Tel Aviv und Gäste aus Saudi-Arabien sassen am gleichen Tisch. Wolfensberger: «Die reinste Friedenskonferenz.» Dass Trompetenspieler Wolfensberger auch Arzt ist, faszinierte einen Saudi. Er lud ihn nach Riad ein. Die Firma Käfer aus

München machte das Catering. Erich Sixt übernahm von seinem Vater die lokale Autovermietung mit 200 PKW und baute sie, mit Ehefrau Regine, in 45 Jahren zu einem globalen Unternehmen aus. Die beiden Söhne Alexander und Konstantin sind auch im Geschäft und waren in Davos dabei. Die Sixt-Familie: «Wir sind gut im Feiern, aber auch gut im Arbeiten. Wir arbeiten an einem gemeinsamen Traum – das weltgrösste Autovermietungsunternehmen zu werden.»



Esprit: Gabriele H. Paltzer, Reinhard Haller.

Mit ihrem jährlichen «Salon d'Esprit» nimmt Gabriele H. Paltzer (Ehefrau von Anwalt Edgar Paltzer) die Tradition des literarischen Salons auf, die vom 18. bis 20. Jahrhundert in der mondänen Welt populär war und mittlerweile aus der Mode ist. Gabriele Paltzer emp-

fängt in der Familienvilla am Zürichberg als Salonière. Aus allen Nähten platzte der Salon, als Professor Reinhard Haller, Autor des Buches «Die Narzissmusfalle», zum Thema Narzissmus sprach. Den Narziss, so Haller, kennzeichnen: Egozentrismus, Empfindlichkeit (gegenüber Kritik und Egoverletzung), Egosucht, Mangel an Empathie, Erniedrigung der anderen (damit der Narziss selber besser dasteht). Eine gesunde Portion Narzissmus sei fürs Überleben notwendig, vor krankhaften Narzissen ergreife man besser die Flucht (unmöglich zum Zusammenleben!). Wichtig sei die Dosierung. Referent Haller faszinierte, er wurde mit Fragen bombardiert, bis die Hausfrau. «Jetzt gibt es Suppe!» rief. Man drängte sich in der Küche ums Käsebuffet, wo das Diskutieren weiterging.

Gäste: Elsbet und Ulrich Knellwolf, Theologe und Krimiautor; Eckard und Erika Hug Harke, Musikalienhändler und Weinbauern; Hans und Isabelle Wille, Rechtsanwalt und Gymnastiklehrerin; André und Tina Utzinger-Rentsch, Philosoph und Zahnärztin; Fabrice und Lorenza Buff, Gynäkologin und Biologin; Dominique Buff, Jurist und ehemaliger Unobotschafter fürs Rote Kreuz; Christoph und Corry Eberle, Chirurg und Diogenes-Verlagsdirektorin; Enrique und Claudia Steiger Fischer, Chirurg (oft fürs Rote Kreuz in Krisengebieten) und medizinische Assistentin; Conradin und Marie-Anne von Albertini-Böckli, Chirurg und Rechtsanwältin; Christoph und Claudia



Autor Haller spricht über die Gefahr des Narzissmus.

Schaltegger-Hutzli, Ökonomieprofessor, Dekan der Universität Luzern und Gynäkologin; Eric und Cornelia Farner-Arnold, Psychologin und Künstlerin; Bruno S. Frey, Ökonomieprofessor und Glücksforscher; Gottfried und Rosmarie Sondheimer-Winkler, Psychiater und Psychologin; Diana Prinzessin zu Fürstenberg, Innendekorateurin; Conrad und Caterina Meyer-Wirth, Gynäkologin und Kinderbuchautorin; Mirjam Teitler, Rechtsanwältin; Marco und Ariana Zanoli-Gonnet, Historikerin und Mathematikerin. Alles Menschen mit der gesunden Dosis Narzissmus, die – laut Haller – den Charismatiker ausmacht.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Das doppelte Lottchen

Die Transgender-Aktivistin Alisa Brooks, 19, und Alina Davis, 23, haben das scheinbar Unmögliche geschafft: die offizielle Heirat in Russland.



Subversive Sprengkraft: Ehepaar Davis-Brooks.

Schein und Wirklichkeit: Wir lernten uns in der russischen Gay-Community kennen und lieben. Obwohl oder gerade weil den Homosexuellen in Russland heute ein eisiger Wind entgegenbläst, ist die Gemeinschaft gross und gut funktionierend. Eine von uns, Alisa, ist eine Frau, auch im Pass. Alina hingegen bezeichnet sich selbst als androgyn. Geschlechtsumwandlungen sind in unserem Land beinahe unmöglich, man muss sie vor Gericht einklagen. Obwohl Alinas Identität und ihr Aussehen sehr weiblich sind, muss sie biologisch ein Mann bleiben, und ihr offizieller Name im Pass lautet Dimitrij Kschuchow. Dimitrij liebt, wie viele andere Transgender-Frauen auch, Frauen. Resultat: Wir sind ein lesbisches Paar, vor dem Gesetz aber auch ein heterosexuelles Paar. So wurden wir zum Albtraum der Regierung, die die Heirat unter Homosexuellen verboten hat.

Wenig Begeisterung: Davon liessen wir uns nicht abschrecken. Im vergangenen Mai bestellten wir das Aufgebot, und alles verlief normal, da anfänglich niemand ahnen konnte, wer sich hinter unseren Namen tatsächlich verbirgt. Irgendwie bekamen sie Wind davon, und Wochen vor dem grossen Tag begann man, punkto Styling Druck zu machen. Weil unsere Geschichte bereits im Internet kursierte, meldeten sich andere russische Standesäm-

ter bei uns, die uns auch als Frauen mit offenen Armen empfangen würden, wie sie uns wissen liessen. Diese und andere Reaktionen zeigten, dass viele Menschen in Russland gegen die Diskriminierung von Homosexuellen sind.

Dresscode: Wir wollten um jeden Preis in unserer Heimatstadt heiraten. Als wir wie das doppelte Lottchen in identischen weissen Kleidern auftauchten, war das ganze Stadthaus in heller Aufregung, und die Beamten konnten ihren Ärger nur mit Mühe unterdrücken. Natürlich waren die nicht dumm, sie erahnten die subversive Sprengkraft unserer Idee. Wir waren unserer Sache allerdings sicher: Wir nutzen eine banale Gesetzeslücke aus und schufen somit einen Präzedenzfall, der in Zukunft auch anderen Paaren in ähnlichen Situationen zugutekommen könnte. Um einen Skandal zu vermeiden, seien wir nicht weggeewiesen worden, hiess es später. In Wirklichkeit gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen, die bei der Hochzeit die Kleiderfrage festlegen könnten.

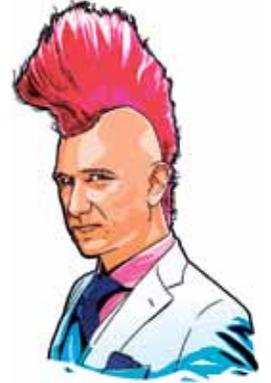
Standpauke: Während der Zeremonie äusserte sich die Standesbeamtin allerdings negativ zu unserem Styling. Danach schimpfte sie, dass wir mit unserer Aktion das Konzept der Familie in den Schmutz ziehen würden. Wir versuchten, ruhig zu bleiben, und endlich erklärte sie uns vor dem Gesetz als verheiratet, worauf wir uns gegenseitig die Ringe ansteckten und so glücklich waren wie jedes andere Paar auch.

Just married: Unsere Aktion hat in Russland eine Kontroverse ausgelöst. Wenn der Staat die Geschlechtsumwandlung beinahe unmöglich macht, muss er mit der Konsequenz leben, dass Paare wie wir offiziell heiraten können. In der Zwischenzeit ist die Aufregung über unsere Hochzeit ein wenig verklungen, und wir können uns in Ruhe mit der gemeinsamen Zukunft befassen. Wir lieben uns. Wir vergöttern uns. Und natürlich planen wir eine Familie mit mindestens zwei Kindern. Wie wir ihnen erklären werden, dass sie zwei Mütter haben und dennoch zu hundert Prozent unser biologischer Nachwuchs sind? Wir glauben nicht, dass diese Konstellation erklärungsbedürftig sein muss. Es wird einfach sein, wie es ist: sehr gut.

Protokoll: Franziska K. Müller

Mauerfall

Von Andreas Thiel —
Der Bundesrat setzt ein Zeichen.



Doris: Was lernen wir von der Berliner Mauer?

Didier: So etwas darf es nie wieder geben.

Eveline: Die Schweiz muss international mit gutem Beispiel vorangehen und jeglichen Mauerbau gesetzlich verbieten.

Simonetta: Aber das Grundübel ist doch nicht die Mauer. Es ist der Maurer.

Ueli: Wieso ich?

Simonetta: Ich will sagen: Wenn es keine Maurer gäbe, gäbe es auch keine Mauern.

Johann: Die wahren Schuldigen sind diejenigen, die hinter den Mauern stehen.

Simonetta: Wir packen das Übel an der Wurzel, indem wir die Finanzierung von Mauern unter Strafe stellen.

Eveline: Am besten ist es, wenn wir gleich alle Finanzströme staatlich kontrollieren.

Alain: Wir brauchen ein staatliches Mauermonopol, damit kein Missbrauch mehr getrieben wird. Nur der Staat darf noch Mauern bauen.

Ueli: Aber die Berliner Mauer hat doch der Staat gebaut.

Doris: Ach?

Simonetta: Dann kann sie ja so falsch nicht gewesen sein.

Didier: Warum hat man sie dann nicht stehen lassen?

Ueli: Das Volk hat die Mauer niedergerissen.

Simonetta: Es ist immer das Gleiche. Das Volk macht alles kaputt, was Politiker lange und mühselig aufgebaut haben.

Doris: Also war wieder mal nicht die Politik das Problem, sondern das Volk, welches mit dieser Politik nicht umgehen konnte.

Eveline: Suche den Fehler in der Politik, und du findest das Volk.

Simonetta: Dann muss man nicht die Mauern kontrollieren, sondern das Volk.

Alain: Wer den Volkswillen beherrscht, beherrscht die Politik.

Simonetta: Der Volkswille ist eine Staatsangelegenheit und sollte nicht dem Volk überlassen werden.

Didier: Wir erklären den Volkswillen zur Chef-sache und nennen ihn fortan Bundesratswillen.

Doris: Alles Gute kommt von oben.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Wein

Cabernet Süd

Von Peter Rüedi



Ein Klischee, dem ich (mag sein, aus einem proletarischen Reflex) gelegentlich zuneige, ist der Satz: «Es gibt keinen Wein, der mehr wert ist als fünfzig Franken.» Nun ist es so eine Sache mit dem Ausmünzen immaterieller Werte. Mit gleichem Recht könnte man sagen, es gebe kein Konzert, auch nicht das des seligen Claudio Abbado, im Luzerner KKL, das die dort verlangten Eintrittspreise rechtfertige. Oder, etwas prekärer: Welche Geliebte wäre nüchtern betrachtet den Geschenken gewachsen, mit denen der vor Leidenschaft bebende blinde Verehrer sie überhäuft? Solche Aufrechnungen sind absurd. Ein Wein ist wert, was er mir wert ist, womit wir bei der Cabernet-Kostbarkeit angelangt wären, welche Fabio Chiarelto auf seiner Azienda Montepeloso in Suvereto (nördliche Maremma) unter dem Namen «Gabbro» in eher homöopathischen Mengen produziert. Ein Cabernet Sauvignon *in purezza*, was zusätzlich alle Reflexe des «Supertuscan»-Skeptikers mobilisiert. Allein, nähert der sich diesem Wein erst einmal rücksichtslos phänomenologisch, wird er, wie ich, sein blaues Wunder erleben. Er ist, auch im Jahr 2010, das in der Maremma genug Regen brachte (was heisst: keinen Stress für die Reben) und eine späte Ernte ermöglichte, so etwas wie der Gegenentwurf zu einem Cabernet aus dem Bordeaux, aber auch zu einem marmeladig-fetten Retortensaft: fabelhafte, dunkle süsse Frucht, weiche Tannine, eine gesunde Säure, keinerlei grüne Noten, ein Wunder von einem präzisen (Chiarelto sagt: «fokussierten» oder «gebündelten») Wein, bereits zugänglich, aber mit seinem starken Charakter auf lange Lagerung angelegt. Ein *vino nobile della Maremma*. Einer im Frack, sozusagen. Übrigens: Montepeloso kapriziert sich keineswegs nur auf aristokratische Höhenlagen. Der «Eneo», sozusagen Chiarellos Cru Bourgeois, eine durchaus ortsspezifische Cuvée aus unter anderem Montepulciano, Sangiovese, Alicante, repräsentiert die attraktive (ökonomische) Mitte, und der «A Quo» ist gar ein Basiswein, allerdings bemerkenswert sorgfältig gemacht: unkompliziert, aber keineswegs banal.

Azienda Montepeloso: Gabbro 2010. 15%. Grands Vins Wermuth, Zürich. Fr. 128.50. **Eneo 2010.** 15%. Ebd. Fr. 34.-. **A Quo 2011.** 14%. Ebd. Fr. 22.70

Zu Tisch

Mut und Moral

Verspricht man uns ein «nachhaltiges Genusserlebnis», werden wir misstrauisch. Zu Unrecht, wie sich herausstellt. Von David Schnapp



Temperaturkontrast und feine Schärfe: Fabian Fuchs, Küchenchef im «Equi-Table».

Ihr Restaurant für ein nachhaltiges Genusserlebnis», preist sich das «Equi-Table im Sankt Meinrad» gleich selber an. Und bei solchen Ankündigungen werde ich aus Prinzip immer etwas misstrauisch, weil nicht gut sein muss, was gut klingt. Aber hier kommt die Moral eindeutig vor dem Fressen, die Initianten dieses besonderen Lokals meinen es ernst, und wer die Speisekarte aufschlägt, erhält detaillierte Informationen über die Herkunft fast jedes Salatblatts, das in der Küche von Fabian Fuchs verwendet wird. Nun ist die Tatsache, dass exotische Früchte aus fairem Handel stammen und Fisch oder Fleisch biozertifiziert sind, noch kein Garant für eine gute Küche. Es ist allenfalls die Quelle des guten Gewissens für jene, die hier einkehren.

Aber der junge Küchenchef Fabian Fuchs schafft es, dass sich die Bio-Fair-Trade-Frage nicht mehr stellt, sobald man die Menü-Lektüre zur Seite gelegt hat und sich dem Menü selbst widmet. Rohes Gemüse mit einem pfeffrigen Frischkäse und knusprigen Auberginen gibt es da zu Beginn, ein hervorragendes Brot (aus dem Holzofen und mit Bio-Label natürlich) gibt es danach, und auf eine perfekte Herbst-Vorspeise mit Zürcher Kürbis folgt ein herausragender Fischgang: Zu einem Frischkäsemousse im Zentrum des Tellers gibt es Bachforelle aus dem Zürichsee, die gebeizt und gebraten vorliegt. Ein Meerrettich-Eis sorgt für

einen Temperaturkontrast und für eine feine Schärfe. Das Gericht, das von geschmacklicher Harmonie und der Vielfalt in den Texturen und Konsistenzen lebt, wird schliesslich mit Quinoa bestreut, was ihm eine nussige Exotik und eine feine Knuspernote gibt.

Mut zur Originalität

Im dagegen fast brav wirkenden Hauptgang später nimmt die Komplexität etwas ab, vom Damhirsch aus Ennetbürgen gibt es den schön gebratenen Rücken und in die Tiefe geschmorte Haxe. Ein guter Jus, Polenta und etwas Mais sowie Rotkraut, das vielleicht etwas zu parfüm-artig abgeschmeckt ist, bilden den weiteren Rahmen für das Fleisch. Mut zu gelungenen, originellen Kombinationen beweist Fuchs dann eher beim erstaunlichen Vordessert aus einem Trüffel-Eis, einem Zitronengranité, exotischen Früchten und Kakao-Crumble, das beweist: «Bio» macht die Küche nicht von selber besser. Aber wenn eine sehr gute Küche auch noch fair und biologisch ist, sind Moral und Fressen sozusagen auf einer Tischhöhe.

Equi-Table im Sankt Meinrad

Stauffacherstrasse 163, 8004 Zürich

Tel. 043 534 82 77

Abendessen dienstags bis samstags, Mittagstisch

am ersten und letzten Freitag im Monat.

Ausführliche Besprechung des Menüs auf:

www.dasfilet.ch



Auto

Der Spielplatz

Mit der neuen V-Klasse bietet Mercedes eine Grossraumlimousine an, die sowohl in Fahrt als auch im Stand viel kann. *Von David Schnapp*

Wer drei und mehr Kinder hat, steht bei der Anschaffung eines Autos vor echten Problemen: Vans sehen in der Regel bieder aus, und in Kombis kann es bei drei Kindersitzen auf der Rückbank schon eng werden. Es empfiehlt sich eine «Grossraumlimousine», wie man sagt. Platzhirsch ist hier der Volkswagen Multivan, landläufig bekannt als VW-Bus. Diesem erwächst nun mit der neuen V-Klasse von Mercedes-Benz echte Konkurrenz.

Die V-Klasse löst den Viano ab, dessen Fangemeinde überschaubar war. Der Mercedes V ist kein Kleintransporter mehr, der zur Not auch

für den Personentransport eingesetzt werden kann. Jetzt ist er eine gut ausgestattete Limousine im Grossformat. Das Fahrwerk ist äusserst komfortabel und trägt einen sanft über die Widrigkeiten der asphaltierten Welt. Der Motor, in unserem Fall ein 2,1 Liter grosser Diesel, bringt den voluminösen, langen, 2,1 Tonnen schweren Kasten nach einer kleinen Gedenkpause gut in Fahrt und läuft je länger, je ruhiger. Der Verbrauch pendelt sich am Ende bei etwa acht Litern ein. In Zusammenarbeit mit der Sieben-Gang-Automatik erreicht der V250 Tempo 100 nach 9,1 Sekunden und kann 206 km/h schnell werden. Auch wenn offen bliebe, wofür man mit einem – bildhaft gesprochen – fahrenden Kühlschrank die 200er-Marke knacken wollen sollte. Viel wichtiger: Diese V-Klasse bietet so viel Platz und Luxus – beispielsweise ein hervorragendes Soundsystem von Burmester –, dass selbst eine anspruchsvolle Grossfamilie diese nicht ohne weiteres ausfüllen beziehungsweise nutzen kann.

Als Oberhaupt einer überschaubaren Kleinfamilie konnte ich die V-Klasse trotzdem ganz gut gebrauchen. Bei Regenwetter etwa ist der

grosse Wagen ein wunderbarer Spielplatz für Buben mit einem Grundinteresse an Autos und Technik. Ich konnte jedenfalls mit Sohn, 3, die Garage aufsuchen, mich entspannt hinsetzen und zusehen, wie er die automatischen Schiebetüren auf- und zumachte, durch den Bus kletterte und Fernfahrer spielte. Es hätte wohl stundenlang so weitergehen können, wenn mich dabei nicht irgendwann die Langeweile gepackt hätte.

Zufrieden im Nappaleder

Eine weitere praktische Seite dieses Autos sind die vier Einzelsitze im hinteren Teil, beim Testwagen der Edition 1 mit wohlriechendem braunen Nappaleder bezogen, die sich einfach verschieben oder ganz entfernen lassen. Der (grosse) Kofferraum ist entweder über die automatische Heckklappe oder aber durch die separat zu öffnende Heckscheibe zugänglich.

Das Gepäckabteil ist horizontal unterteilt durch eine Art massiven Balken, der zwei aufklappbare Transportkisten enthält. So kann die ganze Höhe des Wagens genutzt werden, Kleinkram lässt sich gut verstauen, und am Ende sind alle zufrieden: der spielende Nachwuchs und dessen Eltern, die den Wochenendeinkauf ebenso elegant verstauen können wie das umfangreiche Feriengepäck. Mehr kann man von einer grosszügigen Familienlimousine nicht erwarten.

Mercedes V250 BlueTEC Edition 1 lang

Leistung: 190 PS, Hubraum: 2143 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 206 km/h
Preis: Fr. 89 900.–; Testwagen: 90 296.–





«Ich will Ihnen was sagen»: Experte Gress, 72.

MvH trifft

Gilbert Gress

Von Mark van Huisseling — Wer nett und lustig ist, kommt normalerweise nicht an die Spitze. Normalerweise.

Sie sind nicht mehr Fussballkommentator beim Schweizer Fernsehen, dafür sitzen Sie in der Jury der Castingshow «Die grössten Schweizer Talente...» – «Haha, das stimmt, sind Sie auch Kandidat?» – «Ich weiss nicht genau, welches mein Talent ist. Ich möchte ein guter Journalist sein, aber ob das reicht...» – «Das ist schon wichtig.» – «Es ist komisch, Sie kamen gut an. Das sieht man auch hier [dieses Gespräch fand statt in einem Restaurant im Tivoli Spreitenbach, wo er als Gaststar auftrat zur Feier nach der Teilrenovierung des Einkaufszentrums]: Die Leute kennen Sie, grüssen, wollen ein Foto mit Ihnen... Sie sind ja auch kompetent...» – «Es ist so: Wenn Sie nicht populär sind, kommen Sie beim Fernsehen nicht an. Wenn Sie aber zu populär werden, gefällt das nicht allen [die beim Schweizer Fernsehen entscheiden]. Die Enttäuschung war gross bei mir, es kam auch überraschend – warum? In zwei Jahren ist Europameisterschaft bei mir zu Hause, in Frank-

reich, also Entschuldigung.» – «Aber Sie scheinen nicht nachtragend zu sein, haben das neue SRF-Angebot angenommen...» – «Nein, es war vielleicht nur einer, der mich nicht mehr wollte, könnte sein.» – «Karmatechnisch ist es nicht so gut, in einer Jury zu sein und Talentfreien sagen zu müssen: «Sie sind schlecht, gehen Sie nach Hause.» Haben Sie das überlegt?» – «Ja, ich weiss es schon, aber wir sind ja vier Juroren, gell?»

Gilbert Gress, 72, ist ein ehemaliger Fussballspieler und -trainer. Er war Aussenstürmer und Mittelfeldspieler für den Racing Club de Strasbourg oder die französische Nationalmannschaft und Trainer von Neuchâtel Xamax sowie der Schweizer Nationalmannschaft; er hat die französische und die Schweizer Staatsbürgerschaft, wohnt im Elsass und bei Neuenburg. Was bei Wikipedia nicht steht: Er ist beliebt zudem. Früher in diesem Jahr, als bekannt wurde, dass er keine Matches mehr im Schweizer Fernsehen besprechen dürfe, obwohl (oder weil) Journalisten

urteilten, er sei der beste, sachverständigste und lustigste TV-Analytiker gewesen, stand im *Blick* etwa: «Gresslich – So wurde Gilbert abserviert». Und die Erklärung, weshalb sein Name zuoberst auf die Liste «Top 5 SRF-Experten» gehöre: «Die Frisur ist Kult, seine Sprüche legendär, sein Charme unbestritten.» Eine andere Nachricht, die es in zahlreiche Zeitungen schaffte (und Grund ist, weshalb er für dieses Interview zur Verfügung stand): Er hat eine neue Brille, von einem Brillengeschäft mit Namen McOptik.

«Mögen Sie es, im Licht der Öffentlichkeit zu stehen?» – «Ja, manche Leute haben mich gefragt: «Hast du nicht die Nase voll?» Nein, der Tag, an dem niemand mehr mich kennt, wird schwierig. Die Leute sind sehr sympathisch, es ist ja nicht so, dass sie aggressiv sind. Ich war noch nie so erfolgreich, hab noch nie so viel Popularität gehabt wie in den letzten Jahren.» – «Wie wird man so beliebt wie Sie?» – «Es war auch überraschend für mich... Ich will Ihnen was sagen: Ich bin viel beliebter in der Deutschschweiz, bis man die Romands mal zum Lachen bringt... Die Deutschschweizer machen mit, sie partizipieren, sind lustig.» – «Als Stürmer muss man sich durchsetzen, als Coach unpopuläre Entscheide fällen – waren Sie immer beliebt?» – «Bei der Masse ja, bei der Elite in Frankreich nicht.» – «Ich hab gelesen, Ihr Vertrag sei mindestens zweimal, beim FC Aarau und bei der Schweizer Nationalmannschaft, nicht verlängert worden, wegen Ihrer zu hohen Lohnforderungen – stimmt's?» – «In der *Aargauer Zeitung* hat ein Journalist geschrieben, Gress sei der erfolgreichste Trainer gewesen – ich hab ja nur fünf Spiele gehabt –, aber zu teuer. Aber über den Lohn haben wir gar nie gesprochen, nie. Wenn Sie jemanden nicht mehr wollen, müssen Sie nur sagen, er sei zu teuer.»

«Ist der Trainer wirklich matchentscheidend?» – «Ja, ich will Ihnen was sagen: Ich bin 1977 zurückgekommen nach Strassburg [Racing Strasbourg]. Am ersten Abend geh ich an die Tafel und sag: «Meine Herren, wir spielen jetzt anders, wir versuchen einen intelligenten Fussball. Pässe rechts, links, rückwärts; nicht vorwärts.» Kein einziger Spieler war begeistert; sie sagten: «Das Publikum akzeptiert das nicht.» Erstes Spiel gegen Laval, die waren damals gut: 7:0 in der Halbzeit für uns. Dann hatten wir 30 000 Zuschauer, 1979 sind wir französischer Meister geworden.» – «Ich als Laie finde, Fussball hat sehr viel mit Glück zu tun.» – «Ja. Und ich sag noch: «Sie müssen zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein.»» – «Und auf alles rauf sind Sie auch noch seit fünfzig Jahren mit der gleichen Frau verheiratet, wie geht das?» – «Über fünfzig Jahre... Ich hab die richtige Frau gefunden; es ist zu 95 Prozent ihre und zu 5 Prozent meine Leistung.» – «Jetzt weiss ich, weshalb Sie bei Frauen beliebt sind.» – «Haha.»

Sein liebstes Restaurant: «Crissier, Rochat, jetzt heisst er... Violier.» «Restaurant de l'Hôtel de Ville», rue d'Yverdon 1, Crissier, Tel. 021 634 05 05

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15				16
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25			26				
27					28						29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39						40
41										42				
43								44				45		
46										47				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Zwischen Hilfe und Mord

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Das US-Verteidigungsministerium aus dieser Sicht. 8 Ein wirklich Grüner, der bekannte Kletterer. 11 Beim Sportfest ist er Teil der ausgelassenen Massen. 12 Was Schiffe und Sportler machen. 14 "Da muss man durch" wird zum gleichbedeutenden Infinitiv. 15 Auf der Seife ausgerutscht: kann man wörtlich nehmen. 17 In der Art von 45 waagrecht, nur dass es dieses Mal ihm gilt. 18 Macht man zum Beispiel bei Briefmarken. 19 Kaum steht sie im Raum, wird heftig über sie diskutiert. 21 Das Knie wäre ohne ihn kein Bild wert. 22 Ganz und gar, mit Haut und Haar. 24 Mexiko: . . . ist Hauptstadt des Bundesstaates . . . 27 Wer so ist, so Oscar Wilde, kennt nur die triviale Seite der Liebe. 28 Blick zurück: Greene, der von Bonanza. 29 Steht sie vor dem Ball, wird aus Chemie Sport. 32 Konstantin, der Tatort *Abgründe* ist sein Produkt. 34 Folgt darauf der Zug, muss man ihn unbedingt nehmen. 36 Einladend ist dann wohl eher diametral. 38 Architektonische Erinnerung. 41 Königlich, die von Dänemark. 42 Vielleicht war Uranos' Sohn Namensgeber der türkischen Grossstadt. 43 Tokio stand in Japan für genau diese Zeit. 44 Wiegt im städtischen Verkehr vergleichsweise schwer. 45 Wir ist hier das, was man in Italien dafür sagt. 46 Baggio wie Blanco reagieren bei solchem Ruf. 47 Horizontale Variante des Echolots.

Senkrecht — 1 Mit dem Pelz kann man nicht viel anfangen. 2 Die Eigenheit findet weit und breit keine Anhänger. 3 Wo Bud Spencer schwimmen lernte. 4 Ordnung soll bei ihnen auch im digitalen Leben sein. 5 Lager, unversteuert und unverzollt. 6 Auf Schatzsuche? Den Schlüssel findet man in Lausanne. 7 Womit das Futter für jede Mutter unerträglich ist. 8 Theodor war ihr Vater im Geist, vor 120 Jahren. 9 Vergnügungszeit oder Erschöpftheit, je nachdem. 10 Der Eismond schaut in Spanien anders aus. 11 Das Rohr mit den Löchern wird bei ihm immer breiter. 13 Ist alles wurst, kommt er gerade recht. 16 Monica, Jugoslawien, Tennis – Nachname bitte. 20 Am Bullenmarkt lässt sich Geld verdienen. 23 Paladino kommt bei Haydns Oper nicht allein. 25 Da geht's doch ziemlich weit in die Vergangenheit. 26 Er freut sich nicht so auf Baby, dafür tierisch auf den Honey. 28 Klasse, so wie die spielen. 30 Ein Schneider ist Amtmann, und das auf höchster Stufe. 31 Aus Brandteig machen wir einen Blitzkuchen – et voilà! 33 Für Sandburg ist die Vergangenheit einer voll Asche. 35 Zirkel und Kreise weisen in dieselbe Richtung. 36 Sie entsteht spätestens heute aus einem Märchen. 37 Für ihn ist das Beste gerade schlecht genug. 39 Mancher muss seinen Kopf verlieren, um es zu finden. 40 Kein hiesiger Hornochse, sondern ein asiatisches Rindvieh.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 391

M	E	S	A		N	E	S	S		P	A	L	E	O	
O	T	I	U	M		L	I	E	D		R	A	N	D	
C	H	A	R	A	K	T	E	R	I	S	T	I	K	A	
A	I	M	E	R		O	M	A	N		A	B	E	L	
	K		O	K	E	N	E		O	M	U		L		
S	E	G	L	E	R		N		S	O	D	A		L	
A	R	I	E		K	A	S	P	A	R		B	A	O	
U		T		B	E	M		A	U	S	S	A	T	Z	
D	I	A	S		R	I	V	E	R		A	R	T	E	
I	R	R	E	N		A		R	I	C	H	T	E	R	
S	E	R	P	E	N	T		I	N	E		L	E	S	E
	N	E	T	T		A		U	R	G	E	N	T		

Waagrecht — 1 MESA (span. f. Tisch) 5 NESS 9 PALEO (Festival Nyon) 14 OTIUM (lat. f. Musse, Müssiggang) 16 LIED (Wunder gibt es immer wieder, von K. Ebstein) 18 RAND (Garnmass, Währung Südafrikas) 19 CHARAKTERISTIKA 20 AIMER (franz. f. lieben) 21 OMAN (Maskat ist Hauptstadt des Sultanats Oman) 22 ABEL (Bruder Kains und Mondkrater) 23 OKENE 25 OMU (Abk. von Originalfassung mit Untertitel) 27 SEGLER 29 SODA 32 ARIE (Singstück, von it. aria: Weise) 33 (Suppen-) KASPAR (dazu: einer der Hl. Drei Könige) 36 BAO 38 BEM (-erkung) 39 AUSSATZ 41 DIAS (port. f. Tage) 44 RIVER (Karte beim Poker) 45 ARTE (it. f. Kunst) 46 IRREN 48 RICHTER (obgenannt: Buchtitel v. F. Dürrenmatt) 49 SERPENTINE 50 LESE 51 NETT 52 URGENT (engl. für dringend)

Senkrecht — 1 MOCA (Museum of Contemporary Art) 2 ETHIKER 3 SIAM 4 AUREOLE 6 ELTON (hiess eigentlich Reginald K. Dwight) 7 SIEMENS 8 SERA (it. f. Abend) 10 ARTAUD 11 LAIB 12 ENKEL 13 ODAL 15 MARKE 17 DINOSAURIER (von griech. f. schrecklich) 24 ERKER 26 MORS (lat. f. Tod) 27 SAUDIS 28 GITARRE 30 ABARTEN 31 LOZERE 34 AMIATA (amata ist it. f. Geliebte) 35 PAERNU 37 ATTEST 40 (Prinz Ermias) SAHLE (-Selassie) 42 IREN 43 SEPT (Pest) 47 NET (engl. Netz, umgekehrt ten: zehn)

Lösungswort — **POLARISIERUNG**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Unser Sinn für Vollkommenheit.

Senator Panoramadatum Mondphase



Glashütte
ORIGINAL

www.glashuette-original.com

Deutsche Uhrmacherkunst seit 1845.

Senator Panoramadatum Mondphase. Ein wahrer Klassiker in zeitgenössischer Form. Der elegante Zeitmesser zieht mit seiner aufwändig gearbeiteten Mondphase den Betrachter in seinen Bann: Zarte Sterne und ein silberner Mond heben sich eindrucksvoll vom dunkelblauen Nachthimmel ab. Erfahren Sie mehr unter www.glashuette-original.com. Unsere iPhone-Applikation können Sie vom App Store herunterladen.

Leidenschaft für Qualität



GÜBELIN

Luzern Zürich Basel Bern St. Moritz Genf Lugano
gubelin-watches.ch